REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 332 · 1.7.1991

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 48 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. "Als politischer Bündnispartner kommt für uns die PDS nicht in Frage." Brief des Arbeitsausschusses des NF an die PDS-Mitglieder
2. Kurdisch-irakische Verhandlungen gescheitert. Beratungstreffen der Kurdistan-Front weist Bedingungen aus Bagdad zurück
3. Neo-Nazis machen in der ehemaligen DDR mobil
4. Kein §218 in Ost und West!
5. Wir müssen noch viel offensiver werden! Beitrag von Conny Hühn auf dem Kongreß "Kein § 218 in Ost und West!"
6. Tabu trotz Normalität. Interview zur Fristenregelung in der DDR mit Roswitha Steinbrecher
7. Was planen die Parteien zum §218?
8. Keine Zerschlagung der Kleinstgruppen Pressekampagne gegen Politische Gefangene und ihre AnwältInnen. Dokumentation
9. Die gesetzliche Absegnung der Klauerei der Stasiakten durch westdeutsche Sicherheitsbehörden
10. Zum Gesetzesentwurf Bündnis 90/Grüne
11. Stasi-Unterlagen: Gesetzentwürfe eingebracht. Das Lehrstück von der Eroberung der Aktenberge
12. Zwischen Orient und Okzident. In Algerien wächst der Druck für einen islamischen Staat
13. Angola/Mozambik: Transformation und Friedenslösung
14. Nordirland: Politischer Gezeitenwechsel - Dietrich Schulze-Marmeling
15. Nachbarschaft zu Polen und Freundschaft mit der Deutschen Minderheit
16. 2. Juni 1967 - 2. Juni 1991: Bundesdeutsche Firmen und ihre politischen Kuriere - im Iran wieder gern gesehen
17. Republik Georgien in der Übergangsphase
18. Bush's Abrüstungsinitiative für den Nahen Osten beginnt mit schwunghaften Waffenexporten
19. Anmerkungen zur Geschichte des Staates Israel - Teil 3
20. Schützenhilfe der PFLP zur Zerschlagung des kurdischen Aufstands? (aus "Irak-Info")
21. Neue Beschränkungen für die palästinensische Arbeitskraft in Israel - Dr. Israel Shahak
22. Südkorea: "Tiger" auf abschüssiger Bahn - Rainer Werning
23. Korea: Signale aus Pjöngjang - Rainer Werning
24. Philippinen: Basen-Poker im Tropen-Tremor - Rainer Werning
25. Ohne Demokratie kein Sozialismus Woran ist "1917" gescheitert?
26. Nationaler Konsens statt Klassenkampf? Auch die URNG setzt auf Verhandlungen. Interview mit Gerardo Gonzales
27. Die Linke nach dem Golfkrieg. Überlegungen zur Entwicklung linker Politik nach dem "Tabubruch" Befürwortung des imp. Krieges
28. Golfkriegsnachlese: Linker Antisemitismus?
29. "konkret" kurios. the good, the bad, the ugly
30. Stagnation oder Konsolidierung. Kommentar zur 2. Tagung des 2. Parteitages der PDS
31. "Wer die Zukunft will, muß die Gegenwart verändern." Bericht vom 2. Parteitag der PDS
32. Strömungen in der PDS
33. Betr.: Michael Stamm und der Vorwurf der Arbeit für den Verfassungsschutz
34. Nach den Hamburger Bürgerschaftswahlen
35. Dokumente zum PDS-Parteitag: Aufruf zu einer Plattform "Dritter Weg"; Erklärung des BuKo der AG junge GenossInnen, Dresdner DADA-Konf.
36. Offener Brief an die Linken in der PDS von der Ökologischen Linken/Alternative Liste
37. Für eine Handvoll Ostmark. Schlaglichter vom Berliner Landesparteitag der PDS
38. Wie weiter mit der feministischen Antifa?

39. ÖKOLI/AL: Organisation als Mittel
40. Bericht vom Treffen der "Radikalen Linken" am 22./23.6.91
41. Kronzeugen. - Betr.: Was haben Kronzeugen von uns zu erwarten? (AK 331)
42. Aufgeblättert - Broschürenvorstellungen
43. Daedalus. Eine Dokufiktion zur Gen- und Reprotechnik
44. Quelldatei 24.htm
45. Wo sich die Geister scheiden!
46. Angriff auf engagierte Verteidigung
47. Kein Mißverständnis möglich
48. Ofensive des Staatsschutzes

1. "Als politischer Bündnispartner kommt für uns die PDS nicht in Frage." Brief des Arbeitsausschusses des NF an die PDS-Mitglieder

Rubrik: Staat, Innere Sicherheit; Wiedervereinigung; PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak332/55.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:332:55

"Diese Entscheidung war historisch richtig. Die ganze Welt hat ja darauf gewartet, daß Berlin Hauptstadt wird."

Georgij Schachnasarow Gorbatschow-Berater

Möglicherweise wird es einmal zur besonderen historischen Tragik gehören, daß aus dem Beraterkreis Gorbatschows die lautesten Stimmen zu hören sind, die Deutschland seit dem Fall der Mauer zur Größe auffordern. Von Größe, so der Eindruck im Vorfeld, war die Hauptstadtdebatte allerdings weit entfernt. Allein die entscheidende Bundestagsdebatte hat die Anhänger nationaler Größe wegen ihrer letztlichen Entscheidung für Berlin noch ein wenig entschädigt. Doch auch hier wurde letztlich nicht die "Sternstunde Deutschlands", sondern die des Parlaments abgefeiert. War also die Hauptstadtdebatte nur eines der vielen Mittelmaße, das den deutschen Prozeß seit der Vereinigung im Oktober letzten Jahres begleitet? Statt nationaler Größe "Provinzialismus", wie der deutschlandbewußte Linke von TAZ bis zur PDS sich postmodern zu beklagen pflegt. Stimmt diese Wahrnehmung?

Die Wetten standen für Bonn, den Zuschlag bekam Berlin. Den Ausschlag gaben allerdings nicht Argumente, sondern nationales Pathos. In seiner vielgelobten Rede hat Wolfgang Schäuble, anders als die meisten Pro- und Kontra-Redner, denn auch darauf verzichtet, das föderalistische, stadtökonomische, soziale, ost-west-psychologische Für und Wider Bonn oder Berlin zu erörtern. Er hat einfach die entscheidenden Sätze rhetorisch gut an den Bonner Laden gebracht. Schäuble ging ausschließlich von der Größe der deutschen Aufgabe aus: Es gehe nicht um eine Stadt, sondern "um die Zukunft Deutschlands". Um "die Teilung zu überwinden", müssen die Menschen "zu teilen bereit sein". Bonn sei "provisorische Hauptstadt für Freiheit, Demokratie und Rechtsstaat" gewesen, Berlin aber sei "das Symbol für Einheit und Freiheit, für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit für das ganze Deutschland". Schließlich noch: "Europa ist mehr als Westeuropa", "deshalb ist die Entscheidung für Berlin auch eine Entscheidung für die Überwindung der Teilung Europas." Viel mehr hat er in den fünf Minuten nicht gesagt, das reicht im Bundestag für eine "großartige, beeindruckende Rede".

Ihm nahe kam Willy Brandt, wenn auch nicht gut in Form. Er forderte eine "nationale Weichenstellung" und beschrieb präziser als Schäuble neben dem symbolischen Wert Berlins als Hauptstadt, "Deutschlands Stellung in dem sich ökonomisch und politisch ausdehnenden Europa". "Deutschland bleibt nicht der Osten vom Westen, sondern es wird zur neuen Mitte Europas. Berlin liegt da gut, auf beide Schienen bezogen: Nord-Süd und West-Ost."

Nur wenige der über 100 RednerInnen im Bundestag diskutierten mit Blick für weitere Dimensionen (Helmut Kohl: "Berlin hat eine geopolitisch wichtige, zentrale Funktion"), die Richard von Weizsäcker in die Fragen kleidete: "Wie sieht die politische Landkarte Europas in zwanzig Jahren aus? Welche verantwortliche Rolle fällt dem vereinigten Deutschland dafür zu? Hat dies Auswirkungen auf die Hauptstadt?" (FR, 12.3.91), um darauf die Antwort Berlin zu geben. Statt dessen erlebte man im Bundestag eine Argumentationsmischung aus christ- und sozialdemokratischen überzeugten Anhängern des Föderalismus, aus Ostabgeordneten, die obwohl Sachsen und Preußenfeinde, für Berlin stimmten, weil ihnen, angesichts der Lage der Ossis, Berlin wie Valium erscheint, bis hin zum Hinterbänkler aus Krähwinkel, den tatsächlich die Sorgen um seine Bonner Besitzstände drücken. Da paßt dann noch ins Bild, daß zahlreiche Bonner Hinterbänkler, die sonst nicht zum Redezug kommen, bei den Fernsehanstalten ein Video ihres Auftritts vorbestellt hatten. So ist das deutsche Parlament, von nationaler Größe weit entfernt, wie so manche Station des Vereinigungsweges. In vielem tatsächlich die Provinz, die einen Klaus Hartung in der TAZ auf die Barrikaden gegen die Bonn-Verteidiger treibt, die ihre "Ressentiments" "gegen nationale Förderungen, gegen symbolische Politik, gegen historische Entscheidungen" stellen würden (TAZ, 22.6.91). Verkehrte Welt? Der Chefkommentator einer linken Tageszeitung klagt nationale Größe gegen den spießigen Muff Bonner Politiker ein. Nicht verkehrte, wohl eher die neue Welt.

Beide Beine im Westen, Blick gen Osten

Die Zögerlichkeit deutscher Politik, das auszuspielen, was nationale Größe meinen könnte, ist offenkundig. Die Gründe allerdings auch. Die Neupositionierung des deutschen Imperialismus ist mit der Vereinigung politisch fortgeschrittener als ökonomisch. Die Grundlage, aus der Deutschland seine derzeitige Stellung bezieht, ist westorientiert, die EG. Trotz aufziehender ökonomischer Schwierigkeiten - teure Kreditzinsen, Anzeichen stärkerer Inflationierung, durch den DDR- Anschluß (mehr Importe) negative Außenhandelsbilanz, Schwächung der D- Mark gegenüber dem Dollar - laufen die Geschäfte noch gut. Ist deutsche Größe nun dadurch gefährdet, daß die Vereinigung dazu geführt hat, den statistischen Durchschnittsverdienst der deutschen Arbeiter (wohlgemerkt: Durchschnitt, denn der Westarbeiter liegt immer noch vorn) erstmals unter den der französischen zu senken? Gravierender dürfte sich die zusätzliche Verschuldung von jährlich 150 Milliarden Dollar auswirken, die die Vereinigung dem Bundeshaushalt aufbürdet. Sie kommt überhaupt erst mit den Steuererhöhungen ab 1. Juli in Ansätzen bei den Bundesbürgern an. Sparpolitische Roßkuren stehen noch bevor.

Demgegenüber ist die Option, die neue deutsche Größe ausmachen könnte, überhaupt noch nicht entwickelt. Die von den Hauptstadtbefürwortern hervorgehobene Ostorientierung (Mittellage Deutschlands) als neuer Wachstumsschub steht einerseits erst in den Anfängen. Sie kann und soll nicht als "deutscher Sonderweg" erreicht werden, sondern über die EG, für die Berlin die Drehscheibe zwischen Ost- und Westeuropa werden soll. Die Ostexpansion soll daher nicht zu Lasten der Einbindung in Westeuropa gehen, sondern behutsam entwickelt werden. Andererseits ist sie derzeit überwiegend mit Unsicherheitsfaktoren versehen. Die politische Unübersichtlichkeit in Osteuropa und der Sowjetunion hemmt konkrete Pläne, wirtschaftlich stärker Fuß zu fassen. Vielmehr wird davon ausgegangen, daß Konflikte wie in Jugoslawien sowie der sowjetische Machtkampf nicht kurzfristig gelöst werden. Weizsäcker hat diese Problematik mit seinem Verweis auf die Veränderung der politischen Landkarte Europas zunächst einmal auf zwanzig Jahre veranschlagt.

Die daraus resultierende Zögerlichkeit, nicht einfach die Grundlagen aufzugeben, auf denen die starke ökonomische Position der BRD beruht, schlug auf die Hauptstadtdebatte durch. Viele glaubten daher, mit der Entscheidung noch einige Jahre warten zu können und vorrangig die innenpolitische Stabilisierung der Vereinigung anzugehen. Weizsäcker, die FAZ, die Vertreter von Daimler-Benz z.B. gehören zu den Berlin-Befürwortern. Die CSU, Arbeitgeberfunktionäre wie Murmann und Wolff von Amerongen zu den Bonn-Bleibern. Die Differenz zwischen ihnen besteht nicht im Grundsätzlichen, sondern in der Uneinigkeit darüber, welche Schritte momentan sinnvoll sind. Entsprechend erlebte man auch das erstemal im Bundestag die Verkehrung aller üblichen politischen Fronten.

Nicht wenige Menschen, die über die Wiedervereinigung 1989/90 erschrocken waren, trösten sich derzeit mit dem vermeintlich ausgebliebenem deutschen Schrecken. Sorgen bereiten wohl Neonazismus und Rassismus, die herrschende Politik aber offenkundig weniger. Der Schein trügt, wenn unter dem unmittelbaren Vereinigungsdruck, der von politischen Umbrüchen in schneller Folge und kurzer Zeit bestimmt war, weiterhin die deutsche Entwicklung vorrangig als Kette weiterer Brüche erwartet wird. Auch so ist die deutsche Bilanz stolz und eindeutig, wenn auch nicht immer glanzvoll: Währungsunion, volle Souveränität (2 plus 4-Gespräche), die Einheitsfeier am 3. Oktober, die wichtige, aber mäßig spannende Bundestagswahl mit klarer Mehrheit für die Vereinigung und Kohl, die Vorbereitung auf UNO-Interventionen und jetzt, als Ausdruck souveräner deutscher Entscheidung: Berlin als deutsche Hauptstadt. Nicht glanzvoll, aber eine stetige Entwicklung raus aus der Nachkriegsgeschichte hin zur Entwicklung Deutschlands als künftiger Weltmacht. Alle Voraussetzungen dafür sind geschaffen.

Die PDS spinnt

Der stellvertretende Chefredakteur des "Neuen Deutschland", Reiner Oschmann, sorgte sich "nach der großen Debatte im Wasserwerk" um "die Kleingeisterei in der Etappe", die im anschließenden Gezerre um die Umzugsfinanzierung nach Berlin deutlich wurde. Für ihn war immerhin mit der Hauptstadtentscheidung "eine erste Schlacht gewonnen" "für die ostdeutschen Interessen". Wie die gesamte PDS, soweit sie sich artikuliert hat, hat er von der Hauptstadtdebatte nichts verstanden. Selten ist das Staatstragende und Nationale im Politikansatz der PDS so offen zutage getreten, wie in der Berlin-Debatte, wenn sie auch realpolitisch irrelevant ist. Kaum noch europäisch verbrämt hat die PDS großdeutsch und national für Berlin argumentiert, ohne jede Kritik an der damit verbundenen herrschenden Politik. Das I-Tüpfelchen war ihr, vermutlich in nationaler

Verantwortung (um dem Mehrheits-Berlin-Antrag keine Stimme zu entziehen), von Gysi zurückgezogener Antrag, der am konsequentesten den sofortigen Umzug des Parlaments nach Berlin vorsah.

Das eisige Schweigen, das den PDS-Beiträgen (ausgenommen hier: Ulrich Briefs) im Bundestag entgegenschlug war in der Sache ungerecht. Im Pathos waren Schäuble/Brandt oder etwa Wolfgang Ullmann vom Bündnis 90 besser. In der Substanz der Aussage und der weniger pathetischen Betonung des Nationalen trafen sich die PDSler mit den Patheten, Bündnis 90 und dem SPD-Abgeordneten Otto Schily. Gregor Gysi wollte mit der Entscheidung für die "Ost-West-Stadt" Berlin "national und international Signale setzen" und sorgte sich um die "nationale und internationale Glaubwürdigkeit". Dietmar Keller sieht in der Entscheidung für Berlin "erhebliche Symbolkraft" "nicht nur für das vereinigte Deutschland, sondern auch für die Völker Europas und der Welt" und Chance für die Vereinigung "als im weitesten Sinne kulturellen Erneuerungsprozeß". Dagmar Enkelmann sieht im Ja zu Berlin einen Beleg, wie ernst Deutschland "es mit dem Zusammenwachsen Ost- und Westeuropas" meine.

Natürlich mußten wieder die Interessen der (EX-)DDR-Bürger für die Hauptstadtbegründung der PDS herhalten. Daß Gysi in der Entscheidung für Berlin "ein Zeichen", ein "Signal" für die Ostdeutschen sieht, mag man als reinen Spinnkram abhaken. Woher eine linke Oppositionspartei das politische Motiv bezieht, die Leute mit Symbolik beruhigen zu wollen, bleibt mir so unklar, wie der politische Masochismus von Linken, sich die Hauptstadt mit allen Folgen für Wohnen, Leben und Repressionsapparat an die Spree holen zu wollen (Stoßgebet von Jochen Reinert: "eine richtige Hauptstadt" statt des "finsteren Provinzialismus" von Bonn müsse her, ND, 21.6.). Wenn es denn nur um Lobbyismus für Berlin ging, hat man davon im Bundestag am wenigsten gemerkt. Den Lobbyismus hat die Berliner PDS auf die Spitze getrieben. Sie versprach Eberhard Diepgen "massenhafte Rückendeckung": "Berlin hat in Bonn um nichts zu bitten, sondern Berlin muß fordern, was ihm zusteht", qua deutschem Naturgesetz vermutlich. Sie will Diepgen dabei unterstützen, daß Berlin "einen zentralen Platz in einem künftigen wirklichen gesamteuropäischen Markt" bekommt (Dr. Gesine Lötzsch im Berliner Abgeordnetenhaus). Vielleicht sollte es eine besonders "geschickte" Agitation für Berlin sein, als alle drei PDS-RednerInnen im Bundestag "Glaubwürdigkeit" einklagten, indem sie das Einhalten vom Bundestag seit 1949 verabschiedeter Hauptstadtversprechen für das ganze Deutschland aus der Zeit des Kalten Krieges forderten. Linke Opposition deutscher als die deutschen Volksvertreter.

Den politischen Bankrott offenbarte Gregor Gysi mit der, noch dümmlicher als beim Berlin-Chauvinisten Willy Brandt ausgefallenen, Zurückweisung historischer Bezüge auf Berlins Hauptstadtgeschichte: "Man löst sie nicht dadurch, daß man Städte meidet." PDS und Bündnis 90/Grüne können für sich das traurige Verdienst in Anspruch nehmen, 21 ihrer 25 Stimmen für Berlin eingesetzt und damit die Mehrheit von 18 Stimmen gesichert zu haben. Wer soviel, wie die PDS in der Hauptstadtdebatte, über Symbolik schwätzt, hätte doch auch einmal über die Symbolik, die eine linke, sozialistische Oppositionspartei mit der Berlin-Entscheidung rüberbringt, nachdenken können. Ein PDS-Abgeordneter (Briefs), war gegen Berlin, eine (Jutta Brabandt) hat sich an der Berlin-Abstimmung nicht beteiligt. Zwei Abgeordnete, die vor einem Jahr, als linke Bündnishoffnungen in die PDS genährt wurden, auf dem KB-Ticket in PDS-Positionen kamen, haben für Berlin gestimmt. Eine davon gehört formal noch der Redaktion des AK an. Symbolik.

hr.

Gesundes Gefühlsfeld

"Deutschland wurde ein Recht abgesprochen (Anm.: nach dem Ersten Weltkrieg), ohne das - so scheint es - Länder wie Frankreich und Großbritannien nicht existieren könnten.

Die Linken Deutschlands übernahmen diese Haltung, die noch gestützt wurde durch die Erfahrungen aus zwölf Jahren Faschismus. Verhängnisvoll, wie ich meine, wird doch damit das Feld des Nationalgefühls einzig für rechte und rechtsradikale Interpretationen freigegeben. Man stelle sich einen französischen Sozialisten vor, der sich schämt, sich einen Franzosen zu nennen und die Feiertage seiner Nation peinlichst meidet. Die Schlußfolgerungen aus den beiden Weltkriegen und der neuerlichen Renaissance faschistoider Gedanken kann nicht die Abkehr vom deutschen Nationalgefühl sein, sondern muß endlich seine Ausprägung in gesunden Relationen bedeuten. Da hierzu sicherlich nicht die Rechte fähig ist, müssen wir Linken Deutschlands es tun. Üben wir also Konkurrenz zu rechten Angeboten und ziehen somit national gesinnte (was nur selten eine wirklich rechtsradikale Haltung bedeutet) Jugendliche zu uns heran."

"Stolz, deutsch zu sein?" Sebastian Texter in: Neues Deutschland, 13.6.91

Ausnahme

Vom isolierten Agieren des Bundestagsabgeordneten Ulrich Briefs:

Dr. Wolfgang Ullmann (Bündnis 90/GRÜNE): zählt Beispiele Berlins als Freiheitsstadt vom 20. Juli 1944, Luftbrücke 1948, 17. Juni 1953 bis zum 4. November 1989 auf.

Dr. Ulrich Briefs (PDS/Linke Liste): in einer Zwischenfrage: "... weil ich Sie fragen möchte, ob es Zufall ist, daß Sie in Ihrer Darstellung der historischen Funktion Berlins kein Wort über die Hauptstadtfunktion Berlins in der Zeit von 1933 bis 1945 gesagt haben."

(Dr. Karl Heinz Hornhues (CDU/CSU): Billiger Jakob!)

Dr. Wolfgang Ullman: "Das ist sehr wohl überlegt. Was da geschehen ist, ist bekannt. Was ich hier in den Mittelpunkt zu stellen hatte, ist sehr viel weniger bekannt."

(Beifall bei Abgeordneten des Bündnisses 90/GRÜNE, der SPD und der CDU/CSU)

Dr. Ulrich Briefs (PDS/Linke Liste): hält einen eigenen Beitrag.

"... Berlin war als Hauptstadt des dutzendjährigen Dritten deutschen Reiches die Hauptstadt des unmenschlichsten politischen Terrorsystems der gesamten Menschheitsgeschichte."

(Zuruf von der CDU/CSU: Brunnenvergifter!)

"Ich wiederhole: Berlin war als Hauptstadt des dutzendjährigen Dritten deutschen Reiches die Hauptstadt des unmenschlichsten politischen Terrors der gesamten Menschheitsgeschichte.

Dieser Terror verbindet sich im Gedächtnis der Menschen in den europäischen Nachbarländern nach wie vor mit Berlin. Berlin war die Stadt des Gestapo-Hauptquartiers, des Oberkommandos der Wehrmacht, des Volksgerichtshofs. Es war insbesondere die Stadt der Wannsee-Konferenz, ..."

(Dr. Ing. Dietmar Kansy (CDU/CSU): Stasi!)

"... des systematisch geplanten, entschiedenen und organisierten Völkermordes an Juden, auch des Völkermordes an Sinti und Roma, des millionenfachen Mordes an Frauen, Kindern, Männern, Zwangsarbeitern und Zwangsarbeiterinnen.

Das wird auch nicht durch den Widerstand von Arbeitern und Krankenschwestern und auch nicht durch den späten Widerstand der Offiziere des 20. Juli aufgewogen.

Berlin war als Hauptstadt - als Hauptstadt eben und nicht zufällig - die Stadt der Schreibtischtäter und der Schreibtischmittäter des NS-Terrors; das darf nicht vergessen werden.

Deshalb, weil Berlin die Hauptstadt dieses Dritten deutschen Reiches war ..., kann es nach meiner Auffassung nicht wieder Hauptstadt sein ...

Der Respekt vor dem Leid, das ausgehend von Berlin den Menschen in Europa und darüberhinaus zugefügt worden ist, gebietet es zu sagen: Nie wieder Berlin!, so wie wir auch sagen müssen: Es darf nie wieder das aggressive, brutale, autoritäre Deutschland der Vergangenheit geben.

Für mich sind diese Gründe ausschlaggebend. Ich stimme deshalb, anders als die Mehrheit meiner Fraktion, nicht für Berlin."

(kein Beifall)

(Quelle: Stenographischer Bericht der Bundestagssitzung vom 20.6.91)

2. Kurdisch-irakische Verhandlungen gescheitert. Beratungstreffen der Kurdistan-Front weist Bedingungen aus Bagdad zurück

Rubrik: Irak; Kurdistan · CD-Datei: daten/aksuche/ak332/58.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:332:58

Gut zwei Monate nach der überraschenden Aufnahme von Verhandlungen zwischen dem irakischen Baath-Regime und der Kurdistan-Front (1) über eine Autonomieregelung erklärten die Vertreter der Kurdistan-Front die Bagdader Bedingungen für unannehmbar. Wochenlang waren wenig konkrete Informationen, dafür aber um so mehr optimistische Statements über einen bevorstehenden positiven Vertragsabschluß an die Öffentlichkeit gelangt. Vor allem der Vorsitzende der Demokratischen Partei Kurdistans (KDP), Massoud Barzani, hatte noch Anfang vergangener Woche die Unterzeichnung des Vertrages als "so gut wie sicher" bezeichnet und "Vertrauen in die Bagdader Führung" gepredigt. Nach einem viertägigen Gipfeltreffen aller Mitgliedsorganisationen der Kurdistan-Front im kurdischen Saklawa erklärten diese am Morgen des 28.6. ihre einheitliche Ablehnung der Bagdader Vorlage. Man werde von kurdischer Seite einen neuen Vorschlag formulieren, um erneut mit der Zentralregierung zu verhandeln.

Ausschlaggebend für diese Entscheidung dürften neben der Stimmung in der kurdischen Bevölkerung und der Basis der Organisationen selbst die Zusatzbedingungen sein, die das Bagdader Regime den kurdischen Unterhändlern quasi in letzter Minute auf den Tisch geknallt hatten und in welchen eine absoltue Unterordnung verlangt wird.

Die strittigen Punkte:

Grundlage der kurdisch-irakischen Verhandlungen bildete ein Autonomievorschlag, der sich z.T. am Autonomiestatut vom März 1974 bzw. am Abkommen vom 11. März 1970 orientierte. (2) Vorgesehen waren darin neben der Schaffung einer gewählten autonomen Verwaltung (Regierung und Parlament) für die kurdische Region die Einrichtung (Wiederzulassung) kurdischer Schulen und Bildungseinrichtungen (Wiedereröffnung der Universität von Suleymania), die Schaffung eines eigenen Haushalts für die kurdische Region sowie eines speziellen Förder- und Investitionsplanes, die Entschädigung und Repatriierung aller in den letzten 20 Jahren durch das Baathregime vertriebenen und zwangsumgesiedelten KurdInnen, eine Amnestie für alle Inhaftierten und Exilierten. Strittig blieben während der Verhandlungen jedoch nach wie vor die folgenden entscheidenden Fragen (3), an denen bereits die Umsetzung des Autonomieabkommens vom März 1970 gescheitert war:

- Die Grenzen der autonomen kurdischen Region. Dies betrifft vor allem die Frage der Einbeziehung von Kirkuk, wo sich die größten Erdölreserven des Irak befinden, sowie Seyxan und Haneqin (Ölfelder in der Provinz Mossul). Die Verfügungsgewalt über diese Ölregionen (aufgrund derer die Briten 1921 überhaupt Südkurdistan ihrem Mandatsgebiet Irak einverleibt haben) ist einer der Gründe der irakisch-kurdischen Kriege, vor allem seit der Verstaatlichung der irakischen Ölindustrie zu Beginn der 70er Jahre. 75-80% des irakischen Öls wird in Kurdistan gefördert. Um ihre Ansprüche auch demographisch geltend zu machen, hat die irakische Regierung in den letzten 20 Jahren versucht, durch massenhafte Vertreibung und Deportation der kurdischen Bevölkerung sowie Ansiedlung von Arabern Städte wie Kirkuk zu arabisieren. So liegt der Anteil der kurdischen Bevölkerung in Kirkuk, der 1958 über 90% ausmachte, heute bei ungefähr 20%. Der Vorschlag der Kurdistan-Front bei den Verhandlungen bestand darin, die Einnahmen aus dem Erdöl entsprechend dem Anteil der arabischen bzw. kurdischen Bevölkerung im Gesamtirak aufzuteilen. Soweit aus den Pressemeldungen ersichtlich, hatte sich die irakische Führung bis zuletzt geweigert, klare Festlegungen bezüglich der Grenzen des Autonomiegebiets überhaupt in den Vertrag aufzunehmen.

- Demokratisierung des Irak. Die Forderungen der Kurdistan-Front beinhalteten von vornherein neben dem Autonomiestatut eine umfassende Demokratisierung des Irak. So sollte eine provisorische Koalitionsregierung unter Einbeziehung der Oppositionskräfte gebildet werden, die innerhalb von 6 Monaten freie Wahlen zu einer verfassungsgebenden Versammlung durchführt. Im Gegensatz zu Pressemeldungen der vergangenen Wochen, welche euphorisch eine Einigung über Wahlen innerhalb von 3 Monaten für Kurdistan und 6 bis 12 Monaten für den gesamten Irak verkündeten, hatte die Baath-Diktatur auf der Ernennung der

verfassungsgebenden Versammlung durch sie selbst bestanden und den Verfassungsentwurf des Jahres 1990 aus der Schublade gezogen, der lediglich kosmetische Reformen am bestehenden Baath-Regime (z.B. Umbenennung der Repressionsgremien) vorsieht. Ohne umfassende Demokratisierung des Gesamtirak ist jedoch auch das beste Autonomiestatut für Kurdistan nicht das Papier wert, auf dem es geschrieben wurde, wie bereits die Erfahrungen von 1970 zeigen: Damals wurden tatsächlich mehrere kurdische Minister ernannt. In der Baath-Diktatur sind Regierung und Parlament jedoch ohne jeden Einfluß, legislative wie exekutive Gewalt liegen beim Revolutionären Kommandorat, welcher mit der Führung der Baath-Partei personell identisch ist.

Weiterer entscheidender Streitpunkt ist die

- Kontrolle über den kurdischen Sicherheitsapparat. Nach kurdischen Vorstellungen sollten die bewaffneten kurdischen Verbände (Peshmerga) die Sicherheitsaufgaben im autonomen Kurdengebiet übernehmen. Immer wieder wurde von Sprechern der kurdischen Organisationen die Weiterexistenz der kurdischen bewaffneten Kräfte als wesentliche Garantie für jegliches Abkommen mit Bagdad bezeichnet. Die Bagdader Führung forderte hingegen die Auflösung und Entwaffnung der Peshmerga innerhalb eines Monats und die Kontrolle durch irakische Sicherheitsorgane.

Darüber hinaus hat die Baath-Regierung den Kurden erst vor zwei Wochen ein weiteres Dokument vorgelegt, mit welchem sie unterschreiben sollten, jegliche Verbindungen zu ausländischen, v.a. westlichen Staaten abzubrechen. Die Kurdistan-Front sollte sich verpflichten, "Seite an Seite mit der sozialistischen arabischen Baath-Partei zu kämpfen, um den politischen Ausrichtungen und Gruppen Widerstand zu leisten, die auf Befehl des Auslands die nationale und strategische Sicherheit des Irak gefährden". Dies seien vor allem "die amerikanisch-imperialistisch-zionistische Bedrohung und das Regime Irans (!) sowie die anderen Regime der Region". Statt dessen sollte sie dazu beitragen, "Liebe zum Irak" zu verbreiten ...

Verhandlungen mit dem Rücken zur Wand

Der Beginn der Verhandlungen vor zwei Monaten (der von den Medien weltweit übertragene Bruderkuß zwischen Saddam und Talabani) löste in weiten Kreisen der Kurdistansolidarität Unverständnis und Kritik bis hin zum Vorwurf des Verrats aus. Dabei muß jedoch gesehen werden, daß sich die irakischen Kurdenorganisationen in einer enorm schwierigen Lage quasi mit dem Rücken an der Wand befanden (bzw. noch befinden): Die brutale Niederschlagung des kurdischen Aufstandes durch Saddams Truppen in der letzten Märzwoche, unter den Augen der Weltöffentlichkeit und mit ausdrücklicher Duldung seitens der USA, hatte drei Viertel der kurdischen Bevölkerung zur Massenflucht getrieben. Obwohl die kurdische Bewegung des Irak mehr Kämpfer als je zuvor unter Waffen hatte und nach wie vor über große befreite Gebiete vefügte, ist die panische Angst der Zivilbevölkerung vor möglichen neuerlichen Giftgaseinsätzen nach dem Giftgaskrieg von 1988 (Halabja) ein realer Faktor. Hunderttausende Kurden sind durch das baathistische Regime in den letzten 15 Jahren vertrieben und zwangsumgesiedelt worden, vor allem nach 1988 ist die gesamte ländliche Struktur Kurdistans zerstört, sind Tausende von Dörfern und Kleinstädten dem Erdboden gleichgemacht worden. Es war zum damaligen Zeitpunkt zu befürchten, daß die Entvölkerung Irak-Kurdistans (zwei bis drei Millionen Menschen befanden sich im irakisch-türkischen bzw. -iranischen Grenzgebiet auf der Flucht) wenn nicht endgültigen, so zumindest langfristigen Charakter gehabt hätte. Die Entscheidung der Alliierten vom Anfang April, im nordirakischen Grenzgebiet sog. "Schutzzonen" für die Kurden einzurichten, war von vornherein nicht als Eingreifen zugunsten der kurdischen Interessen zu begreifen. Sie war vielmehr unter dem Druck der Weltöffentlichkeit und den Interessen der Türkei, die die kurdischen Flüchtlinge unter keinen Umständen auf ihrem Staatsgebiet dulden wollte, zustande gekommen. So bestanden die einzigen "Trümpfe" der kurdischen Organisationen zu Beginn der Verhandlungen in der Schwächeposition des Irak durch dessen internationale Isolierung, die Waffenstillstandsverhandlungen zwischen Irak und Alliierten und die militärische Präsenz der Alliierten. "Trümpfe" also, die nicht auf einer eigenen Stärkeposition, sondern einer Schwächung des Gegners durch Dritte bestanden, auf die die Kurden selbst kaum Einfluß hatten.

Widersprüchliche Haltung der USA

Von diversen "antiimperialistischen" Kräften, wie z.B. der PKK, sowie einigen türkischen und palästinensischen Linken wird gegen die Organisationen der Kurdistan-Front der Vorwurf erhoben, sie würden sich zum "Werkzeug imperialistisch-zionistischer (!) Pläne" machen, seien zur "Contra" des Mittleren Ostens geworden

und würden den Vorwand für eine US-amerikanische Besetzung des Irak liefern. Auch wenn die widersprüchliche Haltung einiger Führer der Kurdistan-Front (s.u.) und verschiedenste ihrer Aussagen tatsächlich naiv und kritikwürdig sind, unterstellt die oben zitierte Position, die USA habe ein reales Interesse an einer längerfristigen militärischen Besetzung des Irak oder Teilen des Irak. Aus der gleichen politischen Ecke erfolgt häufig eine absolute Gleichsetzung der UNO mit den imperialistischen Staaten: In der "neuen Weltordnung" sei die UNO zum alleinigen Instrument der USA verkommen. Beides stimmt meines Erachtens in der Einfachheit nicht. Ein erwogenes Eingreifen der UNO (z.B. Blauhelme) zum Schutz der irakischen Kurden (Übernahme der Schutzzonen) wurde von den blockfreien und unabhängigen Kräften im Sicherheitsrat bzw. Generalsekretariat abgelehnt. So sollen nun lediglich 500 Mann "Wachmannschaften" entsandt werden, welche nur zum eigenen Schutz bewaffnet sind und nicht als Polizei, sondern lediglich als "menschliche Zeugen" fungieren und die kurdischen Flüchtlinge zur Rückkehr bewegen sollen. Falls diese "Zeugen" Übergriffe irakischer Soldaten auf Kurden beobachten, sollen sie ihre Beobachtungen an die UNO melden. Die ersten 45 entsandten "Wachen" haben bislang bei der Ausweiskontrolle am UNO-Gebäude in Genf gearbeitet.

Die Haltung der USA in diesem Konflikt erscheint widersprüchlich. Eindeutig ist lediglich, daß sie kein Interesse an einer Stärkung der kurdischen Bewegung haben und das Überleben der Saddam-Diktatur einer Demokratisierung des Irak oder Ablösung des Regimes durch die Oppositionskräfte vorziehen. So war Saddam von den USA offen zur Niederschlagung des kurdischen Aufstands ermuntert worden und die sog. humanitäre Hilfe setzte erst ein, nachdem die Niederlage der Kurden eindeutig war. (s. ak 329 u. 330) Nicht allein die USA, sondern auch deren enge Verbündete Türkei, Saudi-Arabien, Kuwait sowie sämtliche Regimes der Region fürchten, eine wie auch immer geartete Demokratiserung des Irak könne durch ihre Ausstrahlung "destabilisierend" auf die gesamte Region wirken. Schon aus eigenen materiellen Interessen können diese Staaten eine kurdische Autonomie - speziell die Einbeziehung Kirkuks - nicht befürworten: So soll der Irak 30% seiner Erdöleinnahmen als Reparationszahlungen abführen (die USA hatten bis Ende der letzten Woche sogar 50% verlangt). Hierzu ist ein alleiniger Verbleib der kurdischen Ölquellen in der Verfügungsgewalt der Zentralregierung vonnöten. Vor allem die Türkei mischt sich offen in die kurdisch-irakischen Verhandlungen ein, um zu verhindern, daß eine Autonomie für die irakischen Kurden zur Stärkung der kurdischen Bewegung in der Türkei beiträgt. In den vergangenen 15 Jahren hat die Türkei bereits mehrfach Autonomielösungen im Irak behindert, in den 80er Jahren griffen türkische Truppen auch direkt im Nordirak ein. Nunmehr bringt die türkische Regierung ihren Einfluß auf den Irak (der Irak ist an einer Wiedereröffnung der türkisch-irakischen Ölpipeline dringend interessiert) gegenüber den irakisch- kurdischen Organisationen ins Spiel, um Ergebenheitsadressen von diesen zu verlangen.

All die genannten Faktoren haben während der Verhandlungsrunden zu einer Stärkung der Position Saddams beigetragen, während das stetig abnehmende Interesse der Weltöffentlichkeit und die katastrophale Lage der Bevölkerung zu einer zusätzlichen Schwächung der kurdischen Position beitrug. Schließlich fiel US-Generalstabschef Powell durch seine Ende Mai geäußerte Ankündigung, die USA könnten ihre Truppen aus der Schutzzone früher als erwartet abziehen, den Kurden bei den Verhandlungen sogar direkt in den Rücken. (Danach diktierte Saddam den Kurden die oben erwähnten Zusatzbedingungen!) Bereits Anfang Mai hatte Präsident Bush erklärt, daß die USA ihre Truppen so schnell wie möglich aus Kurdistan zurückziehen werden, um nicht zu riskieren, "in einen Sumpf wie Vietnam gezogen zu werden".

Andererseits berichten Beobachter aus der Region, daß die kurdischen Demonstrationen für den Verbleib alliierter Soldaten im wesentlichen von amerikanischen Kräften selbst (z.T. mit Unterstützung der KDP) initiiert werden. Inzwischen wird von den USA und der Türkei die Einrichtung einer Schnellen Eingreiftruppe von 3-5.000 Soldaten "zum Schutz der Kurden" vorgeschlagen, welche auf dem US-Stützpunkt Incirlik (bei Adana/Südtürkei) und in Silopi stationiert werden soll. Silopi liegt im Botan-Gebiet (Türkei-Kurdistan), welches das Zentrum der kurdischen Bewegung in der Türkei bildet. Diese Maßnahmen sind also weniger als Unterstützung der Kurden, sondern vielmehr als direkte Bedrohung der kurdischen Bewegung zu verstehen. Dies widerspricht sich keineswegs damit, daß die USA ihre angebliche "Schutzfunktion" für die irakischen Kurden als Druckmittel gegen Saddam in der Hand behalten wollen. (Bereits in den 70er Jahren hatten die USA die KDP im Irak materiell unterstützt. Nicht um dieser zum Durchbruch zu verhelfen, sondern als Druckmittel gegen den Irak.)

Barzani und Talbani: Lob für Saddam, Özal und Bush?

Die Haltung der Kurdistan-Front, vor allem ihrer prominentesten Sprecher, Massoud Barzani (KDP) und Jelal Talabani (PUK), während der Verhandlungsphase ist allerdings in vielen Punkten frag- und kritikwürdig. So beteiligten sich KDP-Kräfte tatsächlich an der Organisierung von Pro-Bush-Demonstrationen (drei Monate nachdem die US-Luftwaffe kurdische Städte im Nordirak bombardiert hatte). Gleichzeitig predigte Barzani unablässig Vertrauen in die veränderte Haltung Saddams: Bei den Verhandlungen "arbeiteten beide Seiten wie ein Team." Beide Seiten wären "reifer geworden und haben eingesehen, daß die Konflikte nicht mit militärischer Gewalt zu lösen sind". Anstatt die strittigen Fragen der Verhandlungen öffentlich zu machen und dadurch zu versuchen, Druck auszuüben, wurde unablässig Optimismus verbreitet und die "neue Vernunft" Bagdads gepriesen. Während einer Verhandlungspause verschwand Barzani sogar für 14 Tage als "Gast Saddams in einem Erholungsheim des Staates". Talabani äußerte sich in den letzten Wochen zwar skeptischer gegenüber dem Verhandlungserfolg und hat sich niemals direkt für die Stationierung alliierter Soldaten im Irak ausgesprochen. Dafür ließ er es sich nicht nehmen, bei seinen zahlreichen Türkeibesuchen die vermeintliche Demokratisierung und angeblich so gewandelte Haltung der Türkei zur Kurdenfrage in den höchsten Tönen zu loben, während dort das neue Anti-Terrorgesetz in Kraft trat und türkische Armeeinheiten bei einer neuen Offensive gegen die Kurden in der Türkei täglich Dörfer überfielen und Menschen erschossen.

Angespannte Stimmung der Bevölkerung

Als dritter Faktor, der den Verhandlungsspielraum der kurdischen Organisationen bestimmt (neben der Haltung Bagdads und der USA), muß die Stimmung der eigenen Bevölkerung gewertet werden, und die ist äußerst angespannt. Zwar ist der überwiegende Teil der geflohenen Kurden in den letzten Wochen in ihre Heimatgebiete zurückgekehrt. Ausschlaggebend hierfür war jedoch meistens die miserable Versorgungslage in den Lagern (v.a. im Iran) und daß den Leuten das Geld ausgegangen ist. Nach wie vor sind viele durch die Angst vor neuerlichen Angriffen der irakischen Armee bestimmt. Zum Teil wurde massive Kritik an den Verhandlungen, vor allem an dem geäußerten "Vertrauen" gegenüber Bagdad, laut, wobei die geäußerten Positionen sich zum Teil untereinander stark widersprechen (von Forderungen nach dem Verbleib der Amerikaner bis zu "antiimperialistischen" Vorschlägen weiterzukämpfen).

In den vergangenen Wochen sind neben den acht Organisationen der Kurdistan-Front drei neue kurdische Gruppierungen aufgetreten: die "Rauti Kommunist", die sich gegen eine nationalistische Orientierung und für die Einheit der Arbeiterklasse ausspricht (der iranischen Komala nahestehend), die Partiya Azadiya Kurdistan" (Freiheitspartei Kurdistans, der PKK verwandt) und eine islamisch-kurdische Organisation unter Führung von Mohammed Khaled Barzani, einem Schwager von Massoud Barzani. Über Einfluß und genaue Positionen dieser Gruppen gibt es bislang jedoch wenig konkrete Informationen. In jedem Fall scheint die Stimmung der Bevölkerung und Kritik der eigenen Organisationsbasis für die Kurdistan-Front ein Grund gewesen zu sein, die Bedingungen aus Bagdad abzulehnen. Damit ist die Zukunft Irak-Kurdistans so ungewiß wie zuvor. Die Organisationen der Kurdistan-Front wollen mit einem neuen, eigenen Vorschlag mit Bagdad weiterverhandeln. Sie verstehen die Ablehnung des Vertrages nicht als Abbruch der Verhandlungen, wenngleich die bewaffneten Kräfte z.T. in Bereitschaft versetzt wurden, aus Angst vor irakischen Angriffen. Nach neuesten Meldungen haben die Alliierten ihren bereits begonnen Rückzug gestoppt, italienische und holländische Truppen wurden sogar zurückgebracht. Unter der kurdischen Bevölkerung herrscht neben Angst Hunger und Armut. Die meisten Familien haben ihr Hab und Gut auf der Flucht verloren bzw. verkaufen und zurücklassen müssen. Nach der Rückkehr fanden sie ihre Städte und Wohnungen von Saddams Truppen zerstört und ausgeraubt vor. Vor allem in den südlichen und östlichen Gebieten Irak-Kurdistans, welche nicht unter Kontrolle der Alliierten, sondern der kurdischen Kräfte sind, ist die Versorgungslage katastrophal. Nahrungsmittel gibt es kaum und wenn, dann zu unerschwinglichen Preisen. Unter diesen Bedingungen versuchen die Kurden, ihre zerstörten Städte und Häuser wieder aufzubauen. Spenden sind also dringend erforderlich!

Spendet an medico international, Stichwort "Kurdistan", Postgiro Frankfurt, Kontonr. 6999-508, oder Frankfurter Sparkasse, Kto. 1800 (BLZ 500 501 02)

nm

Anmerkungen:

1) In der Kurdistan-Front sind sechs kurdische Organisationen, der kurdische Flügel der Kommunistischen Partei Irak und eine assyrische Organisation zusammengeschlossen.

2) Der genaue Verhandlungsvorschlag der Kurdistan-Front und das Abkommen von 1971 sowie ausführliche Informationen über die Lage in Irak-Kurdistan und in den Lagern (Stand Mai 1991) findet sich in einer Sondernummer des Kurdistan Info, zu bestellen beim: Kurdistan Komitee Berlin e.V. c/o BAZ, Oranienstr. 159, 1 Berlin 61 (Preis: DM 5,- plus Porto).

3) Da die Kurdistan-Front leider keine Presseerklärungen zum Stand und Scheitern der Verhandlungen veröffentlicht hat, beziehen sich die Angaben auf Informationen aus der Presse und Berichte aus der Region, die zum Teil widersprüchlich sind.

3. Neo-Nazis machen in der ehemaligen DDR mobil

Wer war Rainer Sonntag?

Rubrik: Wiedervereinigung; Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak332/52.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:332:52

Am 15.6.91 versammelten sich in Dresden anläßlich der Beisetzung des von Zuhältern ermordeten Dresdener Neo-Nazi- Führers, Rainer Sonntag, 2.000-3.000 Neo-Nazis aus der gesamten Bundesrepublik und dem benachbarten Ausland zur größten Demonstration von Neo-Nazis in der BRD seit 1945. Angeführt von Nazi-Kadern aus dem ehemaligen Westen schließen sich immer mehr Menschen aus der ehemaligen DDR Organisationen aus der militanten Neo-Nazi-Szene an. Auf rund 2.000 schätzt das Gemeinsame Landeskriminalamt (GLKA) der Fünf Neuen Länder die Anzahl der Mitglieder von Organisationen der militanten Rechten. Die "Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP)", die Nationalistische Front (NF) und die als Sammlungsbewegung der militanten Rechten gegründete "Deutsche Alternative (DA)" bilden das Korsett der Szene. Aber überall entstehen auch kleine eigenständige Gruppen. Das gewaltbereite Umfeld wird auf mindestens 15.000 geschätzt. Allerdings ist die Dunkelziffer wahrscheinlich weit höher und die Zahl der Sympathisanten wächst.

Dresden Hauptstadt der Bewegung

Seit dem Ende 1990 die DA-Zentrale aus der Berliner Weitlingstraße nach Dresden verlegt wurde, scheint sich Dresden immer mehr zu einem Zentrum der militanten Neo-Nazis zu entwickeln. Bereits im Oktober vergangenen Jahres veranstaltete Michael Kühnen in Dresden mit rund 500 Anhängern einen Aufmarsch, der erheblichen Wirbel auslöste. Eine weitere Demonstration mit 150 Teilnehmern fand am 20. April (Hitlergeburtstag) statt. Bisheriger Höhepunkt der Mobilisierung war der 15. Juni.

Die Organisationen und Wehrsportgruppen in Dresden sind vielfältig (vgl. AK 320), aber es scheint so, als dominiert die FAP und darin der "Kühnen-Flügel" die Dresdener Szene. Lediglich die Kameradschaft Gorbitz grenzt sich von den westlich dominierten Gruppen ein wenig ab. Ihr Anführer, Lutz Kronenberger, ist selber eine Führer-Figur, der sich den Wessis nicht unterordnen will. Allerdings arbeitet man dennoch gut zusammen. Neben der FAP ist auch der österreichische Ableger der FAP - Volkstreue Außerparlamentarische Opposition (VAPO) - mit dem Kühnen-Intimus und möglichem Nachfolger Gottfried Küssel in der Stadt aktiv.

Die Liste der Überfälle, mit der Neo- Nazis Dresden terrorisieren, ist lang. Drei Beispiele, die über Dresden hinaus Schlagzeilen machten:

- Am 24. November 1990 stürmen rechtsradikale Skinheads ein besetztes Haus in Dresden Neustadt, dabei werden mehrere scharfe Schüsse aus einem Kleinkalibergewehr abgegeben.

- In der Nacht vom 23. zum 24. Dezember 1990 zerstört und plündert ein rechtsradikaler Schlägertrupp die Einrichtung des Galeriecafes Bronx vollständig und schlägt den Inhaber zusammen. In der Silvesternacht geht das Cafe in Flammen auf.

- In der Nacht zum 1. April (Ostermontag) wird der Mocambiquaner Jorge Gomondai von Skinheads aus einer Straßenbahn geworfen. Sechs Tage später stirbt er im Krankenhaus. Der Trauermarsch, an dem sich ca. 5.000 Dresdener beteiligen, wird von Skinheads angegriffen.

Eine Aufstellung von Dresdener Antifa`s weist allein für den Monat Mai 18 durch die Lokalpresse bekanntgewordene Übergriffe von Neo-Nazis aus. Darunter befinden sich der Überfall von neun Neo-Nazis auf ein Heim mit Kindern aus der Umgebung von Tschernobyl, der Überfall von Skinheads auf ein linkes Theaterprojekt sowie das Zusammenschlagen von Passanten und "Aufräumaktionen" gegen ausländische Straßenhändler. Die wirkliche Anzahl liegt noch darüber, denn nicht jeder Überfall von Neo- Nazis ist noch eine Meldung wert. Oft werden die Straftaten auch nicht mehr zur Anzeige gebracht oder die Polizei verschweigt den politischen Hintergrund.

In Dresden gibt es 225-250 namentlich bekannte Personen in festen organisatorischen Strukturen. Die bekanntesten Neo-Nazis in der Stadt sind Dirk Vogel (Nationaler Widerstand Deutschland - NWD), Mike Hänzke (FAP) und Ray Träger (DA). Neben Dresden hat sich die Region Cottbus/Guben (südöstlich von

Berlin) zu einem zweiten Zentrum der Neo-Nazi-Szene entwickelt. In Cottbus gibt es ca. 160 Aktivisten in der von Frank Hübner geführten Deutschen Alternative. Die Gubener Heimatfront (Anführer Jörg Melcher) hat etwa genauso viele Mitglieder. Das unmittelbar mobilisierbare Umfeld ist ungefähr doppelt so groß. In Berlin sind ca. 200-300 Personen vor allem in der Nationalen Alternative (NA) und Deutschen Alternative fest organisiert. Das mobilisierungsfähige Potential wird auf ca. 3.000 Personen geschätzt. Führende Köpfe der Neo-Nazi-Szene in Berlin sind Ingo Hasselbach, Frank Lutz, André Riechert sowie das gerichtsbekannte Westberliner FAP-Mitglied Oliver Schweigert. Allerdings sind die öffentlichen Aktivitäten der Ostberliner Neo-Nazi-Szene im letzten halben Jahr stark zurückgegangen.

Gruppen mit bekanntem FAP- oder DA-Bezug gibt es darüber hinaus in Leipzig (ca. 80 Personen), Görlitz (ca. 60), Eberswalde (60-80), Erfurt, Weimar, Saalfeld, Schwerin und Rostock. Gruppen mit Beziehungen zur NF gibt es in Neustrelitz, Halle, Königs Wusterhausen. Gruppen ohne bekanntgewordenen Bezug zu überregionalen Organisationen gibt es unter anderem in Schwedt, Jena, Arnstadt, Gera, Stadtroda, Potsdam, Hoyerswerda. Darüberhinaus muß jedoch davon ausgegangen werden, daß es in jeder Kreisstadt zumindestens einen Ansatz für eine Fascho-Szene gibt. Konkrete Informationen darüber fehlen jedoch. Die Zahl der Übergriffe, Anschläge, Straftaten mit rechtem Hintergrund dürften kaum noch zählbar sein.

Die Ermordung Rainer Sonntags nutzten die Neo-Nazis zu einem neuen Mobilisierungsschub. Dabei ist es anscheinend gelungen, alte Rivalitäten in der rechten Szene sowie innerhalb der FAP zunächst zu überwinden. Von den bekannten Persönlichkeiten fiel lediglich das Fehlen von Friedhelm Busse (FAP-Vorsitzender und Gegenspieler Kühnens) auf, der zur selben Zeit am Leipziger Völkerschlachtdenkmal mit 150 Anhängern einen Aufzug veranstaltete. Allerdings darf man diese Tatsache auch nicht überbewerten, denn ursprünglich hatte die FAP anläßlich des 17. Juni in Leipzig eine Demonstration angekündigt, die wegen eines gleichzeitig stattfindenden Fußballspiels verboten wurde und auf der Dresdener Kundgebung kündigten einige Demonstranten an, anschließend nach Leipzig zu fahren.

Rainer Sonntag jedenfalls wird zum Märtyrer stilisiert, obwohl er als Anführer der Dresdener Szene stark umstritten war und von vielen gemieden wurde. Er war als Verräter verschrien, erpreßte unter dem Vorwand der Säuberung Dresdens von Bordellen Schutzgelder. "Die Andere" veröffentlichte in ihrer neuen Ausgabe Auszüge aus einem Brief Michael Kühnens, in dem er Rainer Sonntag darüberhinaus beschuldigt, den FAP-Führungskader Gerald Hess ermordet zu haben (siehe nebenstehenden Artikel). Allerdings kam Rainer Sonntag an der Basis gut an. Viele rechte Jugendliche glaubten an Sonntags Saubermannpolitik und selbst in Teilen der Bevölkerung genießt das Vorgehen der Neo-Nazis Symphatie. Grund genug, den Mythos Rainer Sonntag zu beleben und ihn so zur Integrationsfigur der militanten Rechten zu machen, sowie mit seinem "guten Image" in der Bevölkerung weitere Sympathisanten zu gewinnen.

Die Führungskader kommen aus dem Westen

Die Kundgebung zum Abschluß des Trauermarsches machte noch einmal deutlich, daß zwar die überwiegende Zahl der Demonstranten aus der ehemaligen DDR kam und insbesondere dort die Neo-Nazi-Szene explosionsartig wachsen könnte, die Führungskader jedoch überwiegend aus dem Westen kommen und im Osten die Szene systematisch organisieren. Auf der Abschlußkundgebung sprachen:

- Heinz Reisz, langjähriger Mitstreiter Michael Kühnens, Vorsitzender der Partei "Deutsches Hessen" (ehemals FAP- Hessen) und seit über einem Jahr mit der Organisierung der Neo-Nazi-Szene in "Mitteldeutschland" beschäftigt.

- Christian Worch, wegen Volksverhetzung mehrfach vorbestraft, ehemals Mitglied der verbotenen "Aktionsfront Nationaler Sozialisten" (ANS), Ex-Mitglied der FAP, Gründer der Nationalen Liste in Hamburg.

- Gisbert Reichel, FAP-Gelsenkirchen.

- Ewald Althans, FAP-Mitglied, Leiter des "Deutschen Jugend-Bildungswerkes", das sich zum Ziel gesetzt hat, die zersplitterten neofaschistischen Organisationen in Europa in Kontakt zueinander bringen will. Althans war Organisator des "Leuchter-Kongresses", der im März im Deutschen Museum in München stattfinden und auf dem die "Auschwitz-Lüge" verbreitet werden sollte (Der Kongreß wurde verboten, soll aber am 29. Juni nichtöffentlich in Nürnberg wiederholt werden.).

Als einziger Redner aus der ehemaligen DDR sprach zum Abschluß kurz der Anmelder der Demonstration von der Kameradschaft Johannstadt. Die Liste der alten Bekannten, die darüber hinaus anwesend waren, ist lang: z.B. SS-Sigi, Siegfried Borchardt (stellvertretender FAP- Vorsitzender), Meinolf Elbing (NF), Wolfgang Hess (FAP), Oliver Schweigert (FAP), Ingo Hasselbach (NA-Berlin), Frank Hübner (DA-Cottbus). Gottfried Küssel (VAPO) wurde am Dresdener Hauptbahnhof wegen des Tragens einer Koppel-Schnalle mit SS-Runen vorübergehend festgenommen.

Die politisch Verantwortlichen ziehen sich eher peinlich aus der Affäre. Wahlweise wird das Problem des wachsenden Neonazismus geleugnet, werden die Neo-Nazis als einfache Kriminelle bezeichnet. Mal sind die Rechten Gewalttäter, die aus dem Westen zugereist sind, ein anderes Mal rechtsgewendete Opfer des autoritären SED-Regimes. Dresdens Oberbürgermeister Wagner hatte bereits nach den beiden vorhergegangenen spektakulären Aufmärschen angekündigt, keine weiteren Demonstrationen von Neo- Nazis in der Stadt zu genehmigen. Aber vermutlich durch eine Anweisung des Bonner Innenministeriums wurde er eines Besseren belehrt. Es drängt sich der Eindruck auf, daß die Sache möglichst ohne Aufsehen über die Bühne gebracht, das Problem des wachsenden Neonazismus in der ehemaligen DDR todgeschwiegen werden sollte. Den großen deutschen Tageszeitungen (FAZ, SZ, Welt, Tagesspiegel) war das Ereignis nur eine kleine Meldung wert. Politiker schweigen sich weitgehend aus. Erst eine Woche später äußerte als erster Regierungspolitiker Bundeskanzler Helmut Kohl recht allgemein seine Sorge über den wachsenden Rechtsextremismus in den Fünf Neuen Ländern. Die Resonanz im Ausland war wesentlich heftiger. In Spanien und Frankreich zum Beispiel berichteten die Medien recht ausführlich. Die Sozialistische Partei Frankreichs äußerte öffentlich ihr Befremden über die fehlende Reaktion der Bundesregierung und Israel sandte einen inoffiziellen Protest.

Mit Ausbildungsprogrammen sollen die arbeitslosen Jugendlichen nun von der Straße geholt und das Freizeitangebot soll verbessert werden. Angesichts der sozialen Probleme, die der ehemaligen DDR bevorstehen, werden sich solche Programme als Makulatur erweisen, bevor sie richtig eingeleitet worden sind. Die Polizei erweist sich als unfähig, dem Problem zu begegnen. Sie ist total unterbesetzt, schlecht bezahlt und unmotiviert, weil viele nicht in den bundesdeutschen Dienst übernommen werden. Zum Teil symphatisieren Polizisten offen mit den Neo-Nazis. Ein Polizist der Dresdener Polizei gehört zu den Führungskadern in der Stadt und war enger Vertrauter Rainer Sonntags. Untätig geblieben ist die Polizei auch, als Neo-Nazi-Kommandos eigenmächtig z.B. ausländische Glücksspieler "festgenommen" haben und bei der Polizei ablieferten. Die Polizei nahm zwar die Personalien der Ausländer auf, gegen die Amtsanmaßung dagegen blieb sie untätig. Politische Vorgaben fehlen völlig. Im Gegenteil wurde bei der Dresdener Polizei der einzige Kenner der Neo-Nazi-Szene abgewickelt. Ein neuer Kollege muß sich erst einarbeiten. Ähnlich sieht es in fast allen Teilen der ehemaligen DDR aus.

Organisierten Protest gegen den bedrohlich wachsenden militanten Neonazismus gibt es fast nicht, geschweige denn, daß offensiv gegen das Auftreten von Neo-Nazis angegangen werden könnte. Aus Ostberlin sind die Neo-Nazis in Folge von Aktivitäten der Berliner Antifas ins Umland oder nach Sachsen ausgewichen, aber dort können sie ungehindert agieren. Vereinzelt arbeiten vor Ort Linke, aber sie sind weitgehend isoliert und in der Defensive. In Dresden zum Beispiel diskutierten Antifas am Abend vor dem 15.6. ausschließlich darüber, wie ihr Info-Laden gegen einen möglichen Fascho-Übergriff geschützt werden könne. Andere verließen die Stadt. Zitat: "...weil ich es nicht aushalte, den ganzen Tag zu Hause darauf zu warten, daß die Nazis kommen."

Am 20. April gab es in Dresden den Versuch, mit einer überregionalen Demo auf den angekündigten Aufmarsch der Neo-Nazis zu reagieren. Zwar beteiligten sich rund 500 Menschen an der Gegendemonstration, aber es offenbarten sich hierbei auch die Schwierigkeiten von Antifa-Arbeit in der ehemaligen DDR. Aufgrund fehlender Strukturen beteiligten sich fast nur Antifas aus Berlin, Potsdam und Dresden an der Demo. Kritisiert wurde auch der "Unwille" und das "Unvermögen" der Auswärtigen (insbesondere aus Westberlin), sich mit der speziellen Situation in Dresden auseinanderzusetzen. "In der Ex-DDR ist das Verhältnis zwischen der linken Szene und den Bullen ein grundlegend anderes als in der übrigen BRD. Das liegt daran, daß die Ost-Bullen einfach mal noch anders drauf sind und es in Dresden an der Tagesordnung war, daß sich Bullen schützend vor die Neustadt (Stadtteil mit Alternativszene - AK) gestellt haben. (...) Ohne sie hätten die Linken dort wahrscheinlich mehr auf`s Maul bekommen. (...) Leider mußte festgestellt werden, daß viele der Auswärtigen

viel zu sehr auf `ihren Erfahrungen im Antifaschistischen Kampf' beharrten." (Antifaschistisches Info 15, Westberlin)

Die Bürgerbewegungen sind immer noch auf dem Dialog-Trip. Kontakte und Freizeitgestaltung sind sicherlich sinnvoll und notwendig bei Jugendlichen, die sich am Rande der Neo-Nazi-Szene bewegen. Zum Skandal wird diese Dialog-Politik jedoch, wenn wie in Cottbus ein Kader der Deutschen Allianz städtischer Sozialarbeiter wird und so "im Dialog" Nachwuchs rekrutieren kann. Gespräche mit den Führungskadern dagegen werten die Neo-Nazis sogar politisch auf und verhindern trotzdem nicht, daß man bei nächster Gelegenheit doch von ihnen überfallen wird. Lutz Kronenberger zum Beispiel gibt sich in Gesprächen immer offen und erklärt, er lehne Gewalt ab. Trotzdem gehört er zu den Scharfmachern in Dresden. Mehrfach wurde beobachtet, wie er vor Überfällen Kneipen ausgespäht hatte. Im Sommer vergangenen Jahres hielt er sich zusammen mit anderen Neo-Nazis aus der Ex-DDR sowie Michael Kühnen in Spanien zu einer Wehrsportübung bei CEDADE (Ciurculo Espanol de Amigos de Europa) auf.

In Dresden rechtfertigte die Fraktion der Bürgerbewegungen im Dresdener Stadtparlament, die Teil einer großen Koalition ist, sogar die Genehmigung der Demonstration, da ein Verbot nicht beherrschbar gewesen wäre. Außerdem könne man niemandem die Teilnahme an einer Beisetzung verbieten. Daß die Beisetzung extra von Freitag auf Samstag verlegt wurde und die Demonstration zu einem viel späteren Zeitpunkt und ganz woanders stattfand, spielte keine Rolle.

In der PDS gibt es zwar eine AG Rechtsextremismus, aber von dieser hört man in der Öffentlichkeit nichts. Die Dresdener PDS verfaßte eine skandalöse Presseerklärung, die zeigt, wie tief das alte Denken in der Partei sitzt. In einem Satz werden gleichermaßen der Mord an Rainer Sonntag und der Mord an dem Mocambiquaner Jorge Gomondai verurteilt ("Zwei Tote sind genug")! Auch die PDS will den Neo-Nazis nicht das Recht absprechen, einen Trauermarsch zu veranstalten, aber "wir appellieren an sie, wie auch an die Angehörigen der linken Szene, an diesem TRAUERTAG (Hervorhebung im Original) keinerlei Gewalt anzuwenden." Kein Wort aber über die bedrohlich wachsende neonazistische Bewegung. Anrechnen muß man der PDS lediglich, daß ein Mitglied der Partei während der Demonstration diese Presseerklärung, die sich ansonsten gegen die "rechtsextremistische Gewalt" wendet, verteilte. Dies blieb die einzige protestierende Reaktion am Rande der Demonstration.

Was tun?

Erklärungen über die Ursachen gibt es viele. Um diese zu diskutieren bräuchte man wohl einen extra Artikel. Bestritten werden muß aber, daß der wachsende Rechtsradikalismus ausschließlich ein Folgeproblem der DDR und deren autoritärem System sei. Ausländerfeindlichkeit und nationalistische Gesinnung gibt es genauso in der alten BRD. Allerdings ist er gesellschaftlich mehr geächtet, artikuliert sich unterschwellig. Seinen Ausdruck findet dieses rechtsradikale Potential vor allem bei Wahlen. Wahlerfolge für die Reps, die DVU, NPD usw. dokumentieren dies. Öffentliche Auftritte von Neo-Nazis und Überfälle hatten in der Vergangenheit meist linke oder antifaschistische Proteste zur Folge. Selbst die Gewerkschaften oder die SPD mobilisierten hierzu. Eine Massenbasis konnte sich so kaum entwickeln.

In der ehemaligen DDR dagegen kann sich seit über einem Jahr die Neo-Nazi- Szene ungehindert entwickeln. Allerdings findet nicht nur der gemäßigte neonazistische Flügel Anhänger, sondern vor allem der militant-faschistische. Die Gewaltbereitschaft unter DDR-Jugendlichen scheint wesentlich höher. Allerdings gibt es inzwischen auch eine Art rechten Tourismus in die neuen Bundesländer, um am Wochenende mal die "Sau raus zu lassen".

Auf diese Situation können auch die Erfahrungen der westdeutschen Antifa-Bewegung aus den siebziger und achtziger Jahren nicht ohne weiteres übertragen werden. Ein FAP-Verbot, das derzeit vorbereitet wird, kann die Neo-Nazis kaum zurückwerfen. Ersatzorganisationen, wie die DA und die noch kaum bekannte Nationale Offensive (NO) sind längst gegründet und angesichts der Dynamik der rechten Bewegung würde selbst ein (nicht vorstellbares) konsequentes Verbot aller Organisationen nicht ausreichen. Auch mit antifaschistischer Selbsthilfe ist den wenigen Linken in vielen Städten der DDR nicht viel geholfen. Zu befürchten ist im Gegenteil, daß sich mit der verschärfenden sozialen Krise der militante Neonazismus als Bewegung in der ex-DDR etabliert und ausweitet. Möglich ist auch ein Übergreifen auf die alten Bundesländer.

Notwendig wäre dagegen zunächst der Aufbau von Antifa-Strukturen in der ehemaligen DDR und die öffentliche Dokumentation aller Aktivitäten der Neo-Nazis. Vielleicht könnte darüberhinaus eine breite bundesweite antifaschistische Demonstration zum Beispiel in Dresden die linke, liberale und demokratische Öffentlichkeit aus ihrer Lethargie reißen und den Auftakt bilden für weitere Schritte zur Bekämpfung des Neonazismus.

cs. Berlin

Le Monde, 18.6.91<

"Mehrere Hundert Neonazis demonstrierten in Dresden"

... Es handelte sich um die bedeutendste Neonazi-Demonstration auf offener Straße seit dem Krieg ... Auf Bürgersteigen und aus Wohnungsfenstern beobachteten Neugierige schweigend die Szenerie. Kein einziger Protestschrei. Nur eine ältere Dame äußerte ihr Mißfallen und durchquerte den Zug unter dem höhnischen Gelächter der Demonstranten. Ein junges Paar vom Neuen Forum stand wie gelähmt da ... In der Ex-BRD waren diese Bewegungen, dauernd unter Kontrolle und ideologisch isoliert, in den letzten Jahren auf politische Randerscheinungen reduziert. Doch der Zusammenbruch des kommunistischen Systems und die Brutalität der Wiedervereinigung setzten im Osten ein Gewaltpotential frei, das sehr viel schwieriger zu kanalisieren ist und das sich beizeiten auf der Straße äußert ... Die Ex-DDR kannte die Gewalt der Rechtsextremen. Während der letzten Jahre des kommunistischen Systems wurde sie v.a. in den Fußballstadien sichtbar. "Skin"-Gruppen hatten sich gebildet. Die ostdeutsche Polizei war damals so gut bewaffnet und die Gesellschaft so sorgfältig ins Visier genommen, daß das Phänomen nicht tiefer wirken konnte. Während der ost-deutschen "Revolution" brachten die nationale Zwangsvorstellung (revendication nationale) und die Wiedervereinigungseuphorie die Konturen zum verwischen. Die Xenophobie trat überall auf: gegen die importierten vietnamesischen und mosambikanischen Arbeitskräfte, gegen Polen und sowjetische Soldaten. Aber es gehörte zum guten Ton abzustreiten, daß es ein spezifisch ost-deutsches Problem gab, aus Furcht, als Gegner der Wiedervereinigung zu gelten ...

Le Figaro 17.6.91

"Die Neo-Nazis auf der Straße"

... Dresden wurde soeben an die düsteren 30er Jahre wiedererinnert. Am Samstag war die sächsische Hauptstadt der Treffpunkt von Neo-Nazis, die aus allen Bundesländern Deutschlands gekommen waren ... Bestückt mit wilden Abzeichen, schwarzen oder grünen Jacken und Reichskriegsflaggen - aber ohne das seit 1945 verbotene Hakenkreuz - trugen sie Transparente mit der Aufschrift "Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein". ... In Hamburg oder Wien machte man niemals Bekanntschaft mit Ost-"Faschos". Allzu primitiv, allzu gewalttätig, politisch völlig naiv. Und der Kampf der Dresdener (Neonazis, Anm. d. Ü.) gegen Prostitution und Ausschweifung? Darüber wird in der extremen Rechten westlich der Elbe offen gelacht ...

Zweifelhafte Fantasieuniformen, verkniffene Gesichter, lächerlich zurechtgemachte Frisuren: Gestalten, die aus den Vorstädten Dresdens, Leipzigs, Cottbus und Halle gekommen waren. Das ist das wahre Gesicht der Ost-Neonazis. Eine Masse an Jugendlichen, meist Arbeitslose, für die der Zusammenbruch der DDR Arbeitslosigkeit und eine perspektivlose Zukunft bedeutet ... Den Straßenrand säumen Tausende Dresdener Bürger, die aus Neugier, mit Familie und Fotoapparat, gekommen waren.

Sind sie schockiert?

Vor dem Hotel "Zur Deutschen Einheit" antwortet ein Rentnerehepaar: "Darüber haben wir wirklich nicht nachgedacht. Das ist neu für uns, wissen Sie." ...

International Herald Tribune 17.6.91

"Die Neonazis von Dresden: Ein Marsch von der Stabilität zum Aufruhr"

... Die Marschierer riefen "Sieg Heil" und reckten ihre Arme gerade und hoch zum Hitler-Gruß. Einige hatten geschorene Köpfe und trugen Adolf-Hitler-Schnurrbärte, Tätowierungen und T-Shirts mit der Landkarte "Großdeutschlands" einschließlich eines großen Teil Polens. Einige trugen weiße Hemden, schwarze Krawatten und Hakenkreuze, die diskret auf die Jacken aufgenäht waren ...

Viele Deutsche, unabhängig davon, in welchem Ausmaß sie den neuen Radikalismus ablehnen, sagten, es sei nicht richtig, diese Teenager mit dem Aufstieg der Nazis zu vergleichen. Hitlers Bewegung, so argumentierten sie, sei eine politische Partei gewesen, eine Gruppe Erwachsener, deren Programm Unterstützung durch eine verzweifelte Bevölkerung fand ...

Wer war Rainer Sonntag?

Die Trauerrede hält Heinz Reisz, der Anfang Juni seine FAP Hessen zugunsten einer neuen Organisation mit dem Namen "Deutsches Hessen" aufgelöst hat (es droht nämlich das Verbot der FAP).

Emphatisch zeichnet er das Bild vom Helden Rainer Sonntag, dem "Partner im Kampf gegen die Bonner Politik", die der eigentliche Mörder sei. Hätte Innenminister Zimmermann nicht am 9.2.1989 die Nationale Sammlung (NS) verboten, säße Rainer Sonntag heute als Stadtrat im Stadtparlament von Langen/Hessen. Sonntag stand auf dem dritten Listenplatz hinter Kühnen und Reisz. Eine erstaunliche Karriere, wenn man bedenkt, daß Sonntag erst 1987 in die Bundesrepublik herauskatapultiert wurde. Damals lief ein Verfahren gegen ihn, denn Sonntag war in illegale Antiquitäten- und Autogeschäfte eingestiegen. Ob und inwieweit er nebenbei noch für gewisse Dienste tätig gewesen ist, liegt bis heute im Bereich der Spekulation ... Nach einem kurzen Intermezzo als Zuhälter in Frankfurt/Main rückte er ungewöhnlich schnell in den engeren Führungskreis um Michael Kühnen auf.

Sonntag hatte darüberhinaus das Sonderkommando Sicherheit (SKS) übernommen, das zur Bekämpfung von "Gegnern" ausgebaut worden war. Er beteiligte sich an Überfällen auf Ausländer und wurde wegen Körperverletzung und unerlaubten Waffenbesitzes verurteilt. (...)

Im Januar 1990 kehrte Rainer Sonntag nach Dresden zurück. Dort hatte sich schon der Ortsverband der Deutschen Alternative (DA) gegründet, der unter anderem die "mitteldeutsche SA" bildete. Im Sommer kam es zu einem folgenschweren Konflikt zwischen Sonntag und seinen westdeutschen "Kameraden". Gerald Hess, ebenfalls Wahlkampfkandidat der NS und Mitglied verschiedener rechter

Organisationen, jagte sich am 26. Juli eine Ladung Schrot in den Leib. Weder seine Freunde noch seine Familie wollten an einen Selbstmord glauben, zumal die Waffe (eine abgesägte Schrotflinte - ak) verschwunden war. Vier Wochen später schrieb Michael Kühnen einen bemerkenswerten Brief an Rainer Sonntag:

"... Hier in Langen glauben sehr viele, daß Du den Gerald erschossen hast. Es gibt auch Gerüchte, daß Du in der fraglichen Zeit wieder in Langen warst. Es wäre schon schwierig gewesen, nachdem Du uns so sang- und klanglos verlassen und im Fernsehen gegen uns Stellung genommen hast (von Geld, das Du Kameraden schuldest, ganz zu schweigen), Dich wieder sozusagen in Ehren aufzunehmen. Gerade Gerald war da unerbittlich. (...) Nun aber nach Geralds Tod und angesichts des Verdachts gegen Dich ist es im Grund unmöglich. Wir trauen Dir nicht. (...) Wenn Du etwas mit dem Tod von Gerald zu tun hast, wird das schon später herauskommen. Und wie wir dann zu Dir stehen, kannst Du Dir sicher vorstellen, denn Gerald war einer unserer Besten! (...) Aber Du mußt bedenken, wir sind kein Hühnerzuchtverein, wo man nach Belieben ein- oder austreten kann. Es wird lange dauern, bis wir vergessen können, daß Du uns einmal verraten, im Stich gelassen und gegen uns öffentlich Stellung genommen hast! (...)"

Der Brief ist in mehrfacher Hinsicht interessant, beleuchtet er einerseits den verteufelt schlechten Ruf, den Rainer Sonntag bei seinen Freunden hatte (sie trauen ihm sogar einen Mord zu!), erstaunt er andererseits durch die angedeutete Kompromißbereitschaft von Michael Kühnen. De facto hat man sich wirklich innerhalb weniger Wochen vertragen, denn am 20. Oktober 1990 führte Sonntag neben Kühnen den Aufmarsch der Neo-Nazis

in Dresden an, selbstzufrieden lachend. (...) Der "Nationale Widerstand Deutschlands" (NWD) sollte Sonntags ehrgeizige Pläne von einer eigenen Partei befriedigen. (...) "Der NWD ist die Partei für Recht und Ordnung. Die Sicherheit auf der Straße ist wieder herzustellen. Neue Formen der Kriminalität müssen wirksam bekämpft werden." (Parteiprogramm der NWD) Damit war der Startschuß für die "Säuberungskampagne" der Dresdener Neo-Nazis gegeben, die sich selbst das Recht polizeilicher Maßnahmen erteilten. Zielgruppen waren Sex-Shop-Betreiber, Straßendirnen, Bordellpersonal und Kneiper. Schutzgelder wurden erpreßt, Hütchenspieler regelrecht festgenommen und bei der Polizei abgeliefert. Die Aktionen waren erfolgreich. Der

Straßenstrich ist verschwunden, ein Bordell fristet am Stadtrand ein kümmerliches Dasein, ein Sex-Shop ist übriggeblieben. Um sich das Feld für seine Geschäfte freizuhalten, dealte Rainer Sonntag mit Informationen bei der Polizei, die zum Teil beeindruckt war von den effektiven Einsätzen der rechtsextremen Saubermänner. (...)

Am Abend des 31. Mai 1991 plant Sonntag mit einem 50 Mann starken Sturmtrupp eine Strafaktion gegen einen "zahlungsunwilligen" Puff in Dresden-Mikten. (...) Als sich ein Mercedes mit getönten Scheiben nähert, geht Rainer Sonntag provozierend auf den 23jährigen Nikolas Simeonides zu, der eine abgesägte Schrotflinte in der Hand hält und nicht lange fackelt. Die Waffe hatte ihm Sonntag drei Wochen vorher für 400 DM verkauft. (...) Am Tatort errichten junge Neo-Nazis einen Altar mit Blumen und Kerzen. Tag und Nacht steht eine Mahnwache mit Reichskriegsflagge davor. Der Heldenmythos entsteht, die Szene hat ihren Märtyrer. (...)

Aus: "Die Andere" Nr. 26/91, 26. Juni 1991

4. Kein §218 in Ost und West!

Rubrik: Frauen und der § 218 · CD-Datei: daten/aksuche/ak332/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:332:01

Rund 1.000 Frauen trafen sich am 8./9. Juni in Ostberlin in der Humboldt-Universität, um anläßlich der Debatte um eine Neuregelung des Schwangerschaftsabbruchs die eigenen Forderungen und Strategien zu ihrer Durchsetzung zu diskutieren. Aufgerufen hatte ein Ost-West-Frau- enbündnis: "Frauen Begehren Selbstbestimmung", Frauen gegen den §218 - Bundesweite Koordination sowie der Unabhängige Frauenverband. Das Spektrum der UnterstützerInnen reichte von autonomen Frauengruppen über GRÜNE/Bündnis `90, PDS, Jusos, Gewerkschaften und ASF.

Der Kongreß begann mit einem vierstündigen Tribunal, ausgestaltet vom "Büro für ungewöhnliche Maßnahmen". Angeklagt war "Vater Staat", "der Einmischung in die inneren Angelegenheiten und Autonomie anderer ... des Mißbrauchs seines starken Arms, des Gesetzes in einem besonders schweren Fall: §218 (ff)." Es wurde aber nicht verhandelt, wie es vielleicht viele erwartet hatten. Eine Mischung aus Erlebnisberichten von Frauen, Kabarett, Ton-Dia-Show, Collagen und Musik dokumentierte etwas ungewöhnlich die unterschiedlichen Aspekte der Realität mit dem §218, des Abtreibungsunrechts in Ost und West, die Doppelmoral der sogenannten "Lebensschützer" sowie das herrschende Frauenbild.

Da ging es einer/m durch Mark und Bein, z.B. wenn eine Frau schilderte, wie sie nach einer Vergewaltigung in der Ehe schwanger geworden war und verzweifelt nach einer Möglichkeit für einen Abbruch suchte. Da gab es aber auch heiteres Gelächter, als im "Supermarkt der Sozialen Hilfen für Schwangere" die Schummelpakete zum Vorschein kamen. Da tönte es Buhrufe und Pfiffe, als die versammelte Mannschaft der Moralisten der Nation und Abtreibungsgegner die Frau zum "Austragen" verpflichten wollte. Und über allem schwebte der §218: "Sie haben noch ... Stunden Zeit ...", erinnerte alle paar Minuten ein auf die Leinwand geworfenes Dia.

Nicht immer gelangen diese ungewöhnliche Darstellungsformen, manchmal war`s ein bißchen lang, und auch inhaltlich hätte einiges etwas prägnanter sein können. Andererseits führte die bunte Mischung der Vorträge bei den Zuhörerinnen sicher nicht so schnell zur Ermüdung.

Im Anschluß an das Tribunal fand der "Frauenratschlag" statt, wo in insgesamt 19 Arbeitsgruppen zu verschiedenen Teilaspekten des §218 diskutiert wurde; so z.B. zu den Fragen: "Brauchen Frauen Fristen?", "Beratung: Recht oder Zwang", "Warum kriegen Frauen Kinder - warum treiben Frauen ab ?" "Sexualität und Abtreibung", "Bevölkerungspolitik in der ‚Dritten Welt`" usw. Die Arbeitsgruppen dienten neben einer inhaltlichen Vertiefung vieler Fragen im wesentlichen auch dem Erfahrungsaustausch und der Verständigung der Frauen aus BRD und Ex-DDR, und im Anschluß an den Kongreß wurden die spannenden Debatten in den Arbeitsgruppen von vielen Teilnehmerinnen gelobt.

Eine neue positive Erfahrung war nach Aussagen von Ost-Frauen auch, daß es auch "ohne Männer geht". Noch im Vorfeld der Vorbereitung für den Kongreß hatte es hierzu eine kontroverse Auseinandersetzung gegeben. Während einige Frauen aus dem Westen den gesamten Kongreß für die Männer schließen wollten, wollten vor allem Frauen aus der ehemaligen DDR die Männer dabei haben. Frau einigte sich dann schließlich darauf, das Tribunal für Männer zu öffnen. Dagegen sollten die Arbeitsgruppen und die Po- diumsdiskussion nur für Frauen sein. Auch das Frauenfest am Samstagabend fand dann, trotz einiger Ressentiments bei Frauen aus dem Osten, im nachhinein positives Echo.

Auf der Podiumsdiskussion am Sonntag sollte dann über Fragen zur Durchsetzung eigener Vorstellungen und Strategien zum §218 diskutiert werden, z.B.: "Wie muß eine optimale Abbruchsituation für die Frauen gestaltet sein?; Selbstbestimmungsrecht der Frau - gibt es Grenzen?; Fristenregelung: Lösung, Kompromiß oder Bevormundung?; Welche Möglichkeiten und Perspektiven gibt es zur Durchsetzung der Streichung des §218?" Hierbei kam die Diskussion um den letzten Punkt leider viel zu kurz. Eva Kunz (Bundesvorsitzende der ASF) und Karin Junker (ebenfalls ASF) lavierten sich um eine klare Stellungnahme herum, was bei dem Publikum auf erstaunlich heftigen Protest stieß. Stattdessen erntete Conny Hühn (Psychologin im FFGZ und Mitstreiterin in der Bundesweiten Koordination) großen Beifall. In der Debatte um die Strategie räumte sie ein, daß eine Fristenregelung gegenüber der Indikationsregelung zwar eine Verbesserung für Frauen bedeuten würde, daß aber jede Fristsetzung dem Selbstbestimmungsrecht der Frau grundsätzlich widersprechen würde. Sie gab einer Fristenregelung z.Zt. kaum eine ernsthafte Chance. Jutta Oesterle-Schwerin, GRÜNE, vertrat die

Ansicht, daß nur die kompromißlose Forderung für eine ersatzlose Streichung des §218 längerfristig Erfolg versprechen würde und daß es darauf ankomme, die SPD, falls diese demnächst in Bonn regiere, schon jetzt unter Druck zu setzen. Sie sprach sich ansonsten für den außerparlamentarischen Kampf aus. (Erwähnt sei hier allerdings, daß die GRÜNEN auf dem "außerparlamentarischen" Frauenkongreß kaum anwesend waren, weil sie just auf den selben Tag ihre Bundesversammlung gelegt hatten.) Christina Schenk vom Unabhängigen Frauenverband bekam spontane Zustimmung für ihren im Bundestag eingebrachten Minderheitenantrag für die ersatzlose Streichung des §218 und einen Rechtsanspruch auf Schwangerschaftsabbruch. Dagegen konnte Uschi Goldenbaum von der LISA (Frauenorganisation der PDS), die versucht hatte, einen ähnlichen Gesetzentwurf in der PDS durchzusetzen, keine Lorbeeren gewinnen. Teile der PDS-Fraktion hatten gerade zwei Tage zuvor den Entwurf abgelehnt und eine Fristenregelung favorisiert. Äußerst widersprüchlich blieb der Beitrag der Rechtswissenschaftlerin Monika Frommel. Während sie einerseits die Gefahr, die in der "Verrechtlichung der Zwangsberatung" steckt, hervorhob, plädierte sie andererseits sogar dafür, sich eventuell auf den FDP-Entwurf einzulassen. Daß dieser Vorschlag, fast ohne Widerspruch blieb, lag wohl schon an der fortgeschrittenen Zeit.

So war es auch leider nicht möglich, über die vom Podium und aus dem Publikum vorgetragenen Standpunkte ausführlich zu diskutieren und eine Strategie für die nächste Zukunft festzulegen. Insofern war sich der Kongreß seiner Stärke nicht richtig bewußt. So blieb zwar immerhin noch die Verabschiedung einer gemeinsamen Resolution, in der neben der Forderung nach Streichung des §218 einige positive Forderungen formuliert wurden. Eine genauere Auseinandersetzung mit den z.Zt. in der Öffentlichkeit diskutierten Positionen und eine eigene Stellungnahme dazu fand aber kaum statt.

Als herausragendes Ergebnis des Kongresses blieb der Ost-West-Austausch. Von den Frauen wurde vor allem der "konstruktive Streit" positiv hervorgehoben. Gute Chancen also für weitere Aktionen im Herbst!

Sy.

Resolution

Der Kongreß "Kein § 218 in Ost und West" weist Äußerungen des Papstes in Polen zur Frage der Abtreibung, insbesondere den Vergleich zwischen dem nationalsozialistischen Holocaust und der verantwortlichen Abtreibungsentscheidung von Frauen als unverschämten Übergriff zurück.

Wir fordern die katholische Kirche statt dessen auf, ihre eigene Rolle bei der Ermöglichung des Völkermordes an den Juden und ihre Verantwortlichkeit für den Mord an unzähligen Frauen im Rahmen der sogenannten "Hexenverfolgung" zu reflektieren.

Wir fordern Selbstbestimmung statt Bevormundung

Die Teilnehmerinnen des 1. Ost-West-Frauenkongresses am 8./9. Juni 1991 in Berlin erklären:

Nach über 100 Jahren ist es endlich Zeit, daß der § 218 abgeschafft wird!

Die Entscheidung für oder gegen eine Schwangerschaft kann nur von den Frauen selbst getroffen werden.

Frauen brauchen keine Bevormundung, weder durch Fristen, noch durch Zwangsberatung, sondern ein uneingeschränktes Selbstbestimmungsrecht.

Wir fordern die im Bundestag vertretenen Parteien auf, Bedingungen zu schaffen, die den Bedürfnissen und dem Selbstbestimmungsrecht von Frauen entsprechen. Dazu zählen wir die im Kriterienkatalog des Frauenpolitischen Runden Tisches Berlin enthaltenen Forderungen:

- Streichung der §§ 218 und 219. Keine Regelung des freiwilligen Schwangerschaftsabbruchs im Strafgesetzbuch. Die Entscheidung trifft allein die Frau. Ein Schwangerschaftsabbruch gegen den Willen der Frau ist Körperverletzung.

- Die jeweils schonendste Abbruchmethode - ambulant und stationär muß für die Frau frei wählbar sein. Das bedeutet, ein ausreichendes Angebot von kostenlosen Abbruchmöglichkeiten in Wohnortnähe muß gewährleistet sein.

- Falls die Frau es wünscht, muß eine umfassende Information, Beratung, Begleitung, etc. möglich sein.

- Keine Frau darf wegen ihrer Entscheidung für oder gegen ein Kind diskriminiert werden.

Jeder Versuch, ein restriktives und bevormundendes Abtreibungsrecht zu schaffen, wird auf den andauernden Widerstand von uns Frauen treffen.

5. Wir müssen noch viel offensiver werden! Beitrag von Conny Hühn auf dem Kongreß "Kein § 218 in Ost und West!"

Beitrag auf dem Kongreß "Kein §218 in Ost und West! "

Rubrik: Frauen und der § 218 · CD-Datei: daten/aksuche/ak332/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:332:23

Wir dokumentieren hier den Beitrag von Conny Hühn, Psychologin und Mitarbeiterin im Feministischen Frauengesundheitszentrum in Frankfurt im Arbeitsbereich Ungewollte Schwangerschaften, Abtreibung, §218, den sie als Podiumsteilnehmerin am 9.6.1991 beim Kongreß "Kein §218 in Ost und West" gehalten hat.

Optimale Abtreibungsbedingungen sind nur dort möglich, wo Entscheidungen von Frauen für eine Abtreibung oder das Austragen einer Schwangerschaft als gleichwertig und gleichberechtigt geachtet werden. Niemand hat das Recht, in unsere Leben, Körper und Schwangerschaften zu penetrieren. Alle Vorschriften, Nötigungen und Zwänge im Zusammenhang mit unserer Sexualität, körperlichen Fruchtbarkeit und Schwangerschaften sind eine Form der Gewalt gegen Frauen - seien es Abtreibungsverbote, Zwangsabtreibungen, genötigte Sterilisationen oder andere Eingriffe in unsere Körper.

Frauen, die abtreiben wollen, weil sie keinem Kind (mehr) das Leben schenken wollen - und das braucht überhaupt keine schwere, leidvolle, schuld- oder schmerzhafte Entscheidung zu sein -, brauchen fachkundige Menschen, die sie medizinisch und menschlich optimal behandeln. Dies geht nur, wenn diese sich positiv mit einer abtreibenden Frau identifizieren können. Wichtig für eine der Würde von Frauen entsprechende gute Abtreibung ist ein angenehmer, schön eingerichteter Ort, gute, einfühlsame Behandlung und Betreuung; weiterhin die Möglichkeit eine vertraute Begleitperson mitbringen zu können, sei dies Freund oder Mann, Schwester oder Freundin. Jede schlechte oder schmerzhafte Abtreibung unter nicht optimalen Bedingungen ist eine Verletzung von Seele, Körper und Sexualität der betroffenen Frau. Ein Schwangerschaftsabbruch als psychisch bedeutsamer, aber medizinisch einfacher und kleiner Eingriff benötigt keine großen Spezialeinrichtungen oder Kliniken. Feministische Frauengesundheitszentren sind jetzt schon Orte, wo Frauen durch andere Frauen in Angelegenheiten ihrer Sexualität und körperlichen Fruchtbarkeit parteilich, körpernah und frauenidentifiziert beraten und z.T. behandelt werden. Optimal für gute Schwangerschaftsabbrüche wären viele kleine, dezentrale Einrichtungen, die an FFGZ`s, frauenidentifizierte ärztliche Praxen oder Pro Familia angeschlossen sind, wo Schwangerschaftsabbrüche ein Bereich unter vielen anderen sind, die sich mit Frauenleben und Frauengesundheit befassen.

Es versteht sich aus dem schon Gesagten von selbst, daß Strafgesetze, Fristen und Zwangsberatungen für keine Frau zu irgendetwas gut sind. Es ist eine perverse Idee, an der Frau vorbei, gegen sie, durch Erklärung ihrer Gebärmutter zum Sperrgebiet für die Frau selbst, etwas Konstruktives tun zu wollen. Frauen schützen die von ihnen gewollten Schwangerschaften, aus denen Kinder entstehen sollen, denen sie das Leben schenken wollen, als Fachfrauen ganz optimal selbst. Der einzig mögliche, wirkliche Respekt und Schutz des Nachwuchses besteht im Respekt vor Frauen, ihrer Gebärfähigkeit und Entscheidungsmacht. Für diese Art Humanökologie, die eigentlich selbstverständlich sein sollte, müssen wir immer noch streiten.

Die Entscheidungsmacht von Frauen in Angelegenheiten ihrer Sexualität und körperlichen Fruchtbarkeit ist mir etwas zutiefst Selbstverständliches; von einer Warte her finde ich es sogar problematisch, diese Selbstverständlichkeit durch Begründungen zu zerreden oder gar zu rechtfertigen. Wir sollten den Mord-, Blut- und nach Kreuzzügen rufenden Papst und andere Herren, die Frauen zu willenlosen Gefäßen für ihren Nachwuchs herabwürdigen wollen, einfach öfters mal auslachen, anstatt uns argumentatorisch an ihnen abzuarbeiten.

Leider ist die Diskussion über Schwangerschaftsabbrüche auch von Frauenseite her voll von Selbstbezichtigungen, Rechtfertigungen und Entschuldigungen. Abtreibung ist offensichtlich zum Symbol geworden für alles, was an Frauen unerwünscht ist: Und das ist vor allem, selbstbestimmt über das eigene Leben zu entscheiden. So wird z.B. auch das Nein-Sagen von Frauen als schlimmer Egoismus gebrandmarkt. Im Klartext bedeutet dies, daß sich Frauen willenlos, ohne ihr bewußtes Ja dazu zu sagen, als Gefäß dem sogenannten ungeborenen Leben zur Verfügung stellen sollen. Nur Frauen können entscheiden, ob aus ihrer

Schwangerschaft ein zu gebärendes Leben erwachsen soll. Frauen sind keine Ackerböden, die nicht nein sagen sollen, wenn der Samen nun schon mal eingesät worden ist. Frauen entscheiden selbst, ob sie ihre Früchte reifen lassen wollen und mit wem sie sie teilen!

Zur Selbstbestimmung gehört auch, daß Frauen sich die enteignete Definitionsmacht über ihre Fruchtbarkeit und Schwangerschaften wieder aneignen. Für eine Schwangerschaft, die wir austragen wollen, wenn wir ein Kind wollen, stellen wir uns körperlich und seelisch zur Verfügung; wir sagen ja zu ihr, wir nehmen sie aktiv an. Wenn wir ja dazu sagen, dann ist vielleicht schon eine Schwangerschaft in der 6. Woche ein Kind - wenn wir es uns so wünschen, wenn wir ja dazu sagen, wozu auch unser schöpferischer Phantasieakt zentral mit gehört, wodurch eine Schwangerschaft zu einem Kind wird. Wenn wir nein zu einer Schwangerschaft sagen, dann sind wir vielleicht nur mit unserer Periode überfällig, vielleicht ist unsere Schwangerschaft nur ein lästiger Zellhaufen für uns, und wir wollen diese Lebensmöglichkeit aktiv und für uns konstruktiv zerstören. Durch Annahme oder Ablehnung unserer Schwangerschaften entscheiden und definieren wir, was sie letztendlich sind oder sein werden - pseudoobjektive naturwissenschaftliche Definitionen über Menschwerdung, abstraktes Leben etc. wollen uns unserer Macht enteignen, nach unseren Wünschen und Bedingungen Leben zu schenken oder nicht.

Schwangerschaften und deren Entwicklungen im Körper von Frauen sind etwas mit nichts sonst vergleichbares - Tötungsvorwürfe und -vergleiche sind bösartig und verdummen, sie verwischen die Einmaligkeit von Schwangerschaften. Es ist eine ungeheure Selbstentfremdung, wenn Frauen nicht selbst ja oder nein zu ihrer fruchtbaren Potenz und Produktivität sagen können. Es gibt keine vergleichbare Methode der staatlich verordneten Selbstentfremdung von Männern von ihrem Körper; auch die Vorstellung einer Zwangssamenspende, z.B. 9 Monate lang, mindestens einmal täglich, hinkt beträchtlich. Erzwungene Aufrechterhaltung von Schwangerschaften ist eine Art von Vergewaltigung.

Aber gerade weil Schwangerschaften so einzigartig weiblich sind, hat mann sich so viel Scheußliches dazu ausgedacht - unter anderem Abtreibungsverbote.

Die Möglichkeit, die Frauen einfach haben und als Kulturtechnik seit Jahrtausenden kultiviert haben, nämlich sich von einer Schwangerschaft auch wieder trennen zu können, die Lebensmöglichkeit, die eine Schwangerschaft bedeutet, zu zerstören - die mit Mord und Totschlag aber auch nicht das geringste zu tun hat, ist ein kleiner Baustein für Frauen für ein selbstbestimmtes Leben; d.h. nicht fremdbestimmt mit der eigenen Fruchtbarkeit umzugehen. Abtreibungsverbote sind Fremdbestimmungen, die die Würde, Integrität und Unversehrtheit von Frauen mißachten. Denn je nach Wunsch der Frauen und ihrem Bedürfnis entspricht das Austragen oder Abbrechen einer Schwangerschaft ihrer Würde, Integrität und Unversehrtheit. Ich finde es schlimm und höchst ärgerlich, daß Frauen seit so langer Zeit um das grundlegende Frauenmenschenrecht des freien Umgangs mit ihrer Sexualität und fruchtbaren Potenz immer noch kämpfen müssen.

Da ich entschieden für die Freiheit von Frauen bin, in Angelegenheiten ihres Körpers und Lebens Entscheidungen treffen zu können und somit auch über unsere gebärmütterliche Produktivität, gibt es für mich natürlich nicht das kleine bißchen Freiheit; die kleine Freiheit, die willkürlich am 1. Tag der 13. Woche endet, ist keine. (Obwohl es natürlich einen Unterschied für die Lebensqualität von Frauen ausmacht, ob sie mit der Bedrohung eines absoluten Abtreibungsverbotes oder mit der Fristenabtreibungsregelung leben.)

Ich bin es eigentlich überdrüssig, zu sagen, zum x-ten Mal, daß Frauen natürlich aus eigenen Interessen heraus so früh wie möglich abtreiben, wenn sie sich dafür entscheiden, weil der Eingriff körperlich geringfügiger ist und sich die Schwangerschaft mit zunehmender Zeit immer weiter entwickelt in Körper, Gefühl und Phantasie der Frau.

Die beste Prävention besteht in der Abschaffung aller Abtreibungsverbote - Frauen können sich früher und mit weniger Angst entscheiden, wenn das gesellschaftliche Klima keine Gewitterwolken der Repression, Scham, Angst, Bestrafungsdrohungen und Verurteilungen aufziehen läßt.

Die vielzitierten und für miese Argumentationen oft mißbrauchten schwierigen Abtreibungen, die auch in Ländern, wo sie Frauen nicht verboten sind, extrem selten vorkommen, brauchen auch keinerlei Straf- oder andere gesetzliche Regelungen. Es sind meist persönliche Tragödien, wenn Frauen ihre Schwangerschaft erst relativ spät bemerken, und/oder sich nicht entscheiden können und/oder schwerwiegende Gründe gegen die Schwangerschaft erst später auftauchen. Es gibt Methoden für diese viel schwierigeren, selte- nen, späten

Abtreibungen, die übrigens dort entwickelt und kultiviert werden, wo der Staat diese Behandlung nicht streng mißbilligt oder verbietet, z.B. in den vergangenen Jahren in England. Späte Abtreibungen müssen etwas anderes sein als einfach künstlich ausgelöste Fehlgeburten - sie können natürlich nur von Menschen angewendet werden, die sich mit der Notwendigkeit einer solchen Abtreibung und der abtreibenden Frau identifizieren können und wollen. Die meisten Angehörigen des Ärztestandes wollen dieses explizit oder implizit nicht - eine medizinische Behandlung vornehmen, ohne daß eine Krankheit vorliegt, aus dem einzigen Grund, weil die betroffene Frau dies wünscht. Herrschenderseits erwünschte Abtreibungen jedoch, nämlich die, wenn eine Schädigung des Embryos zu erkennen ist, werden nicht als "späte Abtreibungen" bezeichnet, sondern es wird "die eugenische Indikation" angewandt.

Es ist oft einfacher, sich hinter pseudoobjektiven medizinischen Definitionen und Gesetzen zu verstecken, als selbst Stellung zu beziehen. Aber parteilich ist jede/r in der Abtreibungsfrage - entweder mit Frauen oder gegen sie.

Ein ganz zentraler Punkt beim Kampf gegen staatliche Übergriffe, Verletzungen und Verbote im Zusammenhang mit unserer Gebärfähigkeit ist eine Veränderung des Denkens und des Sprechens über den Schwangerschaftsabbruch, unter uns Frauen, mit Männern und besonders natürlich im öffentlichen Sprechen. Das wichtigste dabei ist, daß das, was viele von uns denken und fühlen, laut gesagt wird. Solange Frauen meinen, sich entschuldigen und rechtfertigen zu müssen und sich noch nicht einmal selbst die Freiheit geben, selbstbestimmt mit den Folgen ihrer Sexualität umzugehen, können wir uns die Freiheit dazu auch öffentlich nicht nehmen! Solange Frauen mit-tabuisieren, sich schämen und verstecken, sind sie Mittäterin an der eigenen Unterdrückung. Wir müssen uns offensiv die Freiheit nehmen, unsere Gefühle ernst zu nehmen, unsere Schwangerschaften und was daraus werden soll, selbst zu definieren. In manchem haben die Konservativen schneller als wir erkannt, wie wichtig der öffentliche Diskurs ist, und sie haben uns mit ihrem Lebensrettungsunsinn überhäuft, und der ist in die Köpfe und Herzen eingedrungen! Solange wir bei Mordvorwürfen zusammenzucken und uns entschuldigen, haben die anderen die Trümpfe in der Hand.

Abtreibung hat überhaupt nicht unbedingt etwas mit Leiden und Schuld zu tun und ist auch kein ursprünglich soziales Problem; Probleme wie Mißbrauch durch Männer, mangelhafte Kinderversorgung und Armut von Frauen, die im Zusammenhang mit Abtreibung auftauchen und thematisiert werden, sind ein Problem - aber ein anderes. Abtreibung ist eine an sich potente Möglichkeit von Frauen, über ihr Leben und ihren Körper, wozu auch ihre Fruchtbarkeit gehört, selbst zu bestimmen. Nur wer nicht die Wahl hat, hat die Qual! Wir müssen noch viel offensiver werden!

6. Tabu trotz Normalität. Interview zur Fristenregelung in der DDR mit Roswitha Steinbrecher

Rubrik: Frauen und der § 218 · CD-Datei: daten/aksuche/ak332/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:332:12

Mit der Annexion der DDR durch die BRD hat auch der Kampf gegen den §218 eine neue Dimension bekommen. Die Erfahrungen und das Herangehen der DDR-Frauen an dieses Thema zeigen in vielen Teilen Unterschiede zu den alten 218-Kämpferinnen, so daß eine Verständigung nicht immer einfach ist. Die Fristenregelung der DDR, das einzige Gesetz das in der alten Volkskammer seinerzeit mit Gegenstimmen verabschiedet wurde, wird von den einen heute als ein Stück DDR-Errungenschaft verteidigt, von den anderen als längst nicht ausreichend empfunden und in seiner Anwendung eher kritisch gesehen.

Wir sprachen mit Roswitha Steinbrenner, Frauenpolitische Sprecherin des Berliner Landesvorstandes der PDS und Mitglied der Linken Sozialistischen Frauenarbeitsgemeinschaft der PDS (LISA) und mit Christiane Schindler, Sprecherin des Unabhängigen Frauenverbandes (UFV) über die Praxis und den Umgang mit der Fristenregelung in der DDR, die Debatte in den beiden Bundestagsgruppen Bündnis 90/Grüne und PDS, sowie über die Chancen eines außerparlamentarischen gemeinsamen Kampfes gegen den §218.

Das Gespräch für den ak führte Li., Hamburg.

ak: Ihr hattet in der DDR ein Gesetz zum Schwangerschaftsabbruch, was den Abbruch bis zur 12. Woche straffrei gelassen hat. Wie haben Frauen in der DDR damit gelebt? Was war positiv, was war negativ an dieser Regelung für Euch?

Roswitha: Solange wir über dieses Gesetz nicht nachgedacht haben, haben wir eigentlich selbstverständlich damit gelebt. Es hat nach meinem Wissen keine Frau daran gezweifelt, daß dieses Gesetz ihr irgendwelche Einschränkungen beim Umgang mit ihrer Schwangerschaft auferlegt.

Es war selbstverständlich, daß bei der Schwangerschaftsfeststellung der Arzt oder die Ärztin als erstes die Frage gestellt hat, wollen Sie das Kind austragen. Und es war dann ebenso selbstverständlich, wenn die Frau nein sagte, daß sie eine Überweisung zum Abbruch bekam. Insofern haben Frauen mit dem Gesetz an sich keine Probleme gehabt. Höchstens mit so unterschwelligen Vorwürfen in Fragen der Verhütung. Die fast ausschließliche Vergabe von Verhütungsmitteln an Frauen - kostenlos - wurde auch interpretiert als Verhütungszwang für Frauen. Es kam daher schon zu latenten Schuldzuweisungen, wenn ungewollte Schwangerschaften eingetreten sind, die dazu führten, daß Frauen sich moralisch unter Druck gesetzt fühlten. Da Frauen aber generell straffrei waren, auch wenn sie den Abbruch selber gemacht haben, haben eben manche auch zu solchen Lösungen gegriffen. In aller Regel, wenn eine Schwangerschaft nach der 12. Woche festgestellt wurde und relevante Gründe dafür da waren, diese Schwangerschaft nicht austragen zu können oder zu wollen, dann haben die dafür zuständigen Ärztekommissionen im Sinne der Frauen entschieden. Und das soziale Umfeld war natürlich ein solches, daß selbst bei anfangs ungewollten Schwangerschaften, die Annahme einer Mutterschaft viel eher möglich war, weil sie Dich nicht in riesige soziale Konflikte stürzen würde.

Bei dem Stichwort Ärztekommission möchte ich nochmal nachfragen. Wie sah das denn praktisch aus, wenn eine Frau nach der 12. Woche einen Abbruch haben wollte?

Christiane: Die Frau selber mußte nicht persönlich vor dieser Ärztekommission erscheinen, sondern es wurde seitens des behandelnden Arztes ein Antrag an die Ärztekommission formuliert und dieser Antrag wurde verhandelt. In dem Sinne war die Frau aus der Prozedur selbst herausgenommen. Sie mußte ihr Problem nur einmal dem behandelnden Arzt deutlich machen.

Beim Schwangerschaftsabbruch haben wir das Bestehende gefordert

Ich will aber auch nochmal was zu dem Vorhergehenden sagen. Ich glaube schon, daß das Hauptproblem wirklich darin bestand, daß die gesamte Frage des Schwangerschaftsabbruches in der DDR zwar auf der einen Seite öffentlich war im Sinne dieser Selbstverständlichkeit, die Roswitha beschrieb. Auf der anderen Seite war aber die gesamte Frage des Umgangs mit Schwangerschaftsabbrüchen sowohl seitens der Frau, die abbrach, als auch seitens des Arztes und des medizinischen Personals ein Gebiet, das völlig tabuisiert war.

Und diese Tabuisierung ging soweit, ich will das mal für den UFV sagen, daß wir beispielsweise in unserem Programm die Umsetzung des Rechtes auf selbstbestimmte Schwangerschaft - das wir ja in der DDR hatten - in Form einer Fristenregelung bis zur 12. Woche gefordert haben.

Als wir das Programm geschrieben haben, das war im Februar/März 1990, war diese Fragestellung für uns sowenig thematisiert, daß wir nicht über das hinausgegangen sind, was in der DDR vorhanden war. Obwohl wir das bei allem anderen gemacht haben, ob das Kindereinrichtungen waren oder Erwerbsarbeit. Dort wurden immer qualitative Verbesserungen eingefordert. Nur in der Frage des Schwangerschaftsabbruches haben wir das Bestehende eingefordert.

Aufgrund dieser Selbstverständlichkeit auf der einen Seite und der nicht vorhandenen Reflexion auf der anderen Seite seid Ihr davon ausgegangen, daß die Fristenregelung das Optimale ist?

Christiane: Das denke ich schon. Das würde ich schon mit dem Begriff der Tabuisierung beschreiben wollen.

Ich bin mir zum Beispiel nicht sicher, ob wirklich alle Frauen gute Erfahrungen im Umgang mit der Fristenregelung, also auch mit der Frist selber gemacht haben. Ob es nicht auch dadurch Zwänge gab, ungewollte Schwangerschaften auszutragen oder auch Zwänge gab, Entscheidungen zu fällen zu einem Zeitpunkt, wo sie eigentlich noch nicht reif waren. Diese Gesamtheit dieser individuellen Gesamtlage in der Situation eines Schwangerschaftsabbruches ist nicht thematisiert worden und die Abbrucherfahrungen demzufolge auch nicht. Jede Frau hatte für sich ihre individuellen Erfahrungen und die waren sicherlich sehr unterschiedlich, aber die waren nicht öffentlich.

Wie erklärt Ihr Euch den Widerspruch zwischen dieser doch zumindest gesetzlich relativ progressiven Regelung und der öffentlichen Nichtbehandlung des Themas?

Roswitha: Es wird vermutet, daß der Gesetzentwurf entstanden ist als letzter unerledigter Punkt auf der langen Liste der Forderungen der Arbeiterbewegung. Es war ja ursprünglich die Intention zu sagen, daß in einem sozial intakten Umfeld, in einer freien Gesellschaft, Frauen Schwangerschaften austragen würden. Es wurde also davon ausgegangen, wir haben dieses soziale Umfeld und wir haben eine kinderfreundliche Gesellschaft, wir haben kostenlose Verhütungsmittel und unerwünschte Schwangerschaften hätten deshalb eigentlich nicht sein müssen. Es ist auch ziemlich wenig reflektiert worden, daß Verhütung niemals 100% sein kann, so wie überhaupt das gesamte Problemfeld, das gesamte Feld der Sexualität eigentlich ein Thema war, das nicht behandelt wurde. Und unerwünschte Schwangerschaften in Folge von Sexualität schon gar nicht. Höchstens im Falle von Mißbrauch und Vergewaltigung. Es ist darüber nicht gesprochen worden, wahrscheinlich aus so einem Komplex von Prüderie.

Die Lösung der Frauenfrage als Nebenwiderspruch

Christiane: Ich glaube schon der Anfangsgedanke von Roswitha war richtig. Es gab bestimmte Punkte, also die Lösung der Frauenfrage als Nebenwiderspruch, die es abzuhaken galt: Frauen sind erwerbstätig als Voraussetzung für ökonomische Selbständigkeit, es gibt eine Vergesellschaftung der Hausarbeit im Sinne eines Dienstleistungswesens, es gibt eine gesellschaftliche Kinderbetreuung und es gibt das Recht auf selbstbestimmte Schwangerschaft. Das sind ja so die wesentlichen Punkte z.B. von Bebel.

Die Nichtthematisierung des Schwangerschaftsabbruchs ist keine Ausnahme. Auch die anderen Felder wurden im Prinzip nicht thematisiert. Also Frauenerwerbsarbeit ist im Sinne des Quantitativen - über 90% der Frauen waren erwerbstätig - erreicht worden, aber es ist doch nie thematisiert worden, in welcher Weise sich jetzt wirklich die Situation von Frauen in dieser Gesellschaft verändert hat. Sondern diese Gesellschaft lebte in den letzten Jahren vom Zukippen von Problemen und das betraf dann vor allem auch ein solch sensibles Feld wie den Schwangerschaftsabbruch, wo vielleicht noch am ehesten hätte deutlich gemacht werden müssen, welches Bild man nun eigentlich von der Frau in dieser Gesellschaft überhaupt hat. Ich weiß nicht, ob diese Frage nach dem Frauenbild wahrgenommen wurde, aber aus heutiger Sicht würde ich sie zumindest hinein interpretieren.

Nun gibt es mittlerweile eine erneute Debatte auch hier in der ehemaligen DDR. Wie wird sie in der (ex-)DDR geführt? An welchen Punkten gibt es Diskussionen?

Christiane: Auf jeden Fall ist erstmal eine Entwicklung festzustellen. Wenn ich vom UFV ausgehe, der noch im März vergangenen Jahres eine Fristenregelung bis zur 12. Woche forderte, und jetzt auf dem Kongreß ein Jahr später in Leipzig die ersatzlose Streichung, so ist das schon ein Schritt, der zeigt, daß in der Zwischenzeit eine Diskussion stattgefunden hat. Erstens eine Diskussion um das Frauenbild, was hinter einer gesetzlichen Regelung des Schwangerschaftsabbruches eigentlich steht, und zweitens wird hautnah erlebt, wie auch eine Fristenregelung gesellschaftsabhängig in ihrer Anwendung und in ihrer Auslegung ist.

Wir erleben gegenwärtig, daß die Fristenregelung, wie sie für die DDR vielleicht gut war, ausgehöhlt und zurückgenommen wird. Durch das sich verschlechternde gesellschaftliche Klima, d.h. vor allem durch erhöhten moralischen Druck, verschlechtern sich die Bedingungen für Frauen ganz einfach.

Schwangerschaftsabbrüche werden verweigert

Inwiefern haben sich die Bedingungen verschlechtert?

Christiane: Zum einen, daß also nicht nur die Abbruchgegner im eigenen Land, sondern daß diese gesamte Gesetzesdebatte moralischen Druck auf Frauen erzeugt, die abtreiben. Es wird doch ein Frauenbild propagiert, das besagt, Frauen sind unselbständig, sind eben nicht in der Lage, selbst zu entscheiden, sie brauchen Beratung und Hilfe durch andere. Dadurch wird doch ein unwahrscheinlicher Druck auf Frauen ausgeübt.

Und zum zweiten, daß Ärzte, einzelne Ärzte, aber auch eine ganze Klinik in Greifswald eben den Schwangerschaftsabbruch verweigert, bzw. nur noch im Falle einer medizinischen Notlage ausführt und zum anderen es auch immer weniger Einrichtungen gibt, die nach ausgestellten Indikationen verfahren. Der Weg für Frauen, einen Abbruch zu bekommen, erschwert sich in großem Maße, auch ohne eine neue Regelung, sondern einfach aus diesem sich verändernden gesellschaftlichen Klima heraus.

Wie sehen denn die Diskussionen bei der LISA aus?

Roswitha: Im Grunde ähnlich. In der Auseinandersetzung geht es hauptsächlich um pro und contra Fristenregelung. Wobei aber niemals das Indikationsmodell oder eine Plichtberatung überhaupt nur ins Auge gefaßt wird. Fristenregelung ohne Zwangsberatung oder eine Entfristung, also eine wirkliche ersatzlose Streichung des §218 wird zur Zeit mehr auf der Ebene Fundamentalisten gegen Realos ausgetragen. Die Befürworterinnen einer Fristenregelung in der LISA meinen, daß dies das derzeitig Durchsetzbare ist. Ansonsten findet mehr ein Streit zwischen medizinischen Anforderungen und dem Selbstbestimmungsrecht der Frau statt.

Wo liegt da der Widerspruch?

Roswitha: Die Forderungen von Medizinern zur Beibehaltung der Fristenregelung sind ja darauf gerichtet, erstens die aus ihrer Sicht besten Lösungen für die Frau zu treffen, was ja irgendwo schon unterstellt, daß Mediziner meinen, das Frauen nicht Bescheid wüßten um Risiken und Probleme, also Risiken nicht verantwortungsbewußt für ihr Leben abwägen können. Zudem geht es ihnen um eine eigene Rechtssicherheit. Um einen Schutz vor einem Druck der Gesellschaft auf ihre Entscheidung, Frauen bei ihrem Abbruch zu helfen.

Von der anderen Seite wird eben doch ziemlich klar dargestellt, daß eigentlich in keinem Fall Menschen in ihrem Selbstbestimmungsrecht, wenn es um ihre Gesundheit geht, beschränkt werden, außer halt im Falle der Schwangerschaft.

In Euren beiden Bundestagsgruppen Bündnis 90/Grüne und PDS wird zur Zeit um eine gesetzliche Regelung zum Schwangerschaftsabbruch gestritten. An welchen Punkten macht sich die Auseinandersetzung fest?

Christiane: Das Bündnis hat in seiner Geschäftsordnung einen Passus, der das Einbringen von Minderheitenpositionen ins Parlament auch in Form von Gesetzesanträgen zuläßt. Es ist eben schon sehr bezeichnend, daß dieser Passus genau an der Frage des Gesetzesantrages von Christina Schenk zur Sicherung der Entscheidungsfreiheit von Frauen im Umgang mit ungewollten Schwangerschaften, praktisch in Frage und neu zur Disposition gestellt wird. Die Entscheidung ist nun aber gefallen, daß dieser Antrag, der die Unterstützung von Ingrid Köppe und Klaus- Dieter Feige findet, als Gesetzesantrag im Namen der Gruppe in den Bundestag eingebracht werden kann.

Bezeichnend ist die Reaktion von Konrad Weiß, der in einem Brief an die Bundestagspräsidentin sein Demokratieverständnis deutlich macht. (siehe Kasten) Hier ist für mich ein außerordentlich eklatanter Bruch mit einem nach außen postulierten Demokratieverständnis der Bürgerbewegung sichtbar.

Kannst Du vielleicht nochmal was zu den inhaltlichen Auseinandersetzungspunkten in der Gruppe sagen?

Christiane: Das Problem ist ja, daß über Inhalte kaum diskutiert wird. Daß ja nicht die inhaltliche Debatte stattfindet, sondern im Prinzip hier mit Wählerverhalten, mit Naturrecht oder mit Klischeevorstellungen argumentiert wird, ohne daß man zuläßt, daß in Form einer sachlichen Debatte diese Argumente ausgeräumt werden können. Es wird argumentiert mit Verweis auf die Landtagsfraktionen, denen irgendwelche Bündnisse in den Landtagen erschwert werden, wenn die Gruppe einen solchen Gesetzantrag in den Bundestag einbringt. Ein Argument, was dann selber durch die Landtagsfraktionen widerlegt wurde, weil sie bei einer gemeinsamen Veranstaltung nämlich genau diese Position der ersatzlosen Streichung formuliert haben. Erstmal wird alles mögliche im Sinne von Öffentlichkeit als Argument herangezogen, ohne sich wirklich sachlich mit den genau diese Fragestellung betreffenden einzelnen Argumenten auseinanderzusetzen.

Von der PDS wissen wir mittlerweile, daß es zwei verschiedene Gesetzentwürfe gibt. Wie ist es dazu gekommen, wo liegen die Streitpunkte ?

Roswitha: In unserer Wahlplattform zur Bundestagswahl wurde klar und unmißverständlich die ersatzlose Streichung des §218 gefordert. In der Arbeitsgruppe, die damals diesen Punkt zur Feminisierung aufgenommen hat, gab es sehr wohl darüber Einvernehmen, daß es sich mitnichten um eine Fristenregelung handeln solle, sondern um eine wirklich ersatzlose Streichung. Petra Bläss hat deshalb im März einen Gesetzentwurf zur ersatzlosen Streichung, einer Legalisierung des Schwangerschaftsabbruches ohne Fristenregelung und mit einer grundgesetzlichen Verankerung des Rechts der Frau auf selbstbestimmte Schwangerschaft ausgearbeitet. Dieser Gesetzentwurf wurde in der Fraktion zuerst mit einer knappen Mehrheit angenommen und der Öffentlichkeit vorgestellt. Im nachhinein wurden Stimmen laut und zwar mit ähnlichen Argumenten, wie Christiane sie eben aus der Bündnis 90/Grüne Gruppe geschildert hat, nämlich dem vermeintlichen WählerInnenwillen, dem Klientel der PDS-WählerInnen, dem MedizinerInnen-Klientel, das ja doch in dieser Partei ziemlich stark vertreten ist, daß man deren Willen nicht einfach mißachten könne. Und daß im übrigen die Mehrheit derjenigen, die damals dem Wahlprogramm zugesprochen haben unter einer ersatzlosen Streichung des §218 das verstanden haben, was wir in der DDR hatten, nämlich eine ersatzlose Streichung aus dem Strafgesetzbuch und die hatten wir. Frau war in keinem Falle strafbar für einen Abbruch. Und an diesen beiden unterschiedlichen Auslegungen dieser Wahlprogrammatik macht sich das Problem fest, vor dem wir jetzt stehen. Die Gegnerinnen einer in unserem Sinne ersatzlosen Streichung haben den vorgelegten Gesetzentwurf derartig modifiziert, daß sie eine für meine Begriffe willkürliche 12-Wochenfrist eingeführt haben, ohne allerdings in irgendeiner Weise zu regeln, was nun eigentlich passiert, wenn diese Frist verstrichen ist. Sie vertreten die Meinung, daß vermeintliche Schutzbedürfnisse für die Gesundheit von Frauen gesetzlich geregelt werden müssen. Und meinen, damit gerade dem Selbstbestimmungsrecht von Frauen gerecht zu werden.

Dieser in den Augen der Antragstellerinnen Änderungsantrag des ursprünglichen Gesetzentwurfes hat bei einer weiteren Abstimmung in der Fraktion eine Mehrheit gefunden. Und nun stand zur Debatte, da beide Anträge parallel existierten - es gibt keinen Rückholantrag für den ersten - ob überhaupt ein Gesetzentwurf in den Bundestag eingebracht wird, ob andere nur unterstützt werden, und wenn ein eigener eingebracht werden soll, welcher es dann ist. Darüber ist in der Fraktion keine Einigung erzielt worden, trotz Votum des Frauenplenums, trotz Votum des Präsidiums der PDS, so daß diese Entscheidung also auf den Parteitag verlegt wurde und wir können nur gespannt sein, was daraus wird. (Anm.: Die Delegierten des Parteitages haben sich in ihrer übergroßen Mehrheit für eine ersatzlose Streichung des §218 ohne Fristsetzung ausgesprochen.)

Wir sind in der gesamten Republik unterwegs

Für LISA in ihrer übergroßen Mehrheit oder so wie sie sich öffentlich artikuliert - ich kann hier nicht für alle Frauen sprechen - ist klar, daß es uns um eine ersatzlose Streichung als Entfristung des Schwangerschaftsabbruches geht. Und dafür machen wir in letzter Zeit sehr viel Öffentlichkeitsarbeit. Wir sind in der gesamten Republik unterwegs, um für das Problem zu sensibilisieren. Für uns ist daran deutlich

geworden, daß deklamatorische Ansprüche, die in Programmen auftauchen, aus welchen Gründen auch immer, in jedem Falle einer weiteren gründlichen Debatte bedürfen oder im Vorfeld ein Meinungsbildungsprozeß stattfinden muß, bevor man überhaupt programmatische Ziele aufstellt, damit solche Dinge nicht mehr passieren. Das hat natürlich auch etwas mit dem Verlust an Glaubwürdigkeit zu tun.

Wie beurteilt Ihr die Chance des gemeinsamen außerparlamentarischen Kampfes gegen den §218? Wie werdet Ihr weiterarbeiten?

Weitere Aktionen im Herbst

Christiane: Ich finde, der Anti-§-218- Kongreß, den wir Anfang Juni, Ost und West, gemeinsam gemacht haben, ist erstmal ein unwahrscheinlich guter Ausgangspunkt, um im Herbst dann zu weiteren gemeinsamen Aktionen zu kommen. Ich glaube der Kongreß hat sein Ziel in der Weise erfüllt, daß ein Konsens erzielt wurde, bezüglich der Forderungen, die seitens der Frauenbewegung gestellt werden. Das war ja gar nicht so klar, daß das so eindeutig für die ersatzlose Streichung des §218 ausgeht. Und dann hat er in einem Klima stattgefunden, das von dem Bedürfnis nach Verständigung, nach gegenseitiger Akzeptanz und nach dem Miteinanderarbeiten gekennzeichnet war.

Das beides zusammen sind für mich unwahrscheinlich gute Voraussetzungen, um im Herbst sagen zu können, auf dieser Grundlage kommen wir dann zu konkreten Aktionen. Und ich glaube, davon wird es eine Reihe geben. Da bin ich ziemlich optimistisch.

Ich hab das jetzt in der DDR gemerkt, an den Reaktionen aus den Ländern, dieser Kongreß hat ein Stück Mobilisierung gebracht. Frauengruppen, die sich in der Phase des Einigungsvertrages mit dem §218 beschäftigt und es dann aufgegeben haben, finden zu dem Thema zurück. Es finden eine Reihe von Veranstaltungen statt, initiiert durch den Kongreß, und es besteht auch ein unwahrscheinlicher Bedarf an Materialien, an Information. Der Kongreß hat von der Seite eine Mobilisierung bewirkt und ich denke nicht nur eine Mobilisierung ostbezogen, sondern auch die Mobilisierung im Sinne der Bereitschaft ost-west-gemeinsam Aktionen zu machen. Die gegenwärtige parlamentarische Situation ist meiner Meinung nach ziemlich aussichtslos, um dort eine halbwegs akzeptable Regelung hinsichtlich der Fristenregelung durchzubekommen.

Es gibt zwei Möglichkeiten: Entweder wir schaffen es, in dieser Zeit die Regierung abzuwählen oder aber wir schaffen es bis 1992, eine Beschlußfassung zu verhindern, weil dann nämlich laut Einigungsvertrag die Gesetzeslage, die sowieso in beiden Teilen Deutschlands existiert, weiter existieren wird.

Roswitha: Ich kann eigentlich Christiane nicht mehr viel hinzufügen. Für LISA möchte ich nur sagen, daß die Zusammenarbeit in dem Bündnis, das ja angefangen hat zu arbeiten in Vorbereitung der Demo am 29.9.1990 sehr wichtig für uns war. Aus dieser Zusammenarbeit haben wir sehr viel mitgenommen und mittlerweile können wir auch vieles einbringen von unseren Erfahrungen und Möglichkeiten, die wir ja auch haben mit so einem Hinterland, das die LISA als Frauenarbeitsgemeinschaft der PDS hat. Also für uns ist diese Arbeit wichtig, wir werden sie weiterführen, wir werden versuchen hier eigene Aktivitäten zu entwickeln und die Frauen zu mobilisieren. Das Spannende ist, kippen wir nu' die Regierung (heftiges Gelächter) oder wie verhindern wir Gesetze. Darüber wird noch nachzudenken sein. Spektakuläre Aktionen sind für den September geplant.

Ich danke für das Gespräch.

7. Was planen die Parteien zum §218?

Rubrik: SPD; Grüne (und Vorläufer); PDS; Frauen und der § 218 · CD-Datei: daten/aksuche/ak332/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:332:41

Seit rund einem Jahr geht in den großen und kleinen Parteien der Streit um die Neuregelung zum Schwangerschaftsabbruch, denn bis Ende 1992 soll der Gesetzgeber lt. "Einigungsvertrag" eine "gesamtdeutsche Regelung" treffen. Die christlichen Unionsparteien konnten sich noch nicht abschließend auf einen "Kompromiß" einigen, mit dem sowohl die ganz "rechtsaußen Fraktion" als auch die scheinbar Liberalen um Rita Süßmuth zufrieden sind. Einig ist man sich lediglich, daß es bei einer Indikationsregelung bleiben soll.

Die harte "Lebensschützerfraktion" aus 98 CDU/CSU Mitgliedern hatte vor kurzem einen Gesetzentwurf erarbeitet, in dem die Notlagenindikation ersatzlos gestrichen werden sollte. Damit wollten sie die Klage der Bayrischen Staatsregierung stützen, denn vor Ende 1992 ist mit einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts nicht zu rechnen. Paul Hoffacker, gesundheitspolitischer Sprecher der Union, legte einen Gesetzentwurf vor, der Frauen ebenfalls die Haare zu Berge stehen läßt. Da soll z.B. der Begriff "Schwangerschaftsabbruch" ersetzt werden durch die Formulierung "Tötung ungeborenen menschlichen Lebens". Per Neudefinition des Lebensbeginns "ab Verschmelzung von Ei und Samenzelle" (bisher Einnistung des befruchteten Ei's in die Gebärmutter) werden empfängnisverhütende Mittel, wie etwa die Spirale kriminalisiert. Die Abschaffung der Krankenkassenfinanzierung sowie die Prüfung der "sozialen Indikation" durch eine "öffentlich bestellte Kommission" sind weitere Punkte in diesem Gesetzeswerk, das jede nur denkbare Zumutung für Frauen enthält.

Lebensschutz ins Grundgesetz?

Rita Süßmuth, "Vorzeigefeministin" der Union, hatte mit ihrem Vorschlag eines sogenannten "Dritten Wegs" schon im letzten Jahr die Gemüter verwirrt. Bis hin zur "taz" wurde ihre Initiative als frauenfreundlich gelobt. Anfang März d.J. legte sie ein sogenanntes "Lebensschutz-Gesetz" vor, in dem sie ihre damaligen Vorschläge konkretisierte. Mit dem ersten Paragraphen wird der "Schutz des ungeborenen Lebens" in die Verfassung aufgenommen! Damit wäre die vollständige rechtliche Trennung von Frau und Fötus grundgesetzlich verankert und es bestände keinerlei Spielraum mehr für das Selbstbestimmungsrecht der Frau. Ein wesentliches Ziel diese Vorstoßes sollte die "volkspädagogische Wirkung" sein: Jeder Frau sollte klar gemacht werden, daß sie mit einer Abtreibung "menschliches Leben tötet" und sich des "Unrechts", welches sie begeht, voll bewußt werden. Um diese Schweinerei aber in der Öffentlichkeit besser verkaufen zu können, sollte die Indikationsregelung abgeändert werden. Danach sollten Frauen nicht wie bisher zwei Ärzte aufsuchen müssen - einen, um die Indikation bescheinigt zu bekommen und einen weiteren, um abtreiben zu lassen. Wer aber letzlich über die Indikation befinden soll bleibt unklar. Da heißt es in dem Entwurf: "Die Schwangere muß dem abbrechenden Arzt unter Vorlage der Beratungsbescheinigung darlegen, sich in einer Notlage zu befinden ...", die dann näher definiert wird. Die Formulierung ist so windelweich, daß völlig offen bleibt, ob der Arzt diese Notlage dann beurteilen muß. In einem "Spiegel"-Gespräch erklärt Süßmuth einerseits: "Niemand aber kann der Frau die verantwortliche Letztentscheidung abnehmen." Andererseits stellt sie klar: "Wenn der Arzt wider besseres Wissen einen Abbruch vornimmt, macht er sich strafbar." Immerhin soll die Frau straffrei bleiben. Im Gegensatz zu Rita Süßmuth, die in der CDU für den scheinliberalen Part zuständig ist, trat bald darauf Familienministerin Rönsch auf. Sie verkündete, daß nach einer Zwangsberatung weiterhin die Indikationsregelung gelten sollte, wobei der Arzt oder die Ärztin die letzte Entscheidung über den Abbruch fällen soll. Er oder sie soll eine Notlage aufgrund eines intensiven Gesprächs mit der Frau ",objektiv` feststellen". Bejaht der Arzt "wider besseren Wissens" das Vorliegen einer Notlage und führt er daraufhin den Schwangerschaftsabbruch durch, so müsse er sich strafrechtlich verantworten. Nach den "Hexenprozessen" in Memmingen ist die CDU also sehr darum bemüht, den Eindruck zu erwecken, daß man die Frauen ja nicht mehr bestrafen will. Stattdessen wird der moralische Druck erhöht und die Ärzte in die Verantwortung genommen. Das hat schließlich auch seine Wirkung. In einem jetzt vorgelegten "Kompromißpapier" der CDU sollen sich Arzt und Schwangere die "Verantwortung teilen." Nach einer "umfassenden" Zwangsberatung und der dreitägigen Bedenkzeit solle die Frau mit einem "ausgebildeten" Arzt ihre persönliche Situation und Konfliktlage gemeinsam beraten und dann eine Indikation feststellen (taz, 7.6.91). Was nur, wenn Frau und Arzt sich nicht einig sind? Wer hat dann das letzte Wort? Darauf gibt die CDU (noch) keine Antwort.

Lebensschutz auf "liberal"

Die FDP hat ihren Gesetzentwurf nach einigem Zögern in den Bundestag eingebracht, um sich in der Öffentlichkeit auch gegenüber Frauen liberal darstellen zu können. Dabei ist der Gesetzentwurf alles andere als liberal. Der § 218 soll im Strafgesetz bestehen bleiben. Danach gilt Straffreiheit nur in den ersten zwölf Wochen, wenn ein Arzt den Abbruch durchführt und die Frau sich mindestens drei Tage zuvor über praktische Hilfen sowie über die "physischen und ‚psychischen` Folgen" des Eingriffs hat beraten lassen. Die bisherige Notlagenindikation durch einen anderen Arzt entfällt zwar (wie auch im Süßmuth-Vorschlag), aber nicht einmal innerhalb der Zwölf-Wochen-Frist bleibt die Frau straffrei, wenn sie sich nicht vorher hat beraten lassen. Auch das Beratungsziel ist festgelegt: "Die Beratung dient dem Lebensschutz ..." (§ 219). Eine Beratungsstelle kann nur anerkannt werden, wenn sie zur Adoption als Alternative zum Schwangerschaftsabbruch berät! (Bisher hatte sich nur das Memminger Gericht, das Bayerische Justizministerium und beinharte "Lebensschützer" daran gemacht, die Adoption als Alternative zum Schwangerschaftsabbruch ins Spiel zu bringen). Desweiteren können nur Beratungsstellen anerkannt werden, die über die "psychischen und physischen Folgen eines Abbruchs" beraten. Zudem ist es ÄrztInnen nicht mehr ohne weiteres möglich, wie im alten Gesetz, als BeraterInnen tätig zu werden. Das FDP-Gesetz würde also kaum Verbesserung bedeuten. Im Gegenteil, durch die Verschärfung bzw. die "Verrechtlichung" der Zwangsberatung würde es für Frauen in den alten Bundesländern mit einer liberaleren Abbruchpraxis, wie z.B. Hamburg und Bremen, und für die Frauen in der ehemaligen DDR sogar eine Verschlechterung bringen. Schon jetzt unterstehen die neueingerichteten Beratungsstellen in den neuen Bundesländern auffällig konservativ-konfessionellen Trägern: Von 69 Beratungsstellen sind 45 kirchlich, 2O kommunal und nur in Leipzig wird Pro Familia voraussichtlich mit einer Stelle zugelassen (zum Vergleich: In der alten BRD werden die 12O Pro-Familia-Einrichtungen von ca. 60% der Frauen aufgesucht).

SPD: Pflichtberatung vorerst abgelehnt

Die SPD diskutiert seit längerem über ein Modell für eine Fristenregelung. Nach einigem hin und her hat man/frau sich nun auf einen Entwurf geeinigt. Wie der Gesetzentwurf der FDP sieht auch der SPD-Entwurf eine Fülle von sozialen Maßnahmen vor. Doch unterscheidet sich der SPD-Entwurf von den anderen dadurch, daß er nicht im Strafgesetz untergebracht werden soll. Dennoch macht sich strafbar, wer nach der zwölften Woche eine Schwangerschaft abbricht. Die strafrechtliche Bestimmung soll sich aber nicht gegen die Frau richten, sondern nur gegen Dritte, also gegen den Arzt oder die Ärztin. In der SPD gab es Meinungsverschiedenheiten darüber, ob eine Beratung vor dem Schwangerschaftsabbruch obligatorisch sein solle. Es kursierten im letzten Jahr mehrere Gesetzentwürfe, die im Punkt Beratung alle unterschiedliche Aussagen machten. So forderte der Rot-Grüne Entwurf aus Berlin im letzten Jahr noch eindeutig eine Zwangsberatung, während der Entwurf mehrerer Frauen in der SPD lediglich das Aushändigen einer Informationsbroschüre an alle Schwangeren vorsah. Im März dieses Jahres legte die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Ingrid Becker-Inglau, einen Entwurf vor, der in Punkto Zwangsberatung wieder völlig unklar blieb. Mitte Juni hat sich die SPD-Bundestagsfraktion nun auf ein Gesetz ohne "Pflicht zur Beratung" geeinigt. Ein entsprechender Vorschlag wurde mit vier Gegenstimmen und vier Enthaltungen angenommen. Allerdings ist nicht sicher, ob die SPD bei der Ablehnung der Zwangsberatung bleiben wird. In der SPD-Fraktion hat man den Beschluß nämlich auch mit verhandlungstaktischen Motiven begründet; man wolle gegenüber den anderen Parteien nicht von vornherein einen Kompromiß eingehen. Die Bewertung des SPD-Entwurfs hängt also nicht zuletzt davon ab, wie der "Kompromiß" ausfallen wird. Die SPD hat es zudem immer noch nicht geschafft, sich von der willkürlich festgelegten Zwölf-Wochen-Frist zu verabschieden. Es wird auch nicht erklärt, warum die Parteifrauen von dem weitergehenden 22-Wochen-Modell ihrer Parteigenossinnen von der ASF abgerückt sind. Die Sozialdemokraten insgesamt haben nicht mit konservativen Moralvorstellungen und bevölkerungspoltischer Ideologie gebrochen. So wird beispielsweise permanent betont, daß "werdendes Leben" insbesondere durch soziale Hilfen zu schützen sei und daß die Abbruchzahlen gesenkt werden müßten.

Die Grünen und die PDS

Grüne und PDS können zwar ihre Vorstellung zur Neuregelung eines Rechts auf Schwangerschaftsabbruch nicht durchsetzen. Sie könnten mit parlamentarischen Initiativen die Debatte jedoch durchaus beeinflussen. Bislang sind aber beide Parteien, mit Ausnahme einzelner Mitglieder, kaum aktiv geworden. Die GRÜNEN haben seit 1988 einen Gesetzentwurf "Zur Sicherung der Entscheidungsfreiheit von Frauen im

Schwangerschaftskonflikt" erarbeitet. Dieser beinhaltet die ersatzlose Streichung des § 218, spricht den Frauen das Selbstbestimmungsrecht zu, enthält aber leider auch soziale Hilfen für schwangere Frauen und suggeriert damit, daß der Schwangerschaftsabbruch ein sozialer Ausnahmefall sei.

Die Bundestagsabgeordnete Christina Schenk vom Unabhängigen Frauenverband legte daher einen radikaleren Gesetzentwurf vor: " ... zur Sicherung der Entscheidungsfreiheit von Frauen beim Umgang mit ungewollten Schwangerschaften". Dort heißt es in §1: "Jede Frau hat das Recht, ihre Schwangerschaft abzubrechen." Freiwillige Mitwirkung der ÄrztInnen und des Krankenpflegepersonals als individuelles Recht wird in diesem Gesetzentwurf ebenso festgeschrieben, wie eine flächendeckende Anzahl von ambulanten und stationären Einrichtungen zum Schwangerschaftsabbruch,durch die Krankenkassen finanzierten Verhütungsmittel und Abbrüche.

Klar, daß so ein Entwurf auch bei der Bundestagsgruppe Bündnis 90/Grüne nicht auf einhellige Zustimmung stößt. Beredtes Beispiel ist der unverschämte Brief von Konrad Weiß an die Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth, sie solle den Gesetzentwurf seiner Fraktionskollegin nicht zulassen. (s. Kasten in diesem ak)

Erstaunlich weit vorgewagt hat sich die PDS/Linke Liste. Der "Entwurf eines Gesetzes zur Legalisierung des Schwangerschaftsabbruches und zur Sicherung von Mindeststandards" sieht ebenso wie der von Christina Schenk eine ersatzlose Streichung des §218 vor. Allerdings geht dieser Entwurf noch einen Schritt weiter. In das Grundgesetz soll folgender Absatz eingefügt werden: " Eine Frau und ihre Leibesfrucht bilden eine körperliche und soziale Einheit. Jede Frau hat das Recht, selbst zu entscheiden, ob sie eine Schwangerschaft austrägt oder nicht." Damit hat die PDS/Linke Liste aus Frauenperspektive den radikalsten Entwurf zu bieten.

Aber auch dieser ist nicht ohne Streit in der Fraktion durchgesetzt worden. Vier Frauen der Bundestagsgruppe hatten einen weiteren Entwurf vorgelegt, der eine Fristenregelung (Zwölf-Wochen) vorsieht. Da in der Bundestagsgruppe keine Einigung darüber erzielt werden konnte, welcher der beiden Entwürfe in den Bundestag eingebracht werden sollte, wurde die Entscheidung auf den Parteitag vertagt. Die Delegierten des Parteitages entschieden sich mit großer Mehrheit für die ersatzlose Streichung.

Bleibt zu hoffen, daß es nicht nur bei diesem Beschluß bleibt und Chancen genutzt werden, in die Debatte um eine Neuregelung des Abtreibungsrechts von links einzugreifen. Denn z.Zt. gibt es immerhin noch Spielraum dafür, den Herrschenden eine Verschlechterung der Abbruchbedingungen für beide Deutschländer möglichst schwer zu machen und vielleicht sogar verhindern zu können.

Sy.

8. Keine Zerschlagung der Kleinstgruppen Pressekampagne gegen Politische Gefangene und ihre AnwältInnen. Dokumentation

Rubrik: Haftbedingungen; RAF · CD-Datei: daten/aksuche/ak332/54.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:332:54

Ein wahres Trommelfeuer an Beschuldigungen geht seit einigen Wochen auf die AnwältInnen der Politischen Gefangenen nieder. Seit der Kriminalisierung der Rechtsanwälte Croissant, Gronewold u.a. Ende der 70er wegen des angeblichen Aufbaus eines Illegalen Informationssystems zwischen RAF-Mitgliedern drinnen und draußen, hat es selbst während der letzten Hungerstreiks der Gefangenen eine so gezielte Verleumdungskampagne gegen einzelne AnwältInnen nicht mehr gegeben. Die Überschriften in der Presse ließen von Anfang an nichts Gutes ahnen, so titelte die "Welt" am 10.6.91: "RAF-Anwälte unter Verdacht" und "Vor den Morden" oder die "Bild am Sonntag" vom 9. Juni 1991: "Geheimbrief: RAF-Anwalt als Terrorkurier enttarnt". Den bisherigen Höhepunkt der Hetzkampagne bildete die Berichterstattung in der "Welt" und im "Spiegel" am 17.6.1991. Die "Welt" weiß unter der Überschrift "Anwälte dienen RAF als Kuriere" von geplanten Anschlägen auf VW-Chef Goeudevert und ein namentlich nicht genanntes Mitglied des Siemens-Vorstandes zu berichten. Die Informationen stammen aus G-10 Maßnahmen, so wird berichtet. Das schreibt auch der "Spiegel", der unter dem geheimnisvollen Titel "Muß Bernhard machen" von geplanten Entführungen, Anschlägen und sonstigen geplanten Aktivitäten zu berichten weiß. Der Artikel nennt dann auch namentlich die Anwälte, die die Kuriertätigkeit angeblich wahrnehmen. Die Hexenjagd ist damit eröffnet. Der ganze Artikel vermittelt den Eindruck, es handele sich um nachweisbare Taten, die der "Spiegel" benennt. Da wird nichts mehr hinterfragt. Es wird aber auch de facto nichts belegt von den Anschuldigungen gegen die Anwälte. Aus welchen Quellen auch immer der "Spiegel" seine Informationen haben will, steht in den Sternen. Die betroffenen AnwältInnen haben bisher jedenfalls in die Akten über das gegen sie laufende Ermittlungsverfahren keine Einsicht bekommen.

Die Schärfe, mit der die AnwältInnen angegriffen werden und was auch als Angriff, der juristische Folgen haben könnte, begriffen werden sollte, darf nicht den Blick darauf versperren, was hinter den Kulissen versucht wird: Die Auseinanderlegung mindestens der Kleinstgruppe in Köln, vermutlich aber auch der Kleinstgruppen in Celle und Lübeck. Celle und Lübeck existierten schon vor dem letzten Hungerstreik. Köln kann als Verhandlungsergebnis nach dem letzten Hungerstreik begriffen werden. Die dort eingerichtete Kleinstgruppe ist natürlich in keiner Weise das, was im Hungerstreik gefordert wurde: Zusammenlegung der Politischen Gefangenen in ein oder zwei große Gruppen. Das hindert den NRW-Justizminister Krumsiek trotzdem nicht daran, für die offensichtlich beschlossene Auseinanderlegung der Kölner Kleinstgruppe Christa Eckes, Sieglinde Hoffmann, Ingrid Jakobsmeier und Adelheid Schulz folgende Begründung abzugeben: "Die vier inhaftierten Frauen hätten die ‚Erwartungen bislang enttäuscht` und es sei nicht erkennbar, ‚daß in absehbarer Zeit ein grundlegender Wandel eintreten könnte.`" (laut "taz", 5.6.1991)

Sowohl die Anwalts-Kurier-Story als auch der Versuch, inhaftierte Gefangene als Drahtzieher und Befehlsebene der aktiven RAF zu denunzieren, also die Lüge von der Zellensteuerung, dienen der Bundesanwaltschaft gegenüber der Öffentlichkeit als Begründung, die Gefangenen wieder alle in totale Isolation wegzuschließen.

In einem von der Bundesanwaltschaft als authentisch eingeschätzen Schreiben der RAF wird dazu gesagt: "... unser angeblicher ‚aktueller auftrag der gefangenen` soll laut spiegel, taz, welt usw. die entführung von vw-vorstand goeudevert sein. doch gerade an der dummheit dieser behauptung kann wirklich jeder und jede, der oder die es wissen will, das ganze staatsschutz-lügengebilde durchschauen. denn hätten sie tatsächlich auch nur einen vagen hinweis darauf, welche aktionen wir planen, dann würde das mit sicherheit nicht in der presse lanciert, sondern dann würden dort spezialeinheiten aufgebaut, um welche von uns zu verhaften oder zu erschießen. ..." (zitiert nach taz, 26.6.91)

Wir dokumentieren im Folgenden mehrere Presseerklärungen der AnwältInnen zu den Zellenrazzien und der Pressehetze.

ga.

9. Die gesetzliche Absegnung der Klauerei der Stasiakten durch westdeutsche Sicherheitsbehörden

Rubrik: Geheimdienste; Stasi-Debatte · CD-Datei: daten/aksuche/ak332/47.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:332:47

In der Antwort auf eine Kleine Anfrage der Bundestagsabgeordneten Ulla Jelpke (PDS/Linke Liste) zur "Herausgabe der Akten aus dem Ministerium für Staatssicherheit, die sich im Besitz bundesdeutscher Behörden befinden" erklärte die Bundesregierung im Vorspann wortgewaltig: " Die Fragesteller erwecken durch die Art der Formulierung ihrer Fragen den Eindruck, die Sicherheitsbehörden der Bundesrepublik Deutschland hätten Unterlagen aus Beständen des Ministeriums für Staatssicherheit der ehemaligen DDR rechtswidrig erlangt. Diese Unterstellung ist unwahr" (BT-Drucksache 12/717).

Kleinlaut wurde die Bundesregierung, als sie Auskunft darüber geben sollte, wieviele Akten aus den Beständen des MfS sich im Besitz des Bundesamtes für Verfassungsschutz, des BKA und anderer westdeutscher Sicherheitsbehörden befänden. Diese Antwort wurde schlicht verweigert. Einräumen mußte die Bundesregierung, daß das BKA "ab September 1990" personenbezogene Unterlagen aus Beständen des MfS mit Zustimmung des Sonderbeauftragten für die Stasiakten und dem Generalstaatsanwalt der ehemaligen DDR "für staatsanwaltschaftliche Ermittlungen erhalten" hatte. Als Rechtsgrundlage für diesen Datenklau wurde die "Vorläufige Benutzerordnung" vom 12.12.1990 angegeben.

Ein erstes Eingeständnis der Bundesregierung, daß hier zumindest drei Monate lang im rechtsfreien Raum agiert wurde. Der kleine Widerspruch in der Antwort dürfte sicher dazu geführt haben, daß sich die Bundesregierung in Gestalt ihres Parlamentarischen Staatssekretärs Neusel im Innenausschuß des Deutschen Bundestages ein beträchtliches Stück weiter offenbarte. Ein wahrer Abgrund illegaler staatlicher Praktiken tat sich da auf.

Der Kern seines Berichtes war im wesentlichen:

- Seit über einem Jahr haben westdeutsche Sicherheitsbehörden freizügig Daten aus den Stasiarchiven bekommen.

- Das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV)besitzt seit einem Jahr Unterlagen der Abteilungen Spionageabwehr, Terrorabwehr, Hauptverwaltung Aufklärung und Telefonüberwachung(!). Diese Akten, die dem BfV in kopierter Fassung vorliegen sollen, enthalten natürlich personenbezogene Daten.

- Dem BKA sind - so Neusel - alle benötigten Akten "ausnahmslos" übergeben worden.

Neusel erläuterte weiter, daß diese Akten schon vom BKA und BfV vom damaligen DDR-Innenminister Diestel "dankbar entgegen genommen wurden". Mit dieser eingestreuten Mitteilung wollte Neusel offenbar die bundesdeutschen Sicherheitsbehörden als anfordernde Stellen aus der Kritik und Verantwortung nehmen und damit Diestel als Buhmann aufbauen. Schließlich hat Neusel mit dieser Auskunft Diestel der Lüge überführt, denn dieser hatte in der Volkskammer eindringlich behauptet, daß er keine Akten an bundesdeutsche Behörden weitergereicht habe (vgl. FR, 22.6.1991).

Diestel nahm prompt den ihm zugedachten Part an: "Ich bin damals sicher weiter gegangen als ich durfte", so der ehemalige DDR-Innenminister in der "Welt am Sonntag" vom 23.6.1991. Obwohl er für die Weitergabe der Stasiunterlagen keine Rechtsgrundlagen gehabt hätte, hätte er damals mit dem BKA und BfV bei der Terrorismusbekämpfung eng zusammengearbeitet. Bei seiner Entscheidung für die Übermittlung der Stasi-Akten sei es um eine "Werteabwägung" gegangen. Die "Abwendung drohender terroristischer Gefahren" sei ihm wichtiger gewesen als der "Datenschutz einzelner" (ebenda).

Doch ging es nicht nur um die Stasi-Akten aus dem Bereich Terrorismus und Spionage. Eine kleine wahllose Aufstellung mag dies belegen:

- Seit Anfang 1990 verfügt das BfV über vollständige Listen von MitarbeiterInnen des MfS "vom Offizier bis zur Putzfrau". Diese Unterlagen will man von Überläufern erhalten haben.

- Schon am 27.3.1990 verspricht Bundesinnenminister Schäuble, daß die Stasi-Unterlagen, die auf die eine oder andere Weise in die BRD gelangt sind, "unausgewertet vernichtet werden sollen, soweit kein Spionageverdacht vorliegt" (CILIP, Nr. 36, S. 45).

- Bereits auf der Innenministerkonferenz (IMK) am 5.5.1990 in Berlin-Ost (!) wurde die Intensivierung der "operativen Zusammenarbeit" beschlossen. Dazu gehörten u.a. die Fahndung nach Personen und Sachen, Identitätsfeststellungen, Zusammenarbeit in der Kriminalitätsbekämpfung und Gefahrenabwehr (Großveranstaltungen und Demonstrationen) und die Verbesserung des Informationsaustausches. Tätigkeitsgebiete also, für die man heute den legalen Zugriff auf MfS-Unterlagen fordert.

- Am 2.7.1990 beschließt die BRD- IMK, daß die im Zuge der Stasi-Auflösung in die BRD gelangten Unterlagen über führende BRD-Politiker und Industriemanager vernichtet werden sollen (ebenda, S. 50).

Nebenbei sei bemerkt: Mensch beachte die einfühlsame Umgehensweise der IMK mit ihren eigenen "Opferakten", während die intimen Daten der Telefonüberwachung der DDR-Opposition durch den Stasi heute immer noch im Besitz des BfV und BKA sind und hier auf einer ganz besonderen historischen Aufarbeitung harren.

- In "Arbeitsmaterialien für das Gesetz über die Unterlagen des ehem. Staatssicherheitsdienstes" vom 11.3.1991 aus dem Bundesinnenministerium fordert der Bundesnachrichtendienst (BND) bezüglich des Herausgabeanspruchs des Sonderbeauftragten der MfS-Unterlagen: "ausdrücklich ausgenommen" werden sollten: "Unterlagen sowohl mit direktem als auch mittelbarem BND-Bezug; Unterlagen, die sich auf befreundete ausländische Partnerdienste des BND und hier insbesondere auf Dienste der NATO-Staaten beziehen; Vorgänge mit operativem Bezug vornehmlich im Zusammenhang mit den Komplexen Gegenspionage; Internationaler Terrorismus; Illegaler Technologietransfer, Waffenhandel und Drogen; quellenschutzbedürftige Unterlagen." Zu diesen Komplexen scheint der BND also reichlich aus den Stasi-Archiven abgeschöpft zu haben.

Den Umfang der Stasiunterlagen, der sich im Besitz der westdeutschen Sicherheitsbehörden befindet, kann man nur erahnen. Fest steht, daß heute diese Unterlagen zur Waffe in der Hand bundesdeutscher Sicherheitsbehörden geworden sind, denn:

1. Gerade die hochbrisanten und sensiblen Stasiakten sind der so oft proklamierten historischen, juristischen und politischen Aufarbeitung entzogen. Diese Aufarbeitung wird nur noch durch den BRD-Staatsapparat gefiltert und gesteuert stattfinden können.

2. Die Behörde des Sonderbeauftragten für die Stasiunterlagen wird auch in der Zukunft die Filigranarbeit für die westdeutschen Sicherheitsbehörden durchführen müssen, und die Unterlagen für die Geheimdienste und die Bullen besorgen, die beim raschen Abtransport übersehen worden sind.

Das Einsacken der Akten durch die westdeutschen Sicherheitsbehörden dürfte noch ein kleines parlamentarisches Nachspiel haben, besser wohl Nachspielchen. Die PDS/Linke Liste hat die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses beantragt, um zu klären, in welchem Umfang Akten geklaut worden sind und ob mit den personenbezogenen Daten der Betroffenen gearbeitet worden ist. Interessant dürfte sein, mit welcher Begründung die Einrichtung dieses Untersuchungsausschusses abgelehnt wird.

Bundesbeauftragter für Datenschutz zur Nutzung der Stasiunterlagen durch Nachrichtendienste:

"Soweit eine Nutzung für Präventivzwecke zulässig ist und die Präventionsaufgabe gesetzlich einem Nachrichtendienst zugewiesen ist, käme eine Nutzung durch diese gesetzlich zuständige Stelle aus meiner Sicht grundsätzlich in Betracht. Zu den hierbei zu berücksichtigenden datenschutzrelevanten Aspekten zähle ich allerdings auch die Frage der allgemeinen Verfahrensakzeptanz beim Umgang mit personenbezogenen Daten. Ich rate, sorgfältig zu prüfen, ob der mögliche praktische Nutzen bei einer Mitwirkung von Nachrichtendiensten noch in einem vernünftigen Verhältnis zu den drohenden Vertrauensirritationen bei der Bevölkerung insbesondere des Beitrittsgebiets stünde." (aus "Arbeitsmaterialien für das Gesetz über die Unterlagen des ehem. Staatssicherheitsdienstes", Bundesministerium des Innern vom 11.3.1991, S.26).

10. Zum Gesetzesentwurf Bündnis 90/Grüne

Rubrik: Stasi-Debatte; Grüne (und Vorläufer) · CD-Datei: daten/aksuche/ak332/46.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:332:46

Der Entwurf geht zurück auf die Vorlage der Bürgerkomitees zur Auflösung des MfS/AfNS. Dieser Entwurf orientiert sich ausdrücklich an dem Volkskammergesetz über die Sicherung und Nutzung der personenbezogenen Daten des MfS/AfNS vom August 1990. In der Volkskammer gab es eine überwältigende Mehrheit für dieses Gesetz. Die wesentlichen Grundsätze dieses Volkskammergesetzes waren:

1. Notwendigkeit der politischen, historischen und juristischen Aufarbeitung der Tätigkeit des MfS,

2. Dezentrale Verwahrung der Daten und Unterlagen ... durch parlamentarisch kontrollierte, unabhängige Landesbeauftragte,

3. Umfassende Auskunftserteilung an die Betroffenen,

4. Gesetzlich begrenzte Nutzung durch die Behörden und Verbot der Nutzung oder Übermittlung für nachrichtendienstliche Zwecke,

5. Eine Nutzung zu wissenschaftlichen Zwecken bei der die Persönlichkeitsrechte der Betroffenen beachtet werden,

6. Nutzung für die Rehabilitierung der Betroffenen und Strafverfolgung der Täter.

Noch im Einigungsvertrag bzw. in seiner Ergänzung vom September 1990 stellen beide Regierungen fest, daß ein zukünftiges gesamtdeutsches Gesetz diese Grundsätze umfassend berücksichtigen soll. Zuvor allerdings hatten die Vertreter der BRD die Übernahme des Volkskammergesetzes abgelehnt, durchaus verständlich in ihrem Sinne, wie man heute sehen kann.

Dann folgte ein ziemlich deprimierendes Schauspiel in mehreren Akten.

Im Gesetzestext selbst versuchte das Bündnis 90/Grüne zu retten, was in der Wirklichkeit schon längst verloren war: Die Orientierung an den Betroffenen nämlich und das Verbot der weiteren geheimdienstlichen und polizeilichen Nutzung (siehe Kasten). Bündnis 90/Grüne ließ sich in der Vorbereitungszeit der Erarbeitung eines Gesetzes von der CDU in einen Unterausschuß des Innenausschusses locken (die CDU trat ihnen einen ihrer Sitze ab). Akzeptiert wurde damit praktisch, daß nicht nur die PDS/Linke Liste ausgeschlossen blieb; viel schlimmer war, daß durch diesen Schachzug der CDU der Ausschluß der Bürgerkomitees aus dem Diskussionsprozeß zementiert wurde. Gezielt wurde von Seiten der Regierungsparteien und der SPD das Bild verbreitet, gerade in Grundfragen sei weitgehend Übereinstimmung hergestellt. Verstärkt wurde dieser Eindruck durch die Medienkampagne "Stasi-RAF", die für die Rechten vom Bündnis 90/Grüne und Bürgerrechtsbewegung zum Anlaß genommen wurde, die Forderung nach Zugriff auf die Unterlagen für VS und BKA zu unterstützen. Erst die triumphierenden Meldungen der Unterausschußmehrheit über diese Einigkeit und die Notbremse der Bürgerkomitees führten dazu, daß Bündnis 90/Grüne ihren alten Entwurf wieder aufnahmen. (Interessant wäre allerdings zu untersuchen, welche verschleiernden Formulierungen und Zugeständnisse in Nebensachen im Mehrheitsentwurf auf Diskussionen in diesem Unterausschuß zurückgehen.)

Nachdem im Gesetzentwurf von Bündnis 90/Grüne die pauschale und falsche Einordnung der Stasi als "verbrecherische Organisation" mit offensichtlichen Bezug auf Gestapo bzw. Reichssicherheitshauptamt der Nazis und SS entfernt worden ist, bleibt als wesentlicher Kritikpunkt: Die Vermischung von juristischer Aufarbeitung und politischer Abrechnung. Dies führt zwangsläufig dazu, daß

- zu vielen öffentlichen und nichtöffentlichen Stellen Zugang bzw. Auskunft gegeben werden soll;

- MitarbeiterInnen, Begünstigte des ehemaligen MfS nicht differenziert genug gemäß ihrer praktischen Tätigkeit eingeordnet werden. Unter den ursprünglich anvisierten demokratischen Verhältnissen, die Geheimdienste generell überflüssig machen sollten, wäre dies alles nicht so schlimm gewesen. Heute aber führen BRD-Geheimdienste und -Regierung die Regie. Mit solchen Formulierungen wird die Offensive der Herrschenden mit ihrer Art der Abrechnung mit dem realen Sozialismus gestützt. Dies wird natürlich besonders deutlich, wenn man sich ansieht, wie das in der Landesregierung Brandenburg vertretene Bündnis 90 bei der

Überprüfung von LehrerInnen agiert, oder noch schlimmer, wenn man bedenkt, daß aus Kreisen der Bürgerrechtsbewegung die Forderung nach Sondergesetzen gegen ehemalige Angehörige des MfS laut wird.

11. Stasi-Unterlagen: Gesetzentwürfe eingebracht. Das Lehrstück von der Eroberung der Aktenberge

Rubrik: Staat, Innere Sicherheit; Stasi-Debatte · CD-Datei: daten/aksuche/ak332/45.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:332:45

Am 13.6. ging im Bundestag die erste Lesung der Gesetze über den Umgang mit den Stasi-Unterlagen über die Bühne. Entwürfe vorgelegt hatten Bündnis 90/Grüne und eine Koalition aus CDU, FDP und SPD. Die PDS/LL unterstützte mit Änderungswünschen den Bündnis 90-Entwurf.

Die Mehrheitskoalition versucht, mit ihrem Entwurf den bisher mehr oder weniger illegalen Umgang westdeutscher Dienste mit den Unterlagen legalisieren zu lassen und gleichzeitig die Weiterarbeit mit den Stasi-Akten für die Zukunft zu garantieren. Der Öffentlichkeit und der historisch-politischen Aufarbeitung entzogen wird das Wirken westdeutscher Geheimdienste in der ehemaligen DDR, entzogen wurde und wird die Kungelei westdeutscher Politiker und Industrieller mit KollegInnen von der ehemaligen Gegenseite; so ganz nebenbei wird die Gauck-Behörde zu einer auskunftspflichtigen Datenbank für Polizei und Dienste gemacht und: für die gelegentlich bis heute umschmeichelten Bürgerbewegungen bedeutet der Mehrheitsentwurf einen glatten Arschtritt! (zum Entwurf B90/Grüne s. Kasten)

Zerplatzen wie abgeschlappte Luftballons müßten auch die allerletzten Illusionen in das aufrichtige Interesse westlicher Politiker, die individuelle und politische Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit in Sachen Stasi den Betroffenen zu übertragen, ihnen dabei finanzielle und organisatorische, in den entsprechenden Fällen auch juristische, Hilfe zu gewähren. Fast schon bewundernswert ist die Konsequenz, mit der die westdeutschen Sicherheitsbehörden und ihre politisch-propagandistischen Agenturen den Weg vom Gangsterstück, dem schlichten Aktenklau, zum parlamentarisch geweihten Meisterstück abgeschritten sind. (s. nebenstehender Artikel)

Die Kernstücke des Entwurfs

Geregelt wird in dem Gesetz v.a. natürlich die Frage der Nutzung der Unterlagen. Dabei geht es im wesentlichen um folgende Bereiche:

- Verwendung(Nutzung) der Unterlagen durch Betroffene und Dritte;

- Nutzung durch Geheimdienste;

- Nutzung zur Strafverfolgung durch die entsprechenden Behörden;

- Nutzung zum Zwecke der Forschung und historischen Aufarbeitung. (§§10- 20 und §§25-27)

In allen entscheidenden Paragraphen wird der wesentliche Kern der Sache verschleiert. Lauteten beispielsweise die Forderungen der parlamentarischen und außerparlamentarischen Opposition Sperrung für Nachrichtendienste, bzw. Verbot des Zugriffs der Dienste auf die Akten, so formuliert §19 "(1) Unterlagen, die personenbezogene Daten über Betroffene enthalten, dürfen nicht für Zwecke der Nachrichtendienste verwendet werden".

Hört sich gut an - aber der Zugriff ist keineswegs verboten, und wer will dann noch die Verwendung für alle möglichen Zwecke überprüfen ...? In den folgenden Abschnitten wird dann die Verwendung näher geregelt und es wird die Verwendung personenbezogener Daten erlaubt, eingeschränkt auf Daten von MfS-MitarbeiterInnen und Begünstigte. Hier ist die Verwendung erlaubt, sofern es um Spionage oder Spionageabwehr, gewalttätigen Extremismus oder Terrorismus geht.

Geregelt wird in diesen Paragraphen also der Zugriff und die jeweiligen Bedingungen. Ausgeschlossen ist fast nichts, wenn mensch das ganze 72-seitige Werk und die inneren Zusammenhänge betrachtet. §18 z.B. ist ein wahres Glanzstück bundesrepublikanischer Polizeirhetorik. Personenbezogene Daten - heißt es da - dürfen nur verwendet werden, zur "Verfolgung von

a) Straftaten im Zusammenhang mit der Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes,

b) in §129a ... genannten Straftaten."

Es folgt das Feigenblatt

"c) Straftaten im Zusammenhang mit dem nationalsozialistischen Regime ..."

Es folgt zweitens dann natürlich die Abwendung einer drohenden Straftat; es folgen noch die Verwendung weiterer Unterlagen zur Abwehr erheblicher Gefahren für die öffentliche Sicherheit und wieder insbesondere zur Verhütung von Straftaten.

Kurzum. Zugriff, Zugang und Verwendung aller Arten von Unterlagen sind geregelt. Sie stehen allen Diensten und allen anderen Sicherheitsbehörden zur Verfügung, sofern bestimmte Wege eingehalten werden. Oder genauer: wenn der Zugriff und die Verwendung mit den entsprechenden Floskeln garniert werden. Welten liegen zwischen diesem Gesetzentwurf und dem ursprünglich von Bürgerbewegung und Opposition formulierten Anspruch, eine Aufarbeitung zu leisten zum Zwecke

- der Wiedergutmachung und Rehabilitierung von Betroffenen;

- der Feststellung der offiziellen und inoffiziellen Tätigkeit für das MfS;

- der Aufklärung und Verfolgung von Straftaten im Zusammenhang mit der Tätigkeit des MfS

und der Flankenschutz

Selbstverständlich tauchen die zuletzt genannten Ziele auch noch in Paragraphenform auf - das ist mensch schließlich dem Einigungsvertrag schuldig, in den sie schließlich aufgenommen worden waren. Tatsächlich ist das alles aber nur noch Beiwerk. Keine Rede ist mehr davon, daß der Chef der Sonderbehörde als Bürgerbeauftragter arbeiten sollte. Keine Rede mehr von dezentraler Lagerung der Akten und einem Kollektiv von Sonder-und Länderbeauftragten, die den jeweiligen Ost- Länderparlamenten verantwortlich sind. Der Sonderbeauftragte, jetzt Bundesbeauftragter, ist quasi Regierungsbeauftragter mit einem einflußlosen Beirat zur Seite, in dem auch die ehem. DDR-Länder vertreten sein dürfen. Geschaffen wurde auf diese Weise eine Bundesbehörde, die den Umgang mit den Akten im Interesse der Bundesregierung und der Geheimdienste regelt, vorsortiert, aussondert und ihnen als Datenservice-Station zur Verfügung steht.

Um das sicherzustellen, soll folgendes festgeschrieben werden:

- der Bundesbeauftragte entscheidet, welchen öffentlichen und nichtöffentlichen Forschungsstellen er welche Unterlagen überläßt;

- der "Bundesbeauftragte ist eine Bundesoberbehörde im Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern" (§28), er untersteht der Rechtsaufsicht der Bundesregierung. Die Dienstaufsicht führt der Innenminister!

Bei letzterem liegt denn natürlich auch die letzte Entscheidung über die Verwendung von Unterlagen zu Forschungszwecken.

- Der Bundesbeauftragte kann die Zweckbindung der Daten aufheben, bzw. ändern, die irgendwelchen Behörden zu einem bestimmten Zweck überlassen worden sind.

- Der Innenminister schließlich kann auch entscheiden, welche Unterlagen ersatzlos für die Geheimdienste" ausgesondert" werden, d.h. ausschließlich ihnen zur Verfügung gestellt werden. Er muß nur die Parlamentarische Kontrollkommission unterrichten. Mensch muß nicht einmal dreimal raten, welche Unterlagen auf diese Weise der Aufarbeitung und der Öffentlichkeit entzogen werden.

- In den §§5-7 wird sichergestellt, daß der Bundesbeauftragte Unterlagen von allen öffentlichen und nichtöffentlichen Stellen heranschaffen kann und soll. (Herausgabepflicht.)

- Und es gibt noch die Mitteilungspflicht des Bundesbeauftragten. Er soll zwar nicht gerade gezielt nach Stasi-Leuten suchen, er soll auch nicht gezielt den ganzen Aktenberg nach Spuren von 129a-Verdächten durchschnüffeln oder überall Anhaltspunkte für eine erhebliche Gefahr für die öffentliche Sicherheit herbeiforschen ... Aber er soll, sollten sich "gelegentlich der Erfüllung seiner Aufgaben" Hinweise dafür ergeben, Mitteilung auch ohne Ersuchen an allerlei öffentliche und nichtöffentliche Stellen machen (§§21 und 22). Welche Stellen das sein könnten? Dies festzulegen, dazu wird wiederum in §34 der Innenminister ermächtigt.

Diese Mitteilungspflicht ist einerseits ein Bonbon an die Bürgerbewegungen. Es wird der Eindruck erweckt, als werde damit gewährleistet, daß ehemalige Stasileute aus bestimmten Funktionen herausgehalten, zumindest überprüft werden. Andererseits wird aber damit gesichert, daß die Akten auch zukünftig für Polizei und Geheimdienste routinemäßig ausgewertet werden. Durch die Ermächtigung für den Innenminister das genaue Verfahren festzulegen, bleibt die Oberhoheit der Sicherheitsbehörden über die Unterlagen gesichert.

Hier, in diesem Paragraphen 21, liegt eine weitere, ganz entscheidende Festlegung der ganzen" Bundesbehörde Stasiakten":

- mitgeteilt werden müssen Hinweise auf oder Anhaltspunkte für "eine der in §129a genannten Straftaten, sowie für eine erhebliche Gefahr für die öffentliche Sicherheit;

- "stellt der Bundesbeauftragte gelegentlich der Erfüllung seiner Aufgaben ... fest, daß sich in den Unterlagen Informationen über Spionage, Spionageabwehr, gewalttätigen Extremismus oder Terrorismus ... befinden, so hat er dies von sich aus dem Bundesminister des Innern als Nationale Sicherheitsbehörde mitzuteilen. (§21 (3))

Abgeschlossen wird diese Grundsteinlegung einer neuen Dienststelle der Inneren Sicherheit mit Straf- und Bußgeldvorschriften (§§36 und37). Unter Strafe gestellt wird die unbefugte Nutzung, "insbesondere" die Veröffentlichung geschützter personenbezogener Daten. Unter Strafe gestellt wird aber auch die Weitergabe (Kopie/Duplikat)an "andere Stellen". Sichergestellt werden soll mit dieser Zensurvorschrift, daß der Bundesbeauftragte das Veröffentlichungsmonopol behält, daß nicht irgendwelche Komitees oder Journalisten auf eigene Faust forschen und aufarbeiten. Eigenständige Veröffentlichungen über Arbeitsweise, Struktur und Organisation des MfS wären danach nicht mehr möglich; völlig ausgeschlossen wären Untersuchungen über die ost-westliche Zusammenarbeit und den tatsächlichen Einfluß westlicher Dienste, Industrie und Politik auf wichtige Sektoren der DDR-Gesellschaft.

Kriminalisieren ließen sich mit diesen Zensurvorschriften praktisch alle Veröffentlichungen über die Stasi aus den Reihen der Komitees. Die Bußgeldvorschrift soll das Monopol von der anderen Seite absichern. Mit ihr soll die Herausgabe allen Materials erzwungen werden, daß sich noch irgendwo - privat oder in anderen Händen- über das MfS, über MitarbeiterInnen usw. befinden könnte.

§38 legt exakt die Frist fest, die Bürgerkomitees, alternative Zeitungen, Oppositionelle und andere haben, um materiell und ideell das Monopol des Innenministeriums über Geschichte und Zukunft der Stasi-Unterlagen anzuerkennen:

"Wer Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes durch strafbare Vergehen erlangt hat, wird nicht bestraft, wenn er der Anzeigenpflicht ... innerhalb einer Frist von drei Monaten nach Inkrafttreten dieses Gesetzes nachkommt."

Und dann hat's sich ausgebürgerrechtlicht.

Otto Geschke

Arthur N. List

12. Zwischen Orient und Okzident. In Algerien wächst der Druck für einen islamischen Staat

Rubrik: Golfkrieg; Algerien · CD-Datei: daten/aksuche/ak332/56.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:332:56

Am 27. Juni sollten in Algerien die ersten pluralistischen Wahlen stattfinden. Aufgrund von gewaltsamen Zusammenstößen zwischen Regierung und Armee einerseits und den Anhängern der islamistischen FIS verschob Staatspräsident Chadli Bendjedid die Wahlen zunächst auf unbestimmte Dauer. Nach neuesten Erklärungen sollen die Parlamentswahlen jedoch noch in diesem Jahr durchgeführt werden, gekoppelt an darauf folgende Wahlen zum Amt des Staatspräsidenten. Dies kann als ein Erfolg der FIS gewertet werden und die kommenden Wahlen könnten einen wesentlichen Einschnitt in die Entwicklung Algeriens bedeuten.

Algerien galt lange Zeit als ein Musterbeispiel der Entwicklungsmöglichkeiten eines Dritte-Welt-Landes. Es wurde nicht in die Unabhängigkeit entlassen, sondern erstritt diese in einem achtjährigen Kampf, der von der französischen Kolonialmacht als schmutziger Krieg geführt wurde. Als De Gaulle den Unabhängigkeitsvertrag unterschreiben mußte, war dies für viele kolonial beherrschte Völker ein Signal, das Franz Fanon in seiner Schrift: "Die Verdammten dieser Erde" beschreibt. Algerien und Franz Fanon waren der eigentliche Ausgangspunkt vieler europäischer Intellektueller, vor allem natürlich der französischen, und später der Studenten-und Jugendbewegung in ihrem antikolonialen und später antiimperialistischen Kampf.

Die FLN, die Front de Libération National, die nationale Befreiungsfront, errichtete 1962 ein parlamentarisches Einparteiensystem, in Anlehnung an das politische System des Realsozialismus. Ebenso wie dort wurde die führende Rolle der Partei in die Verfassung aufgenommen. Mitglied des RgW wurde Algerien jedoch nie. Die hauptsächlichen Handelspartner blieben bis heute die USA, Frankreich und die EG.

Begünstigt durch die reichen Erdölvorkommen, heute ergänzt durch die Erdgasvorkommen, konnte die FLN 1962 ein Wirtschaftsprogramm entwickeln, das den Menschen über geraume Zeit tatsächliche soziale Verbesserungen brachte. Diese Entwicklungsrichtung drückt sich auch in der Struktur der Produktion aus: 14% des Bruttosozialprodukts (BSP) werden in der Landwirtschaft, 49% in der Industrie und 37% mit Dienstleistungen erwirtschaftet. Die Vergleichszahlen für den Nachbarn Tunesien liegen bei 14/30/56% und für Marokko bei 21/30/49%. Algerien hat also den vergleichsweise höchsten Industrialisierungsgrad, der allerdings sehr einseitig auf die Petroindustrie ausgerichtet ist, sowie den geringsten Grad des Anteils der Dienstleistungen. Letzteres ist vor allem darauf zurückzuführen, daß Algerien erst in den 80er Jahren allmählich begann, sich für den Tourismus zu öffnen.

Noch weit bis in die 70er Jahre hinein konnte aufgrund der sogenannten Petrodollars ein bescheidener Wohlstand organisiert werden. Durch die Abschottung des Landes in wirtschaftlicher Hinsicht, die Währung war nicht konvertibel, Auslandsinvestitionen waren scharfen Bestimmungen unterworfen, wurde eine Entwicklung wie in anderen Dritte-Welt-Län- dern, vor allem auch den Nachbarn Tunesien und Marokko, vermieden. Bis Anfang der 80er Jahre kannte Algier beispielsweise keine Slums. Mit dem in den 80er Jahren entschiedenen Kampf der Industrieländer gegen die OPEC und der damit einhergehenden drastischen Reduzierung des Ölpreises geriet auch Algeriens Wirtschaft in die Krise. Eine Reihe von geplanten und schon getätigten Investitionen konnten nicht mehr mit eigenen Mitteln finanziert werden. Innerhalb von zehn Jahren hat dies zu einer Auslandsverschuldung in Höhe von 31,6 Mrd. US-Dollar geführt. Heute müssen 70% des Deviseneinkommens allein für den Schuldendienst aufgebracht werden.

Als 1981 in Marokko der Volksaufstand von Casablanca tobte, oder als 1984 in Marokko und Tunesien Volksaufstände gegen staatlich verordnete Preissteigerungen (bzw. Aufhebung der Subventionen für Grundnahrungsmittel), die sogenannten "Brotrevolten", losgingen, war dies für Algerien kaum denkbar, denn auf der unmittelbaren Versorgungsebene (schien) damals noch alles zu funktionieren.

Bis 1988 hatten sich die sozialen Verhältnisse aber in einem ebensolchen Tempo verschlechtert, wie wir dies von den realsozialistischen Ländern in Europa kennen. Der Preissturz für das Erdöl 1986 bewirkte einen Anstieg der Arbeitslosigkeit, vor allem unter Jugendlichen, auf mehr als 20%. Die daraus resultierende Wut entlud sich im Oktober 1988 in einer Revolte vor allem von Jugendlichen, die von der Armee blutig niedergeschlagen wurde. Westliche Beobachter sprechen von mindestens 500, andere sogar von 1000 Toten. Dies war jedoch gleichzeitig der Ausgangspunkt für eine politische Liberalisierung.

Die Einführung des Mehrparteiensystems

Bis zu diesem Zeitpunkt gab es ein Einparteiensystem, der Sozialismus war in der Verfassung festgeschrieben, die führende Rolle der Partei ebenfalls. Aber seit dem Erfolg der islamischen Revolution im Iran rührten sich in allen moslemischen Nationen die Kräfte, die eine staatlich-religiöse Gesellschaft propagieren, insbesondere in den Ländern, in denen eine laizistische Staatsauffassung vorherrscht, wie eben in Algerien. Schon Anfang der 80er Jahre äußerten sich die ersten proislamischen Stimmen, die sich zunächst vor allem als proarabisch gaben. Der erste und sichtbarste Ansatzpunkt war die Bedeutung der französischen Sprache. In der Hauptstadt Algier war es bis vor kurzem noch üblich, daß alle Straßennamen in französisch und arabisch ausgezeichnet wurden. In nächtlichen Aktionen wurden die französischen Namen übermalt. Französisch gilt als der sichtbarste Ausdruck der Herrschaft der europäischen Kultur. Die Islamisten haben sich den Kampf dagegen auf ihre Fahnen geschrieben. Eine einheitliche arabisch-islamische Nation ist ihr Ziel. Dazu gehört die Propagierung der kulturellen und politischen Repressionsmittel gegenüber den Frauen ebenso wie der Kampf gegen die westliche Kultur (Musik, Film).

Die FLN hatte in den Augen der Unterschichten zu diesem Zeitpunkt völlig abgewirtschaftet. "Mißwirtschaft" und Korruption wurden ihr vorgeworfen. Da sie für die westlich-europäische Politik und Kultur steht, ist es nicht weiter verwunderlich, daß die Islamisten in der Revolte von 1988 eine starke Rolle spielten und sich erstmals als organisierte Kraft darstellen konnten.

Aber auch wenn die FLN diese Revolte durch die Armee niederschlagen ließ, reagierte sie in der unmittelbar folgenden Zeit anders als beispielsweise die Regierungen in den Nachbarstaaten. Sie begann eine von oben gesteuerte Liberalisierung. Am 23.2.89 wurde eine neue Verfassung in Kraft gesetzt, aus der der Sozialismus als einzige Staats- und Gesellschaftsform gestrichen wurde, die führende Rolle der FLN wurde nicht mehr erwähnt. Der entscheidende Punkt war jedoch die Zulassung von politischen Vereinigungen, was unmittelbar zur Gründung und Anmeldung verschiedener Parteien führte (siehe Kasten). Die FIS, die Partei der Islamisten, entwickelte sich in den kommenden Monaten zu der bedeutendsten politischen Organisation im Land. Sie selbst behauptete, im März 1990 3 Mio. Mitglieder zu haben. Auch wenn dies sicherlich übertrieben ist, die Anhängerschaft war zu diesem Zeitpunkt wahrscheinlich sogar noch größer. Andere politische Parteien dagegen mußten zunächst enttäuschende Anfänge hinnehmen. So hatte der ehemalige algerische Präsident Ben Bella (erster Präsident 1962, 1964 gestürzt, zum Tode verurteilt, dann nach 14 Jahren Haft nach Frankreich ins Exil entlassen) eine eigene Partei gegründet, und eine triumphale Rückkehr vorbereitet. 200.000 Menschen sollten zur Begrüßung an den Kais von Algier stehen, 20.000 wurden es, worin sich auch ausdrückte, daß die Opposition nicht in einer anderen Art der FLN gesucht wurde. Andere Parteien, wie die FF und die RC, haben aufgrund ihrer nationalen Verankerung in der Kabylei und wegen ihrer demokratisch-liberalen politischen Kultur eine etwas größere Verankerung.

Die erste politische Wahl

Der nächste Schritt des Liberalisierungsprogramms der Regierung waren Kommunal- und Bezirkswahlen im Juni 1990. Die Ergebnisse zeigen ein grobes, aber noch kein genaues Bild über die politischen Kräfteverhältnisse. Kein genaues, weil einige der kleineren politischen Parteien sich nicht an den Wahlen beteiligten, weil die Vorbereitungszeit zu kurz gewesen wäre. So kam es vor allem zu einem Kräftemessen zwischen der Regierungspartei FLN und der FIS, das letztere klar zu ihren Gunsten entschied. Bei einer Wahlbeteiligung von 65% in den insgesamt 1541 Kommunen und 64% in den Bezirken errang die FIS die Mehrheit (es galt Mehrheitswahlrecht nach französischem Muster) in 853 Kommunen und 32 Bezirken, die FLN in 487 Kommunen und 14 Bezirken, die RC in 87 Kommunen und einen Bezirk, "Unabhängige" in 106 Kommunen und ebenfalls einem Bezirk.

Von diesem Zeitpunkt an begann eine Doppelherrschaft auf unterster Stufe. Die FIS hatte angekündigt, das gesellschaftliche Leben und die Versorgung in den Kommunen selbst in die Hand zu nehmen. Vor allem mit einer Verbesserung der Versorgungslage sollte die Regierung unter Druck gesetzt werden. Sie schaffte Parallelmärkte zu den staatlich kontrollierten. Sie bot Waren und vor allem Grundnahrungsmittel teilweise für ein Viertel des Preises an, selbst bei den Waren, die vom Staat subventioniert wurden. Sie schaffte dies mit einer enormen politischen Kampagne, in der ein großer Teil der Arbeit unentgeltlich geleistet wurde. Das Ziel, eine bessere oder auch nur ausreichende Versorgung wurde so aber auch nicht erreicht.

Auf gesellschaftspolitischer Ebene begann ein erbitterter Kampf um staatliche Autorität und kulturelle Hegemonie. Die FIS proklamierte alle von ihr gewonnenen Kommunen zu islamischen Gemeinden, was die staatliche Macht auf den Plan rief. Viele in den letzten Wochen gemeldeten "Zwischenfälle" zwischen der FIS und der Polizei gehen auf diesen Konflikt zurück. Dann begann sie, in den von ihr beherrschten Gemeinden die "westliche Kultur" zu bekämpfen. Vor allem Musik- und Kulturveranstaltungen wurden immer häufiger von FIS-Anhängern gestört oder gar gewalttätig angegriffen und aufgelöst.

Eine zentrale Rolle in dieser Auseinandersetzung spielt die Rolle der Frau in der Gesellschaft. In Algerien haben Frauen aufgrund des "westlichen Einflusses" vor allem in den Städten eine gesellschaftliche Rolle errungen, die sich auch in ihrer Abkehr von traditioneller Kleidung und Auftreten deutlich macht. In Algier gehörte der Hijab, die Kopfbekleidung für Frauen, zu den seltenen Erscheinungen. Die FIS mobilisierte hiergegen in den vergangenen Monaten die islamischen Kräfte. Teils durch repressive Propaganda, teils gewaltsam, teils "freiwillig" ist heute die Verschleierung wieder zu einem normalen Bild geworden. Dagegen wiederum mobilisieren Frauenverbände und die laizistisch orientierten Parteien wie die FF, die RC, die DM und auch die FLN.

Die Regierung machte in dieser Zeit weitere Zugeständnisse. Beispielsweise wurde im Dezember 1990 ein Gesetz erlassen, nach dem nur noch Arabisch als Amts- und Vertragssprache zugelassen wird. Dies ist zunächst eine Hinwendung zur Arabisierung und eine Frontstellung gegen die immer noch in hohem Maße verbreitete französische Sprache (vor allem in Wirtschaft und Handel). Aber bezeichnenderweise findet sich in diesem Gesetz keine Ausnahmeregelung für die mit 17% immerhin große gesellschaftliche Minderheit der Berber und ihre verschiedenen Sprachen.

Der Golfkrieg: Einheit und Bruch

Mit dem Beginn des Golfkriegs II ging wie in den meisten arabischen Nationen ein Ruck der Einheit durch die Gesellschaft. Die Regierung schloß sich weder dem Irak noch dem USA-UNO-Bündnis an, sondern versuchte sich als vielfältiger Vermittler. Im Inneren erkannte die FLN schnell ihre Chance und setzte sich an die Spitze der Mobilisierung gegen den Krieg der USA. Sie rief als erste zusammen mit den sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien zu Antikriegsdemonstrationen auf. Dabei erklärte sie sich für die Unabhängigkeit Kuwaits, verurteilte die irakische Invasion.

Die FIS verhielt sich kurze Zeit indifferent. Die einzige Erklärung, die Beobachter hierfür bisher gefunden haben, ist die, daß die FIS in hohem Maße, wie fast alle islamischen Oppositionsgruppen, von Saudi-Arabien finanziert wird. Diese Haltung dauerte jedoch nur kurz an. Dann begann die FIS mit eigenen Aufrufen, in denen zur direkten Unterstützung des Irak aufgerufen wurde. Sie forderte von der Regierung die Einrichtung von militärischen Ausbildungslagern, um Freiwillige in diesen Krieg zu schicken. Dies wurde von der Regierung mit der Begründung abgelehnt, in Algerien gäbe es genügend militärisch Ausgebildete, die, wenn sie wollten, in den Krieg ziehen könnten. Später kam aus der FLN das Argument, die FIS würde damit nur das Ziel verfolgen, eigene Milizen aufzubauen und diese militärisch ausbilden zu lassen. Daß trotz hunderttausendfacher Demonstrantenzahlen die Bereitschaft, für den Irak in den Krieg zu ziehen, auch in Algerien nicht besonders groß war, mußte auch Ex-Präsident Ben Bella erkennen: Seinem Aufruf, sich in Freiwilligenlisten einzutragen, folgten ganze 300 Menschen.

Auffallend ist, daß die FIS die Mobilisierung gegen den Golfkrieg hauptsächlich mit innenpolitischen Themen besetzte. Es waren in der Hauptsache Demonstrationen gegen die Regierung, weil diese nicht Partei für den Irak ergriff, weil diese keine Soldaten schickte, weil diese keine Ausbildungslager schaffte. Gleichzeitig verschärfte die FIS im gesellschaftlich akzeptierten Klima gegen den "Westen" (hier vor allem die USA und Frankreich) den Kampf gegen die westliche Kultur und das Auftreten von Frauen in der Gesellschaft. Zeitungsberichte aus dieser Zeit sprechen eine eindeutige Sprache: FIS-Bürgermeister schlossen Film- und Musikclubs, Frauen wurden in den sogenannten islamischen Gemeinden entlassen, weil sie das Tragen des Hijab verweigerten.

Die Rolle Algeriens als Vermittlers wie ihn die FLN und die Regierung spielen wollte, wurde von der FIS nicht anerkannt, sondern mit der Mobilisierung von (wirklichen) Massen beantwortet. Sie errang in dieser kurzen Zeit einen Einfluß und eine Anerkennung, die ihre weiteren Schritte wohl maßgeblich beeinflußten.

Revolution statt Wahl

Die Zeit nach dem Golfkrieg wurde in Algerien durch die Vorbereitung auf die für den 27. Juni vorgesehenen Parlamentswahlen bestimmt. Die FLN erließ durch das von ihr bestimmte Parlament ein Wahlgesetz, das auf die einhellige Kritik aller Oppositionsparteien stieß. Danach sollte zunächst das absolute Mehrheitswahlrecht nach französischem Muster eingeführt werden. Zusätzlich wurden die Wahlkreise ungleich gewichtet. In den ländlichen Gebieten hätten weniger Stimmen ausgereicht, um eine KandidatIn durchzubekommen. Im Extremfall hätten in der südlichsten Region 7.000 Stimmen ausgereicht, in Algier wären 70.000 benötigt worden.

Wieder ergriff die FIS die Initiative. Im Vertrauen auf die Macht ihrer kommunalen Vertretung und die Mobilisierung, die sie in den Anti-Golfkriegs-Aktionen erreicht hatte, rief sie zu einem Generalstreik gegen das Wahlgesetz auf. Sie forderte ein Verhältniswahlrecht und die gleichzeitige Wahl des Staatspräsidenten. Damit trat sie in die offene Konfrontation mit der Regierung, denn ebenso wie in Frankreich herrscht in Algerien ein präsidiales System, wonach der gewählte Präsident die Regierung bestimmt und weitgehende Vollmachten außerhalb des Parlaments besitzt. Die FIS wollte also in einem Streich beide Institutionen stürzen.

Der Aufruf zum Generalstreik wurde für die FIS zu einem einzigen Desaster. Allen Berichten zufolge folgte nur eine kleine Zahl von Menschen dem Aufruf, vor allem die abhängig Beschäftigten in den von der FIS beherrschten Gemeinden. Die FIS hielt dennoch am Generalstreik fest. Unklarheit herrscht dabei noch darüber, ob dies der taktischen Unfähigkeit geschuldet ist, einen einmal ergangenen Aufruf zurückzunehmen, oder ob sich bewußt die Auffassung durchgesetzt hat, die Entscheidung nun auf der Straße und nicht in den Wahlen zu suchen. Folge war jedenfalls, daß die FIS den Generalstreik mit Gewalt durchzusetzen versuchte. Blockaden vor Fabriken, mit Waffengewalt erzwungene Stillegung des öffentlichen Nahverkehrs waren an der Tagesordnung. Die Folge hiervon war wiederum der Einsatz von Polizei- und Armeekräften zur Zerschlagung des ausgerufenen Streiks. Die Regierung rief den Ausnahmezustand aus und setzte die Wahlen ab. Im Verlauf der gewaltsamen Auseinandersetzungen sind mindestens acht (davon ein Polizist), wahrscheinlich eher 50 Menschen getötet worden.

Westliche Beobachter sprechen davon, daß die FIS diesen Schritt aus der Erkenntnis getan habe, daß sie bei den Wahlen keine Mehrheit mehr errungen hätte. Es werden Umfragen zitiert, nach denen die FIS 33%, die FLN 24%, die FFS 8%, die RCD 6% und die DM 1% erreicht hätten. Solche Umfragen sind wie immer mit Vorsicht zu genießen. Der mißglückte Generalstreik ist da schon eher ein Indiz. Dieser Mißerfolg wird darauf zurückgeführt, daß das zentrale Versprechen der FIS, in den von ihnen beherrschten Kommunen die Versorgungslage der Bevölkerung wesentlich zu verbessern, nicht eingehalten worden ist.

In keinem Fall geht die FLN und die Regierung aus dieser Auseinandersetzung als Sieger hervor. Präsident Bendjedid hat die Regierung entlassen und eine neue gebildet, mit einem Ministerpräsidenten, der noch mehr für den Westkurs steht. Er hat darüberhinaus zugestanden, in zeitlichem Zusammenhang zu den Parlamentswahlen auch Präsidentschaftswahlen durchzuführen. Dies deutet zumindest auf eine Schwäche der Regierung hin. Sie ist trotz Ausnahmezustand und Armee nicht mehr in der Lage, die Initiative zu ergreifen.

Ein neuer Iran?

Die Parlamentswahlen sind auf Ende dieses Jahres verschoben worden. 42 Parteien haben sich dafür bisher angemeldet. Nach wie vor muß von der Entscheidung zwischen FLN und FIS ausgegangen werden. Erfolgversprechende Kandidaturen sind noch von verschiedenen sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien angemeldet worden, die eher mit der FLN in einem Lager stehen. Sie werden in der hiesigen Presse gewöhnlich als westlich orientierte Kräfte bezeichnet. Dies hat seinen Sinn, wenn man ausschließlich die Buchstaben der Programmatik ansieht, die eben der europäischen Linken ähnelt. Zu wenig Berücksichtigung finden dabei jedoch zwei Aspekte. Erstens sind die größten Gruppierungen, die FFS und die RCD, vor allem in den Gebieten der Kabylei vertreten und sind damit Vertreter einer nationalen Minderheit und in den Städten sind es die Repräsentanten der westlich orientierten Intelligenz. Zweitens, und dies ist mittel-und langfristig wahrscheinlich entscheidend, geht gegenwärtig durch alle Gesellschaftsschichten der arabischen Welt ein Bruch mit der westlichen. Hierfür sei die kommunistische Schriftstellerin Nassera zitiert: "Wie könnt ihr erwarten, daß Begriffe wie Demokratie, Menschen- und Völkerrecht, Sozialismus einen positiven Gehalt haben könnten, wenn ihr seit Jahrzehnten jeden Versuch der Selbstbestimmung im arabischen Raum brecht, und dies auf dem Hintergrund einer uralten Dominanz? Wie können solche Methoden bei uns Sinn machen, wo sich unsere Prinzen und Oligarchen, die zugleich eure Lakaien sind, unablässig und wortreich auf sie berufen,

um dann das Volk niederzuknüppeln und dort die Bildung einer Opposition zu verhindern? Und ihr verkennt diesen Zusammenhang: Fügt ihr Saddam eine vernichtende Niederlage zu, wird das bißchen Demokratie, das in Algerien seit dem Oktober 1988 wuchs, weggespült, und wir sind auf hundert Jahre in eine neue, mörderische Orient-Okzident- Auseinandersetzung verstrickt." (nach TAZ, 22.1.91) Schon wird wieder berichtet, daß auch in Algier ein Viertel der Frauen aus Opposition den Schleier tragen, ein Akt, der ja selbst von westlichen Linken für den vorrevolutionären Iran als Fortschritt gegen die Vereinnahmung durch die westliche Kultur gerechtfertigt wurde. Es gibt auch in Algerien Parteien und Tausende von Menschen, die freie Entfaltung aller Individuen für die Voraussetzung für die Entwicklung von Demokratie halten. Nur wird es ihnen verdammt schwer fallen, dies als gesellschaftlich zu erstrebendes Ziel zu propagieren, solange die Gralshüter dieser Lehre die Dritte Welt mit Krieg überziehen. Solange dies so ist, hat für die Völker auch die iranische Lösung eine nicht zu leugnende Perspektive.

he., Hamburg

Algerien in Zahlen

Einwohner 1990: 24,9 Millionen (1980: 18,6 Mio., jährliche Wachstumsrate 3%) davon zwei Drittel unter 25 Jahre

82% Araber, 17% Berber, 1% Juden, Europäer u.a.

83% sprechen arabisch, entweder den algerischen Dialekt oder die Hochsprache, 17% eine andere Sprache, hauptsächlich Berber, Kabyle oder Tamazight. Eine starke Verbreitung hat immer noch Französisch, vor allem in Wirtschaft, Handel und Verkehr.

99% gehören dem islamischen Glauben an.

Das BSP betrug 1990 90,9 Mrd. DM, die Steigerungsrate liegt bei 3%. Die Aufteilung: 49% Industrie (hauptsächlich Erdöl und Erdgas), 14% Landwirtschaft, 37% Dienstleistung. Das BSP pro Kopf liegt bei DM 3.500 (vergleichsweise in Tunesien bei 1.900 und in Marokko bei 1.000 DM)

Die Alphabetisierungsrate liegt bei 45%, 6,1% des BSP werden für Bildung, 3,0% für die Armee ausgegeben. (Tunesien: 48%, 5,9%, 3,1%; Marokko: 71%, 7,9%, 7,1%)

Die Parteien

FFS (Front des Forces Socialistes), sozialistisch, für einen laizistischen Staat, vor allem in der Kabylei vertreten

FIS (Front Islamique du Salut), islamisch, religiöse Staatsausrichtung

FLN (Front de Libération Nationale), ehemalige Einheitspartei

MDA (Mouvement pour la Démocratie en Algerie), Partei von Ben Bella

RCD (Rassemblement pour la Culture et la Démocratie), sozialdemokratisch, laizistische Staatsausrichtung, vor allem vertreten bei den Berbern

13. Angola/Mozambik: Transformation und Friedenslösung

Angola/Mocambique:

Rubrik: Mozambik; Angola · CD-Datei: daten/aksuche/ak332/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:332:20

Nicht nur in Osteuropa, sondern auch auf dem afrikanischen Kontinent finden derzeit gewichtige Transformationsprozesse statt, die bislang nicht für möglich gehalten wurden. Gemeint sind die Mitte der siebziger Jahre infolge des Zusammenbruchs des portugiesischen Rest-Kolonialsystems befreiten Länder Angola und Mozambique, in denen die sozialistischen Befreiungsbewegungen MPLA bzw. die FRELIMO Versuche unternahmen, einen sozialistisch-antiimperialistischen Entwicklungsweg einzuschlagen.

Beide Länder traten später dem "Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe" (RgW) bei und lehnten sich enger an den realsozialistischen Block an. In beiden Ländern agierten jedoch von den USA, dem CIA, dem südafrikanischen Rassistenregime und hiesigen CSU-Größen gesponsorte terroristische Verbände, die UNITA-Rebellen unter Führung Jonas Savimbis und die Renamo-Banditen, die eine friedliche Entwicklung blockierten.

Auf das Konto dieser Mörderbanden gehen Hunderttausende Tote, ganze Dörfer wurden dem Erdboden gleichgemacht, Männer, Frauen und Kinder bestialisch ermordet. Terroristische Anschläge auf die wirtschaftliche Infrastruktur, Raub, Plünderungen und Brandlegungen gehörten zum blutigen Alltag in diesen Ländern. Am Ende blieb ein Stellungs- und Abnutzungskrieg zwischen den Regierungstruppen der MPLA bzw. der FRELIMO einerseits und den vor allem von den USA und Südafrika ausgebildeten und finanzierten sogenannten Rebellen, bei der keine der beiden Seiten gewinnen konnte. Sowohl UNITA als auch Renamo fungierten als Teil der imperialistischen Destabilisierungsstrategie, die diese beiden Verbände als "Fünfte Kolonne" gegen die marxistisch orientierten Regierungen einsetzte. Damit wurde letztlich erfolgreich jeder Versuch untergraben, einen sozialistischen Entwicklungsweg zu beschreiten.

Sowohl in Angola als auch in Mozambique bewirkte die veränderte internationale Konstellation, insbesondere die Arrangements zwischen den USA und der Sowjetunion zur Beilegung sogenannter "Regionalkonflikte", einen Prozeß, der dazu führen soll, die bewaffneten Konflikte zu beenden, Wahlen abzuhalten und den bisherigen sozialistischen Entwicklungsweg zugunsten einer marktwirtschaftlichen Orientierung mit bürgerlich-parlamentarischen Regimes aufzugeben.

Sowohl die MPLA als auch die FRELIMO folgten in wesentlichen Zügen, zum Teil schon vor dem Zusammenbruch der osteuropäischen Realsozialismen, der Perestroika; eher aus der Not heraus traten sie dem Lome-Abkommen mit der EG bei und nahmen Abschied vom Einparteiensystem, von der "führenden Rolle" der Partei, vom Doppelcharakter als Staats- und gesellschaftliche Parteien und bekannten sich zu marktwirtschaftlichen Systemen.

Im folgenden sollen diese Entwicklungen nachgezeichnet und ein Ausblick auf die Zukunftschancen dieser Länder gewagt werden.

Angola

Nachdem der legendäre kommunistische Admiral Coutinho die beiden letzten portugiesischen Kolonien in die Unabhängigkeit entließ, rief die "Volksbewegung für die Befreiung Angolas" (MPLA) am 11.11.1975 die Volksrepublik Angola aus. Zuvor kam es zum Bruch zwischen der MPLA und den eher bürgerlichen, vom Westen unterstützten Befreiungsbewegungen UNITA ("Union für die vollständige Unabhängigkeit Angolas") und der kleineren FNLA ("Nationale Befreiungsfront Angolas"), die mit der UNITA verbündet war. Damit platzte auch das damalige Abkommen von Alvor, das eine gemeinsame Regierung der drei genannten Befreiungsbewegungen vorsah.

Kurz vor der angolanischen Unabhängigkeit marschierten Truppen des südafrikanischen Rassistenregimes ein und stießen bis zur Hauptstadt Luanda vor. Die militärischen Verbände der MPLA in der FAPLA und die zur Hilfe eilenden kubanischen Truppen konnten die südafrikanischen Verbände jedoch erfolgreich zurückdrängen.

Bis Ende der achtziger Jahre befand sich Angola in einem permanenten Bürgerkrieg; an der Seite der MPLA kämpften verbündete kubanische Verbände, auf der anderen Seite die von den USA unterstützte UNITA zusammen mit pretorianischen Truppen, die immer wieder von Nambia aus Angriffe und Überfälle auf angolanisches Territorium unternahmen.

Im Jahre 1984 kam es zum Abkommen von Lusaka zwischen der MPLA, den USA und dem südafrikanischen Regime, das den Abzug der pretorianischen Truppen aus Angola vorsah; das Rassistenregime zog seine Truppen zwar offiziell aus Angola zurück, griff aber über Namibia permanent in die Kämpfe ein und unterstützte ohnehin die UNITA-Rebellen.

Vier Jahre später dann, im Zuge der neuen sowjetischen Außenpolitik einerseits und einer verheerenden militärischen Niederlage der pretorianischen Truppen durch kubanische Verbände bei Cuito Cuanavale andererseits, kam es zum Abkommen von New York unter Vermittlung der UNO. Es sah nicht nur den Rückzug der südafrikanischen Truppen vor, sondern auch die Aufgabe der materiellen und logistischen Unterstützung der UNITA durch das Rassistenregime. Auf der anderen Seite sollten sich die kubanischen Verbände vollständig bis zum 1. Juli dieses Jahres aus Angola entfernen. Der symbolische Händedruck zwischen dem UNITA-Führer Jonas Savimbi und dem angolanischen Präsidenten dos Santos am 22.6.89 weckte Hoffnungen auf einen Frieden, die jedoch nur 14 Tage hielten. Danach gingen die blutigen Kämpfe weiter. Im Abkommen war nämlich weder ein Procedere für einen friedlichen Prozeß, etwa unter UN-Aufsicht, vereinbart, noch wurde es den USA verboten, die UNITA massiv zu unterstützen.

Im März 1990 verständigten sich die Außenminister der USA (Baker) und der Sowjetunion (Schewardnadse) auf eine Lösung in Angola und Mozambique. Beide Staaten haben einen maßgeblichen Anteil an den diversen Verhandlungsrunden, die im Herbst vergangenen Jahres in einen Friedensplan mündeten.

Während der Verhandlungen ging der Krieg weiter; so griff die UNITA mit vier Bataillonen die Provinzhauptstadt Luena an, während es den Regierungstruppen gelang, den UNITA-Stützpunkt Mavinga im Südosten des Landes zu erobern. Der UNITA ging es dabei in erster Linie um eine Veränderung des militärischen Kräfteverhältnisses und Geländegewinne, um ihre Verhandlungsposition zu stärken.

Währenddessen erbrachte die MPLA auf ihrem März-Kongreß dieses Jahres entsprechende Vorleistungen: die führende Rolle der Partei wurde aus der Verfassung entfernt, ein Bekenntnis zum Parteienpluralismus abgelegt und andere Parteien zugelassen, die historische Verbindung zwischen Armee und Partei aufgehoben und ein Übergang zur Marktwirtschaft befürwortet.

Im Frühjahr dieses Jahres kam es dann zu entscheidenden Gesprächen in der portugiesischen Stadt Estoril. Das dortige Abkommen sieht eine Auflösung der bewaffneten Verbände beider Seiten - ca. 250.000 Soldaten stehen unter Waffen - und die Bildung einer 40.000 Soldaten umfassenden gemeinsamen Armee vor, die je zur Hälfte aus Soldaten der MPLA und der UNITA bestehen sollen. Die Polizei verbleibt in der Zuständigkeit der MPLA. Die 250.000 Soldaten sollen in drei von den USA, der Sowjetunion, Portugal und der UNO überwachten Gebieten konzentriert und unter deren Überwachung schrittweise aufgelöst werden.

Die UNITA erkennt die derzeitige MPLA-Regierung an, die allerdings nur noch geschäftsführend amtiert; die wirkliche Macht geht an eine "Gemeinsame Politisch-Militärische Kommission" (CCPM) über, die eine Verfassungsreform und Wahlen einleiten soll. In der CCPM sind neben der MPLA und der UNITA auch die USA, die Sowjetunion und Portugal als Kontrollstaaten vertreten.

Am 16. Mai trat der ausgehandelte Waffenstillstand in Kraft, am 31.5.91 unterzeichneten dos Santos, Savimbi, Bessmertnych und Peres de Cuéllar das Friedensabkommen in Lissabon. Dissens besteht noch in der Frage der Länge der Amtszeit des vom Volk gewählten Präsidenten; die MPLA plädiert für sieben, die UNITA für fünf Jahre.

Bislang haben sich alle Seiten an den Waffenstillstand gehalten, allerdings hält Juliao Mateus Paulo, Politbüromitglied der MPLA, wieder aufflackernde Kämpfe für möglich, wenngleich der Friedensprozeß "unumkehrbar" sei (ND, 29.5.91).

Die Bilanz des Krieges

Nach unterschiedlichen Angaben, je nachdem, ob die Hungertoten hinzugerechnet werden oder nicht, fielen dem seit 1975 dauernden Krieg zwischen 100.000 und 300.000 Menschen zum Opfer; in Angola leben 600.000 durch den Krieg verletzte Menschen, rund zwei Millionen Angolaner flüchteten, die Gesamtschäden werden auf über 20 Mrd. US- Dollar geschätzt. Rund 900.000 Menschen sind nach Angaben der Welthungerhilfe vom Hunger bedroht, nachdem im Land seit vier Jahren eine Dürrekatastrophe herrscht.

Dabei sind die objektiven Bedingungen im Land für afrikanische Verhältnisse geradezu günstig. Angola verfügt über Rohöl, aus dem es auch die Devisenerlöse bestreitet, daneben über Kupfer-, Eisen-, Mangan-, Gold-, Diamanten- und Uranvorkommen. Ebenso sind ertragreiche Fischgründe, fruchtbare Böden und Wasserkraft vorhanden. Weitere Einnahmen in Höhe von 90 Mio. US-Dollar könnte Angola aus der Benguela-Bahn beziehen, die die Kupfererze aus Sambia und Zaire in den Hafen Lobito bringt. Beide Länder wickeln ihre Erztransporte noch über Südafrika ab, was wesentlich höhere Transportkosten verursacht.

Die MPLA-Regierung stützt sich im wesentlichen auf die Bevölkerung in den größeren Städten und auf die Intelligenz, während die UNITA vor allem im Volk der Ovimbundu (ca. 40% der Gesamtbevölkerung) im Süden des Landes eine gewisse Basis besitzt. Nach dem Bekenntnis zur Marktwirtschaft führte die MPLA eine Währungsreform durch, und es sollen 100 Unternehmen privatisiert und zum Teil an die ehemaligen portugiesischen Besitzer zurückgegeben werden. Die MPLA versteht sich nicht mehr als eine Kaderpartei, sondern dem Anspruch nach als eine sozialistische Massenpartei, die sich zum demokratischen Sozialismus bekennt. Sie beantragte erst kürzlich die Aufnahme bei der sozialdemokratischen Internationale (SI).

Die UNITA hingegen soll bis zu einem Drittel des Landes kontrollieren und wird nach wie vor massiv von den USA unterstützt. Für 1991 hat der US-Senat für die UNITA nochmals 100 Mio. US-Dollar Militärhilfe bewilligt, die nun zum Teil für Wahlkampfzwecke, den Aufbau einer eigenen Radio- und Fernsehstation usw. verwendet wird.

Im März wählte ein Kongreß der UNITA ihren Führer Jonas Savimbi zum Präsidentschaftskandidaten. Die UNITA steckt in einem gewissen Dilemma, da sie eine rein militärische Organisation ist und sich erst noch zu einer politischen Partei transformieren muß. Ohne ihren charismatischen Führer Savimbi ist sie so gut wie nichts. In den von der UNITA beherrschten Gebieten herrscht eine Art Pol-Pot-Regime: die UNITA-Anhänger leben sehr spartanisch in einer geldlosen, auf den Naturaltausch und der Subsistenzwirtschaft gegründeten Ökonomie, durch die die gesamte angolanische Gesellschaft gespalten ist. Die bewaffnete UNITA-Führung hat dabei das Verteilungsmonopol der landwirtschaftlichen Güter, der medizinischen Versorgung usw. inne.

Die Erfolgsaussichten der MPLA sind derzeit schwer einschätzbar; in der Hauptstadt Luanda ist zwar ein gewisser Konsumismus eingekehrt, aber die marktwirtschaftliche Transformation vertieft die soziale Spaltung in den Städten in eine gewisse Nomenklatura, die in den Intershop-ähnlichen Läden einkaufen kann und die Waren auf dem Schwarzmarkt (candonga) weiterverkauft, und die übrige Bevölkerung, die in den lojas de povo die Waren kaufen muß, die gerade mal vorhanden sind. Nicht zu unterschätzen ist ferner, daß die UNITA über unvergleichlich höhere finanzielle Mittel aus den USA (und Südafrika) verfügen kann, so daß ein Wahlkampf a la Nicaragua absehbar ist.

Mozambique

Im Unterschied zur UNITA Angolas ging die terroristische Renamo nicht aus dem Bürgerkrieg hervor, sondern es handelte sich ursprünglich um eine südafrikanisch-rhodesische Killertruppe, die 1975 in erster Linie gegen Robert Mugabe (Zimbabwe) angetreten war. Die ZANU Mugabes hatte ihre Stützpunkte unter anderem in Mozambique, und der rhodesische Geheimdienst CIO wollte mit der Renamo die logistischen Basen bekämpfen.

Erst um 1980 herum konzentrierte sich die Renamo auf die Bekämpfung der FRELIMO in Mozambique. Im 1989 in den USA erschienenen Gersony-Report wurde offiziell bestätigt, daß es sich bei der Renamo um eine zwangsrekrutierte Killertruppe handelt, die unvorstellbare Greuel anrichtete. Sabotage und Massaker unter der Zivilbevölkerung, die Auslöschung ganzer Dörfer, Anschläge auf Transport- und Versorgungseinrichtungen durchzogen das ganze Land, ohne daß es den Truppen der FRELIMO gelang, die Killerverbände, die von den USA und Südafrika unterstützt wurden, zu schlagen. Die Bilanz dieser beispiellosen Brutalität sind eine Million Tote, zwei Millionen Flüchtlinge, anderthalb Millionen vom Hungertod bedrohte Menschen, 500.000 verwaiste Kinder und die zweithöchste Sterblichkeitsrate in der Welt.

Der Terror der Renamo ist dafür verantwortlich, daß die jährliche Produktion in der Landwirtschaft und in der Industrie um mehr als 50% zurückging. Den jahrlangen Abnutzungskrieg konnte letztlich niemand gewinnen, da sich die Renamo-Killer immer wieder in die dünn besiedelten Gebiete zurückziehen konnten.

Gegen erhebliche Widerstände in der FRELIMO selbst begann Staatspräsident Joaquim Chissano bereits vor drei Jahren, Verhandlungen mit dem Führer der Renamo, Afonso Dhlakama, aufzunehmen. Begleitet wurden diese ersten Gespräche durch diverse Anschläge und pogromartige Morde an der Zivilbevölkerung seitens der Renamo.

Die FRELIMO selbst löste sich seit zwei Jahren schrittweise von ihrer bisherigen Politik; zunächst wurde der "Marxismus-Leninismus" realsozialistischer Prägung fallengelassen, um im Juli 1990 auf dem Parteitag den Übergang zum Mehrparteiensystem und freien Wahlen für dieses Jahr zu beschließen.

Die marktwirtschaftliche Wende wurde faktisch schon mit dem Beitritt zum IWF und der Weltbank vor vier Jahren vollzogen. Das Land erhielt insgesamt 1,4 Mrd. US-Dollar für ein Drei-Jahres-Programm und die USA zahlten 100 Mio. US-Dollar Entwicklungshilfe - so viel wie für kein anderes afrikanisches Land. Chissano bot den USA im Gegenzug einen Militärstützpunkt an. Seit Ende der achtziger Jahre strömt auch ausländisches Kapital ins Land, insbesondere zur Errichtung eines modernen Hafens in Beira und der Wiederinstandsetzung der Limpopo-Bahn nach Zimbabwe.

Im Juli des letzten Jahres kam es zu den ersten Verhandlungen zwischen FRELIMO und Renamo in Rom, nachdem die USA und die Sowjetunion eine Befriedung des Konflikts vereinbarten und der südafrikanische Präsident sich zumindest in Worten, nicht jedoch in Taten, für eine Friedenslösung aussprach.

Im Dezember letzten Jahres wurde ein erstes Teilabkommen erzielt; danach wurden 30.000 Soldaten Zimbabwes, die jahrelang die Straße von Zimbabwe nach Beira (Beira-Korridor) und die durch mozambiquanisches Gebiet führende Straße von Zimbabwe nach Malawi (Tete-Korridor) vor der Zerstörung geschützt hatten, abgezogen. Doch bald nach dem Rückzug überfielen die Renamo-Banditen Lastwagenkonvois und vernichteten unter anderem eine Lieferung von 32 Tonnen Mais für mozambiquanische Flüchtlinge in Malawi. Dabei wurde das Abkommen von 10 Staaten, darunter auch die USA und die Sowjetunion, unterzeichnet, ohne daß damit die Renamo-Überfälle ausgeschaltet werden konnten.

Inzwischen ist klar, daß die Renamo unter allen Umständen eine Friedenslösung verhindern will. Nach einer Meinungsumfrage in Beira erhielte sie nur ganze 2% der Stimmen, die FRELIMO über 30%. Die FRELIMO erfüllte nahezu alle Bedingungen, die von der Renamo gestellt wurden: freie Wahlen, Zulassung von Parteien, Marktwirtschaft. Das Parteiengesetz, von der FRELIMO vorgelegt, sieht das Verbot solcher Parteien vor, die gewaltsame Mittel anwenden - wie die Renamo. Anders als die UNITA Angolas hat die Renamo schon Schwierigkeiten, sich als politische Partei zu transformieren. Sie bekam bei ihrem ersten Versuch zur Konstituierung als Partei nicht einmal die erforderlichen 100 Unterschriften zusammen. Ihr Führer Dhlakama sehe keine Möglichkeiten für einen Frieden, bekannte er im südafrikanischen Fernsehen. Die Renamo hat also überhaupt kein Interesse am Waffenstillstand und einer friedlichen Lösung, denn das wäre ihr Ende. Das Dilemma in Mozambique erinnert stark an die Khmer Rouge Kambodschas; ohne sie gibt es keinen Frieden, mit ihnen aber ebensowenig. Ein Ausweg wäre, die logistische, materielle und finanzielle Unterstützung für die Renamo aus Südafrika und diversen rechtsradikalen Kanälen anderer Staaten zu unterbinden, um die Renamo zur Aufgabe zu zwingen. Aber dazu sind die westlichen Mächte und vor allem Südafrika nicht bereit.

D./Westberlin

14. Nordirland: Politischer Gezeitenwechsel

Autor: Dietrich Schulze-Marmeling · Rubrik: Großbritannien; Irland · CD-Datei: daten/aksuche/ak332/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:332:33

von Dietrich Schulze-Marmeling

Nach 18 Monaten der Vorgespräche, die in die Annalen des Nordirlandkonflikts als "talks about talks" eingehen werden, verzeichnete die nach dem gleichnamigen britischen Nordirlandminister benannte "Brooke Initiative" im April 1991 endlich einen ersten Erfolg: Die beiden unionistischen/protestantischen Parteien, die semi-faschistische Democratic Unionist Party (DUP) des bigotten Predigers Ian Paisley und die erz-konservative Official Unionist Party (OUP), und die moderat-nationalistische, sozialdemokratische Social Democratic and Labour Party (SDLP), die bedeutendste Wahlpartei der nordirischen Katholiken, kamen überein, am gleichen Tisch Platz zu nehmen, um über die Zukunft Nordirlands zu debattieren. Den vierten Stuhl nahm die liberal-unionistische und von ihrem Anspruch her überkonfessionelle Alliance Party (AP) ein, die von allen nordirischen Parteien die geringsten Differenzen zur britischen Nordirlandpolitik aufweist und deshalb auch von Insidern als "nordirischer Arm" des Nordirlandministeriums betrachtet wird. Außen vor blieb Sinn Fein, der politische Flügel der IRA und bei Wahlen stets vor der AP die viertstärkste Partei in der Provinz (was mensch auch so interpretieren kann, daß nur 6 bis 8% der nordirischen Wahlberechtigten mit Londons Nordirlandpolitik übereinstimmen), da sie Brookes Vorbedingung einer Absage an den bewaffneten Kampf und eines einseitigen IRA-Waffenstillstands nicht akzeptieren mochte. Allerdings dürfte via John Hume und seiner SDLP für die Zeit der Gespräche zumindest eine indirekte Kommunikation zwischen der Republikanischen Bewegung und dem Nordirlandministerium existieren.

Allein schon die Tatsache, daß es eineinhalb Jahre bilateraler Gespräche zwischen den einzelnen nordirischen Parteien und dem Nordirlandminister bedurfte, bevor sich DUP, OUP, SDLP und AP darauf verständigen konnten, nicht nur über eine dritte Instanz, sondern direkt miteinander zu reden, verdeutlicht das Ausmaß der Probleme zwischen den beiden nordirischen Bevölkerungsgruppen. Während die SDLP bereits seit vielen Jahren den direkten Dialog zwischen Nationalisten und Unionisten fordert, versuchten OUP und DUP nun wieder diesem bis zuletzt auszuweichen.

Die Strategie Londons

Die "Brooke-Initiative" sieht drei formal getrennte, inhaltlich aber miteinander verwobene Gesprächsphasen vor: Die erste Phase widmet sich der internen Dimension des Konflikts, d.h. dem Verhältnis der nordirischen Bevölkerungsgruppen zueinander. Teilnehmer sind folglich das Nordirlandministerium und die politischen Repräsentanten der Protestanten/Unionisten und Katholiken/Nationalisten, mit der bereits erwähnten Ausnahme Sinn Feins. Die zweite Phase behandelt die Nord-Süd-Dimension des Konflikts, d.h. das Verhältnis zwischen den beiden Irlands. Hier wird es erstmals direkte Gespräche aller nordirischen Parteien mit der südirischen Regierung geben. Die dritte Phase ist die vergleichsweise unkomplizierteste, zumal hier bereits mit dem anglo-irischen Abkommen von 1985 eine Vorklärung existiert: die britisch-irische Dimension bzw. die Kooperation zwischen London und Dublin in Sachen Nordirland. Die dritte Phase soll desweiteren dazu dienen, etwaige Ergebnisse der ersten beiden Gesprächsrunden durch die beiden Regierungen abzusegnen.

Geht die britische Rechnung auf, dann würde am Ende der "Brooke Initiative" das folgende Ergebnis stehen: DUP, OUP, SDLP und AP einigen sich auf eine "Selbstverwaltung" Nordirlands innerhalb des Vereinigten Königreiches, an die das Nordirlandministerium allerdings die Bedingung knüpft, daß sie weitgehend interkonfessionell ausgeübt wird. Ein Gedanke, der unverändert vielen protestantischen/unionistischen Politikern absolut zuwider ist, und in ihren Augen der Anfang vom Ende des pro-britischen Status Quos sein könnte. Die Beteiligung von Katholiken an der politischen Machtausübung war bislang - wenn überhaupt - für viele Unionisten nur unter der Voraussetzung akzeptabel, daß diese zuvor glaubhaft ihren nationalistischen Aspirationen abschwören und zum Unionismus konvertieren würden.

Außerdem ist kaum anzunehmen, daß die britische Regierung nordirische Selbstverwaltungsorgane mit der gleichen Kompetenz wie das alte "Stormont System" ausstatten wird. Dieses garantierte der protestantischen/unionistischen Einparteienherrschaft in internen Angelegenheiten (law and order etc.) eine nahezu uneingeschränkte Autonomie, von der schottische und walisische Nationalisten stets nur träumen

konnten. Tatsächlich bewegt sich das, was aktuell vor allem in Schottland an Autonomie eingeklagt wird, von seinem Niveau her weit unter dem, dessen sich Nordirland - genauer: 60% der Provinz - 50 Jahre lang erfreuen durfte.

Die Gründe hierfür liegen auf der Hand: Zum einen galt die Autonomie, aufgrund der politischen und sozialen Diskriminierung der Katholiken, nur für den protestantischen/unionistischen Teil der Bevölkerung und war gewissermaßen die Belohnung für dessen fanatische Zustimmung zur Union. Die protestantische Mehrheit durfte innenpolitisch nach Belieben schalten und walten und wurde diesbezüglich auch niemals an den auf dem britischen "mainland" üblichen bürgerlich-demokratischen Standards gemessen. Gleichzeitig sah sich das britische Parlament der unangenehmen Aufgabe entledigt, die internen Probleme der Provinz zu diskutieren. Politische und soziale Diskriminierung waren bevölkerungspolitische Instrumente, mit deren Hilfe die höhere katholische Geburtenrate durch eine ebenfalls höhere katholische Emigrationsrate ausgeglichen wurde. So sollte garantiert werden, daß die Minderheit Minderheit und Nordirland britisch blieb. Die Bürgerrechtsbewegung und die militärische Offensive der IRA führten schließlich 1972 zum Sturz der protestantischen/unionistischen Alleinregierung und zur Übernahme der Regierungsgewalt durch London ("direct rule"). Eine Rückkehr zu den goldenen Jahren des Unionismus ist seither nicht mehr möglich und wird deshalb von den Konservativen wie Labour abgelehnt. Die Minderheit wird eine protestantische Alleinherrschaft nie wieder akzeptieren, und würde die britische Regierung ihren Willen ignorieren, so wäre dies nur Wasser auf die Mühlen der IRA.

Stattdessen verfolgte noch jede britische Regierung seit 1972 - gleich ob sie von den Tories oder von Labour gestellt wurde - eine "crumbs and guns"-Strategie. Die militärische Bekämpfung der IRA, bei der auch eklatanteste Menschenrechtsverletzungen erlaubt sind, wird von der sozialen Integration eines Teils der katholischen/nationalistischen Minderheit begleitet, in der Hoffnung, ihrem Nationalismus den Biß zu nehmen und die politische Basis des Unionismus über das protestantische Lager hinaus zu erweitern. Dies hat dazu geführt, daß die katholische Mittelschicht die einzige Gruppe in Nordirland ist, die seit Ausbruch des Konflikts ihren materiellen und politischen Status verbessern konnte. Dank der IRA, möchte mensch hinzufügen, was die politischen Repräsentanten des katholischen Mittelstands indes kaum zugeben werden.

Ohne die Kampagne der IRA gäbe es für die britische Regierung nicht den geringsten Grund, sich die Auffassungen der SDLP anzuhören und zumindest ein wenig von den im restlichen Vereinigten Königreich gültigen Grundregeln der thatcheristischen Wirtschaftspolitik abzuweichen. Das Interesse Londons an der SDLP beruht allein darauf, daß diese als Alternative zur IRA gesehen wird.

Der Sinn der Einführung einer begrenzten nordirischen Selbstverwaltung und der Einrichtung einer interkonfessionellen Exekutive wäre der folgende: Die britische Regierung wäre - wie bereits vor 1972, wenn auch wohl niemals wieder im gleichen Ausmaß - eines Teils ihrer Verantwortung für die Provinz entledigt, ohne daß diese aus dem Vereinigten Königreich ausscheren würde. Und da auch "direct rule" nicht zur erhofften politischen Stabilisierung geführt hat - seit 1972 hat der Konflikt in einem Land mit nur 1,5 Millionen Einwohnern nahezu 3.000 Todesopfer gefordert -, könnte sich ein interkonfessionell praktizierter "devolution"-Prozeß vielleicht als stabilitätsträchtige Alternative sowohl zum alten "Stormont System" wie zur in beiden Bevölkerungsgruppen nie sonderlich populären Direktherrschaft erweisen.

Wenn Nordirland sich selbst regiert und die größte Wahlpartei der Katholiken dabei mit von der Partie ist, geraten der kolonialistische Charakter der britischen Herrschaft und der unverändert existierende Apartheidscharakter der nordirischen Gesellschaft in den Hintergrund. Für den auswärtigen Beobachter würde sich das Nordirlandproblem bei oberflächlicher Betrachtung von den Problemen Londons mit anderen Regionen im Vereinigten Königreich kaum unterscheiden. Dem südirischen Establishment würde eine interne Einigung in Nordirland ermöglichen, seine - allerdings ohnehin nur mehr oder weniger widerwillig praktizierte - Rolle eines Anwalts der katholischen Minderheit sukzessive zu suspendieren. Mit der Integration der Minderheit in das britische System, die allerdings stets nur für einen Teil der Minderheit gelten wird, sollen deren nationalistische Aspirationen auf ein rein folkloristisches Niveau gestutzt werden, das die britische Souveränität nicht länger in Frage stellt, während der südirischen Regierung der Zwang zur Einmischung genommen wird.

Damit wäre dann in der Republik Irland auch der Weg zur Reform oder gar Streichung der Art. 2 und 3 der dortigen Verfassung frei, in denen Dublin Anspruch auf das gesamte irische Territorium erhebt. Diese werden

von den nordirischen Unionisten zum größten Hindernis normaler zwischenstaatlicher Beziehungen zwischen Norden und Süden verklärt, obwohl noch keine südirische Regierung einen praktischen Schritt unternommen hat, um dem "Einheitsgebot" Folge zu leisten. Daß Dublin sich bislang trotzdem nicht zu einer Verfassungsreform durchringen konnte, hat zwei Gründe: Zum einen ist die Mehrheit der südirischen Bevölkerung noch immer für die Beibehaltung der Art. 2 und 3. Dies ergab jedenfalls eine Umfrage der Meinungsforschungsinstitution MRBI vom April dieses Jahres, die von der äußerst reformwilligen "Irish Times" in Auftrag gegeben wurde. 58% der Befragten sprachen sich für die Beibehaltung der Art. 2 und 3 aus, 25% dagegen, während der Rest keine Meinung hatte. Bei der nordirischen katholischen Minderheit dürfte die Zustimmung gar noch höher ausfallen. Zum anderen kann Dublin die Art. 2 und 3 nicht ersatzlos streichen, solange wie die politische Stabilität der Republik in irgendeiner Weise von den Verhältnissen im Norden abhängig ist.

Die südirische Regierung benötigt deshalb eine Legitimation, um sich - im Sinne der politischen Stabilität im eigenen Staate - in Nordirland einmischen zu können. Deshalb bedarf es zunächst gewisser Garantien seitens der nordirischen Unionisten und der britischen Regierung, bevor an der Verfassung herumgemeißelt werden kann. Eine ersatzlose Streichung der inkriminierten Artikel wäre allerdings selbst dann eher unwahrscheinlich. Wahrscheinlicher ist eine Überarbeitung der Artikel im Sinne des anglo-irischen Abkommens von 1985. An die Stelle territorialer Ansprüche könnten Formulierungen treten, die ein einiges Irland zwar als wünschenswert erklären würden, die Realisierung des Wunsches aber an die Zustimmung der nordirischen Protestanten koppeln würden.

Das Finale der "Brooke Initiative" würden getrennte Referenden im Norden und im Süden bilden, bei denen die interne Lösung und der Status Quo der Teilung (inklusive einer Reform der südirischen Verfassung im skizzierten Sinne) abgesegnet werden. Der IRA wäre damit demonstriert, daß sie für ihren bewaffneten Kampf kein Mandat besitzen würde, und die Forderung von Sinn Fein und IRA nach irischer Selbstbestimmung würde sich gegen die Republikanische Bewegung selbst wenden. Das Volk hätte entschieden - gegen die IRA. Ob sich die IRA von derartigen Referenden beeindrucken läßt, steht allerdings zu bezweifeln. Republikaner können anführen, daß ihre Methoden und Ziele von den Massen stets erst im nachhinein legitimiert wurden. Auch die Aufständischen von 1916 waren nicht mehr und nicht weniger als eine selbsternannte "moralische Elite", felsenfest davon überzeugt, im Recht zu sein, während sie der Mehrheit der irischen Bevölkerung vorwarfen, durch die britische Propaganda verdorben zu sein. Die gleiche katholische Kirche, die die Oster-Rebellen heute als Patrioten und Geburtshelfer des südirischen Staates verehrt, denunzierte sie zum Zeitpunkt ihrer Taten als "Kriminelle".

Der von Brooke eingeleitete Prozeß ist nicht zuletzt auch für die internationale Bühne konzipiert. Die Zweifel der internationalen Gemeinschaft an der Legitimität der Zugehörigkeit Nordirlands zum Vereinigten Königreich und der Teilung der irischen Insel sind unverändert existent. Gerade die Teilung von Inselterritorien wird traditionell als höchst unnatürlich empfunden. Die IRA hat es seit Ausbruch des Konflikts verstanden, aus dieser Stimmung politischen Profit zu ziehen, während die Unionisten - von ihren Kontakten zum südafrikanischen Apartheidsregime abgesehen - international äußerst isoliert sind. Von der Einbindung der SDLP und der südirischen Regierung erhofft sich London deshalb auch die Neutralisierung internationaler Skepsis und Kritik. Und sollten die Gespräche scheitern, so hätte London wenigstens seinen guten Willen demonstriert, während man als Schuldige die nordirischen Dickköpfe ausmachen würde.

Was steht ergo zu erwarten? Möglicherweise eine neue und breitere Legitimation der britischen Herrschaft, aber sicherlich nicht die Beseitigung all jener Probleme, die mit der britischen Souveränität über die Provinz und der irischen Teilung aufs engste verquickt sind: die überproportional hohe katholische Arbeitslosigkeit, die sektiererischen (protestantischen) "Sicherheitskräfte" etc. Die IRA und Sinn Fein könnten für einige Zeit in die Isolation geraten, die internationale Gemeinschaft vom britischen Reformwillen überzeugt werden. Da die "Brooke-Initiative" jedoch an den Ursachen für Gewalt und politische Instabilität vorbeiredet, dürfte ihr Resultat kaum in einem dauerhaften Frieden bestehen. Wahrscheinlicher ist da schon, daß ihre Akteure - vor allem die der SDLP - nach einer gewissen Schonfrist mit Verschleißerscheinungen zu kämpfen haben. Zumal dann, wenn sich im nordirischen Alltag kaum etwas ändert, die soziale Kluft bestehen bleibt, Katholiken weiterhin von den "Sicherheitskräften" belästigt werden etc...

Das Dilemma der Unionisten

Die nordirischen Parteien hatten Brooke gerade ihr Plazet zu seiner Initiative erteilt, da begannen die Unionisten, die schon in den 18 Monaten der "talks about talks" das Haupthindernis waren, erneut zu bocken. Anlaß war die Frage des Veranstaltungsortes für den inneririschen Dialog mit der südirischen Regierung. Die südirische Hauptstadt schied für die Unionisten aus, da ein Gang nach Dublin in ihren Augen einem Kanossagang - sprich: einer Anerkennung des südirischen Souveränitätsanspruchs auf den Norden - gleichgekommen wäre.

Aber auch die nordirische Metropole Belfast hatte ihre Tücken, da es alles zu vermeiden galt, was einen Sonderstatus Nordirlands im Vereinigten Königreich suggerieren konnte. Denn ein Sonderstatus wäre gleichbedeutend mit einer Lockerung der Verbindung zwischen dem britischen "mainland" und der Provinz. Aus dem gleichen Grund waren die Unionisten darauf bedacht, den Eindruck zu vermeiden, es gehe beim Nord-Süd-Dialog um die Herstellung irisch-irischer Sonderbeziehungen. Die Beziehungen zwischen Nordirland und der Republik Irland sind für die Unionisten britisch-irischen und nicht irisch-irischen Charakters, weshalb auch klar war, an welchem Ort darüber ihrer Auffassung nach zu verhandeln sei: in London, der britischen Kapitale, und sonst nirgendwo. Für Dublin und die SDLP war dies natürlich nicht akzeptabel. Nach einem mehrere Wochen dauernden Disput, der die Gespräche, noch bevor sie eigentlich begonnen hatten, bis an den Rand ihres Scheiterns führte, einigte man sich schließlich auf folgenden Kompromiß: Der Auftakt zur zweiten Gesprächsphase wird in London stattfinden, anschließend wird in Belfast getagt, Ausnahme ist eine Sitzung in Dublin.

Wer allerdings glaubte, damit sei nun auch das letzte Hindernis für eine Teilnahme der Unionisten und den Beginn der eigentlichen Gespräche aus dem Weg geräumt, sah sich schon bald eines Besseren belehrt. Der als Moderator für die zweite Phase von London vorgesehene ehemalige NATO-Generalsekretär Lord Carrington wurde von den unionistischen Parteiführern mit der hanebüchenen Behauptung abgelehnt, er sympathisiere mit dem Konzept eines vereinigten Irlands. Ergo sah sich London aufgefordert, einen neuen chairman aufzutreiben und wurde dabei in Australien fündig. Der Carrington-Ersatz ist ein gewisser Sir Ninian Stephen, seines Zeichens ehemaliger australischer Generalgouverneur. Nachdem sich die unionistischen Parteiführer davon überzeugt hatten, daß der neue Kandidat in seinem immerhin bereits 68 Jahre alten Leben noch niemals auch nur ein einziges Wort bezüglich Nordirland von sich gegeben hatte, konnte Sir Ninian endlich nominiert werden. Doch der Zirkus fand damit noch immer kein Ende.

Jetzt war es eines jener Treffen britischer und irischer Regierungsoffizieller, wie sie seit der Unterzeichnung des anglo-irischen Abkommens routinemäßig stattfinden, das einen neuerlichen Einspruch der Unionisten provozierte. Denn schließlich sollte es nach ihren Plänen bei der "Brooke Initiative" vorrangig um die endgültige Suspendierung des von ihnen geschmähten Abkommens gehen. Eine Absicht, die im übrigen den Absichten der SDLP diametral entgegensteht, die eher auf den Ausbau der seinerzeit erkämpften "Errungenschaften" - zu denen sie mit dem anglo-irischen Sekretariat bei Belfast auch ein besonderes Haßobjekt der Unionisten zählt - drängt.

Mittlerweile befindet sich der Gesprächsprozeß in einem Rückstand von sieben Wochen, und Brookes Zeitplan ist arg durcheinander geraten. Ursprünglich war es Brookes Absicht, alle drei Gesprächsphasen binnen von nur zehn Wochen durchzuziehen. Auf diese Weise gedachte er, auf die nordirischen Parteien Druck auszuüben und sie in einen Kompromiß zu zwingen. Sein Faustpfand, das er geschickt zu instrumentalisieren verstand, war die nordirische Öffentlichkeit und deren Enttäuschung über ihre "unfähigen Parteiführer". Selbst viele Protestanten und Teile der protestantischen/loyalistischen Paramilitärs mochten die Taktiererei ihrer Parteiführer nicht mehr nachvollziehen.

Dahinter verbirgt sich eine schwere Krise des Unionismus. Die Unionisten wissen selbst nicht, ob sie die Gespräche nun eigentlich wollen oder nicht. Sie haben das Gefühl, Boden unter ihren Füßen zu verlieren, ohne über ein adäquates Konzept zu verfügen, das diese Entwicklung - sollte sie denn wirklich keine bloße Einbildung sein - aufhalten könnte. Die vehementen unionistischen Proteste gegen das anglo-irische Abkommen, das Dublin ein gewisses Konsultations- und Mitspracherecht in Sachen Nordirland einräumt, was die Unionisten als erste Etappe in Richtung Wiedervereinigung interpretieren, haben einmal mehr gezeigt, das solche eher zu einer Lockerung denn zu einer Festigung der Verbindung zwischen Nordirland und dem "mainland" führen.

Für viele Engländer, und die Engländer sind nun einmal das mit Abstand größte Volk im Vereinigten Königreich, ist spätestens seit den Fernsehbildern von auf der Belfaster Shankill Road Autos anzündenden und Barrikaden errichtenden nordirischen Protestanten sonnenklar, daß diese eben auch nur - wie die katholischen/nationalistischen Randalierer von der Falls Road - irische "Paddies" sind. Und wenn sie gegen die Politik der britischen Regierung rebellieren, dann hat es mit ihrem penetrant zur Schau gestellten Loyalismus offensichtlich nicht viel auf sich. 300 Jahre nach der Schlacht am Boyne, als der protestantische Wilhelm von Oranien seinen katholischen Thronkonkurrenten James II vernichtend schlug und damit die Vorherrschaft der aus England und Schottland stammenden protestantischen Siedler militärisch zementierte, sind die nordirischen Protestanten der englischen Öffentlichkeit noch nie so fremd gewesen. Vor allem mag niemand mehr ihr ständiges "No" hören, mit dem sie in den vergangenen Jahren noch so ziemlich jeden Lösungsvorschlag bedachten, ohne selbst diskutable und zukunftsorientierte Vorstellungen zu unterbreiten.

Die nordirischen Protestanten sind Täter und Opfer zugleich. Täter in dem Sinne, daß sie sich seit ihrer Ankunft wie Kolonialisten verhielten und den einheimischen Katholiken die soziale und politische Gleichstellung verweigerten. Opfer in dem Sinne, das es das britische Establishment war, das sie - aufgrund seiner strategischen Erwägungen bezüglich der irischen Nachbarinsel - in eine ausweglose Situation und sektiererische Ecke manöverierte, aus der sie heute aus eigener Kraft nicht mehr herauskommen. Zu lange hat England den nordirischen Protestanten signalisiert, daß ein simples "No" ausreichen würde, um es bei dem Status Quo zu belassen. Wer niemals dazu angehalten wurde, flexibel und kompromißbereit zu denken und zu handeln, ist kaum dazu in der Lage, sich auf veränderte Rahmenbedingungen einzustellen.

Darüberhinaus sind sich die Unionisten völlig unklar darüber, welche Strategie ihren Interessen am ehesten gerecht wird. Die einen plädieren für eine stärkere Integration in das Vereinigte Königreich und stehen deshalb einer nordirischen Selbstverwaltung eher skeptisch gegenüber. Da das alte "Stormont System" nicht mehr zu haben ist, ziehen sie es lieber vor, ihre politische Bewegungsfreiheit ein für allemal an London abzutreten, als daheim mit den Katholiken "power sharing" (Teilung der Macht) zu praktizieren. Nordirland soll endlich so britisch werden wie Schottland und Wales.

Diesbezüglich sperrt sich die britische Regierung jedoch. Ein gewisses Maß an Entkoppelung - selbstverständlich innerhalb des Vereinigten Königreiches - darf und soll zwischen der Provinz und dem "mainland" durchaus existieren. Noch jede britische Administration war tunlichst darauf bedacht, ihr Schicksal nicht allzu eng an das Nordirlands zu binden. Letztendlich ist auch dem britischen Establishment bewußt, daß Nordirland mehr irisch als britisch ist. Und weil dem so ist, muß man Land und Leute beherrschen und zugleich auf Distanz halten. Andere Kräfte wollen die Rückkehr zur internen Autonomie, natürlich am liebsten in der Form des alten "Stormont Systems". Aber auch hier setzt die britische Regierung Grenzen. Beide Strömungen, die der "Integrationisten" wie der "Devolutionisten" (wobei ein Teil der "Devolutionisten" auch vor einer einseitigen Unabhängigkeitserklärung Nordirlands nach dem Vorbild Rhodesiens nicht zurückschrecken würde), sind Ausdruck eines abgrundtiefen Mißtrauens vieler Protestanten gegenüber der britischen "Schutzmacht". So wie das britische Establishment weiß, daß die nordirischen Protestanten eher Iren sind, so ist auch den Protestanten/Unionisten letztendlich bewußt, daß sie keine "richtigen Briten" sind.

Tatsächlich sind die protestantischen Befürchtungen bezüglich einer Veränderung des Status Quo so unbegründet nicht. Die britische Regierung kann noch tausendmal versichern, daß die Einbindung der nordirischen Katholiken und des südirischen Staates den pro-britischen Status Quo nur sicherer mache, weshalb entsprechende Politik voll und ganz im Interesse der Protestanten sei. Zwar ist ohne die Einbeziehung der Minderheit und Dublins an stabilitätspolitischen Gewinn überhaupt nicht zu denken, aber gleichzeitig wohnt jeder politischen Initiative, die dies zum Inhalt hat, unvermeidlich ein gesamtirisches Moment inne, dessen mittelfristige und langfristige Dynamik vermutlich schwer zu kontrollieren ist. Nehmen wir nur einmal das Beispiel des bereits wiederholt erwähnten anglo-irischen Abkommens: Die britische Regierung behauptete seinerzeit, mit der Unterzeichnung des Abkommens habe Dublin erstmals eingestanden, daß es eine irische Wiedervereinigung nicht geben würde und die britische Souveränität über den irischen Nordosten unantastbar sei. Dies stimmt insoweit, als daß im Abkommen das protestantische/unionistische Vetorecht bestätigt wird. Keine Änderung des Status Quo ohne die Zustimmung der Protestanten, was bedeutet, ihr "No" reicht aus, um die innerirische Teilung aufrecht zu erhalten.

Andererseits ergibt das Konsultations-und Mitspracherecht für die Republik nur einen Sinn, wenn man den Status und Charakter Nordirlands mit anderen Augen betrachtet als etwa den Schottlands. Gleiches gilt auch

für die Aussage im Abkommen, London würde sich einer Mehrheitsentscheidung der nordirischen Bevölkerung zugunsten eines irischen Einheitsstaates nicht in den Weg stellen. Den schottischen Nationalisten wird nämlich etwas völlig anderes mitgeteilt: keine Unabhängigkeit ohne die Zustimmung auch der englischen Bevölkerung. Ein schottisches Votum für Unabhängigkeit genügt also nicht, ein nordirisches aber sehr wohl, wobei sich die britische Regierung allerdings darauf verläßt, daß es ohnehin nie zustande kommt.

Was sich heute als gesamtirische Dimension zunächst nur auf die Herrschaftsebene reduziert und gegen die IRA und ihren republikanischen Separatismus konzentriert, kann mittel- bis langfristig möglicherweise eine Dynamik auslösen, die zumindest von den britischen Architekten des gegenwärtigen anglo-irischen Prozesses alles andere als beabsichtigt ist. Jemand wie der SDLP-Führer John Hume mag es hingegen sehr wohl im Kopf haben. Natürlich wird eine derartige Entwicklung stets nur einen Teil der Protestanten erfassen, während ein anderer auf die schleichende Auflösung des katholischen/nationalistischen Feindbildes via praktischer Kooperation folgerichtig mit dem Rühren der sektiererischen Trommel reagieren wird. Der nordirische Unionismus lebt von Feindbildern, die immer wieder aufs neue reproduziert werden müssen. Die benachbarte Republik darf kein "normaler Staat" sein, so wenig wie der nordirische Katholik ein "normaler Nachbar". Ansonsten bestünde die Gefahr, daß eines Tages die Vernunft siegt, und mensch aus ganz pragmatischen und unideologischen Gründen zu der Erkenntnis gelangen würde, daß es eigentlich ein furchtbarer Unsinn ist, sich auf einer Insel wie Irland, mit einer Bevölkerung von gerade mal 4,5 Millionen, zwei Staaten zu leisten, die sich spinnefeind sind und kaum miteinander kooperieren. Zumal die Probleme beider Staaten in vielerlei Hinsicht identisch, und deshalb nur gemeinsam zu lösen sind.

Die bereits zitierte MRBI-Umfrage gelangt zu dem Ergebnis, daß 82% der südirischen Wählerschaft eine irische Vereinigung für wünschenswert erachte. Dies ist ein deutlicher Anstieg gegenüber 1987, als sich nur 67% gleichlautend äußerten. Das MRBI-Ergebnis ist umso erstaunlicher, berücksichtigt mensch den penetranten Geschichtsrevisionismus, der sich in den letzten Jahren in den Kolumnen der südirischen Zeitungen breit gemacht hat.

Eine Erklärung hierfür liefert womöglich ein anderer Wert aus der MRBI-Umfrage, der zufolge ebenfalls 82% dazu bereit sind, das Projekt der Wiedervereinigung zugunsten einer internen Lösung in Nordirland zu verschieben. Die MRBI-Werte, ermittelt vor dem Hintergrund einer gewissen Euphorie in Sachen "Brooke Initiative", offenbaren noch einmal die Vielschichtigkeit und den ambivalenten Charakter des gegenwärtigen politischen Prozesses, denn offensichtlich interpretiert die Mehrheit der südirischen Bevölkerung die "Brooke Initiative" anders als die britische Regierung: nämlich als einen (notwendigen) Zwischenschritt zur Wiedervereinigung, zu deren Gunsten man von ultimativen Forderungen Abstand nimmt, ohne deshalb das Ziel aus den Augen zu verlieren.

Ausblick

Die Wahrscheinlichkeit, daß die "Brooke Initiative" scheitert, ist groß, wenngleich die hiermit verbundenen Risiken für die unionistischen Parteien deutlich größer sind als für die SDLP, Dublin und London. Die protestantische Bevölkerungsgruppe laboriert seit dem erfolglosen Massenwiderstand gegen das anglo-irische Abkommen ganz offensichtlich an einer gewissen Kriegsmüdigkeit. Diese bedeutet nicht unbedingt mehr Konzessionsbereitschaft, nur eine Minderheit der Protestanten dürfte in den letzten Jahren ihre politische Meinung tatsächlich verändert haben. Aber die protestantische Alarm- und Mobilisierungsbereitschaft hat sichtlich nachgelassen. Stattdessen machen sich Passivität und Lethargie breit. Man tut kund, daß man die allgemeine Entwicklung mit Skepsis betrachtet und der britischen Regierung nicht über den Weg traut, aber damit hat es sich - von den Paramilitärs abgesehen, die auf der protestantischen Seite allerdings nie die gleiche Prominenz erreichten wie die IRA auf der nationalistischen - auch. Das Gros der Protestanten läßt die politische Entwicklung mehr oder weniger über sich ergehen.

Trotzdem könnte das unionistische Lager im Falle eines von ihren eigenen Führern verschuldeten Scheiterns vor einer Zerreißprobe stehen. Eine jüngere Generation sieht durch das stereotype "No" der alten Herren ihre politischen Karrieremöglichkeiten verbaut, die mit der Einrichtung von Institutionen der Selbstverwaltung erheblich zunehmen würden. Seit der Einführung von "direct rule", müssen sich einige hundert ambitiöse protestantische und katholische Jungpolitiker um ganze 17 Unterhaus- und drei Europaparlamentssitze käbbeln. Dazu kommt, daß die jüngeren unionistischen Politiker begreifen, daß das simple "No" perspektivisch nicht mehr ausreichen wird, um unliebsame Entwicklungen zu verhindern. Die britische Regierung wird einfach

nicht mehr hinhören, sondern unternehmen, was ihrer Auffassung nach ihren strategischen Absichten, die mit denen der Protestanten nicht völlig deckungsgleich sind, am besten dient. Deshalb wird in diesen Kreisen auch am ernsthaftesten über "power sharing"-Modelle und die Option nordirischer Unabhängigkeit diskutiert.

Die jungen Karrieristen sind deshalb nicht liberaler und moderater, nur technokratischer und mehr auf der Höhe der Zeit. Einer ihrer Sprecher, der DUP-Politiker Peter Robinson, verfügt z.B. über ausgezeichnete Kontakte zu den loyalistischen Paramilitärs und ihren Todesschwadronen. Robinson scheint sowohl nordirische Selbstverwaltung innerhalb des Vereinigten Königreiches und mit einer gewissen Beteiligung der Katholiken nicht ausschließen zu wollen, jedenfalls sofern die beteiligten Katholiken dazu bereit sind, sich seiner sicherheitspolitischen Philosophie zu unterwerfen, wie einen von London wie von Dublin unabhängigen "Protestant State", inklusive eines blutigen Bürgerkriegs gegen die katholische Minderheit. Im Gegensatz zur alten Unionistengarde sieht Robinson die Notwendigkeit, neue Wege zu beschreiten, da pures Abwarten und passiver Widerstand nicht mehr länger ausreichen, um die "Hölle auf Erden" - sprich: eine irische Wiedervereinigung - zu verhindern. Die Unionisten müssen nach Robinson selbst initiativ werden, da der Status Quo einer schleichenden Transformation ausgesetzt ist.

Ob die Gespräche ein Resultat zeitigen, oder aber wie das berühmte Hornberger Schießen enden, ist vermutlich von geringerem Interesse als die Tatsache, daß die britische Regierung einmal mehr - selbstverständlich ungewollt - das Geschäft der Nationalisten und Republikaner betreibt, indem sie die protestantische Mehrheit dazu anhält, ihr Verhältnis zur katholischen Minderheit und zum südirischen Staat zu normalisieren. Ähnlich erzieherisch verstehen auch die IRA und die SDLP ihre Strategie gegenüber den Protestanten, wenn auch - jedenfalls was die IRA anbelangt - natürlich nicht zum Zwecke der Stabilisierung der britischen Herrschaft, sondern deren Zerstörung.

15. Nachbarschaft zu Polen und Freundschaft mit der Deutschen Minderheit

Rubrik: Außenpolitik der BRD; Rechtsradikale, Altnazis; Nationalismus; Polen · CD-Datei: daten/aksuche/ak332/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:332:27

Polen und die BRD schließen derzeit ein ganzes Bündel von Verträgen und Abmachungen. Darin sind der Grenzvertrag und der Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit die wichtigsten.

Das deutsch-polnische Verhältnis hat eine Dynamik durch die Übernahme der DDR durch die BRD und die nachfolgenden internationalen Entwicklungen bekommen, doch wurden die Weichen bereits vorher gestellt. Die Überlegungen von westlicher Seite gingen dabei grundsätzlich davon aus, daß Systemwechsel im Osten mit der "Normalisierung" in den Beziehungen honoriert wird.

Kohl weilte gerade in Warschau, als die Grenze zwischen der DDR und der BRD mit dem Personalausweis passierbar wurde. Vorher bereits, im Januar 1989, hatte der polnische Ministerpräsident Rakowski einen Vorstoß unternommen, die Beziehungen zur BRD zu verändern. Für wohlwollende Gesten bei Schuldenverhandlungen wollte er als Gegenleistung die Rechte der sog. deutschen Minderheit in Polen deutlich verbessern. Unter deutsche Minderheit werden polnische Staatsbürger subsumiert, die sich als Abkömmlinge von Deutschen erklären.

Die deutsch-polnischen Verträge wurden in der Presse teils emphatisch als Ende einer Feindschaft und Neubeginn der beiderseitigen Beziehungen beklatscht. Die "Trybuna" äußerte nach der Unterzeichnung des Nachbarschaftsvertrages aber auch "die Hoffnung, daß dieser Vertrag Deutsche und Polen näher zueinanderbringt als jene, die im zurückliegenden Jahrtausend der polnisch-deutschen Beziehungen entstanden." (Berliner Zeitung, 19.6.) Die Verträge sind Ausdruck einer neuen politischen Konstellation. Polen ist nicht nur wirtschaftlich vom Westen abhängig, sondern hat sich auch bei der politischen Orientierung, weg von der SU, dem Westen verschrieben. Ein wirtschaftlicher und politischer Koloß und ein abhängiger, die Marktwirtschaft erprobender Staat schließen "Freundschaft". Polen muß beim ehemaligen Okkupator Passage für Chancen auf dem Weg nach Westen zahlen.

In den deutsch-polnischen Beziehungen ist ein erhebliches Maß an Ressentiments mobilisierbar. Von der Bevölkerung der DDR und der BRD wurde die geplante Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze im allgemeinen begrüßt, solange sie der Wiedervereinigung im Wege zu stehen schien, während sie für Kohl ein "bitterer" Schritt war. Schon ein halbes Jahr später entsprach die Stimmung eher einem bedauernden Sich-fügen in die unvermeidliche "Einsicht, daß die Gebiete jenseits von Oder und Neiße realistischerweise, das heißt auf friedlichem Wege, nicht wiederzuhaben seien." (Tagesspiegel, 16.6.). Die Nachbarschaft zu Polen ist durch die virulente Polenfeindlichkeit und den Revanchismus in der BRD geprägt. Neonazistische Hochburgen der Ex-DDR finden sich gehäuft entlang der deutsch-polnischen Grenze (Cottbus, Guben, Frankfurt/Oder, Eisenhüttenstadt, Schwedt). Die "Landsmannschaft der Oberschlesier" verkündete am Tag der ersten Bundestagsentschließung zur Oder-Neiße-Grenze (8.3.90) ihr Credo: Ein "Beitritt unseres Heimatlandes zum Grundgesetz" gemäß Art. 23 sei durch einen "Diktatfrieden" nicht zu verhindern.

Kein Friedensvertrag

Die Forderung nach Entschädigung für den deutschen Überfall, die Opfer der deutschen "Volkstumspolitik" und den Krieg in Polen wird von polnischer Seite schon lange erhoben. Ansprüche auf Entschädigung, Unterhalts- und Behandlungshilfe für Opfer verbrecherischer medizinischer Versuche, für verschleppte Zwangsarbeiter, Kriegsgefangene, KZ- Häftlinge, Invaliden, Waisen und durch Plünderung und Terror Geschädigte. Allein die heute noch in Polen lebenden Opfer des Terrors werden auf über 2,3 Mio. Menschen geschätzt. Der polnische "Verband der Geschädigten des Dritten Reiches" gibt die Opfer des Nationalsozialismus, die Anspruch auf individuelle Entschädigungen haben, mit 13,3 Mio an. Die Ansprüche gegen die BRD beziffert er auf eine Höhe von 537 Mrd. DM (s. AK 321).

Auch im Zusammenhang mit den Verhandlungen um die überfällige Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze wurde die Forderung nach Entschädigung erneuert. Der Bundestag konterte in der ersten Resolution zur polnischen Westgrenze (8.3.90): Der Verzicht Polens auf Reparationen bleibe "auch für das vereinte

Deutschland gültig". Polen hat 1953 gegenüber der DDR in einem Schuldenabkommen ab 1954 auf Reparationen vertraglich verzichtet. Es gibt keine Gesamtregelung, auch nicht mit der alten BRD.

Jetzt will die Bundesregierung vor der Sommerpause einen Bericht vorlegen, der nur die Frage von Entschädigungszahlungen an polnische Zwangsarbeiter in der NS-Zeit zum Thema hat. Kohl hatte letztes Jahr, sechs Tage vor der Unterzeichnung des Grenzvertrages, in dem erstmalig die Vertreibung und Aussiedlung "von zahlreichen Deutschen und Polen" unterschrieben wird, für Härtefälle eine Regelung in Aussicht gestellt. Eine deutsch-polnische Stiftung soll ins Leben gerufen werden, an der sich auch Firmen beteiligen sollen, die Zwangsarbeiter ausgebeutet haben.

Die deutsch-polnischen Verträge werden ohne einen Friedensvertrag geschlossen. In einem Friedensvertrag wären nicht nur die Grenzziehung zu regeln, sondern auch Reparationen und Entschädigungen. Für die BRD Grund genug, einer friedensvertraglichen Regelung weit aus dem Weg zu gehen.

Statt daß, wie von polnischer Seite in den über einjährigen Verhandlungen gefordert, die Ansprüche auf Entschädigung gegenüber der BRD durchgesetzt werden konnten, wurden in den öffentlichen Darstellungen in der BRD die polnischen Opfer verdrängt und die Leiden von Deutschen in Polen nach dem Krieg betont. Kohl (am 11.7.89): "Welchen Sinn soll es haben, wenn wir gegeneinander aufrechnen, wie dies einige hüben und drüben immer noch tun?" Aufrechnen will er nicht, weil er rechnen kann.

In Polen wurde seit 1989 eine öffentliche Diskussion über die Behandlung von Deutschen nach dem Krieg geführt (Osteuropa 3/91). Und man fand eine ganz besonders verbindende Gemeinsamkeit mit den Deutschen in der Ansicht, daß die Kommunisten für die damaligen "dunklen Kapitel" der Vertreibung und Flucht der Deutschen verantwortlich zu machen sind. Eine Äußerung von Kohl in der "Welt" vom 30.3.90 - "Ein Wort der Erinnerung, des Verständnisses und der Aussöhnung auch an die Adresse der betroffenen Deutschen wäre eine gute Tat" - wurde wohl nicht zu Unrecht in Polen als eine Forderung interpretiert. Von Reparationen war jedenfalls bald nicht mehr die Rede.

Die Oder-Neiße-Grenze

Die revanchistische Politik der BRD gegenüber der VR Polen, Anmaßungen von deutscher Seite in Bezug auf die deutsch-polnische Grenze und die deutsche Minderheit, führten in der Vergangenheit in Polen zu klaren Zurückweisungen. In den letzten zehn Jahren wurden infolge von Solidarnosc, dem Zerfall des Realsozialismus und angesichts der Übernahme der DDR die Grundlagen der deutsch-polnischen Politik verändert.

Die Oder-Neiße-Grenze ist von der ehemaligen Scheidelinie zwischen zwei im Warschauer Vertrag zusammengeschlossenen "Bruderstaaten" unter der Protektion der SU, zu einer Grenze zwischen der NATO und dem Rest der Welt, zwischen der EG und Nicht-EG geworden. Eine Grenzstreitigkeit an dieser Grenze ist dadurch ein internationales Politikum.

Die alte BRD hat der Oder-Neiße-Grenze die völkerrechtsverbindliche Anerkennung immer versagt. Die Brandt-Regierung fixierte im Warschauer Vertrag von 1970 die Grenze zwar an der heutigen Stelle, allerdings wurde nach der Unterzeichnung die Unverbindlichkeit des Vertrages für ein vereintes Deutschland herausgestellt. Das Bundesverfassungsgericht be- stritt 1975, daß mit dem Vertrag von 1970 die Aufgabe der Souveränität über die Gebiete, die 1937 zu Deutschland gehört hatten, stattgefunden hätte. Das westliche Polen ist seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges gemäß offiziöser westdeutscher Lesart Gebiet des Deutschen Reiches unter polnischer Verwaltung. Die dort lebenden Einwohner mit deutscher Abstammung und Vergangenheit (also vor dem 31.12.1937 Geborene und deren Nachkommen) fallen nach Anspruch des Grundgesetzes § 116 unter die Deutschen. Noch am 1. Juli 89 erklärte Theo Waigel auf dem Schlesiertreffen in Hannover: "Mit der Kapitulation der Wehrmacht am 8.5.1945 ging das Deutsche Reich nicht unter. Es gibt keinen Völkerrechtsakt, demzufolge seine Ostgebiete separiert werden müssen."

Die längst überfällige Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze konnte durch die alte BRD schon deshalb nicht mehr umgangen werden, weil die vier Alliierten der uneingeschränkten Souveränität Deutschlands sonst nicht zugestimmt hätten. Der am 12.9.90 in Moskau geschlossene Vertrag über die "abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland" legte die Grenze bereits verbindlich fest. Der deutsch-polnische Grenzvertrag ist die nachträgliche bilaterale Bestätigung.

Zwischen der DDR und der VR Polen war die Grenze an sich unumstritten, al- lerdings gab es auch dort Streitigkeiten, die den Detailverlauf betrafen. Am 6.7.1950 wurde zwischen der VR Polen und der DDR im Görlitzer Vertrag die Oder-Neiße-Linie als "die Staatsgrenze zwischen Deutschland und Polen" bestätigt. Die Konflikte um diese Grenze reichen aber doch bis in die neueste Zeit. Im Zuge der Erweiterung der Territorialgewässer von drei auf zwölf Meilen ließ die polnische Seite (1977) den genauen Verlauf der Grenze zur DDR offen, während die DDR in einer Grenzverordnung (1984) einen großen Teil der bis dahin zu Polen zählenden oder im offenen Meer gelegenen Hauptschiffahrtsrinne zu den polnischen Häfen Szczecin und Swinoujscie für sich beanspruchte. Die DDR versuchte, sich mit Hilfe von Patrouillenbooten und Hubschraubern durchzusetzen. In mindestens einem Fall wurde ein polnischer Kutter gerammt. Der Streit konnte erst fünf Jahre später beigelegt werden, als am 22.5.89 Jaruzelski und Honecker einen Vertrag unterschrieben, in dem die Zufahrt zu den Häfen als polnisches Gebiet festgelegt wurde.

Die Inkraftsetzung des bereits am 14.11.90 unterschriebenen Grenzvertrages durch das Parlament soll zusammen mit dem am 17.6.91 unterschriebenen Vertrag über "gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit" stattfinden, in dem die Besserstellung der deutschen Minderheit fixiert wird. Damit wird dem Vorhaben von deutscher Seite, die Grenzregelung mit der Minderheitenfrage in einem Vertrag zu verknüpfen, noch ein Rest von Wirkung verliehen. Die parlamentarische Absegnung der Grenze wurde bis jetzt immer wieder verschoben und diente für die Verhandlung um die deutschen Minderheiten als Druckmittel (s. AK 329). Ein Termin steht immer noch nicht fest, die FAZ spekuliert, daß die Verabschiedung im Herbst stattfinden soll.

Eine deutsche Minderheit in Polen

Noch 1987 war eine deutsche Minderheit in Polen gemäß offizieller polnischer Darstellungen eine Fiktion. Unter dem Eindruck von Glasnost und Verhandlungen mit der BRD über wirtschaftliche Hilfen vollzog sich in dieser Frage bis 1989 aber eine gravierende Veränderung. Im jetzigen Nachbarschaftsvertrag bildet sie das Hauptthema. Nachdem man in Polen geglaubt hatte, die Frage der deutschen Minderheit durch Aussiedlung gelöst zu haben (1950 wurden offiziell 250.000 als zur deutschen Volksgruppe gehörend angegeben), ist die deutsche Minderheit mit Rückenwind aus Bonn in die offizielle Politik zurückgekehrt (s. AK 321+325).

1989 begannen sich die als deutsche Minderheit bezeichnenden Einwohner der Wojewodschaften (Bezirke) Katowice und Opole (ehem. Oberschlesien) zu organisieren. Der Antrag auf Gründung einer "Sozialkulturellen Vereinigung der Deutschen Minderheit" im Opolener Land, wurde von 200.000 Unterschriften geziert. Die Vereinigung sammelt Angaben von sich als deutsch verstehenden Oberschlesiern und schickt diese an die deutsche Botschaft in Warschau.

Die Organisierung als deutsche Minderheit wird den bereits vorhandenen politischen Einfluß der Deutschtümelnden vergrößern. In der Wojewodschaft Opole haben Sich-als-deutsch-Definierende in 18 von 63 Gemeinden die Mehrheit im Gemeinderat. Die "Deutschen Freundschaftskreise" in den Wojewodschaften Katowice und Opole stellen derzeit 30 Bürgermeister. Für die Ermittlung einer Gesamtzahl der möglichen Angehörigen einer "deutschen Minderheit" in Polen gibt es keine Kriterien; entsprechend schwanken die Schätzungen zwischen weniger als 500.000 und mehr als 1,1 Mio. Personen (s. AK 325).

Im September 1990 hat sich der "Zen- tralrat der deutschen Organisationen in der Republik Polen" gegründet, der ein "Recht auf Heimat" auch für Vertriebene und deren Angehörige in Polen fordert. Er setzt sich für die Anerkennung des Gruppenstatus für die deutschen Minderheiten, für Selbstverwaltung und für die Anerkennung der doppelten Staatsbürgerschaft ein.

Der Volkstumskampf

In Polen hat man bereits schlechte Erfahrungen mit der Gewährung von Minderheitsrechten für Deutschfühlende. Die Volkstumspolitik als Mittel zur Ausdehnung des Einflusses nach Osten ist weit über 100 Jahre alt.

In der Weimarer Republik war die Politik gegenüber Polen auf die Mobilisierung des "deutschen Elements" in Polen gerichtet. Die deutsche Minderheit hatte damals eine Brückenkopffunktion für die deutsche Außenpolitik. Damals verpflichtete sich Polen zur Gewährung von Minderheitsrechten gemäß der Völkerbundsatzung. Nachdem die 1931 gegründete Jungdeutsche Partei in Polen eine aggressive prodeutsche und antipolnische Propagandatätigkeit entfachte, sah sich die polnische Regierung 1934 veranlaßt, den Minderheitsvertrag

aufzukündigen. Zum "Schutz des Deutschtums in Oberschlesien" hatte ein bereits 1922 in Genf geschlossenes Abkommen bestanden, das 1937 gekündigt wurde.

Vom Reich aus wurde eine straff organisierte "Fünfte Kolonne" gesteuert, in der Personen organisiert waren, die sich auf den Minderheitsschutz beriefen und dabei zu Partisanen ausgebildet und als Spione des militärischen Nachrichtendienstes eingesetzt wurden. Die Minderheit wurde damals zum Vollzugsorgan einer geheimen Antipolenpolitik. Bereits vor dem deutschen Überfall verfügte die NSDAP im ganzen polnischen Staatsgebiet über Stützpunkte. Das hinderte Hitler nicht, noch 1934 eine Vereinbarung mit Polen zu treffen, in der Gewaltverzicht, Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten und die Herstellung gutnachbarschaftlicher Verhältnisse mit einer Laufzeit von zehn Jahren vereinbart wurden (Erich Kuby: Als Polen deutsch war, 1986).

Der Vertrag von 1934 war Bestandteil einer scheinbaren Beruhigung der Beziehungen beider Länder. Er ging auch mit der Aussetzung eines Wirtschaftskrieges einher, der seit 1925 zwischen Polen und Deutschland um die Abnahme von Kohle durch das Reich entstand. Die Verträge waren bei dem Überfall auf Polen noch in Kraft.

Unter anderen dürfte die "Trybuna" die in diesem Abschnitt erwähnten Verträge im Auge gehabt haben, als sie dem aktuellen Nachbarschaftsvertrag mehr Erfolg wünschte, als denen im zurückliegenden Jahrtausend.

Der Vertrag über "gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit"

Mit dem aktuellen Vertrag über "gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit", an dessen heutiger Fassung ein Jahr lang verhandelt wurde, erkennt Polen erstmalig nach dem 2. Weltkrieg ausdrücklich eine "deutsche Minderheit" an. "Das heißt Personen polnischer Staatsangehörigkeit, die deutscher Abstammung sind oder sich zur deutschen Sprache, Kultur oder Tradition bekennen." Während in Polen früher geglaubt wurde, die Frage der Minderheit gelöst zu haben, hat die Bundesrepublik sich mit dem dauernden Postulieren der ethnischen und nationalen Besonderheit und daraus abgeleiteten Sonderrechten für eine polnische deutsche Minderheit durchgesetzt. Formal ist im Vertrag Gleichheit hergestellt, indem einer fiktiven polnischen Minderheit in der BRD die gleichen Rechte zugesprochen werden.

Im Folgenden werden die in diesem Zusammenhang wichtigen Artikel des Vertrages vorgestellt:

- Gleich in Artikel 2 des Vertrages wird neben dem Gewaltverzicht der für die BRD wichtigste Aspekt des Vertrages angesprochen: Eine "deutsche Minderheit" in Polen, die in dem Vertrag erstmalig von polnischer Seite förmlich anerkannt wird. Der Vertrag definiert die "Minderheit und gleichgestellte Gruppen als natürliche Brücken zwischen dem deutschen und dem polnischen Volk". Die Verbände der gesinnungsmäßig Vertriebenen in der BRD wollen diese "Brücke" gemäß ihrer reichlichen Kommentare zum Vertrag als Speerspitze der Veränderung des Status Quo und zur Durchsetzung ihrer revanchistischen Interessen nutzen. Sie werden damit unter einer Sprache subsummiert, die den Gedanken der verständnisvollen Annäherung transportiert.

- In Artikel 8 wird vereinbart, daß die Bundesrepublik die "Heranführung" Polens an die "Europäischen Gemeinschaften" (plural im Original) "im Rahmen ihrer Möglichkeiten nach Kräften" fördert. Diese nicht bindende und sich auch nicht klar auf etwas Bestehendes beziehende Formulierung, wird in den Pressekommentaren als die Hauptleistung der BRD gegenüber Polen dargestellt. An den Wunsch Polens, in die EG aufgenommen zu werden, wird in der Bundesrepublik häufig erinnert, wenn man von Polen verlangt, sich dafür durch Vorleistungen zu qualifizieren. Die Ausarbeitung eines Assoziierungsabkommens mit der EG ist noch nicht abgeschlossen. Sollte Polen tatsächlich der EG beitreten können, würde dadurch das Niederlassungsrecht für die Bürger aller anderen EG-Staaten gültig werden. Darauf wollen sich die Vertriebenenverbände aber nicht verlassen, daher fordern sie weiter das sofortige Niederlassungsrecht in Polen. In einem begleitenden Brief zu diesem Vertrag, der bereits im April auf Drängen der Deutschen nach weiteren Zugeständnissen zustandegekommen ist, erklärt Polen, daß die "Perspektive" eines EG-Beitrittes "zunehmend Möglichkeiten schaffen wird, auch deutschen Bürgern eine Niederlassung in der Republik Polen zu erleichtern."

- In Artikel 9 wird die "Unterstützung der wirtschaftlichen Entwicklung Polens im Rahmen einer voll entwickelten sozialen Marktwirtschaft" benannt. Also ist in diesem Passus die Einhaltung von Verabredungen durch die

BRD an das Diktat des Ausbaus des kapitalistischen Wirtschaftssystems geknüpft. Dabei ist Polen bereits in eine Krise und destabile soziale Lage gekommen. Es fehlt an Kapital im polnischen Kapitalismus, die Rentabilität der Staatsbetriebe ist innerhalb des letzten Jahres um zwei Drittel gesunken und die Arbeitslosigkeit steigt beständig, ohne daß Gelder für Sozialpläne vorhanden wären.

- Artikel 10 spricht die weitere Zusammenarbeit bei der "Lösung des polnischen Problems der Verschuldung" an. Die Nettoverschuldung Polens lag 1990 bei 42 Mrd. Dollar, knapp unterhalb der der UdSSR (43,5 Mrd.). Die internationale Finanzwelt ist sich längst einig, daß Polen nicht aus eigener Kraft von diesem Schuldenberg herunterkommt. In der Folge mußte sich die polnische Regierung die Schuldnerverhandlungen mit politischen Zugeständnissen erleichtern. Bereits im Januar 1989 bot Ministerpräsident Rakowski der BRD als Gegenleistung für die Umwandlung eines Kredites von 1 Mrd. DM aus dem Jahr 1975 in Zloty an, die Stellung der deutschen Minderheit deutlich zu verbessern. Bonn billigte inzwischen die Umschuldung polnischer Zahlungsverpflichtungen aus den Jahren 86-88 in Höhe von 2,5 Mrd. DM. Jetzt wurde ein Teil des Kredites von 1975 erlassen, der Rest wird in Zloty zurückgezahlt, die in einen Fond zur Finanzierung gemeinsamer Interessen eingezahlt werden. Die westlichen öffentlichen Gläubiger (33 Mrd. Dollar, davon Bonn mit 6,2 Mrd.) haben die Hälfte ihrer Kredite erlassen. Die privaten Gläubiger (11 Mrd. DM) traten am 17.6., dem Tag der Unterzeichnung des Nachbarschaftsvertrages, bei der Dresdner Bank in Frankfurt/M. zu Gläubigerverhandlungen zusammen. Die deutschen Banken haben ihre Forderungen bereits zu mehr als der Hälfte wertberichtigt oder abgeschrieben.

- Artikel 19 verspricht "geeignete Maßnahmen" zur Förderung des Reise- und Fremdenverkehrs. Die visafreie Einreise von polnischen Staatsangehörigen in die BRD wurde vereinbart, nachdem Polen sich gegenüber den Staaten des Schengener Abkommens (BRD, Frankreich, Benelux, inzwischen sind Spanien und Portugal beigetreten), verpflichten mußte, sich der Schengener Art von Freizügigkeit (innen Computerfandung, außen harte Kontrollen) anzupassen. Die "Schengener Staaten" drangen u.a. auf eine Rücknahmeverpflichtung, so daß polnische Staatsbürger, die sich länger als die zugestandenen drei Monate im "Schengener Ausland" aufhalten, nach einer Abschiebung zurückzuhalten sind. Da sich die Verhandlungen hinzogen, wurde der visafreie Verkehr für Polen anstatt zum 1.1.91 erst zum 8.4. eingeführt, während er in umgekehrter Richtung bereits bestand. Eine Möglichkeit für deutsche Behörden den Verkehr über die polnische Grenze einzuschränken, kündigte sich schon am Tag der Unterzeichnung des Nachbarschaftsabkommens in der Berliner Zeitung an. Dort wurde die polnische Grenze als "Drogenschleuse" in die BRD entdeckt. In Polen fehle es an polizeilichen Mitteln und Gesetzen, hieß es da.

In einem Extra-Abkommen wurden die Arbeitsaufenthalte, die polnischen Arbeitern in der BRD gestattet werden, kontingentiert. Von 1991 an dürfen pro Jahr nur noch 35.000 Polen lediglich im Rahmen von Werkverträgen in der BRD arbeiten. Nur als Tagespendler und billige Saisonarbeiter, die in der DDR eine Rolle als Erntehelfer gespielt haben, haben sie keine zahlenmäßige Begrenzung. In der DDR arbeiteten Mitte 1990 ca. 32.000 Polen legal. Mindestens noch einmal so viele wurden dort illegal, ohne Sozialabgaben und weitere Verpflichtungen, beschäftigt.

Mitte 1990 wohnten in West-Berlin ca. 21.000 Polen, von denen nur 64 eine Daueraufenthaltsgenehmigung hatten, 1224 eine Aufenthaltsgenehmigung mit zeitlicher Beschränkung und 2384 eine Arbeitserlaubnis. Den "polnischen Nachbarn" wurde in Berlin im Vergleich zu den polnischen Aussiedlern übel mitgespielt. Die Zahl der in der BRD lebenden Polen wird auf insgesamt ca. 200.000 geschätzt. Mit den Beschränkungen im Aufenthalts- und Arbeitsrecht wurde denn auch vorgesorgt, daß sich in der BRD keinesfalls so etwas wie eine polnische Minderheit bilden kann.

- Mit Artikel 20 beginnt das ausdrückliche Eingehen auf die "deutsche Minderheit" in Polen, also nach Regierungslesart das Kernstück des Vertrages. Die Zugehörigkeit zu einer Minderheit ist jetzt ausschließlich an die persönliche Einschätzung geknüpft, damit sind die definitorischen Meinungsverschiedenheiten, wer denn nun dazugehört, umgangen. Die deutsche Minderheit in Polen darf sich in Gruppen organisieren; es geht nicht nur um individuelle Rechte. Die Rechte der Minderheit sollen internationalen Standards entsprechen, worüber allerdings die vereinbarte Möglichkeit, den Namen "in der Form der Muttersprache zu führen" hinausgeht. Es werden als Rechte benannt, die deutsche Sprache öffentlich zu gebrauchen, eigene Bildungs-, Kultur und Religionseinrichtungen, -organisationen oder -vereinigungen zu bilden, eigene Organisationen und Vereinigungen einzurichten und Kontakte über Grenzen hinweg mit Bürgern anderer Staaten herzustellen, "mit

denen sie eine gemeinsame ethnische oder nationale Herkunft" haben. "Jede Form von Rassendiskriminierung" soll laut Vertrag "beseitigt" werden.

- Artikel 21 benennt die Bedeutung der Zusammenarbeit bei der Minderheitenfrage für die Verständigung und Versöhnung. Die ethnische, kulturelle, sprachliche und religiöse Identität der deutschen Minderheit soll von Polen gefördert werden, bis hin zum Gebrauch der deutschen Sprache bei Behörden, "wo immer dies möglich und notwendig ist". Dies schließt ausdrücklich offizielle Kontakte mit den deutschtümelnden Vereinigungen ein. Ein erstmaliger offizieller Kontakt fand inzwischen zwischen Premierminister Bielecki und dem "Zentralrat der Deutschen Minderheit" in Opole statt. Kurz vor einem Pfingsttreffen des "Deutschen Freundschaftskreises" und der "Oberschlesischen Landsmannschaft" aus der BRD in der Wojewodschaft Opole auf dem Gora Swietej Anny (ehem. Annaberg) kündigte Bielecki an, daß etwaige revanchistische Zwischenfälle auf dem Treffen den Abschluß dieses Vertrages behindern könnten.

- Artikel 22 bekräftigt, daß sich jeder Angehörige der Minderheit "wie jeder Staatsbürger loyal gegenüber dem jeweiligen Staat zu verhalten" hat. Der Anspruch auf die deutsche Staatsangehörigkeit bei Zuerkennung der Deutschstämmigkeit, wird mit dem Vertrag nicht berührt. Also gilt in der BRD weiterhin die alte Rechtsauffassung, daß Deutscher ist, wer in den Grenzen von 1937 geboren ist.

- Artikel 23-29 behandeln die Einsetzung einer Kommission für den Kulturaustausch, Zugang zu Sprache und Kultur des anderen Landes, Erweiterung der wissenschaftlichen und schulischen Zusammenarbeit, Pflege des kulturellen Erbes auf dem Gebiet des anderen Staates, Entwicklung der zwischenmenschlichen Kontakte.

- Artikel 30 sieht die Errichtung eines deutsch-polnischen Jugendwerkes vor. Dazu wurde ebenfalls am 17.6. ein Ausführungsabkommen unterzeichnet. Das Deutsch-Polnische Jugendwerk wurde mit dem französischen Pendant verglichen, ist aber mit einer Ausstattung von 5,2 Mio. DM um fast das neunfache kleiner ausgefallen.

- Artikel 31 fordert die Vertragsparteien zur Zusammenarbeit der Medien auf und konstatiert die ungehinderte Einfuhr und Herstellung von Publikationen und Zeitungen. Bereits im Juni begann der staatliche polnische Rundfunk in Katowice mit der Ausstrahlung eines Programms für die deutsche Minderheit in den Wojewodschaften Katowice und Opole.

"Bund der Vertriebenen" und CSU

Der Unterzeichnung des Vertrages am 17.6. ging ein Medienrummel des "Bundes der Vertriebenen" und der CSU voraus. Mit der Einforderung von Nachbesserungen wurde der Vertrag abgelehnt. Durchgesetzt hat die CSU, die sich alle Forderungen des BdV zueigen machte, lediglich die Forderung nach einer Entschließung der Koalition im Bundestag am Tage der Verabschiedung im Parlament, die zusammen mit dem Vertrag überreicht werden soll. Darin sollen weitere "Erwartungen" zur Umsetzung der Vereinbarungen enthalten sein. Die CSU will darin verankern, daß noch vor einem eventuellen EG-Beitritt Polens auch Niederlassungsmöglichkeiten für Ausgesiedelte oder deren Nachkommen gewährt werden; daß es ermöglicht wird, daß in der Vertretung der BRD in Warschau ein deutscher Paß ausgestellt werden kann und daß Ortsnamen in zwei Sprachen bezeichnet werden. Die Forderung nach Anerkennung der doppelten Staatsangehörigkeit soll die CSU im Hinblick auf die in der BRD lebenden Türken wieder fallengelassen haben. Die Forderung der Zweisprachigkeit von Ortsbezeichnungen hat die polnische Regierung abgelehnt. Sie hat aber "unter Berücksichtigung des Interesses der Regierung der Bundesrepublik" eine Prüfung dieser Frage "zu gegebener Zeit" in dem dem Vertrag beigefügten Brief schriftlich fixiert.

Obwohl die Vertriebenenverbände kurz vor der Unterzeichnung lautstark ge- gen den Vertrag opponiert und gleichzeitig eine revanchistische Kampagne losgetreten haben, wollten sie die Unterzeichnung nicht gefährden. Wenn ihre Forderungen und Aktionen den Vertrag gefährdeten, wurde eine weitere Konfrontation vermieden. Am Ende der Kampagne stellt selbst der Generalsekretär des BdV, Koschyk, fest, daß der Vertrag die Stellung der Deutschen entscheidend verbessere und die Schwachstellen später noch behoben werden könnten, während der BdV-Präsident Czaja von einer "vorerst totalen Preisgabe der ostdeutschen Heimat" sprach. Bei der Unterzeichnung in Bonn kreisten Flugzeuge der "Jungen Landsmannschaft Ostpreußen" und des Mainzer "Arbeitskreises Völker und Menschrechte" über dem Regierungsviertel in Bonn. "Verzicht ist Verrat" und "Schlesien bleibt unser" prangte auf den geschleppten Transparenten.

Eine neue Vertriebenen- und Minderheitenpolitik

Der Vertrag bietet für die BRD die Möglichkeiten zu einer neuen Phase in der Vertriebenen- und Minderheitenpolitik. Zum einen werden die Minderheiten in die Lage versetzt, den wirtschaftlichen Einfluß unter deutscher Regie zu stärken und zu beleben, zum anderen sollen die Aussiedlerzahlen in die BRD verringert werden, indem das Wohlstandsgefälle vermindert und die Einreise effektiven Restriktionen unterworfen wird.

Bei einem Bevölkerungsanteil der deutschen Minderheit von, je nachdem wer gerade schätzt, 1-3%, erhofft sich ihre Lobby durch gute Kontakte zum reichen Nachbarn, bessere Startbedingungen für den "Wiederaufbau", als für die übrige polnische Bevölkerung. Daraus werden sich in der Zukunft Konflikte mit polnischen Nationalisten ergeben, wovon die "Partei X" und deren Parteivorsitzender Stanislaw Tyminski, mit nationalistischen anti-Minderheiten und antisemitischen Positionen oder die rassistische und anti-semitische polnische Skinhead-Szene inklusive ihrer "Polen den Polen"-Slogans, nur ein exponierter Teil sind.

Die Bundesregierung hat zur Unterstützung der Seßhaftigkeit der sog. Deutschstämmigen in der SU, in Polen, der CSFR, Ungarn und Rumänien ein Programm mit 200 Mio. DM mit dem Ziel aufgestockt, deren Lebensverhältnisse so zu verbessern, daß niemand nur aus wirtschaftlichen Erwägungen den Entschluß zur Aussiedlung fassen soll. Die Bundesregierung setzt angesichts der geschätzten Zahl von drei Mio. potentiellen Aussiedlungswilligen in den Aussiedlungsgebieten (davon eine Mio. in Polen) auf die Reduzierung der Aussiedlerzahlen. Erste Erfolge dieses Programms, in dem bereits 100 Mio. DM ausgegebenen wurden, sieht sie in den ersten fünf Monaten des Jahres gegenüber dem Vorjahreszeitraum, die Aussiedlerzahlen fielen von 171.239 auf 86.209.

Unterstützend zu dieser Politik wurden die Bedingungen für Aussiedlungen von Personen im Rentenalter aus Polen in die BRD erschwert. Ende letzten Jahres wurde ein Rentenabkommen mit Polen geschlossen, in dem vereinbart wurde, die bisherige Praxis der BRD, die gesamten Rentenansprüche bei einem Umzug anzuerkennen, abzuschaffen. In der neuen Regelung wird nur noch der Anspruch anerkannt, der in der BRD durch entrichtete Beiträge erworben wurde.

Ein neuer alter Revanchismus

Der Revanchismus gegenüber Polen, dessen zukünftige Kraft noch nicht einzuschätzen ist, setzt sich neue Ziele und wird andere Wege als bisher beschreiten. Die FAZ stellte in der Ausgabe vom 16.6. eine Möglichkeit vor, bei der von scheinbar ähnlichen Interessen von Polen und der BRD ausgegangen wird: "Polen für die von Stalin einbehaltenen polnischen Ostgebiete auf Kosten Deutschlands zu entschädigen, war ein teuflischer Plan (...) Er machte die Polen zu Geiseln eines Regimes, das ihnen territoriale Integrität für kommunistische Gefolgstreue versprach (...) Raffinierter ist selten eine ‚Erbfeindschaft` gestiftet worden. Nur die Künstlichkeit des Stalinschen Teilungs- und Herrschaftsprozesses ließ Hoffnungen weiterleben, daß sie einmal überwunden werde. Polen klarzumachen, daß die Unversöhnlichkeit letztlich nur eine Funktion der eingeschränkten Souveränität der beiden Völker sei, war eine harte Arbeit (...) Für Polen kam es wie eine Erlösung, daß nicht mehr die Sowjetunion, sondern ein in Freiheit vereinigtes Deutschland Garant seiner territorialen Unversehrtheit ist. Erst dadurch hat es seine Unabhängigkeit wiedererlangt (...) Polen will in die EG. Auf dem Weg dorthin wird es mehr Freiheiten gewähren müssen, als in noch so harten bilateralen Verhandlungen zu erzwingen gewesen wären. Besorgnisse wären am Platze, wenn Polen das ‚Ziel Europa` aus den Augen verlöre und in seinen eigenen anachronistischen Denkmustern befangen bliebe. Damit das nicht geschieht, (...) muß der Austausch auf allen Gebieten intensiviert werden." Die Bereitschaft in Polen, der SU die Schuld für alle Miseren zu geben, wird mit der Sichtweise der bundesdeutschen Geschichtsentsorger schnell zur Deckung kommen. Allerdings werden sich die polnischen und die deutschen Nationalisten nicht friedlich einigen können, auch nicht auf eine Ostverschiebung der SU.

hG, Minderheit Westberlin

16. 2. Juni 1967 - 2. Juni 1991: Bundesdeutsche Firmen und ihre politischen Kuriere - im Iran wieder gern gesehen

Rubrik: Außenpolitik der BRD; Imperialismus und Weltwirtschaft; Iran · CD-Datei: daten/aksuche/ak332/53.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:332:53

Auf Einladung von Außenminister Genscher wird der iranische Präsident Rafsandschani in den nächsten Wochen die BRD besuchen.

Aus Anlaß des bevorstehenden Rafsandschani-Besuchs hat sich am 2. Juni '91 in Bonn ein Protestkomitee iranischer oppositioneller Gruppen und Einzelpersonen gegründet, das sich als "offene Aktionseinheit" begreift. Der Gründungstag fällt auf ein historisches Datum: am 2. Juni 1967 wurde beim Staatsbesuch des damals herrschenden persischen Schah in Westberlin der Student Benno Ohnesorg von der westdeutschen Polizei erschossen. Der 2. Juni 1967 stellt einen entscheidenden Meilenstein dar bei der Herausbildung und Radikalisierung der Studentenbewegung und Außerparlamentarischen Opposition (APO) als internationalistischer und antiimperialistischer Opposition in Westdeutschland.

Und heute? Was hat sich geändert, was ist gleichgeblieben im Iran und in der BRD - in diesem Juni, 24 Jahre nach jenem bedeutungsvollen 2. Juni? Wieder besucht ein Staatsoberhaupt des Iran (inzwischen "Islamische Republik") die (inzwischen großdeutsche) BRD. Immer noch und immer wieder macht das (west-)deutsche Kapital glänzende Geschäfte im Iran. Stärker und vor allem offener noch als im Verlauf des letzten Jahrzehnts (seit dem Sturz des Schah und der "Islamischen Revolution" 1979/80) präsentiert sich die Bundesrepublik Deutschland aktuell Seite an Seite mit dem Regime im Iran. Und immer noch und immer wieder beweist deutsche Wirtschaft und deutsche Politik, daß es - im Namen von Großmachts-, Ausbeutungs- und Profitinteressen - wirklich scheißegal ist, ob nun ein despotisch herrschender Schah oder noch brutalere religiöse Fanatiker ein Land wie den Iran unter ihrer Herrschaft halten, solange die imperialistische Ausplünderung dieses Landes nur nicht gestört wird. Nicht zu vergessen: noch immer, ja schlimmer noch als damals, gibt es grausame Unterdrückung, Folterungen und Hinrichtungen im Iran.

Die Herrschaft des Schah wurde 1979 mit seinem Sturz im Aufstand beendet. Im Laufe der Ära seiner Herrschaft hatte er mehrere 10.000 Menschen hinrichten und foltern lassen; allein in seinen letzten Wochen als Monarch wurden tausende auf den Straßen erschossen. Die Untersuchungen nach der Flucht des Schah bestätigten u.a., daß der persische monarchistische Geheimdienst SAVAK in der BRD nicht nur völlig ungehindert iranische Oppositionelle hatte jagen und bespitzeln können, sondern dabei auch engstens mit dem bundesdeutschen Staatsapparat zusammenarbeitete. Für wenige Wochen brachte der Iranische Frühling dem Land eine der (weltweit) größten Freiheiten. Nach kurzer Zeit aber schon war das wahre Gesicht der neuen Herrschaft der islamischen Fundamentalisten, die im Iran ihren "Gottesstaat" errichten wollten, zu erkennen. Demonstrationen der Kommunisten und Linken wurden durch "Hizbollah"-Banden religiöser Fanatiker terrorisiert. (Rafsandschani übrigens zählt zu den Organisatoren der "Hizbollah".) Das islamistische Regime begann bald, die nationalen Minderheiten im Iran, die sich im "iranischen Frühling" größtenteils eigenständig befreit hatten und nach Autonomie von der Zentralregierung strebten, blutig zu unterdrücken. (Die nationalen Minderheiten im Iran bilden circa 50% der Bevölkerung: u.a. Kurden, Aserbaidschaner, Turkmenen, Balutschen. Das persische Staatsvolk befindet sich so beinahe in der Minderheit.) Vor allem traf es die Kurden, die politisch gut organisiert waren, über eigene Strukturen verfügten und ihre faktische Autonomie errungen hatten. Im August 1979 riefen die Mullahs den "Heiligen Krieg" gegen die Kurden aus. Khomeini erklärte am 18. 8. 79 den "totalen Krieg" und ordnete die Generalmobilmachung an. Die islamistische Regierung besetzte Iranisch-Kurdistan gewaltsam und verübte völkermordähnliche Maßnahmen, bis hin zur Flächenbombardierung von Dörfern und Siedlungen.

Vor allem anfänglich genossen die iranischen Mullahs ein "antiimperialistisches" Image. Dieses förderten sie durch sog. "antiimperialistische" Rhetorik und Kraftsprüche, insbesondere verbale Kraftakte gegen den "großen Satan" US-Imperialismus sowie gegen Israel. Die USA und die NATO ihrerseits förderten dieses vermeintlich "antiimperialistische" Ansehen der Mullahs durch Säbelrasseln und Kriegsdrohungen. US-Präsident Jimmy Carter drohte dem Iran im Laufe des Jahres 1980 mehrmals mit Krieg, im Frühjahr 1980

kam es zum bedrohlichen Aufmarsch der NATO im Indischen Ozean. Dabei ging es jedoch in Wirklichkeit nie darum, einen tatsächlichen Feind des Imperialismus zu vernichten; vielmehr sollte die "Islamische Revolution" nur eingedämmt und "gezähmt" und den eigenen Herrschaftsinteressen nützlich gemacht werden. Niemals wollten die imperialistischen Staaten die Mullahs wirklich stürzen, da dies die links-revolutionären Kräfte unkontrollierbar gemacht hätte, die durch den Schah-Sturz gestärkt worden waren. (Die Parallele läßt sich ziehen zum jüngsten Golfkrieg gegen den Irak: auch hier war den USA und der NATO nicht am Sturz des irakischen Diktators gelegen, sondern nur daran, die Regionalmacht in ihre Schranken zu verweisen und ihre Machtausübung in den Rahmen imperialistischer Vorherrschaft zu pressen.) Die äußere Kriegsdrohung seitens des US-Imperialismus führte im Übrigen im Inneren des Iran zum zeitweisen "antiimperialistischen Burgfrieden" der linken Oppositionsgruppen mit dem Regime; die Abwehr äußerer Bedrohung diente dem Mullah-Regime als Begründung zur Stabilisierung und Verfestigung ihrer Macht, schließlich zur Ausschaltung der Opposition. Linke politische Häftlinge wurden zu ihrer Hinrichtung in US-amerikanische Flaggen gehüllt. So half die imperialistische Kriegsdrohung der islamistischen Diktatur dazu, nunmehr fest im Sattel zu sitzen - und die links-revolutionären Kräfte auszuschalten.

Vorstoß der BRD-Imperialisten

Der vermeintlich "antiimperialistische" Charakter des "islamisch-revolutionären" Regimes führte sowohl bei Teilen der iranischen Linken als auch bei der Linken im Westen, so auch der bundesdeutschen, zu zeitweise erheblichen Sympathien für die "Revolution" der iranischen Mullahs. (Dabei wurde auch geflissentlich über die bereits sichtbare Brutalität der religiösen Diktatur hinweggesehen.) Doch in Wirklichkeit hatten imperialistische Machtinteressen von Anfang an bei der "Islamischen Republik" ihren Fuß in der Tür. Dabei hatte sich allerdings das Gewicht deutlich verschoben vom US-amerikanischen (unter der Schah- Herrschaft) auf den deutschen Imperialismus (unter den Mullahs). Dies hängt damit zusammen, daß der US-Imperialismus stärker den direkten Interventionismus (also Kanonenbootpolitik) als "Weltpolizist" vertritt, während der bundesdeutsche Imperialismus mehr die ökonomische Durchdringung und die Stützung von Unterdrückern, die Regionalmächte der "3. Welt" regieren, in den Mittelpunkt rückt. (Speziell im Mittleren Osten hat diese Politik des deutschen Imperialismus seit den Tagen des Osmanischen Reiches ihre Tradition. Schon das Osmanische Imperium wurde einerseits durch den britischen und französischen Kolonialismus von außen bedroht und mit Forderungen nach Gebietsabtretungen konfrontiert, während das Deutsche Reich die osmanischen Sultane stützte, ihr Militär ausbildete und schließlich, unter der morschen Hülle der Sultansherrschaft, das Imperium militärisch und ökonomisch in der Hand hatte. Schließlich zog das Deutsche Reich gar das brüchige, überalterte Osmanische Imperium als seinen Verbündeten mit in den Ersten Weltkrieg hinein.) Im übrigen waren die US-Amerikaner durch ihre offene (militärische) Unterstützung des gestürzten Schah-Massenmörders im Iran, zumindest vorübergehend, absolut diskreditiert, während die westeuropäischen und v.a. westdeutschen Imperialisten äußerlich ein relativ "unbeflecktes" Image genossen.

Ein paar Schlaglichter auf die Rolle des deutschen Imperialismus im Iran:

- Schon circa 1 Jahr nach der Machtübernahme der Mullahs unter Ayatollah Khomeini gab das bundesdeutsche Außenministerium ein sog. Gutachten über die Situation im Iran heraus. Während die iranische Opposition, die UN-Menschenrechtskommission und die Menschenrechtsorganisation "amnesty international" über Massenverhaftungen, Folter und Hinrichtungen berichteten, wurde in diesem Gutachten vom bundesdeutschen Staat behauptet, im Iran unter den Mullahs brauche niemand Furcht vor Menschenrechtsverletzungen zu hegen. Dieses Gutachten wurde später dann iranischen Asylbewerbern in der BRD bei ihrem Asylprozeß unter die Nase gehalten.

- 1984 machte mit dem bundesdeutschen Außenminister Hans-Dietrich Genscher zum ersten Mal ein Staatsmann eines westlichen Landes mit einem Staatsbesuch in Teheran der religiösen Diktatur seine Aufwartung.

- Inzwischen hatte sich die Bundesrepublik Deutschland zum größten Handelspartner der Mullahs gemausert. Die Staaten der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere die BRD, hatten die ökonomi- schen Positionen der US-Amerikaner übernommen, die mit der "Islamischen Revolution" größtenteils zusammengebrochen waren. Bis 1979 waren die US-Amerikaner zweitwichtigster Handelspartner des Iran; ihr Anteil am gesamten Außenhandel des Iran unter dem Schah betrug 15-20%. Während die US-Amerikaner allein im Jahr 1978 Waren und Technologie im Wert von vier Milliarden Dollar in den Iran exportierten, fiel der Wert der Exporte

während der 8 Jahre des iranisch-irakischen Krieges auf eine Milliarde Dollar. Die bundesdeutschen Exporte hingegen überstanden die "Islamische Revolution" relativ bruchlos und stiegen ab 1980 an; 1980 betrugen sie 2,7 Milliarden Mark, 1981 bereits 3,6, 1983 7,7 und 1984 6,5 Milliarden Mark. Der iranisch-irakische Krieg brachte das Geschäft Mitte der 80er Jahre auf Hochtouren, wobei der Rüstungsexport in diesen Statistiken teilweise noch gar nicht berücksichtigt sein dürfte. Insgesamt betrugen die bundesdeutschen Exporte in den Iran 1980-88 knapp 40 Milliarden Mark. (Alle Angaben nach: Statistisches Jahrbuch der Bundesrepublik Deutschland, 1984 und 1988.) Die BRD stellte den größten Importeur im Iran dar. Inmitten des iranisch-irakischen Kriegs war die Bundesrepublik Deutschland der größte Aussteller auf der Teheraner Industriemesse; 65 Aussteller präsentierten dort im September 1987 ihre Erzeugnisse. Aus einem Bericht der "Süddeutschen Zeitung" vom 13.10.1987 mit dem Titel "Im Iran sind deutsche Geschäftsleute wieder gern gesehen": "Für deutsche Techniker und Kaufleute ist im Iran immer Saison. Auch zu Beginn des achten Kriegsjahres beherrschen Geschäftsreisende aus der Bundesrepublik das Feld in den Hotels oder in den Büros der zuständigen Staatsbetriebe und Ministerien. Teheran ist Zwischenstation auf dem Weg zum Stahlwerk nach Ahwas, zum Chemiewerk nach Isfahan oder zur Rüstungsfabrik nach Saveh. Hier gehen deutsch-iranische Firmenseminare über die Bühne, werden neue Kontakte geknüpft und alte vertieft."

- 1987 stellte sich mit Hans-Dietrich Genscher zum ersten Mal ein westlicher Staatsmann im iranisch-irakischen Krieg auf die Seite des Iran. Bis dahin hatten die meisten imperialistischen (und auch realsozialistischen) Staaten, in der Propaganda wie in der Praxis der Rüstungslieferungen, stärker den Irak (als "Bollwerk gegen den islamischen Fundamentalismus") unterstützt. Die BRD gab sich anfänglich neutral (und unterstützte gleichmäßig beide Seiten mit Rüstungslieferungen); als jedoch 1987 die Exporte in den Iran die in den Irak bei weitem überstiegen, ergriff die BRD Partei für das iranische Mullah-Regime. Im Juli 1987 bezeichnete Genscher Bagdad als Aggressor im Iran-Irak-Krieg. Dies mag ursprünglich den Tatsachen entsprochen haben, doch befand sich zu diesem Zeitpunkt der Iran deutlich im Vorteil, war tief in den Irak eingedrungen und führte den Krieg aus eigenem Antrieb fort.

- 1988 kam mit dem Ende des iranisch-irakischen Krieges durch beiderseitige Erschöpfung und Ausblutung das große Geschäft mit dem Wiederaufbau. Im November 1988 fuhr Genscher zum zweiten Mal nach Teheran, mit ihm fuhren 50 westdeutsche Wirtschaftsvertreter und Top-Manager. Nicht mal eine Woche später fuhr Bundesbauminister Oscar Schneider (CSU) mit einer zwanzigköpfigen Wirtschaftsdelegation nach Teheran und erwirkte dort ein Memorandum, das den bundesdeutschen Baukonzernen am Wiederaufbau im Iran ihren Anteil sicherte. Während des Genscher-Besuchs fanden in der iranischen Hauptstadt Hunderte von Hinrichtungen statt. Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" war konsequent, als sie in einem längeren Artikel über Genschers Engagement für die Menschenrechte im Iran wirklich nur einen einzigen Satz ganz am Schluß den Menschenrechten widmete: Genscher habe sich für die Freilassung US-amerikanischer Geiseln in Beirut stark gemacht.

- Die "Situation der Menschenrechte" im Iran spitzte sich nach dem iranisch-irakischen Kriegsende dramatisch zu. In wenigen Wochen wurden durch Massenhinrichtungen die Gefängnisse leergeräumt (bei gleichzeitigen Massenverhaftungen). Nach Schätzungen aus Oppositionskreisen wurden in einem einzigen Monat ca. 30.000 Menschen hingerichtet. Die Zahl der (offiziellen) Hinrichtungen in der ersten Jahreshälfte 1990 ist höher als die der Jahre 1987 und 1988 zusammengenommen. Anfang 1990 war Rafsandschani bereits Staatspräsident des Iran. (Am 4.6.1989 starb Ayatollah Khomeini; sein Nachfolger als Staatsoberhaupt wurde Rafsandschani, religiöser Führer wurde Seyed Ali Khamenei. Bereits vor dem Tod Khomeinis hatte Rafsandschani de facto die Macht in seinen Händen konzentriert.)

- Die aktuelle "Öffnungspolitik" bedeutet keineswegs den völligen Bruch zu dieser Phase des offenen Terrors. In jener blutigsten Phase hatten im wesentlichen dieselben politischen Kräfte die Macht in Händen, wie heute. Rafsandschani hatte es schon vor dem Tod des Ayatollah Khomeini verstanden, die wichtigsten Fäden in seiner Hand zusammenlaufen zu lassen. Die Terrorphase hatte das Ziel, das Regime, das durch den Krieg und dessen "schmähliches" Ende geschwächt war, so zu festigen, daß die Politik der Öffnung "riskiert" werden konnte. Das Land sollte westlichen Einflüssen geöffnet werden können, ohne die Gefahr einer wirklichen Lockerung der Lebensverhältnisse, eines wirklichen Aufbrechens der versteinerten Verhältnisse entstehen zu lassen. Die Phase blutigster Diktatur muß also als notwendiger Vorlauf für die Einleitung einer Öffnungspolitik verstanden werden. Da gleichzeitig der offene blutige Terror für das Ansehen des Iran in der Weltöffentlichkeit und für die offenen Beziehungen zum Westen kontraproduktiv war, wird nun versucht, diese Phase allein "den

Fanatikern" zuzuschreiben. Festzuhalten bleibt: Die Gruppe um Rafsandschani hielt zu dieser Zeit die Macht bereits wesentlich in ihren Händen.

Heute versucht die sog. Pragmatikerfraktion um Rafsandschani und Außenminister Welayati, den Einfluß der Hardliner unter den ideologischen Fanatikern (wie z.B. Mohtaschemi und Khomeini-Sohn Ahmed Khomeini), die sich gegen allzu offene Beziehungen zum Westen wenden, zurückzudrängen. Noch verfügen die Fanatiker im iranischen "Parlament" über die Mehrheit. Im August '91 wird es im Iran Wahlen geben (zu denen nur Kandidaten einer Partei, der "Islamischen Republik-Partei", zugelassen sind), durch die Rafsandschani die Mehrheitsverhältnisse verändern will.

Anzeichen für die Zurückdrängung der Rafsandschani-Gegner ist die vor kurzem erfolgte Verhaftung des berüchtigten Blutrichters (und Parlaments-Mitglieds) Khalkhali, seit 1979 oberster Präsident der islamischen Revolutionsgerichte, der eigenhändig Hunderte hingerichtet hat. (Die Verhaftung wurde mit außergesetzlichen Hinrichtungen sowie Hinterziehung öffentlicher Gelder begründet.) Dabei ist jedoch nur an eine "Öffnung" auf ökonomischem Gebiet hin zum Imperialismus, nicht auf politischem Gebiet hin zu einer Demokratisierung gedacht. Eine Lockerung der Diktatur wird es keinesfalls geben, allenfalls werden politisch hinderlich gewordene Maßnahmen des religiösen Fanatismus gelockert, um mehr Zustimmung zu ernten. Momentan verfügt das Regime über nur etwa 5% ideologisch gefestigte Anhänger und vielleicht 30%, die mit dem Regime der Vorteile wegen zusammenarbeiten, aber sich privat selbst nicht an die Vorschriften der religiösen Fanatiker halten. (Wer Reichtum oder einen Zipfel der Macht besitzt, kann es sich erlauben, sich nicht daran zu halten.)

- Forciert wird die ökonomische Öffnung zum Imperialismus. Der deutsche Wirtschaftsminister Möllemann (FDP) wird Ende Juni '91 nach Teheran reisen, wo zum ersten Mal seit 1976 die deutsch- iranische Wirtschaftskommission zusammentritt. Größere Investitionen stehen an; der Nuklearkonzern Siemens/KWU "prüft", ob die iranischen Atomanlagen in Bushia nicht weitergebaut werden können. (Dieses Projekt war wegen der Gefahr militärisch-nuklearer Kapazitäten in den Händen der Mullahs nach der "Islamischen Revolution" eingefroren worden.) Vor einigen Wochen wurde im Iran ein neues Devisengesetz verabschiedet, das es nunmehr (erstmals seit der Errichtung des "Gottesstaates") wieder erlaubt, Devisen aus dem Iran ins Ausland zu schaffen. Da dies nur zum offiziellen Kurs erlaubt ist (3 Toman = 1 Mark), der reale (Schwarzmarkt-)Kurs aber circa 90 Toman = 1 Mark liegt, können davon nur die Schwerbegüterten profitieren. Gleichzeitig erweist sich die "Islamische Republik" als bereit, die nach dem Ende der Schah-Ära enteigneten Betriebe ausländischer und einheimischer pro-imperialistischer (Kompradoren-)Kapitalisten ihren früheren Besitzern zurückzugeben. Das Regime wirbt inzwischen um die Rückkehr der früheren Besitzer, die meist in den USA leben.

Das islamistische Regime hatte im wesentlichen bis vor kurzer Zeit die einheimische Bourgeoisie, die "Bazaris" genannten Großhändler, gefördert. Dabei hat die "Islamische Revolution" aber nicht die Abhängigkeit der einheimischen Bourgeoisie vom Imperialismus durchbrochen. Diese existiert fort, etwa in Form von Montageproduktion für die westliche Industrie. So wird im Iran beispielsweise Montage-Arbeit für die deutsche Autoindustrie geleistet; die technischen Einzelteile (die im Lande selbst hergestellt werden könnten) werden importiert, im Iran teilweise zusammengebaut und anschließend wieder exportiert. Der Iran ist infolge der Politik der abhängigen Industrialisierung in der Schah-Ära kein purer Rohstoffexporteur, sondern ein teil-industrialisiertes Land, in das - unter Bewahrung der Abhängigkeit vom Imperialismus - die westliche Industrie Handlangertätigkeiten auslagert. Die Besitzverhältnisse waren unter den Mullahs teilweise unklar; teils wurden Betriebe der einheimischen Bourgeoisie übergeben, teils befanden sie sich (offiziell) in Staatsbesitz, was dann oft so aussah, daß die Betriebe durch die einheimische Bourgeoisie verwaltet, aber "Pasdaran" (Revolutionars-Wächter) in den Betrieben stationiert wurden.

Bisher herrschte eine Art Aufteilung der ökonomischen Sphären: binnenökonomisch hatte die einheimische Bourgeoisie das Sagen, diese war aber außenökonomisch vom Imperialismus, von der westlichen Industrie abhängig. Direkter Einfluß im Iran wurde dem westlichen Kapital bis vor kurzer Zeit scharf verwehrt. Mit der Öffnung zum Imperialismus tritt eine Ära hin zum direkten imperialistischen (neo-kolonialen) Einfluß ein.

- Die iranische Neutralität im letzten Golfkrieg war zentral wichtig für die Durchführbarkeit des imperialistischen Krieges. Der Iran konnte dafür die Rolle des "bad guy" an den Nachbarn Saddam Hussein abgeben. Die führenden imperialistischen Staaten verhießen dem Iran, im Wortlaut übereinstimmend, eine "wichtige Rolle in der Nachkriegsordnung"; so wörtlich US-Präsident Bush im Golfkrieg, der deutsche Außenminister Genscher

im Mai '91 in Teheran. In seiner Außenpolitik nähert sich Teheran immer stärker an die reaktionäre Ordnungsmacht Saudi-Arabien an, mit der nun auch wieder offizielle diplomatische Beziehungen aufgenommen wurden. Saudi-Arabien und der Iran sind die beiden Zentren des islamischen Fundamentalismus, die zusammen nahezu alle islamisch-fundamentalistischen Parteien und Bewegungen in allen anderen islamischen Ländern finanziell und ideologisch kontrollieren. Erstmals seit 1987 pilgern in diesem Jahr wieder iranische Muslime nach Mekka in Saudi-Arabien, trotz der Anwesenheit "ungläubiger" amerikanischer Soldaten im Land der "Heiligen Stätten".

- Das kurdische Flüchtlingsproblem infolge der Niederschlagung des irakisch-kurdischen Aufstands durch Saddam Hussein diente insbesondere dem bundesdeutschen Imperialismus als bequemer (und in "humanitärer" Verpackung politisch leicht verkäuflicher) Vorwand, die Kontakte und Beziehungen zum Iran zu intensivieren. Durch die Flucht von Hunderttausenden Kurden und Schiiten in den Iran konnte sich das Mullah-Regime zum Ziel imperialistischer "Hilfe" und der Reisetätigkeit westlicher Politiker (und wieder Genscher!) machen; mit Uniformen des deutschen Militärs betraten erstmals seit der "Islamischen Revolution" wieder Soldaten eines westlichen Staates iranischen Boden, und dies unter Billigung des iranischen Regimes. Während der Iran über die "BRD-Schiene" hofft, seine Isolation zu überwinden, international wieder politikfähig zu werden und die ökonomischen Blockaden zu durchbrechen, will sich die BRD im und über den Iran neue Einflußsphären erschließen.

- Einen großen Gefallen erweist die Bundesrepublik Deutschland dem iranischen Mullah-Regime auch in ihrer Ausländer- und Asylpolitik. Aufgrund des Bedarfs an den Arbeitskräften der - oft beruflich hochqualifizierten - Exil-Iraner (in der aktuellen ökonomischen Krise) wird im Iran derzeit massiv die Propagandatrommel für ihre Rückkehr gerührt. (Immerhin befinden sich circa zwei Millionen Iraner im Ausland, die vor den Mullahs geflohen sind.) Die Bundesrepublik Deutschland hilft dem iranischen Regime dabei. Nach dem 1. Juli dieses Jahres, wenn die Asyl- und Aufenthaltsbestimmungen des neuen Ausländergesetzes in Kraft treten, sollen massiv abgewiesene iranische Asylsuchende erstmals auch abgeschoben werden. Anfänglich wird man sie wohl in jene Staaten schicken, die sie nach der Flucht aus dem Iran als erste Länder betreten haben, also in die Türkei oder Pakistan. Dies aber kommt einer Abschiebung in den Iran gleich. (Pakistan, inzwischen selbst eine "Islamische Republik", arbeitet nach Berichten iranischer Asylsuchender eng mit dem Iran zusammen: iranische "Pasdaran" - Revolutionswächter - seien bereits in die südpakistanische Großstadt Karachi gekommen und hätten dort Terror verbreitet; wenn geflohene Iraner nicht gleich von Pakistan in den Iran zurückgeschickt würden, würden sie in Pakistan oftmals der Gewalt iranischer regimetreuer Terroristen ausgeliefert.) Künftig sollen, wenn sich der Lafontaine-Vorschlag auf Änderung des Asyl-Artikels im Grundgesetz durchsetzt, Iraner möglicherweise gar kein Asyl in der BRD mehr bekommen; jedenfalls steht der Iran auch in der Liste, die der bayerische Innenminister Stoiber (CSU) und der hamburgische Innensenator Hackmann (SPD) gemeinsam ausarbeiteten. Diese Liste enthält 30 Staaten, die künftig als "verfolgungsfrei" definiert werden und deren Bürger/innen damit vom Asylrecht von vorneherein ausgeschlossen werden sollen. Die Anerkennungsquote bei iranischen Asylbewerbern sank von 65% (1984) über 42% (1986) auf etwas über 20% (Ende der 80er Jahre). Und je intensiver sich die Beziehungen des deutschen Imperialismus zum iranischen Regime entwickeln, desto "verfolgungsfreier" wird der Iran werden ...

Es stellt sich die Frage, ob das islamistische Regime - trotz des Beklagens des Schah-Sturzes - für den Imperialismus nicht sehr viel nützlicher ist, als es der Schah je sein konnte. Vor allem läßt sich eine solche Form (indirekter) imperialistischer Unterdrückung und Ausbeutung leicht mit kulturell-rassistischer Hetze verknüpfen: "die da unten" sind ohnehin alle Fanatiker, deren kulturelle "Barbarei und Primitivität" ist schuld an Folter und Menschenrechtsverletzungen. Als der persische Schah noch herrschte, der offenkundig ein Lakai des Westens war, hatte mensch als BürgerIn eines westlichen Staates vielleicht noch ein schlechtes Gewissen ob der Unterdrückung im Namen der "Freien Welt". Nun, da die Völker des Iran "ihren Fanatismus haben", braucht sich der westliche Mensch keinerlei Gedanken zu machen - es liegt eben an deren Kultur, am schiitischen Irrationalismus. Ein aktuelles Beispiel für derlei kultur-rassistische Hetze ist der Rummel um das Buch und den Film "Nicht ohne meine Tochter", das erlebten Sexismus mit Rassismus beantwortet und ein ganzes Volk und eine ganze Kultur ohne jeden Hauch von Ahnung darüber in den Schmutz zieht. (Dieses Werk wurde übrigens durch die us-amerikanische Regierung finanziell gefördert.)

Die bundesdeutsche Linke und der Iran

Um zur eingangs gestellten Frage zurückzukehren: Was hat sich geändert vom Juni 1967 bis zum Juni 1991? Dramatisch abgenommen hat die kritische Begleitung des Agierens des eigenen Imperialismus im Iran durch Linke und Intellektuelle hierzulande. Regten sich zur Zeit der Herrschaft des Schah, des offensichtlichen Statthalter des Westens, noch Proteste, wenn Menschenrechte mit Füßen getreten wurden, so lassen sich Skrupel unter den Mullahs leichter vom westlichen Gewissen abwälzen. Die Verbrechen der Mullah-Diktatur werden dem einheimischen Fanatismus zugeschrieben, ein Zusammenhang zu imperialistischen Interessen nicht mehr hergestellt. Mit der zunehmenden Öffnung des Iran zum Westen wird dieses Bild ergänzt durch das Lob für die "Zivilisiertheit" jener Staatsmänner, die sich - wie Rafsandschani - offen an die Seite des Imperialismus stellen.

In den 60er Jahren solidarisierten sich bundesdeutsche Intellektuelle mit den Kämpfen im Iran. Ende der 70er Jahren solidarisierten sich die linken AntiimperialistInnen von einst und ihre grün-alternativen Erben immer noch, diesmal aber mit der "Islamischen Revolution" des Ayatollah Khomeini. Bei den Links-Alternativen war damals verbreitet, die islamisch-fundamentalistische Bewegung zu begrüßen, die den entfremdeten Massen in der "3. Welt" die Möglichkeit biete, "ihre eigene Kultur zu bewahren". Ende der 80er/ Anfang der 90er Jahre sind Folter und imperialistische Geschäfte im Iran kein Thema mehr für die gleichen Leute, da jene damit beschäftigt sind, die westliche Zivilisation gegen Fundamentalismus und Fanatismus zu verteidigen. Große Teile der sich kultiviert dünkenden Linksintellektuellen schwelgen im Eurochauvinismus und Kulturrassismus. Hans Magnus Enzensberger beispielsweise schrieb 1967 das Nachwort zu einem antiimperialistischen Buch über Persien, Untertitel: "Die Diktatur der Freien Welt". Heute ist Enzensberger einer der Ideologieproduzenten eines rassistischen europäischen Kulturstolzes. Weiteres Beispiel: Joschka Fischer gehörte 1979 zu den Leuten bei den Grün-Alternativen und der "taz", die mit dem Khomeini-Regime sympathisierten. (Die "taz" konnte jahrelang ihre Affinität zur jungen "Islamischen Republik" nur schwer verbergen, während ihr damaliges Konkurrenzblatt "Die Neue" die Mullahs offen gegen die Opposition verteidigte.) 1982 begründete derselbe Joschka Fischer seinen erklärten Abschied vom Antiimperialismus und Internationalismus ausdrücklich mit den (von ihm konstatierten) negativen Erfahrungen der internationalistischen Solidarität mit dem Iran. Unkritische Verteidigung der "Bewahrung einer (vermeintlichen) kulturellen Identität" von außerhalb und grausiges Abwenden vom "denen da unten" angeblich nicht auszutreibenden, kulturell eingeimpften Fanatismus sind nur Kehrseiten ein und derselben Medaille.

Was bleibt, ist das Problem, daß von Seiten der unterdrückten "3. Welt" zukünftig möglicherweise fundamentalistische Haltungen zunehmen. Wo keine Hoffnung auf Befreiung mehr ist, entwickeln sich statt Revolutionären nur Rächer, und statt Befreiungsmodellen wächst nur Haß. Da die Werte der Aufklärung, der Französischen Revolution, der Menschenrechte wie auch des Sozialismus zumeist importiert wurden, und als bloße Lippenbekenntnisse der Unterdrücker aus Europa diskreditiert sind, könnte all dies unter Bezugnahme auf die "eigenen Wurzeln" im religiösen Fundamentalismus hinweggefegt werden. Dabei können sich alte (vor-imperialistische) und imperialistische Unterdrückungsformen wunderbar ergänzen. Ihnen ihre Ayatollahs, und uns die Reichtümer ihrer Länder.

Bernh., Radolfzell/Bodensee

Anmerkung:

Die Informationen stammen - neben der Auswertung der Tagespresse - überwiegend aus Gesprächen mit iranischen und iranisch-kurdischen Exilanten.

17. Republik Georgien in der Übergangsphase

Die erste Republik 1918-21

Rubrik: Nationalismus; Sowjetunion, Nationalitäten · CD-Datei: daten/aksuche/ak332/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:332:28

Am 9. April hat die Demokratische Georgische Republik - so lautet der offizielle Name seit November letzten Jahres - ihre Unabhängigkeit erklärt. Das Datum hat symbolische Bedeutung: am 9. April 1989 waren in der Hauptstadt Tbilissi 20 Menschen getötet worden, als Truppen der Unionsregierung gegen eine friedliche Demonstration eingesetzt wurden. Der Unabhängigkeitserklärung vorausgegangen war am 31. März ein Referendum. Bei einer Beteiligung von etwa 90% sollen über 90% für die Unabhängigkeit gestimmt haben.

Nach Litauen, Estland und Lettland, die diesen Schritt schon im Frühjahr 1990 taten, ist Georgien die vierte Republik der UdSSR, die sich definitiv zur Trennung von der Union entschlossen hat. Aus den Erfahrungen der drei baltischen Republiken ist man aber ein bißchen klüger, oder jedenfalls vorsichtiger geworden: einen sofortigen, einseitigen Austritt bedeute die Unabhängigkeitserklärung nicht, versichert die georgische Regierung. Die Realisierung der tatsächlichen Unabhängigkeit soll über eine Übergangszeit von fünf Jahren gestreckt werden. Klar ist also, was Georgien noch nicht ist, nämlich ein eigenständiger Staat. Unklar bleibt, was es denn nun wirklich ist - und was es in sechs Monaten, in einem Jahr, in zwei Jahren sein wird. So läßt sich auch kaum definieren, worin sich die Unabhängigkeitserklärung substantiell von den beiden Souveränitätserklärungen unterscheidet, die Georgiens Oberster Sowjet schon im November 1989 und im Juni 1990 abgab. Damals regierte noch die Kommunistische Partei das Land. Schon seit 1989 beansprucht die Republik das Recht, selbst über ihre Bodenschätze zu verfügen, sowjetische Gesetze außer Kraft setzen zu können, und etliches mehr. Wieweit sie diesen Anspruch durchsetzen kann, ist natürlich immer eine Machtfrage, wie in allen anderen Teilen der UdSSR auch. Es ist daran zu erinnern, daß im Verlauf des letzten Jahres sämtliche 15 Unionsrepubliken (und die Mehrheit der autonomen Verwaltungseinheiten) ebenfalls ihre Souveränität erklärt haben - die den Unionsrepubliken übrigens ohnehin laut Verfassung der UdSSR zusteht. Außer den drei baltischen Republiken und Georgien haben aber bisher nur noch Armenien und Moldowa die Absicht bekundet, sich von der UdSSR zu trennen.

Seit der Neuwahl des Parlaments im Oktober/November letzten Jahres wird die Republik von Politikern des nationalistischen Bündnisses "Runder Tisch - Freies Georgien" regiert. Mit 155 von 250 Sitzen dominiert der "Runde Tisch" das Parlament. Die alte KP, die im Dezember 1990 ihre Unabhängigkeit von der KPdSU erklärte, hat 64 Sitze. 12 Sitze gingen an die "gemäßigt"-nationalistische Volksfront.

Praktisch wird Georgien zur Zeit ohne parlamentarische Opposition regiert, denn die meisten Abstimmungsergebnisse liegen nahe an der Einstimmigkeit. Beispiel: die Wahl des radikal-nationalistischen, zur diktatorischen Machtausübung neigenden Präsidenten Gamsachurdia im November 1990 mit 232 von 250 Stimmen, bei nur fünf Gegenstimmen. Die KP scheint sich dem Regierungskurs weitgehend angepaßt zu haben, vielleicht aus Angst, sonst in die völlige Isolation zu geraten und eine Illegalisierung zu riskieren.

Das heißt aber nicht, daß es in Georgien überhaupt keine Opposition gibt. Da sind erstens die nicht-georgischen Volksgruppen, und da ist zweitens das Bündnis von sage und schreibe 42 Parteien, Organisationen und Grüppchen, das sich "Nationaler Kongreß" nennt. Dieses Bündnis hatte zum Boykott der Wahlen aufgerufen und einen eigenen Wahlvorgang organisiert. Über dessen exakte Bedeutung läßt sich schwer ein Urteil finden, aber ganz ohne Basis scheint der "Nationale Kongreß" nicht zu sein. An nationalistischem Radikalismus kann es der "Kongreß" mit den Kollegen vom "Runden Tisch" ohne weiteres aufnehmen. Daß er, wie die Gegenseite, über schwer zu kontrollierende eigene Milizen verfügt, trägt auch nicht gerade zur Beruhigung der Lage bei.

Präsident Gamsachurdia meint in erster Linie den "Kongreß", wenn er sagt: "Das ist weder eine Opposition noch ein Parallelparlament, sondern eine Gruppe mißratener Politiker, die zu Kriminellen herabgesunken sind. Sie werden vom Volk nicht unterstützt, sondern nur gehaßt." ("Spiegel", 12.3.)

Hier riecht es nach "Durchgreifen" und Diktatur, zumal die geänderte Verfassung dem Präsidenten außerordentlich weitgehende Kompetenzen gibt. Inzwischen ist der führende "Kongreß"-Politiker Dschaba Joseliani ebenso im Gefängnis wie der Sprecher der ossetischen Minderheit, Tores Kulumbegow. Er wurde Ende Januar verhaftet, nachdem er zum Parlamentspräsidenten des Südossetischen Autonomen Gebiets

gewählt worden war. Über ihn urteilt Gamsachurdia: "Kulumbegow sagt in den Verhören, er sei Präsident einer unabhängigen ossetischen Republik. In psychiatrischen Kliniken hört man oft Behauptungen, jemand sei Napoleon oder Hitler oder Stalin. Das wundert niemanden. In diesem Fall wissen wir, daß Kulumbegow und sein Helfershelfer Tschotschijew bezahlte KGB-Agenten sind." ("Spiegel", 12.3.) - Nach Angaben der Opposition gibt es in Georgien inzwischen 70 politische Gefangene.

Tee, Wein, Touristen

Georgien ist 70.000 Quadratkilometer groß und hat etwa 5,55 Millionen Einwohner, von denen 1,3 Mio. in der Hauptstadt Tbilissi leben. Die Republik ist also etwa gleich groß wie Bayern, oder wie die Niederlande und Belgien zusammengenommen. Ihre Einwohnerzahl entspricht der Dänemarks.

Georgiens Industrie, so lautet die Auskunft in offiziellen sowjetischen Quellen, "zeichnet sich durch moderne Großbetriebe aus. Führende Industriezweige sind Metallurgie, Maschinen- und Gerätebau, Elektrotechnik, Chemie und Nahrungsmittelindustrie. Roheisen und Stahl, Lastkraftwagen und Computer, Flugzeuge und Tragflächenschiffe, Geräte für kosmische Navigation sind die Hauptindustrieerzeugnisse Georgiens. Tee-Erntemaschinen, Kleintraktoren für die Bearbeitung der Berghänge, viele Mechanismen, die die Arbeit der Winzer und Tabakzüchter erleichtern, werden nur in Georgien produziert. Im Ausland sind Grubenlokomotiven und nahtlose Rohre aus Georgien gefragt."

Die Industrialisierung hat erst nach dem Anschluß an die Russische Föderation (1921) und dann an die UdSSR (1922) im grösseren Maßstab begonnen. Sie war vorher im Wesentlichen auf die am Schwarzen Meer liegende Hafenstadt Batumi beschränkt, wo das Rohöl aus dem Osten Transkaukasiens (Aserbaidschan) verarbeitet und verschifft wurde.

Georgien ist noch heute in hohem Maß ein Agrarland. Es bringt 95% der gesamten Teeproduktion der UdSSR ein, sowie einen hohen Anteil der Zitrusfrüchte und des Weins, die in der Union angebaut werden. Auch Obst und Gemüse werden aus der Republik in andere Teile der Sowjetunion exportiert. Fast 40% der georgischen Industrie ist mit der Weiterverarbeitung von Lebensmitteln befaßt.

Ein anderer Zweig, der jetzt schon ertragreich ist und der künftig noch sehr an Bedeutung gewinnen könnte, ist der Tourismus an den Küsten des Schwarzen Meeres. Im letzten Jahr wurden dort etwa eine Million Urlauber aus der UdSSR und dem Ausland gezählt. Dieser Bereich scheint vorläufig für westliche Investoren mit Abstand der interessanteste der georgischen Volkswirtschaft zu sein. Der Tourismus setzt allerdings auch noch mehr als andere Bereiche innenpolitische Stabilität voraus. (Im Sommer 1990 waren die Küstenregionen der Republik Schauplatz nationalistischer Kämpfe, und Tausende Urlauber flüchteten in Panik.)

Georgien ist außerdem für die südöstlichen Nachbarrepubliken Armenien und Aserbaidschan das "Tor" zur Sowjetunion (und indirekt auch nach Europa), zum einen, weil die meisten wichtigen Transportwege durch den Kaukasus über georgisches Territorium führen, einschließlich der Pipelines für Aserbaidschans Öl, und zweitens wegen seiner Häfen am Schwarzen Meer. (Armenien grenzt gar nicht ans Meer, Aserbaidschan nur an das Kaspische, das gewissermaßen ein sowjetisches Binnengewässer ist.)

Georgien bleibt auch als "unabhängiger Staat" auf die enge wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den beiden transkaukasischen Nachbarrepubliken und mit der UdSSR insgesamt angewiesen. Denn kaum eines seiner Hauptprodukte hat Chancen auf dem Weltmarkt. Ein sowjetischer Wirtschaftsboykott, vielleicht verbunden mit einer Blockade, oder auch nur das Ausbleiben des Öls aus Aserbaidschan über einen längeren Zeitraum, könnten Georgien in die Knie zwingen, und der Westen würde höchstwahrscheinlich nicht als Helfer in der Not einspringen. Andererseits ist letzten Endes nicht einzusehen, warum wirklich ein Wirtschaftskrieg oder sonstige Horrorszenarien, wie sie in der westlichen Presse gern ausgemalt werden, die zwangsläufige oder natürliche Folge sein sollen, wenn sich eine Republik von der UdSSR trennt. Daß wirtschaftliche Kooperation und Integration auch über Staatsgrenzen hinweg möglich ist, wird doch im Kapitalismus anschaulich demonstriert.

Große Nationalprobleme

Die Georgier machen in ihrer Republik ungefähr 70% der Bevölkerung aus. (siehe Anm.) Hinzu kommen 9% Armenier, 7% Russen, 5% Aserbaidschaner, 3% Osseten, 2% Abchasen, sowie kleinere Minderheiten von u.a. Ukrainern, Türken und Griechen. Georgien ist damit weniger "homogen" als Aserbaidschan und Armenien, wo

die Nationalbevölkerung ungefähr 78% und 88% ausmacht. Andererseits leben über 96% der sowjetischen Georgier in ihrer Republik, aber nur 86% der Aserbaidschaner und sogar nur 66% der Armenier. Die Georgier sind also ein sehr "sesshaftes" Volk, verglichen insbesondere mit ihren armenischen Nachbarn. Abgesehen von einer dünnen Adelsschicht waren die Georgier im vorigen Jahrhundert, als ihr Land in das Zarenreich integriert wurde, Bauern. Die tatsächlich machtausübenden und besitzenden Klassen waren "importiert": russische Beamte, armenische Bourgeoisie und Kleinbourgeoisie. Die Stadtbevölkerung war im 19. Jh. mehrheitlich nicht-georgisch. Tbilissi (Tiflis) war im Grunde eine armenische Stadt, und noch zur Zeit der kurzlebigen Republik (1918-21) waren die Georgier in ihrer eigenen Hauptstadt nur Minderheit.

Die stark zergliederte und lange Zeit wenig erschlossene Landschaft einerseits, die ständigen Vorstösse benachbarter Großmächte andererseits, haben im Kaukasus und Transkaukasien eine nationale Vielfalt hinterlassen, die wohl selbst im Vielvölkerstaat Sowjetunion beispiellos ist. Im Fall Georgiens hat das dazu geführt, daß auf seinem Territorium zwei Autonome Regionen (ASSR) und ein Autonomes Gebiet (aG) gebildet wurden. Gemessen an der nicht gerade weitläufigen Grösse Georgiens ist das ein sowjetischer Rekord. Es handelt sich dabei um: 1. Die Abchasische ASSR mit 8600 Quadratkilometern und 536.000 Einwohnern. - 2. Die Adscharische ASSR

mit 3000 qkm und 386.000 Einwohnern. - 3. Das Südossetische aG mit 3900 qkm und 100.000 Einwohnern. Über 20% des georgischen Territoriums haben also einen Autonomie-Status, der die Souveränität der Republik mehr oder weniger einschränkt und der sowjetischen Zentralmacht Einmischungs- und Eingriffsmöglichkeiten offenhält. Erschwerend kommt aus georgischer Sicht hinzu, daß zur Adscharischen ASSR der wichtige Hafen Batumi gehört, und zur Abchasischen ASSR der größte Teil der tourismusträchtigen Meeresküste. Außerdem liegen dort einige der wichtigsten Weinbaugebiete Georgiens.

Nach Ansicht der georgischen Nationalbewegung, die bei den Wahlen im Oktober 1990 eine klare Mehrheit gewann, ist die Institution der Autonomen Regionen und Gebiete generell ein Herrschaftsinstrument der sowjetischen Zentralmacht und ist überhaupt nur zu diesem Zweck eingerichtet worden. Für Georgien fordern sie die Beseitigung dieser Institution. In den separatistischen Bestrebungen der Osseten und Abchasen wird die "lange Hand Moskaus" gesehen, die die "Extremisten" aufgehetzt und bewaffnet habe, um einen "Krieg des Kreml gegen Georgien" zu führen. (Präsident Gamsachurdia im "Spiegel" vom 12.3.)

Adscharen

Relativ am wenigsten problematisch stellt sich bisher die Lage in der Adscharischen ASSR dar. Die Adscharen galten als georgischer Volksstamm, hatten aber im Laufe der türkischen Herrschaft den Islam übernommen. Zu Rußland kam das Gebiet erst 1878, als letzter Teil Georgiens. Um 1926 wurde die Zahl der Adscharen in der ASSR mit 71.000 angegeben. Nach einem Aufstand 1929 wurde die ansässige Bevölkerung zum großen Teil umgesiedelt, und die Adscharen tauchen seither in den sowjetischen Statistiken nicht mehr auf. Die "Titularnation" der Adscharischen ASSR sind heute offiziell die Georgier selbst - eine in der UdSSR wohl einmalige Konstruktion. Der hohe Bevölkerungszuwachs (doppelt so hoch wie im georgischen Durchschnitt) weist die Region als Einwanderungsgebiet aus, wohl vor allem wegen des Hafen- und Industriegebiets von Batumi.

Abchasen

Die Abchasen sind eines der ältesten Völker der kaukasischen "Familie". Abchasien war im 9. und 10. Jahrhundert ein eigenständiges Königreich, kam dann unter georgische Vorherrschaft. Im 15. Jahrhundert wurde das Gebiet von den Türken besetzt; im Laufe der Jahrhunderte fand eine religiöse und kulturelle Assimilierung der Bevölkerung statt. Seit 1810 war das Gebiet russisches Protektorat und wurde 1864 förmlich annektiert. Die abchasische Bevölkerung setzte sich mit zahlreichen Aufständen zur Wehr, und über 100.000 Menschen verließen im Lauf des 19. Jahrhunderts ihre Heimat, um sich in der Türkei niederzulassen. So wurden die Abchasen schon damals zur Minderheit im eigenen Land.

Die sowjetische Statistik weist 91.000 Abchasen aus, von denen 91,4% in der ASSR leben. Das Bevölkerungswachstum der ASSR ist nur halb so hoch wie im georgischen Durchschnitt, was auf Abwanderung hinweist. Lebten 1926 nur 1,8% aller Abchasen außerhalb der ASSR, so 1979 immerhin schon 8,6%. Der Anteil der Abchasen in "ihrer" ASSR ist von 30,1% (1926) auf nur noch 17% gesunken. Neben 44%

Georgiern gibt es in der ASSR 15,9% Armenier und 16,4% Russen, die in den Städten Abchasiens sogar ein Drittel der Bevölkerung ausmachen.

Schon 1988 hatten sich abchasische Funktionäre an die Moskauer Zentralmacht und an die KPdSU mit der Bitte gewendet, den Status der ASSR zu "überprüfen", mit dem Ziel, sie zur eigenen Unionsrepublik zu machen. Am 18. März 1989 wurde auf einer Massenversammlung in Lychny - wo 1866 ein Aufstand gegen die zaristische Herrschaft stattgefunden hatte - die Unabhängigkeit Abchasiens von Georgien proklamiert. Eine entsprechende Petition wurde an Gorbatschow gerichtet. Der abchasische Parteichef, der sich an der Sache beteiligt hatte, verlor danach sofort seinen Posten.

Der Streit mit den Abchasen gab der georgischen Nationalbewegung starken Auftrieb. Von den Universitäten ausgehend entwickelte sich ab Ende März eine Kampagne für die Auflösung der drei autonomen Territorien und die "Wiederherstellung" der Unabhängigkeit Georgiens. In diesem Kontext stand die Massenkundgebung in Tbilissi, die in der Nacht des 9. April 1989 von sowjetischen Truppen so blutig und mit so weitreichenden Folgen "aufgelöst" wurde.

Der Konflikt erhitzte sich nach einigen Wochen relativer Ruhe erneut. Auslöser war die Bildung einer Filiale der Universität von Tbilissi in Suchumi, der Hauptstadt der Abchasischen ASSR. Im Juli 1989 herrschten in der ASSR bürgerkriegsartige Zustände. Eine herausgegriffene Meldung aus jenen Tagen: "Wie Tass berichtete, greifen zunehmend organisierte bewaffnete Gruppen, die rund 100 Mann stark sind und Autos benutzen, die Truppen an. Alltäglich sind in Abchasien inzwischen auch Überfälle auf Einzelpersonen und auf Polizisten mit dem Ziel, Waffen zu erbeuten ... Die meisten Industriebetriebe in Suchumi haben die Produktion eingestellt. Die öffentlichen Verkehrsmittel ruhen, und es gibt Engpässe bei der Versorgung mit Brot und Benzin ... Zur Tagesordnung gehören in Abchasien ferner Geiselnahmen und bewaffnete Streikposten, die vorbeifahrende Autos beschießen. Seit drei Tagen schon ruht der Bahnverkehr."

Zu dieser Zeit waren in Abchasien 4.500 Mann der Truppen des Innenministeriums stationiert, das zweitgrößte Kontingent überhaupt hinter Nagorny Karabach (5.500 Mann). An einem einzigen Tag wurden 40 Überfälle auf Polizeistationen gemeldet, bei denen 1.400 Schußwaffen erbeutet wurden. Das sowjetische Innenministerium beschuldigte Polizisten beider Seiten, sich bei "Überfällen" ihrer jeweiligen Landsleute passiv zu verhalten und die Waffen halbwegs freiwillig auszuhändigen. Gemessen an der Zahl geraubter Waffen und der berichteten Größe bewaffneter Banden auf beiden Seiten war die gemeldete Zahl der Toten der Zwischenfälle (insgesamt 20) erstaunlich gering.

Ende Juli/Anfang August 1989 wurde aus Abchasien weitgehende "Normalisierung" gemeldet. Seither wurden keine neuen Zusammenstösse bekannt. Im August 1990 beschloß der Oberste Sowjet der ASSR, bei Abwesenheit der georgischen Delegierten, also wahrscheinlich nur mit Minderheit, die Trennung von Georgien. Abchasien solle eigenständige Republik im Verband der Sowjetunion werden. Die georgische Regierung erklärte den Trennungsbeschluß sofort für ungültig: er verstoße gegen die Verfassungen Georgiens, der Abchasischen ASSR und der Sowjetunion. Außerdem seien nicht genug Abgeordnete für eine Beschlußfassung anwesend gewesen.

Osseten

Die Osseten sind ein iranisches Volk, das auf frühere Stämme zurückgeführt wird, die zu verschiedenen Zeiten als Skythen, Sarmaten und Alanen bezeichnet wurden. Die Statistik weist 542.000 Osseten in der gesamten UdSSR aus, von denen der größte Teil (55,2%) in der Nordossetischen ASSR lebt, die zur Russischen Föderation gehört, und ein kleinerer Teil (12%) im Südossetischen aG in Georgien. Seit 1926 hat sich die Gesamtzahl der sowjetischen Osseten ziemlich genau verdoppelt, während ihre Zahl in Südossetien nur geringfügig von 60.000 auf 65.000 zunahm und zwischen 1970 und 1979 sogar leicht rückläufig war, ebenso wie die Gesamtbevölkerung des Autonomen Gebiets. Es scheint also auch hier, ebenso wie in Abchasien, eine beträchtliche Auswanderung zu geben. Es gibt inzwischen im übrigen Georgien sehr viel mehr Osseten als in dem aG, dessen "Titularnation" sie sind. (1926 war das Verhältnis noch umgekehrt gewesen). Das Südossetische aG hat etwa 100.000 Einwohner, von denen ein Drittel in der Hauptstadt Zchinwali lebt. 66,4% der Bevölkerung sind Osseten, 28% Georgier.

Ossetische Organisationen und Politiker riefen - anscheinend sehr erfolgreich - zum Boykott der georgischen Parlamentswahlen im November 1990 auf. Nach dem Wahlsieg der Nationalisten, die sofort die

Unabhängigkeitserklärung der Republik ankündigten, beschloß der südossetische Oberste Sowjet die Trennung des Gebiets von Georgien und die baldige Durchführung einer eigenen Wahl. Es wurde gefordert, das Autonome Gebiet mit der Nordossetischen ASSR zusammenzuschließen und Teil der Sowjetunion zu bleiben, eventuell als eigene Unionsrepublik Ossetien.

Das georgische Parlament beschloß daraufhin im Dezember 1990 die Auflösung des Autonomen Gebiets, direkte Unterstellung unter georgische Verwaltung, und Verhängung des Ausnahmezustands im Gebiet. Am folgenden Tag wurden in Zchinwali drei georgische Polizisten erschossen - Auftakt wochenlanger blutiger Konfrontationen.

Gorbatschow hob Anfang Januar beide Beschlüsse, den südossetischen und den georgischen, als illegal und verfassungswidrig auf. Er forderte außerdem Georgien auf, innerhalb von drei Tagen alle bewaffneten Einheiten aus dem Gebiet abzuziehen und innerhalb von fünf Tagen "über ihre Maßnahmen zur Normalisierung der Lage Bericht zu erstatten". Der georgische Präsident Gamsachurdia erklärte seinerseits Gorbatschows Anweisungen für ungültig.

Über die aktuelle Situation ist wenig bekannt. Zumindest bis Mitte Mai herrschte im Südossetischen aG der Ausnahmezustand und ein Kleinkrieg zwischen den beiden Bevölkerungsgruppen, bei dem viele Dörfer in Flammen aufgingen, Bewohner vertrieben wurden. Die sowjetische Zentralregierung hat mehrere Tausend Mann der Bürgerkriegstruppen des Innenministeriums im Gebiet stationiert, die die georgische Polizei und die ossetischen Rebellen zu entwaffnen versuchen. Eine weitere Aufgabe der Truppen besteht in der Erzwingung und Sicherung der Versorgung Südossetiens, denn Georgien hat versucht, das Gebiet durch Blockierung der Lebensmittelzufuhr, des Stroms usw. in die Knie zu zwingen. Bis Mitte Mai waren mindestens 65 Menschen ums Leben gekommen, zumeist anscheinend bei Schiessereien. Tausende von Osseten - Schätzungen gehen bis 30.000, nach Auskunft der sowjetischen Regierung "nur" 4.000 - flüchteten über den verschneiten Kaukasus in die Nordossetische ASSR.

Kt.

Anmerkung:

Außer der aktuellen Angabe zur Gesamtbevölkerung Georgiens beziehen sich die Zahlen und Prozentsätze in diesem Text auf die Volksbefragung von 1979.

Die erste Republik 1918-21

In den Kaukasus-Regionen entstanden nach dem Sturz der zaristischen Diktatur (Februarrevolution 1917), wie überall in Rußland, örtliche Machtorgane mit großer Eigenständigkeit. In Transkaukasien wurden diese Sowjets dominiert von bürgerlichen Nationalisten (Daschnaken in Armenien, Mussawatisten in Aserbaidschan) und in Georgien vom menschewistischen Flügel der Sozialdemokratischen Partei. Allerdings standen die georgischen Menschewiki noch weiter rechts als ihre Partei im übrigen Rußland und waren von bürgerlichen Nationalisten kaum zu unterscheiden.

Nach der Oktoberrevolution lehnten es die transkaukasischen Sowjets ab, die Regierung der Bolschewiki anzuerkennen. Eine Ausnahme vom Trend war das Erdöl- und Industriegebiet von Baku (Aserbaidschan), wo sich eine "Kommune" unter bolschewistischer Führung bilden konnte, die erst im September 1918 mit Hilfe der türkischen Armee zerschlagen wurde. Für den Rest der Region übernahm im November 1917 das Transkaukasische Kommissariat mit Sitz in Tbilissi die Macht. Vertreten waren Menschewiki, Daschnaken, Mussawatisten sowie Sozialrevolutionäre. Einheiten der russischen Armee, die mit den Bolschewiki sympathisierten, wurden - teilweise nach blutigen Zusammenstößen - entwaffnet. Von den Bolschewiki organisierte Bauernaufstände unter den nationalen Minderheiten wurden, vor allem in Georgien, niedergeschlagen. Abchasien, das sich zur souveränen Sowjetrepublik erklärt hatte, wurde von den georgischen Menschewiki besetzt.

Im Februar 1918 wurde ein transkaukasisches Parlament (Sejm) eingesetzt, in dem die gleichen Kräfte vertreten waren wie schon im Kommissariat. Im März 1918 sprach dieses Gremium die Trennung von Rußland aus. Am 22. April wurde die Transkaukasische Demokratische Föderative Republik ausgerufen. Hinter dieser "Unabhängigkeitserklärung", die wohl nur von den Mussawatisten uneingeschränkt getragen wurde, stand Druck der Türkei und Deutschlands. Die türkische Armee nutzte den Zerfall der russischen Zentralmacht, um

an der transkaukasischen Front zur Offensive überzugehen. Gebiete Armeniens und Georgiens (Batumi) wurden besetzt. Deutschland, wenngleich mit der Türkei verbündet, sah nun eigene Interessen gefährdet. Am 26. Mai 1918 nahmen die Menschewiki ein deutsches Angebot an und erklärten die Republik Georgien zum "unabhängigen" Staat, unter dem "Schutz" des Deutschen Reichs. Ein entsprechender Vertrag wurde einige Tage später abgeschlossen. Deutschland ließ sich die Benutzung der Eisenbahnen Georgiens sowie das Monopol über Förderung und Export von Rohstoffen zusichern. Am 10. Juni 1918 kamen deutsche Truppen in Tbilissi an. - Mit dem Alleingang Georgiens war die Transkaukasische Förderation einen Monat nach ihrer Gründung am Ende. Am 27. und 28. Mai verkündeten auch Aserbaidschan und Armenien ihre staatliche Unabhängigkeit.

Im Herbst 1918 brach die türkische Armee an der Südfront (Palästina, Syrien, Libanon) im Kampf gegen Großbritannien zusammen. Am 30. Oktober kapitulierte die Türkei. Ihre Truppen zogen sich aus den besetzten Gebieten Armeniens und Georgiens zurück, und die beiden Republiken versuchten, soviel Land wie möglich in Besitz zu nehmen. Dabei besetzte Georgien auch Gebiete mit armenischer Bevölkerungsmehrheit südlich von Tbilissi. Nach ergebnislosen Verhandlungen begann Armenien am 14. Dezember 1918 einen Grenzkrieg, der schließlich durch britische Vermittlung beigelegt wurde. Am 31.12. endeten die Kämpfe. Armenien hatte, trotz anfänglicher militärischer Erfolge, kaum etwas gewonnen.

In Georgien war nun die armenische Minderheit heftiger Verfolgung ausgesetzt. Hunderte wurden festgenommen, verschleppt und als angebliche Kriegsgefangene in georgischen Städten zur Schau gestellt. Georgische Banden terrorisierten und plünderten armenische Dörfer, viele Einwohner wurden vertrieben. Die menschewistische Regierung nutzte auch die Gelegenheit, endlich die Verhältnisse in der Hauptstadt Tbilissi zu "bereinigen". Es war bis dahin eine Stadt mit armenischer Mehrheit und vorherrschendem armenischen Einfluß gewesen. Nach dem Grenzkrieg wurden Hunderte armenischer Beamter und Arbeiter entlassen. Neuwahlen zum Stadtparlament wurden angesetzt, bei denen man sich als Georgier registrieren lassen mußte, um Stimmrecht zu haben. Die meisten Armenier und auch viele Russen boykottierten die Wahl. Das Ergebnis war wunschgemäß.

Großbritannien war nach dem Weltkrieg vorherrschende Großmacht in Transkaukasien. Das Gebiet um Batumi, wo die Pipeline aus dem Ölgebiet von Baku endet, war von britischen Truppen besetzt. Aber weder Großbritannien noch die anderen Großmächte hatten es eilig, die staatliche Souveränität der drei Republiken anzuerkennen. Die Unterstützung der imperialistischen Mächte galt der russischen Konterrevolution, die am Anspruch eines Zentralstaats festhielt. Eine Ausnahme schien Armenien zu machen: Nachdem das armenische Volk während des Krieges einem türkischen Genocid ausgesetzt gewesen war, dem Hunderttausende zum Opfer gefallen waren, schien im Prinzip Einigkeit zu bestehen, daß Armenien demnächst den Status der Eigenstaatlichkeit erhalten würde, wahrscheinlich im Schutz eines internationalen Mandats der USA. In Wirklichkeit wurde Armenien aber von den Großmächten genauso hingehalten wie die beiden Nachbarrepubliken.

Erst als sich die militärische Niederlage der russischen "Weißen" klar abzeichnete, änderte sich Anfang 1920 die imperialistische Strategie. Nun sollten die drei Republiken als "Pufferzone" gegen das bolschewistische Rußland gestärkt werden. Am 10. Januar 1920 sprachen die Außenminister der Siegermächte die de-facto-Anerkennung Georgiens und Aserbaidschans aus; am 19. Januar folgte das gleiche für Armenien. Am selben Tag entschieden die Regierungen der Alliierten, keine Truppen in die drei Republiken zu schicken, sondern nur Waffen und Lebensmittel zur Verfügung zu stellen. Am 9. Juli 1920 verließen die letzten britischen Soldaten Batumi.

Schon Ende April 1920 hatte die Rote Armee, unterstützt durch eine Aufstandsbewegung, die Macht in Aserbaidschan übernommen. Die georgische Regierung hielt es angesichts der neuen Kräfteverhältnisse für das Beste, einen Friedens- und Kooperationsvertrag mit Sowjetrußland abzuschließen, unterzeichnet am 7. Mai 1920. Unter anderem verpflichtete sich damit, keine Beziehungen zu den russischen "Weissen" zu unterhalten, keine ausländischen Truppen im Lande zu lassen, und die bolschewistischen Organisationen zu legalisieren. Ein ähnliches Abkommen schloß auch Armenien am 10. August ab.

Im September griff die Türkei erneut Armenien an. Weite Gebiete gingen verloren. Die Existenz der armenischen Republik schien auf dem Spiel zu stehen. Innere Unruhen unter Führung der Bolschewiki kamen

hinzu. Anfang Dezember 1920 kapitulierte die nationalistische Regierung, Truppen der Roten Armee rückten ein und die Sowjetrepublik wurde proklamiert.

Am 11. Februar 1921 begann im Gebiet von Lori, das zwischen Armenien und Georgien umstritten gewesen war, gleichfalls ein von den Bolschewiki organisierter Aufstand. Am 15. Februar überschritt die Rote Armee die georgische Grenze. Die Republik leistete heftige Gegenwehr, aber am 25. Februar mußte die menschewistische Regierung Tbilissi räumen. Sie zog sich nach Batumi zurück, wo der Widerstand noch drei Wochen andauerte. Am 18. März 1921 wurde ein Waffenstillstand unterzeichnet, der u.a. eine Amnestie für die georgischen Nationalisten vorsah. Georgien war Sowjetrepublik geworden.

18. Bush's Abrüstungsinitiative für den Nahen Osten beginnt mit schwunghaften Waffenexporten

Rubrik: Rüstungsexport; Israel / Palästina; Nahost allgemein; USA · CD-Datei: daten/aksuche/ak332/59.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:332:59

Wenn Saddam erst einmal geschlagen wäre, sollte im Nahen Osten eine neue bessere Welt entstehen, hieß es. Man hatte hehre Gründe bemüht, warum man in den Krieg gegen den "Hitler von Bagdad" ziehen müßte. So hatte US-Außenminister Baker schon vor Kriegsende, im Februar dieses Jahres, verkündet, man werde in der Golf-Region eine "stabilere Nachkriegsordnung", ein regionales "Sicherheits- und Kooperationssystem" schaffen und eine "atomwaffenfreie Zone" anstreben. (1)

Nach der Beendigung des Krieges, Ende April, sprach dann US-Präsident Bush von "einem Geflecht von Maßnahmen zur Rüstungskontrolle", das man im Nahen Osten schaffen wolle. (2) Am 29.5.91 war es dann soweit, Bush legte der Weltöffentlichkeit einen Plan zur Rüstungskontrolle im Nahen Osten vor. Dieser Plan sieht folgendes vor:

- Das Verbot von Erwerb, Herstellung und Erprobung weiterer Bodenraketen mit dem Ziel, sie ganz abzuschaffen.

- Ein überprüfbares Verbot von Herstellung und Kauf nuklearen Materials zur Waffenentwicklung, angereichertem Uran und gespaltenem Plutonium. Ziel ist eine nuklearwaffenfreie Zone.

- Die Staaten der Region sollen sich dem beabsichtigten C-Waffen-Verbot anschließen und den internationalen Bemühungen gegen biologische Waffen folgen.

- Die großen Exporteure konventioneller Waffen sollen einen "allgemeinen Kodex" einhalten, destabilisierende Lieferungen unterlassen und wirkungsvolle Exportkontrollen verhängen. Den Ländern der Region sollte nur erlaubt sein, konventionelle Waffen in dem Umfang zu erwerben, die sie legitimerweise zur eigenen Verteidigung benötigen. (3)

Wie konnte es auch anders sein? Dieser Plan zur Entspannung des Pulverfasses Naher Osten fand - bis auf alle möglichen Einwände im konkreten - überall zustimmende Worte. Nicht einmal vierzehn Tage später hatten alle fünf ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates, gleichzeitig die mit Abstand größten Waffenexporteure in diese Region, ihre Zustimmung signalisiert und ein erstes Treffen noch für den Juli in Paris vereinbart, wo über die Beschränkungen des Rüstungsexportes erstmals gemeinsam beraten werden soll. (4)(5)

Die Sache hat allerdings einen schwerwiegenden Haken. Im Falle des Iraks ist die Verwirklichung des Plans längst "garantiert". Die Vernichtung aller A-, B-und C-Waffenwaffenpotentiale und der Raketenbasen waren Auflagen des Waffenstillstands und nach wie vor gilt per UNO-Resolution das Verbot jedes Waffenexports in den Irak. Doch selbst im Falle des Iraks dürfte sich die Abrüstung in Grenzen halten, da man sich weiterhin auf das Regime stützen will. Aber das ist hier nicht das Thema. Die Abrüstungsinitiative von Bush für den gesamten Nahen Osten kann ja nur dann Erfolg haben, wenn die nicht am Krieg beteiligten Länder und insbesondere diejenigen, die an der Seite der USA im Krieg gestanden haben, abrüsten würden. Die neuen und alten Verbündeten der USA in der Region, die gesehen haben, das man moderne Waffentechnologie für einen erfolgreichen Krieg braucht, sollen jetzt Selbstbeschränkung üben. Die Waffenexporteure der USA, die nach Jahren des Rüstungsbooms in den USA jetzt Beschränkungen hinnehmen mußten, sollen nun auf ihren besten Exportmarkt verzichten? Und Frankreich, daß mit dem Irak seinen lukrativsten Kunden verloren hat, soll jetzt auch andere Kunden nicht bedienen oder suchen? Und die (ehemaligen) Ostblockstaaten, die ihre Rüstung drastisch herabsetzen, sollen jetzt auf dem Gebiet des Waffenhandels, wo sie einzig und allein noch international einen Markt finden können, Verzicht üben? "Wer verlangt, daß die Waffenverkäufe in den Mittleren Osten einzustellen seien, lebt in einer Traumwelt", meinte Gregory Fetter, Spezialist in den USA für internationalen Waffenhandel. Und die schweizer "Weltwoche" titelte einen Artikel zu der Problematik (6): "Der Krieg ist aus, jetzt wird aufgerüstet".

Doch schauen wir uns die Punkte aus dem Plan von Bush und die Realität Punkt für Punkt genauer an.

Massenvernichtungswaffen und Raketen

Was man mit hochmodernen Raketen anstellen kann, haben die USA im Golfkrieg vorgeführt. Neben den Bombardements durch Flugzeuge waren sie das entscheidende Mittel, um strategische Einrichtungen im Irak zielgenau zerstören zu können. In diesem Krieg wurden auch erstmals die dafür weiterentwickelten Patriot-Raketen zur Abwehr gegnerischer Raketenangriffe (auf Saudi-Arabien und Israel) eingesetzt, wobei ein großer Teil der Raketen erfolgreich abgeschossen werden konnte. Auf annähernd diesem Stand der Raketenentwicklung und Zielwaffentechnik steht im Nahen Osten einzig und allein Israel.

Der Bush-Plan fordert zwar als Endziel schließlich die Abschaffung aller Raketen der Region, will aber als "Nah"- Ziel nicht mehr als das Einfrieren des jetzigen Zustands, was damit die Überlegenheit Israels auf diesem Gebiet festschreiben würde. Und Israel ist auch das einzige Land der Region, das zu eigenständiger weiterer Entwicklung und Produktion von Raketen in der Lage ist. Israel besitzt nicht nur 160 aus den USA gelieferte Lance-Raketen mit einer Reichweite von 160 km, sondern seit Ende der 60er Jahre rund 50 Jericho 1 mit einer Reichweite von 480 km und seit 1980 rund 50 Jericho 2 mit einer Reichweite von 750 km. Die Jericho 2 B mit einer Reichweite von 1.450 km wurde 1987 erstmals getestet. Das System wird nebenbei gesagt, in Kooperation mit Südafrika entwickelt. (7)(14) Im Golfkrieg lieferte die USA an Israel zur Abwehr irakischer Angriffe Raketen vom Patriot-Typ, die - im Unterschied zu Saudi-Arabien - auch schließlich von israelischen Soldaten bedient werden sollen. Schon zwei Jahre lang befand sich mit US-Hilfe ein israelisches Raketenabwehrsystem in der Entwicklung, es soll aber erst Mitte der 90er Jahre fertig werden. Der erste offiziell "erfolgreiche" Test der Arrow-Rakete endete 1990 mit einer Explosion, der zweite Test Ende März 1991 mußte abgebrochen werden. (8) Auf seiner Israel-Reise erklärte US-Verteidigungsminister Cheney parallel zum Plan seines Präsidenten zur Einfrierung und Abrüstung der Raketen im Nahen Osten, daß die USA Israel auch weiterhin (Israel hat bisher aus dem SDI-Programm 158 Mio. Dollar dafür erhalten) für die nächste Entwicklungsstufe des Arrow-Programms 72% Prozent finanzieren werden. Das Gesamtvolumen wird auf 510 Mio. DM geschätzt. (9) Das Eintreten der USA für die Sicherheit Israels sei "absolut unerschütterlich".

Auch die Sowjetunion, so meldete die israelische Zeitung Ma'ariv, habe Israel ihr neu entwickeltes Abwehrsystem F- 300 angeboten, das nach sowjetischer Darstellung besser als die Patriot und um die Hälfte billiger sei. (10)

Auf arabischer Seite hat der Irak im Krieg vorgeführt, welch einen Schrecken auch weniger moderne Raketen mit großem Zielstreuradius verbreiten können, zumal wenn sie auch mit chemischen Waffen hätten bestückt sein können, auch wenn Militärexperten im Falle des Irak teilweise die Fähigkeit dazu bestritten hatten. Auch nach dem Krieg verbleiben eine ganze Reihe von arabischen Ländern mit Mittelstrecken-Raketen, die auch auf Israel abgeschossen werden könnten.

Die 24 SS-21 Raketen (120 km Reichweite) und 18 Scud-B-Raketen (280 km Reichweite), die die Sowjetunion an den Jemen geliefert hat, könnten allerdings "nur" Saudi-Arabien erreichen. Ähnlich könnten die 100 Scud-Raketen, die der Iran von Syrien, Libyen und Nordkorea erhalten hat, bestenfalls im Irak landen. Libyen könnte mit seinen über 240 Scud B-Raketen seinen Erzfeind Ägypten, aber nicht Israel beschießen. Zweimal hat Libyen Anläufe unternommen, um mit Hilfe aus der BRD bessere Raketen zu bekommen. Das legendäre Otrag-Projekt (die Reichweite sollte 300 km betragen) ging schließlich pleite, das Ittisalt-System sollte immerhin eine Reichweite von 700 km besitzen. Unklar ist, ob Libyen M-9-Raketen aus China erhalten hat (700 km Reichweite).

Eine Bedrohung für Israel könnten allerdings die 60 DF-3-Raketen Saudi-Arabiens sein. Diese von China gelieferte Rakete besitzt immerhin eine Reichweite von 2.200 km. Ägypten, das wie Libyen und der Irak schon in den 60er Jahren einmal eine Rakete mit BRD-Hilfe entwickeln wollte (die al Zafir mit 370 km Reichweite), besitzt heute mehr als 100 Scud B-Raketen. Ägypten ist allerdings das einzige arabische Land, mit dem Israel den Kriegszustand beendet hat. So erscheint aus israelischer Sicht Syrien besonders bedrohlich, zumal es auch B- und C-Waffen laut US-Geheimdienst besitzen soll. Syrien besitzt 36 SS-21 und 54 Scud-B-Raketen. (7) Die Raketenbasen befinden sich möglichst weit entfernt von Israel bei der Stadt Homs 165 km nördlich von Damaskus, so daß zumindest das israelische Atomzentrum im Negev als "sicher" gilt. Nachdem das Verhältnis zur Sowjetunion Ende der 80er Jahre merklich abgekühlt war und die Sowjetunion erklärte, sie werde sich bei Waffenlieferungen an Syrien stärker von den finanziellen Möglichkeiten Syriens leiten las- sen, soll Syrien sich um chinesische M-9-Raketen bemüht haben. In Peking wird allerdings ein Abkommen dieser Art bestritten. In Israel hieß es Anfang März, daß Nordkorea die Lieferung von sowjetischen Scud-C-Raketen mit 500 km Reichweite und 700 kg Tragfähigkeit (dreimal soviel, wie Iraks Raketen tragen konnten) zugesagt habe. Aber

auch das wird dementiert. Angeblich aber soll Nordkorea und China mit Syrien bei der Verlängerung der Reichweite der bisherigen Raketen zusammenarbeiten. (11)

Der Bush-Plan, der ganz offensichtlich darauf zielt, möglichst weitere Raketen-Entwicklungshilfe für verschiedene arabische Regimes in Zukunft besser zu verhindern, und die israelische Raketenentwicklung erst einmal demonstrativ aus dem Abrüstungsplan herausnimmt, hat natürlich keinerlei friedensbildende Chance.

Massenvernichtungswaffen

Ähnlich wie bei den Raketen gibt die Bush-Initiative bei den Atomwaffen zwar als Fernziel die Einrichtung einer atomwaffenfreien Zone an, will aber als Nahziel lediglich den Export aller Atomwaffenstoffe in die Region unterbinden und somit einem Nuklearwaffenstreben arabischer Staaten einen Riegel vorschieben. So gibt es Kritik aus den arabischen Staaten, daß dies das Monopol Israels in der Region bei den Atomwaffen festschreibe. Israel selbst verweigert jede internationale Kontrolle seiner Atomanlagen und jegliche offizielle Aussage über seine Atomwaffenfähigkeit, hat aber nach Experten-und nach CIA-Meinung rund 100 Atomwaffen "im Keller" (12), auch wenn US-Verteidigungsminister Cheney bei seinem Israel-Besuch gar nichts über israelische Atomwaffen wußte. (13) Diese offizielle Vertuschung hat durchaus Tradition, sie funktionierte seitens der Großmächte auch 1979, als Südafrika in Kooperation mit Israel einen Atombombenversuch unternahm. (14) In Israel wiederum wird dieser Teil des Plans ebenfalls kritisiert, man befürchtet eine "Singularisierung" Israels (15) und weist ansonsten darauf hin, daß (für Israel) das eigentliche Problem die konventionelle Aufrüstung der arabischen Staaten sei. (16)

Bei den C-Waffen ist nun allgemein bekannt, daß der Irak mit internationaler und vor allem BRD-Hilfe sich ein C-Waffenpotential aufgebaut und auch im Golfkrieg gegen den Iran und gegen die Kurden eingesetzt hatte. Aber es gibt erheblich mehr C-Waffen in der Region. Mit BRD-Hilfe hatte auch Libyen den Versuch unternommen, C-Waffen zu produzieren, es soll auch bereits C-Waffen-Bestände haben. Syrien so heißt es heute, habe sogar größere Bestände als der Irak. (17) China und Nordkorea, so heißt es, hätten dabei entsprechende Unterstützung geleistet. (10). Auch Israel, so lautet die Anklage verschiedener arabischer Staaten vor der Genfer Konferenz, sei im Besitz chemischer Waffen. (7)

In der Frage der C-Waffen haben die USA in der Tat ihre Position gewandelt. Bei der C-Waffen-Konferenz im Januar 1989 in Paris konnte Saddam Hussein nach seinen C-Waffen-Einsätzen dank den USA noch vor einer internationalen Ächtung sicher sein. Denn die USA hatten seinerzeit gerade mit dem Aufbau ihres neuen C-Waffenprogramms mit sogenannten Binärwaffen begonnen und deshalb allen voran ein internationales Abkommen zur Ächtung aller C-Waffen verhindert. 1990 vereinbarten die USA mit der Sowjetunion eine Beschränkung auf 20% des bisherigen US-Potentials bzw. die Vernichtung ihrer alten inzwischen unbrauchbaren Bestände. Mitte Mai 1991 haben die USA den Stopp ihrer C-Waffen-Produktion verkündet (18) und sind nun endlich bereit, zu einer internationalen Ächtung der C-Waffen zu kommen und ihre Bestände bis zum Jahre 2002 zu vernichten. (19) Nach den bisherigen Abkommen ist nur der Ersteinsatz von C-Waffen, nicht aber die Produktion und Lagerung der C-Waffen verboten.

Mit der jetzigen Initiative unterlaufen aber die USA die Vorstellung der Mehrheit der arabischen Staaten. Denn nicht nur Saddam Hussein, der seine C-Waffen ja nicht gegen Israel sondern gegen andere eingesetzt hatte, hat seine C-Waffen-Bestände mit der Existenz israelischer Atomwaffen rechtfertigen wollen. Auf der C-Waffen-Konferenz in Paris war es allgemeine arabische Position, daß eine Abrüstung mit C-Waffen nur infrage komme, wenn im Gegenzug Israel seine Atomwaffen vernichtet. Algerien, Ägypten, Irak, Libyen, Marokko, Saudi-Arabien, Syrien und Tunesien haben sich - ob C-Waffenbesitzer oder nicht - das Recht auf C-Waffen solange vorbehalten, wie Israel Atomwaffen besitzt. (7) So wurde hier auch jetzt die entsprechende Kritik gegenüber der Bush-Initiative wiederholt. (18)

Israel seinerseits lehnt weder eine atomwaffenfreie Zone und noch eine chemische Abrüstung prinzipiell und offen heraus ab, verlangt aber für jede Form einer solchen Vereinbarung die Möglichkeit der direkten Kontrolle durch Israel, die in bilateralen Abkommen festgelegt werden müsse. Das Ganze dient als Argument für Israels Politik, daß es zu bilateralen Verhandlungen mit den einzelnen arabischen Ländern und Friedensschlüssen kommen müsse, bevor an eine Abrüstung der Massenvernichtungswaffen zu denken wäre. B-Waffen, das sei hier nur am Rande erwähnt, gelten heute trotz aller Bemühungen nicht als kriegstaugliche Waffen. Aber nicht nur bei den Großmächten, sondern auch in der Nahost-Region gibt es entsprechende Bestrebungen danach.

Man hat dem Irak den Besitz von B-Waffen nachgesagt, was dieser bis heute bestreitet. Unstrittig hingegen sind aber die Exportskandale und hier wiederum insbesondere der BRD, entsprechendes "Labormaterial" und B-Waffengift geliefert zu haben. Auch Syrien werden heute B-Waffen nachgesagt und Israel dürfte mit Sicherheit wie jedes andere Land mit einer entwickelten Rüstungsproduktion eine sogenannte B-Waffen-Abwehrforschung besitzen. Denn nur der Besitz von B-Waffen, nicht aber die Forschung auf diesem Gebiet ist nach internationalen Abkommen verboten.

Die Bush-Initiative geht bei den Massenvernichtungswaffen im Nahen Osten also haarscharf an dem Problem einer allgemeinen Vernichtung dieser Waffen der Region vorbei. So dürfte es bestenfalls weitere "Bemühungen" geben, die arabischen Länder nicht weiter zu beliefern - Israel ist davon ja unabhängig. Besser gesagt, es wird weitere Skandale unter den Lieferstaaten geben, die dann regelmäßig mit Schwüren begleitet werden, in Zukunft besser auf die schwarzen Schafe aufzupassen.

Rüstungsmarkt Nah-Ost

Der letzte und entscheidende Punkt der Bush-Initiative, die Frage der Beschränkung des Waffenexportes in die Region, erwähnt nicht einmal als Fernziel die Beendigung der Rüstungsexporte. Keine destabilisierenden Waffenexporte, stattdessen ein Kodex, der die legitimen Verteidigungsinteressen unterstützen soll, das läuft darauf hinaus, wie schon bisher bei Krieg und Rüstung, die Vokabeln gut und böse an der richtigen Stelle zu begleiten.

Tatsächlich war der Nahe Osten mit Abstand der beste Rüstungsexportmarkt überhaupt. Nach einer offiziellen US-Studie von Anfang Mai haben die Länder des Nahen Ostens im Zeitraum zwischen 1974 bis 1988 Waffen für 370 Mrd. DM gekauft, 80% entfielen dabei auf die fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates. Die UdSSR lieferte für 74 Mrd. Dollar, die USA für 44 Mrd., zusammen waren das 56% des Geschäftes. (20) Laut SIPRI-Studien (s. Tabelle 1,2 und 3) gehen jährlich Waffen für 10 Mrd. Dollar an den Nahen Osten, rund die Hälfte der Waffenexporte in die "3. Welt" bzw. rund ein Drittel sämtlicher Waffenexporte. (7) Die SIPRI-Angaben liegen damit erheblich unter den neuen US-Schätzungen, die davon ausgehen, daß allein seit 1983 für 125 Mrd. Dollar Waffen in den Nahen Osten geliefert wurden. (21) So erklärte dann US-Präsident Bush bei der Vorstellung seiner Friedensinitiative: "Ein Aufhalten der Verbreitung konventioneller und nichtkonventioneller Waffen im Nahen Osten - bei Berücksichtigung der legitimen Selbstverteidigungsbedürfnisse jedes Staates - wird die Zusammenarbeit vieler Länder in der Region und der Welt erfordern. Es wird nicht einfach sein. Aber der Weg zum Frieden ist nie einfach." (15)

Doch die Abrüstungsinitiative der USA wird nicht einmal den schönen Schein für die Weltöffentlichkeit wahren können. Schon im März hatte US-Verteidigungsminister Cheney vor dem Auswärtigen Ausschuß des Repräsentantenhauses zu Protokoll gegeben, daß er mit einer Intensivierung der Waffenlieferungen an "unsere Verbündeten, wie Ägypten, Israel und Saudi-Arabien" rechne, "damit sei eine Aggression lange genug abwehren können, bis die USA ihnen zur Hilfe eilen". (21) Ein Geheimbericht für den Kongreß führte im März Waffenverkäufe von 33 Mrd. Dollar auf, wovon zwei Drittel allein an Saudi-Arabien, Ägypten, die Türkei, Israel und die Vereinigten Arabischen Emirate gingen. Diese "militärisch schwachen Staaten" sollten nach dem Krieg erst einmal "mit Waffenlieferungen" gestärkt werden, schreibt die "Frankfurter Rundschau". (22) Für weitere 18 Mrd. Dollar wollten die USA Waffen liefern, alle alten Zusagen sollten eingehalten werden. Tatsächlich wurden dann die Nah-Ost-Reisen von Bush-Ministern zu einer Tour neuer Waffenversprechungen. Und so sieht es dann im einzelnen aus:

Bahrein und die Vereinigten Emirate erhalten von den USA Waffen für insgesamt 2,1 Mrd. Dollar, 28 Kampfhubschrauber Apache, 337 der modernsten US-Panzer (M1-A1) und 160 gepanzerte Bradley-Fahrzeuge.

Ägypten hatte gleich zu Beginn des Krieges seine Rüstungsschulden an die USA erlassen bekommen, nach dem Krieg überließen die USA Ägypten einige ihrer Waffen, darunter moderne Kampfpanzer, die Ägypten in Zukunft auch in eigener Industrie montieren darf. Die Koproduktion von jährlich 500 M1-A1 Panzern soll ab 1992 in Ägypten beginnen. Für 1,6 Mrd. Dollar (knapp 3 Mrd. DM) wollen die USA außerdem neue Waffen liefern, darunter 46 F-16 Kampfflugzeuge und 80 "Maverick"-Luftabwehrraketen und 240 Splitterbomben. Weitere 46 oder 47 F-16 Kampfflugzeuge sollen Ägypten von der Türkei überlassen werden, das seinerseits dafür die Textilausfuhren in die USA erhöhen und 120 F-16 in der Türkei zusammenbauen darf. (6)(17)(24)

Saudi-Arabien hatte gleich zu Beginn des Krieges hochmoderne Rüstungsgüter in den USA für 22 Mrd. Dollar angemeldet. Die USA hatten eine erste Tranche von 7 Mrd. Dollar sofort genehmigt und den Rest erst einmal verschoben. (25) Für rund 18 Mrd. Dollar wollen die USA nun insgesamt liefern, 14 Mrd. allein im nächsten Jahr. Darunter 25 F-15s-Kampfflugzeuge, mindestens vier AWACS-Flugzeugradarstationen, 113 Kampfhubschrauber, 235 M-1 A-2 Abrams-Panzer und zusätzlich andere Typen, einige Übungsboote 2.400 Maverick-Raketen und 7.600 Splitterbomben. (26)

Außerdem finden mit Saudi-Arabien Verhandlungen statt, um ein dauerhaftes Abkommen für die Stationierung von schwerem Kriegsgerät, die dauerhafte Stationierung von US-Eingreiftruppen bzw. ihre Entsendung im Konfliktfalle. In den USA wird betont, daß man nicht die Absicht hätte, ständige Bodentruppen dort zu stationieren (derzeit sind knapp 200.000 Mann US-Truppen in der Region), die "angemessene Anwesenheit" der USA soll noch erkundet werden. (27)

Israel hat zwar einerseits eine entwickelte eigene Waffenproduktion und ist selbst auf Waffenexporte angewiesen, andererseits hat es "üblicherweise" in den letzten Jahren für knapp 1 Mrd. Dollar US-Waffen auf Kredit bezogen und weitere 850 Mio. als Geschenk. (s. dazu Tabelle 4) Aus Anlaß des Krieges hatten die USA Israel eine Sonderhilfe von 700 Mio. US-Dollar gewährt. Bei seinem Israel-Besuch sagte Cheney Israel weitere 72% für die Entwicklung des Raketenabwehrsystems zu (s.o.) und 10 Kampfflugzeuge F- 15. Nach Ansicht Israels sollen diese Kampfflugzeuge im Wert von 650 Mio. Dollar eine Extragabe sein und nicht auf die 700 Mio. angerechnet werden. (28)

Am Beispiel der Tabelle der US-Waffenhilfe an Israel läßt sich übrigens deutlich erkennen, daß Kriege und "Friedensschlüsse" im Nahen Osten schon immer Waffenexportsteigerungen mit sich brachten. Die US-Waffenhilfe erreicht erstmals vor und nach dem Krieg 1967 größeren Umfang, dem Krieg 1973 folgt ein großer Sprung nach vorn bzw. der Beginn jährlicher Waffenschenkungen. Den nächsten großen Sprung brachte das Camp-David-Abkommen mit Ägypten, das für Israel mit einer Sonderlieferung an Waffen verzuckert wurde. Jetzt steht der nächste an.

In der hier wiedergegebenen Liste aktueller Waffenexporte haben wir einzig und allein Waffenlieferungen aus den USA an ihre Nah-Ost-Lobby behandelt, es "fehlen" also noch die Lieferungen der übrigen Waffenexporteure, der großen vier bzw. fünf, denn die BRD wollen wir ja auch nicht vergessen. An dieser Stelle wollen wir es mit zwei Beispielen bewenden lassen:

In der "Weltwoche" war zu lesen, daß jetzt beim allgemeinen Waffenexportwettlauf in den Nahen Osten "sogar das Regime von Saddam Hussein als Käufer nicht mehr verpönt zu sein scheint. Bei seinem Besuch in Moskau gelang es dem britischen Premierminister John Major nicht einmal, seinem Gastgeber das Versprechen abzuringen, daß die UdSSR den Irak nicht mehr aufrüsten werde. Beamte in Moskau lassen keinen Zweifel an ihrem Willen offen, den Irak wenigstens mit Defensivwaffen zu versorgen, um das militärische Gleichgewicht in der Region zu bewahren. Auch Frankreichs Rüstungsindustrie ist auf Export angewiesen..." (6)

US-Stellen nahmen von vornherein ganz offen an, daß Syrien "alle Devisen, die es als Zahlung für den Kampf auf Seiten der Allierten erhalte, benutzen (werde), um im Ausland ‚modernste Waffentechnik' zu erwerben." (11) Rund zwei bis drei Mrd. Dollar erhielt Syrien von Saudi-Arabien, die BRD hatte Mitte Februar Syrien z.B. 100 Mio. Finanzsonderhilfe gewährt. Aber wer liefert die Waffen an Syrien?

Der jüngste Anbieter in diesem Waffenbasar dürfte Überraschung auslösen: Vaclav Havel, der Präsident der CSFR, hatte im letzten Jahre all "brüderlichen" Waffenverpflichtungen aus der alten "sozialistischen" Zeit über Bord geworfen und storniert. Nun hat der Kapitalismus sie eingeholt und nun müssen 80.000 Arbeitsplätze gesichert werden. Als erstes wurde in Teheran Öl gegen Maschinen und Waffen getauscht (6), dann wurde Syrien 300 T-72 Panzer (der modernste Typ aus dem sowjetischen Arsenal) zugesagt. Nun hat man auch in der CSFR die entsprechenden westlichen Töne gelernt. In Israel erklärte Außenminister Calfa, er sei "über die Waffenlieferungen besorgt. Deshalb bitte er Israel und den jüdischen Weltkongreß um Hilfe. (...) Der Tchechoslowakei bliebe keine andere Möglichkeit als der Waffenexport, solange der Westen seinem Land nicht helfe, durch Investitionen eine neue, nicht der Rüstung dienende Industrie aufzubauen." (29)

Da könnte man sich ja fast zu den alten Zeiten zurücksehnen, denn eine ideologisch verbrämte realsozialistische Hilfe wäre ja vielleicht zu stoppen gewesen, aber der Kapitalismus verlangt nun einmal

Waffenexport aus ökonomischen Gründen, selbst wenn man gar nicht will. Bloß leider handelt es sich dabei nicht um ein Übergangsstadium der wegen ihrer Vergangenheit von der Rüstungsindustrie abhängigen CSFR, denn so ein US-Rüstungslobbyist über die Waffenexporte: Sie sind "nicht mehr der Zuckerguß auf dem Kuchen, sie sind der Kuchen". Oder anders ausgedrückt mit den Worten von General Dynamics, der einzigen US-Firma, die US-Panzer herstellt: Sie werde ihre Panzerfabriken in Ohio 1993 zumachen, "falls die Regierung die Lieferung von 1.000 Panzern an Saudi-Arabien, Ägypten, Kuwait und die Emirate verweigert." Ohne die ausländischen Bestellungen der F-15 und F-16 seien 4.000 Arbeitsplätze in St. Louis, Cincinnati oder Hartford gefährdet. Boeing ließ das Pentagon wissen, daß es "seine Produktionsanlagen in Seattle für die militärische Version seines Flugzeugs Typ 707 aufgeben werde, falls ein Verkauf an Saudi-Arabien nicht erlaubt würde", zitiert die "Weltwoche" die amerikanische Rüstungslobby. (6) Und das Blatt schlußfolgert:

"Ohne Zweifel, der Golfkrieg hat die Geschäftslage der Rüstungsindustrie verbessert - in den USA, in Europa und in der Dritten Welt. Denn die Lehren, die Israel und die arabischen Staaten aus dem Golfkrieg ziehen, seien eindeutig, meint das amerikanische Wirtschaftsmagazin ‚Business Week': Je mehr High-Tech-Waffen sie haben, desto sicherer fühlen sie sich. (...) Die nächste militärische Kraftprobe im Mittleren Osten wird eingeleitet."

Dem ist nichts weiter hinzufügen.

HH

Anmerkungen:

1) NZZ, 9.2.91

2) FAZ, 29.4.91

3) zitiert nach SZ, 31.5.91

4) Neben den USA sind die UdSSR, China, Frankreich und Großbritannien ständige Mitglieder des Sicherheitsrates der UNO.

5) Die BRD, die während des Krieges wegen ihrer Rüstungsexporte in die Region, insbesondere Giftgaseinrichtungen und Raketentechnik, unter Beschuß geraten war, ist nicht eingeladen. In der Hitliste nimmt sie gleich hinter China Platz 6 bei den Waffenexporteuren ein. (s. Tabellen)

6) Weltwoche, 14.3.91

7) Angaben nach SIPRI-Jahrbuch 1990

8) taz, 27.3.91

9) SZ, 31.5.91

10) FAZ, 17.6.91

11) FAZ, 13.3.91

12) SZ, 12.6.91, AK 277, S. 46

13) laut taz, 3.6.91

14) s. dazu AK 311, S. 2: "Südafrika: erst die Bombe, jetzt die Rakete dazu"

15) FAZ 31.5.91

16) taz, 31.5.91

17) Neues Deutschland, 7.3.91

18) s. taz, 30.5.91

19) FAZ, 29.4.91

20) taz, 7.5.91

21) Allgemeine jüdische Wochenzeitung, 28.3.91

22) FR, 9.3.91

23) FAZ, 6.6.91

24) SZ, 3.6.91

25) NZZ, 14.3.91

26) Jerusalem Post, 13.4.91

27) SZ, 7.5.91

28) taz, 1.6.91

29) FAZ, 7.5.91

Waffenexporte in die "3. Welt"

(in Mio. Dollar, zu Preisen von 1985)

Nr.

1

2

3

4

5

6

10

14 Land

UdSSR

USA

Frankreich

China

England

BRD

Israel

Ägypten

Total 1985

8.563

4.024

3.588

1.017

903

395

160

124

20.576 1986

10.327

4.925

3.355

1.193

1.020

649

242

159

23.560 1987

10.759

6.270

2.518

1.960

1.530

252

273

194

26.170 1988

8.238

3.649

1.312

1.781

1.165

480

117

232

19.256 1989

8.515

2.528

1.527

718

993

149

216

61

16.427 85-89

46.402

21.397

12.299

6.669

5.610

1.925

1.008

771

105.989

Waffenexporte total (einschließlich Verbündeter und Industriestaaten)

(in Mio. Doller zu Preisen von 1985)

Nr.

1

2

3

4

5

6

12

15 Land

UdSSR

USA

Frankreich

England

China

BRD

Israel

Ägypten

Total 1985

12.796

8.800

3.970

1.699

1.088

1.025

227

124

32.504 1986

14.579

10.272

4.005

1.429

1.193

1.108

250

159

36.037 1987

14.718

12.529

2.896

1.665

1.960

674

346

194

38.837 1988

12.464

10.505

2.199

1.297

1.842

1.432

133

232

33.619 1989

11.652

10.755

2.732

1.620

799

780

228

61

31.819 85-89

66.209

52.862

15.802

7.711

6.862

5.019

1.183

771

172.816

Quelle: Sipri-Jahrbuch 1990

Führende Waffenimporteure im Nahen Osten 1985-89

(in Preisen von 1985, in Mio. US-Dollar)

Land

Saudi-Arabien

Syrien

Ägypten

Libyen

Iran

1985

1.447

1.690

1.282

969

710

1986

2.395

1.508

1.665

1.359

746

1987

1.956

1.169

2.347

294

685

1988

1.770

1.172

348

65

538

1989

1.196

336

152

499

261

85-89

8.764

5.876

5.795

3.186

2.940

Quelle: Sipri-Jahrbuch 1990

US-Militär-Hilfe für Israel 1949-1985

(in Mio. Dollar)

Jahr

1949-52

1953-61

1962

1963

1964

1965

1966

1967

1968

1969

1970

1971

1972

1973

1974

1975

1976

1977

1978

1979

1980

1981

1982

1983

1984

Total Kredite

-

0,9

13,2

13,3

-

12,9

90,0

7,0

25,0

85,0

30,0

545,0

300,0

307,5

982,7

200,0

850,0

500,0

500,0

2.700,0

500,0

900,0

850,0

950,0

850,0

11.212,5 Geschenke

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

1.500

100

850

500

500

1.300

500

500

550

750

850

7.900 Total

-

0,9

13,2

13,3

-

12,9

90,0

7,0

25,0

85,0

30,0

545,0

300,0

307,5

2.482,7

300,0

1.700,0

1.000,0

1.000,0

4.000,0

1.000,0

1.400,0

1.400,0

1.700,0

1.700,0

19..112,5 in Dollar (83)

-

3,0

44,2

44,0

-

41,4

280,6

21,2

72,7

234,7

78,2

1.360,8

726,4

700,7

5.100,8

564,5

3.023,9

1.669,7

1.551,5

5.587,9

1.230,3

1.557,0

1.467,9

1.700,0

1,700,0

28.761,4

Quelle: Mohamed L. Khawas, Samir Abed-Rabbo, American Aid to Israel, Anama Books, 1985

Woher kommen die Waffenimporte im Nahen Osten?

Anteile der UdSSR, USA und europäischer NATO-Länder (in Prozent)

Land

Ägypten

Israel

Iran

Irak

Libyen

Saudi-Arabien

Syrien

Türkei UdSSR

70er/80er

87/-

-/-

1/-

90/53

74/72

-/-

95/91

-/- USA

70er/80er

3/67

96/99

78/3

-/5

1/1

70/46

-/-

72/40 Europa

70er/80er

7/22

4/-

20/10

8/22

18/21

26/36

1/-

28/60

Quelle: Sipri-Jahrbuch 1990

19. Anmerkungen zur Geschichte des Staates Israel - Teil 3

Nachtrag

Rubrik: Israel / Palästina; Nahost allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak332/43.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:332:43

"Die Soldaten der Israelis haben den Frieden gerettet. Durch ihren schnellen militärischen Vormarsch. Durch ihre überlegene Kampfkraft.

So schön der Traum ist von der Welt ohne Waffen - die Wirklichkeit ist anders.

De Gaulle, Adenauer und Strauß haben recht getan, als sie den Israelis moderne Waffen lieferten. Ohne diese Waffen gäbe es kein blühendes Israel mehr, sondern nur verbrannte Erde.

Mit hervorragenden russischen Waffen ausgerüstet, hätte Nasser vollendet, was Hitler begann: Das Volk der Juden wäre total vernichtet.

Zweieinhalb Millionen Israelis haben die Welt gelehrt, daß man sich in der Not zuerst auf sich selbst verlassen muß. Und nicht auf den großen Bruder.

Ob die Europäer das jemals begreifen werden? Oder ob viele von ihnen auch weiterhin die kommunistischen Friedenstauben streicheln und vor den kommunistischen Panzern und Raketen die Augen zukneifen?" (BILD, 10. Juni 1967)

Die Solidarität mit Israel hat viele Gesichter. Zwischen deutschnational und "antideutsch", zwischen stockreaktionär und "linksradikal", ist so ziemlich alles drin, was jemand Interesse halber hineinlegen möchte.

Palästinenser haben aus aktuellem Anlaß die Frage gestellt, wodurch sich nach internationalem Recht die Besetzung Kuwaits durch den Irak unterscheidet von der Besetzung der Westbank und des Gasastreifens durch Israel. Ihnen ist nicht klar zu machen, warum die eine Sache von den USA mit Krieg bestraft, die andere aber mit Milliardenbeträgen unterstützt wird, und wie dazu die UNO samt Sowjetunion auch noch ihren Segen geben konnten.

Ihnen, die so fragen, wird zumeist geantwortet: Israel kam im Juni 1967 nicht als Aggressor, sondern in gerechtfertigter Notwehr. Wieweit diese Antwort zutreffend ist, soll hier näher betrachtet werden.

"Maßnahmen der Abwehr"

Am Vormittag des 5. Juni 1967 erfuhr die Welt aus Israel: "Seit dem heutigen frühen Morgen finden an der Südfront heftige Kämpfe zwischen ägyptischen Panzer-und Luftstreitkräften, die sich gegen Israel in Bewegung gesetzt haben, und unseren Streitkräften statt, die Maßnahmen zur Abwehr ergriffen."

Heute, vierundzwanzig Jahre später, wissen wir, daß das eine Propagandalüge war. Israel hatte um 7 Uhr 45 Ortszeit den Krieg mit vernichtenden Luftangriffen gegen Ägyptens Militärflughäfen eröffnet, ohne daß eine ägyptische Aktion vorausgegangen war. Von den 254 Kampfflugzeugen, die Ägypten während des Juni-Kriegs verlor, wurden 240 gleich am ersten Tag zerstört, die meisten noch am Boden. Es ist nicht zuviel gesagt, daß die ägyptische Luftwaffe am ersten Tag des Krieges ausgeschaltet wurde. Die so gewonnene totale Luftüberlegenheit war eine wesentliche Voraussetzung für das rasche Vorrücken der israelischen Panzertruppen.

Es sei daran erinnert, daß Israel seinen Überfall auf Ägypten 1956 mit einer ähnlichen Propagandalüge eingeleitet hatte: "Die israelische Aktion folgte auf militärische Angriffe ägyptischer Streitkräfte gegen israelische Verbindungswege zu Land und zur See..."

Es gab im Juni 1967 keinen ägyptischen Angriff, und es gibt heute niemanden mehr, der etwas anderes behauptet. Es hat im Juni 1967, auch das steht fest, kein einziger arabischer Soldat einen Quadratmeter israelischen Boden betreten, es wäre denn vielleicht als Kriegsgefangener. Es drohte, wie die meisten israelischen Politiker und Historiker inzwischen zugeben, auch kein arabischer Angriff auf Israel. Dazu hätten die vorhandenen Kräfte keinesfalls ausgereicht. Darauf soll noch eingegangen werden. Auch die

friedensmäßige und sorglose Art, wie Ägyptens Kampfflugzeuge am Boden ordentlich aufgereiht für Israels vernichtenden Schlag bereitstanden, ist ein Indiz, daß man nicht auf Krieg eingestellt war. Dasselbe gilt für Syrien und Jordanien, deren Luftwaffen etwas später in gleicher Weise am Boden dezimiert wurden. In diesem Fall behauptet die israelische Version jedoch, daß Bombenangriffe jordanischer und syrischer Flugzeuge vorausgegangen seien, und zwar auf einen israelischen Militärflugplatz und auf Ölraffinerien in Haifa. Dennoch stieß die israelische Luftwaffe offenbar auch hier auf einen überraschten, unvorbereiteten Gegner: Syrien verlor am ersten Kriegstag am Boden 45 seiner 142 besten Kampfflugzeuge, und Jordanien 18 von 22.

Nicht umstritten ist, daß Israel mit dem "Blitzschlag" gegen die ägyptische Luftwaffe den Juni-Krieg begonnen hat. Läßt sich das von der Vorgeschichte des Krieges her rechtfertigen?

Permanenter Kleinkrieg

Der erste arabisch-israelische Krieg 1948/49 hatte nicht mit Friedensschlüssen, sondern nur mit Waffenstillstands-Vereinbarungen geendet. Israel weigerte sich, über die Räumung der in diesem Krieg besetzten Gebiete und über die Rückkehr der Hunderttausende von palästinensischen Flüchtlinge auch nur zu verhandeln. Alle konträren UN-Resolutionen wurden von Israel mißachtet. Auf der anderen Seite weigerten sich die arabischen Staaten, die Existenz Israels zu akzeptieren. Von ihrem Boden aus operierten palästinensische "Kommandos". Das war Anlaß für israelische "Gegenschläge", deren Ausmaß in keinem adäquaten Verhältnis zu den "Kommando-Aktionen" stand. Auch der Überfall auf Ägypten 1956, bei dem die israelische Armee bis zum Suez-Kanal vorstieß, war mit der Absicht begründet worden, dem palästinensischen Terror das Hinterland zu entziehen.

Stand in den 50er Jahren Ägypten im Zentrum der "Kommando-Aktionen" und "Gegenschläge", so hatte sich in den sechziger Jahren der Schwerpunkt mehr auf Jordanien und Syrien verschoben. Ab 1965 steigerte sich die Zahl der palästinensischen Aktionen und israelischen Reaktionen. Seit dem Suez-Krieg 1956 bestand auf arabischer Seite die permanente Furcht, daß eine scheinbar begrenzte israelische "Strafexpedition" sich als Auftakt für einen großen Krieg herausstellen könnte. Als besonders schwerwiegend wurde in der arabischen Welt der Angriff israelischer Einheiten auf das jordanische Dorf Samu am 13. November 1966 interpretiert. Nach Angaben der UNO wurden dort als "Repressalie" 125 Häuser, eine Klinik und eine Schule total zerstört. Mindestens 20 Menschen wurden getötet, 54 verletzt. Nach Aussagen der örtlichen Bevölkerung hatten die israelischen Soldaten wahllos auf jeden geschossen, der sich blicken ließ.

Auf die Aktion von Samu folgte ein saudi-arabisches Angebot, 20.000 Soldaten in Jordanien zu stationieren. Dies wurde anscheinend von König Hussein zum damaligen Zeitpunkt ausgeschlagen, der sich ungern in die Rolle des "Frontstaat Nr. 1" drängen lassen wollte. Zweitens heizte die Aktion von Samu die Widersprüche zwischen den arabischen Staaten an, was eine übliche Folge (und vermutlich auch eine Absicht) der israelischen "Gegenschläge" war. Jordanien erhob nach Samu heftige Vorwürfe gegen Ägypten: es sei seiner Pflicht nicht nachgekommen, Jordanien gegen solche Angriffe Israels beizustehen. Ägyptens Präsident Nasser gab zwar gern radikale Verlautbarungen von sich, agierte aber in der Praxis zu dieser Zeit sehr zurückhaltend. Ergebnis war, daß sich israelische "Vergeltungsschläge" 1965/66 zwar gegen Jordanien, Syrien und Libanon richteten, aber in keinem Fall von Bedeutung gegen Ägypten. Nasser forderte zwar von Jordanien und Syrien, die palästinensischen "Kommandos" von ihrem Boden aus gegen Israel operieren zu lassen, hütete sich aber, selbst in die israelische Schußlinie zu geraten. Das alles wirkte sich für den ägyptischen Führungsanspruch in der arabischen Welt negativ aus. Aus diesem Problem ergab sich dann das "Vorpreschen" Nassers im Mai 1967, mit dem er seinen Mut und seine Radikalität zu beweisen versuchte.

Unmittelbarer Auslöser der Nahostkrise vom Mai, die dem Juni-Krieg voranging, war ein Luftgefecht am 7. April 1967: israelische Kampfflugzeuge schossen dabei über syrischem Territorium sechs syrische MIG 21 ab. Am folgenden Tag verpflichteten sich Ägypten, der Irak, Jordanien, der Libanon und Kuwait mit einer gemeinsamen Erklärung, Syrien gegen weitere israelische Angriffe zu unterstützen.

Am 9. Mai gab die Knesset der israelischen Regierung Vollmachten für Operationen gegen Syrien. Am 16. Mai gab Ägypten bekannt, es sei wegen der israelischen Kriegsdrohungen gegen Syrien gezwungen, seine Truppen in Alarmzustand zu versetzen. Im Falle eines israelischen Angriffs auf Syrien werde man diesem beistehen. Ägyptens Stabschef teilte der zwischen Israel und Ägypten stationierten UN-Friedenstruppe mit: seine Streitkräfte seien angewiesen, "sich zur sofortigen Aktion gegen Israel bereitzuhalten, sobald es einen

Aggressionsakt gegen einen arabischen Staat unternimmt." Zugleich verlangte er den sofortigen Abzug der UN-Friedenstruppe.

Zum Verständnis: Die "Blauhelme", etwa 3400 Mann, waren nach dem Suez- Krieg von 1956 an der Grenze, aber auf ägyptischem Gebiet stationiert worden. Mitte der sechziger Jahre hatten sich die Vorwürfe von arabischer Seite an die Adresse Nassers gehäuft, er sei ein großmäuliger Feigling, der sich hinter der UN-Friedenstruppe verstecke. Als Hintergrund solcher Polemiken ist erstens die damalige scharfe Konkurrenz zwischen den nationalistischen Regimes von Ägypten und Syrien zu sehen. Es ist zweitens zu berücksichtigen, daß auch die reaktionären Regimes von Saudi-Arabien und Jordanien, die ständig den verbalen Angriffen Nassers ausgesetzt waren, gern jede Gelegenheit wahrnahmen, in gleicher Münze zurückzuzahlen. Die Forderung Ägyptens nach Abzug der "Blauhelme" war im wesentlichen eine propagandistische Angelegenheit im innerarabischen Spiel. In der israelischen Propaganda wurde sie allerdings so interpretiert, als wolle sich Ägypten freies Feld für einen Angriff schaffen.

Aufmarsch der Gegner

Am 19. Mai wurden die UN-Truppen abgezogen, nachdem Ägypten seine Forderung noch einmal wiederholt hatte. Am 21. Mai begannen Israel und Ägypten mit der Mobilisierung ihrer Reservisten. Der beidseitige Truppenaufmarsch war aber schon seit Mitte des Monats in Gang. Israel kann eine im Verhältnis zu seiner Bevölkerung sehr große Zahl von Reservisten mobilisieren. Der Nachteil ist, daß die Volkswirtschaft eine solche Mobilisierung nicht lange aushält. Die israelische Regierung ist also "gezwungen", nach einer Vollmobilisierung innerhalb weniger Tage entweder Krieg zu führen oder das Ganze abzublasen. (Dies beschreibt die Situation von 1967. Wieweit das heute noch gilt, ist fraglich.)

Am Abend des 22. Mai gab Nasser bekannt, der Golf von Akaba sei für israelische Schiffe gesperrt. Nicht durchgelassen würden auch andere Schiffe, die "strategische Materialien" für Israel transportierten. Von allem, was damals geschah, gibt diese ägyptische Maßnahme noch am ehesten einen plausiblen, wenn auch nicht unbedingt gerechten Kriegsgrund für Israel ab.

Über den Hafen Eilat am Golf von Akaba wickelt Israel einen erheblichen Teil seines Handels ab, nämlich den mit Mittelost, Asien und Ostafrika. Laut Statistik liefen in 1965 etwa 15% seiner gesamten Importe und 90% seiner Ölimporte über Eilat. Die Alternative bestand, da israelische Schiffe nicht durch den Suez-Kanal gelassen wurden, in Umwegen von vielen tausenden Kilometern um Afrika herum, mit entsprechender Verteuerung. (Der Seeweg von Indien beispielsweise würde sich nach Israel auf diese Weise vervierfachen.)

Die freie Fahrt durch den Golf von Akaba hatte schon beim Suez-Krieg 1956 eine große Rolle gespielt. Israel hatte sich damals als Preis für seinen Rückzug von den USA die Zusicherung geben lassen, daß eine Sperrung der Durchfahrt Israels legitime Verteidigungsinteressen berühren würde. Deutlicher gesagt: die US-Regierung hatte versprochen, dies als Kriegsgrund zu akzeptieren.

Als Einschub sei festgehalten: Die völkerrechtliche Situation ist umstritten. Die Fahrtlinie nach Eilat führt tatsächlich und unstrittig durch ägyptische Hoheitsgewässer. Das Gegenargument besagt, daß dies nicht in Betracht kommt, wenn es um die freie Zufahrt zu einem Hafen geht; diese habe unbedingt Vorrang. Richtig ist, daß nach vorherrschender Rechtsinterpretation die Sperrung der Durchfahrt durch eine Meerenge in Friedenszeiten unzulässig ist. Jedoch befanden sich Ägypten und Israel offiziell seit 1948 im Kriegszustand.

Am 24. Mai teilte Jordanien mit, daß wegen der ernsten Krise saudi-arabische und irakische Truppen im Land stationiert würden. Irakische Hilfskontingente sollten auch nach Syrien und Ägypten geschickt werden. Am 25. Mai führte der israelische Außenminister Abba Eban Gespräche in den USA. Über die Ergebnisse wurde wenig bekannt. Interessant ist jedoch, daß in der Presse damals, also mehrere Tage vor dem Krieg, auch folgendes zu lesen war: Eban habe der US-Regierung definitiv versichert, daß Israel in fünf Tagen mit seinen Gegnern fertig werden würde. Damit sei gewährleistet, daß Israel nicht auf direkte amerikanische Hilfe angewiesen sein würde. Die USA könnten es sich also ohne Risiko leisten, in dem kommenden Krieg offiziell "neutral" zu bleiben. Für die US-Regierung war diese Zusicherung eine Voraussetzung, Israel für den Angriff freie Hand zu geben. Eine Sorge der US-Regierung war nämlich, wider Willen in eine Situation gebracht zu werden, wo sie vor der Alternative stehen würde, entweder Israel offen beizuspringen (und einen Konflikt mit der UdSSR und der arabischen Welt zu riskieren), oder als Verräter an den "besonderen Beziehungen" zwischen USA und Israel dazustehen.

Am 30. Mai wurde zwischen Ägypten und Jordanien ein Abkommen über militärische Zusammenarbeit im Kriegsfall geschlossen. Damit waren die tiefgehenden Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Staaten vorübergehend überbrückt. Das Regime König Husseins war bis dahin die bevorzugte Zielscheibe von Nassers Polemiken gegen die "Lakaien des Imperialismus" gewesen. Eine Verpflichtung, wie Jordanien sie jetzt eingegangen war, hatte Hussein lange Zeit zu vermeiden versucht.

Am 1. Juni bildete der sozialdemokratische Ministerpräsident Israels, Levi Eschkol, eine Kriegskoalition, genannt "Kabinett der Nationalen Einheit". Neu aufgenommen wurde erstens der frühere Stabschef Mosche Dajan als Verteidigungsminister. Er gehörte zur Rafi, einer um Ben Gurion gebildeten Rechtsabspaltung der sozialdemokratischen Arbeitspartei. Neu aufgenommen wurden zweitens Menachem Begin und Josef Sapir von der Rechtspartei Gahal, Vorläuferin des späteren Likud.

Am 4. Juni gab König Hussein bekannt, daß der Irak sich dem ägyptisch-jordanischen Abwehrpakt angeschlossen habe. Hussein begründete das mit der Sorge, daß Israel "schon in den nächsten Tagen losschlagen könnte". Am folgenden Morgen war es soweit.

"Blitzkrieg"

Der Krieg Israels gegen Ägypten begann am 5. Juni und endete am 9. Juni. Ägypten hatte schon am 8. Juni den von der UNO vorgeschlagenen Waffenstillstand akzeptiert, aber Israel hatte es vorzogen, seine Positionen schnell noch etwas zu verbessern. Bei Kriegsende stand die israelische Armee in ganzer Breite am Suez-Kanal. Einem großen Teil der ägyptischen Truppen auf der Sinai-Halbinsel war bei dem raschen Vormarsch der Israelis der Rückweg abgeschnitten worden. Es wurden etwa 10.000 ägyptische Soldaten getötet, 20.000 verletzt, 5.500 gefangengenommen. Israels Verluste: 275 Tote, 800 Verletzte.

Der Krieg Israels gegen Jordanien begann am 5. Juni gegen Mittag und endete am Abend des 7. Juni. Insgesamt hatte er 57 Stunden gedauert. Das ganze Gebiet westlich des Jordan war nun unter israelischer Kontrolle. Jordanien verlor nach eigenen Angaben rund 6.000 Mann als tot oder vermißt. Israels Verluste: 550 Tote, 2.500 Verletzte. (Die zahlenmäßig nicht sehr große jordanische Armee galt damals noch als bestgerüstete und bestausgebildete der arabischen Welt. Sie verfügte im Gegensatz zu Ägypten und Syrien über moderne westliche Waffen, wie sie auch Israel hatte.)

Israel hatte zwar gleich am Vormittag des 5. Juni die syrische Luftwaffe weitgehend ausgeschaltet, danach aber an dieser Front Ruhe gehalten. Israel besaß einfach nicht genug Soldaten, um gleichzeitig an drei Fronten einen schnellen offensiven Bewegungskrieg zu führen. Die syrische Armee selbst unternahm auch nichts, um Ägypten und Jordanien zu Hilfe zu kommen. Israel griff an der von Syrien stark befestigten Golan-Front erst am Morgen des 9. Juni an. Am Abend des 10. Juni wurde ein Waffenstillstand geschlossen. Israels Truppen waren nur etwa 20 Kilometer über die Grenze vorgedrungen, aber das war eine entscheidende Strecke, denn damit hatte Syrien erstens seine starke Position auf den Golan-Höhen verloren und zweitens einen Großteil seines Kriegspotentials eingebüßt. Syriens Verluste: 2500 Tote und 5000 Verletzte. Auf israelischer Seite wurden 115 Mann getötet und 306 verletzt.

"Rettet Israel!"

Der Vergleich der Opfer auf beiden Seiten ebenso wie der schnelle Kriegsverlauf deuten auf eine hohe israelische Überlegenheit hin. Dennoch wurde vor dem Krieg weithin so getan, als stünde die Existenz Israels auf dem Spiel, als stünde der jüdische Staat "wieder einmal" ganz auf sich allein gestellt mit dem Rücken an der Wand einer riesigen Übermacht von Feinden gegenüber. Das Exempel von 1956, als Israels Armee schon einmal in wenigen Tagen zum Suez-Kanal durchgerollt war, schien nicht im Gedächtnis geblieben zu sein. "Rettet Israel!", war die Parole des Tages, der sich auch viele Linke nicht entziehen mochten.

In einem Aufruf der Deutsch-Israelischen Gesellschaft vom 2. Juni liest sich das so: "Helft mit, den Frieden in Nahost wiederzugewinnen und Israel vor dem Untergang zu bewahren ... Wir können nicht schweigen, wenn das israelische Volk mit Völkermord bedroht wird ... Wir rufen alle: Seid auf friedliche Weise solidarisch mit allen bedrohten Menschen, die durch Bomben und Raketen verbrannt oder durch Verhungern ausgerottet werden sollen." - Kein Zweifel, daß damit weder Vietnamesen noch Araber gemeint waren.

Vom Untergang war Israel 1967 ganz sicher nicht bedroht, nicht einmal von einer Niederlage. Selbst in reiner Quantität ausgedrückt war Israel nur auf der Sinai-Halbinsel im Rückstand, während es an den Fronten gegen

Syrien und Jordanien sogar zahlenmäßig einen Vorsprung hatte. Dazu trug bei, daß Israel nicht gezwungen war, gleichzeitig an allen drei Fronten Krieg zu führen, und daß es die Fähigkeit hatte, seine Truppen sehr schnell zu verschieben.

Vier arabische Staaten mit einer Bevölkerung von insgesamt 41,7 Millionen (Ägypten, Syrien, Jordanien und Irak) hatten nicht einmal doppelt so viele Soldaten zur Verfügung wie Israel mit seinen 2,5 Millionen Menschen: 395.000 Mann die einen, 275.000 die anderen. Für Länder, die sich angeblich seit Jahrzehnten darauf vorbereiteten, Israel zu "verschlingen", war der arabische Militarisierungs-und Mobilisierungsgrad wirklich erstaunlich niedrig. Außerdem hatte Ägypten zu dieser Zeit einen nicht geringen Teil seiner Streitkräfte im Jemen stationiert, um in den dortigen Bürgerkrieg einzugreifen.

Bei den Waffen sah das Zahlenverhältnis im Juni-Krieg so aus: Israel 1.000 Panzer (davon modern 450), die arabischen Gegner 2.450 (davon modern 1.350). Artillerie: Israel 200 Geschütze, auf arabischer Seite 1.550. Kampfflugzeuge: 260 und 760.

Zahlen an sich bedeuten aber für einen militärischen Kräftevergleich noch nicht viel. Erstens verschaffte sich Israel gleich zu Beginn des Krieges absolute Überlegenheit in der Luft. Damit war die quantitative Überlegenheit der Gegenseite bei Panzern und Geschützen schon stark relativiert. Jeder Versuch, Kräfte zu bewegen, setzte sie Angriffen aus der Luft aus, gegen die kein adäquates Gegenmittel vorhanden war. Absolute Luftüberlegenheit bedeutet auch, daß die Aufklärung des Feindes stark behindert ist. Er muß nahezu "blind" operieren, während die überlegene Seite genau weiß, wo die feindlichen Einheiten verteilt sind und wo sie sich bewegen.

Außerdem stecken hinter Zahlen ungleiche Qualitäten. Beim Ausbildungsstand seiner Soldaten und bei der Wartung der Waffen hatte Israel einen riesigen Vorsprung. Auf arabischer Seite lagen rund 20% der Waffensysteme schon bei Kriegsbeginn aufgrund von Defekten still. Es fehlte an ausreichendem ausgebildetem Personal, um die Systeme "rund um die Uhr" einzusetzen. Der modernste Panzer der israelischen Armee, der britische Centurion, war dem sowjetischen Gegenstück T 54/55 in einem entscheidenden Punkt überlegen: Seine Reichweite als panzerbrechende Waffe lag bei 2000 m, die des T 54/55 nur bei 1000 m. Einfach formuliert: der T 54/55 war schon außer Gefecht gesetzt, bevor er einen Schuß abgeben konnte. Diesen israelischen Vorteil konnten die arabischen Panzer allenfalls etwas kompensieren, wenn sie gut getarnt auf den Gegner warteten, also aus der Defensive heraus. Ihre große numerische Überlegenheit bei den Geschützen konnten die Araber gleichfalls nur in der Abwehr nutzen.

Die arabischen Staaten verfügten 1967 nicht über ein Offensivpotential gegen Israel. Sie hatten keine Angriffsplanung, und sie hatten nicht einmal ein Konzept für eine gemeinsame, geschweige denn eine koordinierte Abwehr. Syrien, dessen Regime die radikalsten Töne anzuschlagen pflegte, hätte sich aus dem Krieg offensichtlich am liebsten herausgehalten und Ägypten und Jordanien ihrem Schicksal überlassen.

Aber war die Lage der Dinge den israelischen Politikern und Militärs vielleicht nicht ausreichend bekannt? Überschätzten sie die militärischen Kräfte der Gegner? Verstanden sie deren politische Signale falsch? - Die hervorragende Planung und Durchführung des "Blitzkriegs" zeigt, daß man auf israelischer Seite bestens über jedes Detail des gegnerischen Aufmarsches informiert war und adäquate Antworten vorbereitet hatte. Hierzu ein kleines Beispiel: Die israelischen Planer wußten nicht nur exakt, wo sie die ägyptische Flugzeuge antreffen würden. Sie wußten auch, daß die Ägypter einen Angriff im Morgengrauen erwarteten und um diese Zeit Erkundungsflüge unternahmen. Sie berechneten also den Erstschlag gegen die ägyptischen Flughäfen so, daß zu diesem Zeitpunkt alle Maschinen des Gegners gerade wieder am Boden waren und die trügerische Ruhe der Entwarnung herrschte. Israel leistete sich sogar das "Extra", zwei ägyptische Flugplätze südlich des Gasastreifens nicht zu zerstören, weil man sich sicher war, diese demnächst selbst benutzen zu können.

"Auf nach Tel Aviv!"

Aber die arabischen Kriegsdrohungen gegen Israel?! Da davon auszugehen ist, daß hinter diesen Drohungen weder materielle Absichten noch Möglichkeiten standen, könnte zugunsten Israels allenfalls auf "Putativnotwehr" plädiert werden. Diese ist aber im völkerrechtlichen Sinn schwerlich ein akzeptabler Kriegsgrund, und sie rechtfertigt erst recht nicht die Annexion oder die permanente Besetzung eroberter Gebiete. Im Übrigen steht wohl, siehe oben, fest, daß die israelische Führung sich durchaus nicht in einer akuten Notwehrsituation wähnte. Allenfalls lautete ihr Argument, man müsse die Araber schlagen, solange sie

noch zu schwach sind, um Israel gefährlich zu werden. Also ein "Präventivkrieg" nicht im akuten Sinn, sondern höchstens im strategischen, langfristigen Sinn.

Dennoch gab es die arabischen Kriegsdrohungen gegen Israel. Einige seien hier beispielhaft zitiert. Am 22. Mai sagte Nasser in einer Rede zur Sperrung des Golfs von Akaba: "Wenn Israel uns mit Krieg droht, werden wir antworten: 'Löst ihn doch aus'." Die militärische Lage sei ganz anders als die von 1956. Damals seien die Ägypter eigentlich nicht von den Israelis geschlagen worden, sondern durch die Intervention Großbritannien und Frankreichs. - Am 26. Mai sagte Nasser in einer Rede: "Der Kampf mit Israel wird ein totaler Kampf sein. Die Schlacht wird nicht auf Syrien oder die VAR (d.h. Ägypten) beschränkt bleiben. Unser grundlegendes Ziel in dieser Schlacht wird die Zerstörung Israels sein." - Am 28. Mai sagte Nasser auf einer Pressekonferenz: "Wir werden Zeit und Ort wählen, um der Konfrontation mit Israel zu begegnen. Wenn die USA mit Israel gemeinsame Sache machen, um die Durchfahrt durch die Straße von Tiran (Golf von Akaba) zu erzwingen, dann sind wir stark genug, es auch mit den USA aufzunehmen." "Wir bekämpfen nicht nur Israel, sondern auch jene, die Israel geschaffen haben und dahinter stehen, das heißt den Westen ... Nunmehr sind wir bereit zur Konfrontation. Wir sind bereit, das palästinensische Problem in seiner Gesamtheit zu lösen. Heute geht es nicht mehr nur um die Frage von Akaba oder den Rückzug der UN-Sicherheitstruppe, sondern um die Aggression gegen Palästina, die 1948 mit Hilfe von Großbritannien und den USA begangen wurde."

Nach dem Beginn des israelischen Angriffs sendete Radio Kairo Aufrufe wie diesen: "Arabische Soldaten in Jordanien und Syrien, eure Zeit ist gekommen. Greift an, zerstört und befreit Palästina, und setzt euch gegen Tel Aviv in Marsch!" Und Radio Damaskus am 8. Juni, nachdem Ägypten und Jordanien schon aus dem Krieg ausgestiegen waren: "Die Schlacht geht weiter, arabische Brüder. Der Kampf wird nicht eingestellt, bevor wir nicht die palästinensische Flagge in den Himmel über Tel Aviv gehißt haben!" - Dies angesichts der Tatsache, daß die syrische Armee bis dahin nichts getan hatte, um Ägypten und Jordanien zu entlasten, und daß Syrien nicht mehr als 35.000 Soldaten auf den Golan-Höhen stationiert hatte.

Ähnlichkeiten mit den rhetorischen Höhenflügen eines Saddam Hussein sind wahrscheinlich alles andere als zufällig. Arabische Politiker sind sicher keine Idioten, aber die Kluft zwischen Realität und Rhetorik ist offensichtlich. Beispielsweise anzunehmen, daß die syrische Führung nach der Zerschlagung der Armeen Ägyptens und Jordaniens den extremen Ernst ihrer Lage nicht begriffen hätte, scheint mir nicht angemessen. Die militärischen Fakten waren ihnen im Großen und Ganzen zweifellos bekannt. Der Selbsttäuschung waren insofern recht enge Grenzen gesetzt. Und dennoch dieses aggressive Muskelspiel, diese überdrehte Siegeszuversicht, diese Farce des "Gesichtwahrens" als starker, furchtloser Mann. Es ist ein Teil der arabischen Tragödie, daß die israelischen Politiker und Militärs dieses machistische Ritual nicht nur vollständig durchschauen, sondern es auch wunderbar zu instrumentalisieren verstehen.

Im Übrigen ist festzustellen, daß in den arabischen Kriegsdrohungen von 1967 nicht von einem Angriff auf Israel die Rede war. Die ständig wiederkehrende Aussage lautete: Wenn Israel uns angreift, werden wir den Krieg in eine Schlacht zur Zerstörung Israels und zur Befreiung Palästinas verwandeln. Allenfalls kann in diese Drohungen hineininterpretiert werden, die arabischen Regimes hätten auf einen Angriff Israels gehofft, ihn vielleicht sogar provoziert, weil sie sich davon relativ günstige Ausgangsbedingungen für einen Krieg versprachen. Nämlich dadurch, daß sich Israel in einem solchen Krieg an der arabischen Abwehr "festrennen" und seine Kräfte schließlich erschöpfen würde.

Ebenso plausibel ist aber in Kenntnis der entsprechenden Rituale, daß die arabischen Regimes nach den Niederlagen von 1948 und 1956 und angesichts der offenen Kriegsvorbereitungen Israels 1967 ganz einfach Riesenangst vor einem Krieg hatten. Und daß sie sich der Illusion oder der schwachen Hoffnung hingaben, sie könnten Israel durch Prahlen mit der eigenen Stärke und durch Ausmalen der katastrophalen Folgen eines Krieges vom Angriff abschrecken.

Kt.

Nachtrag

Nach den ersten beiden Teilen der "Anmerkungen zur Geschichte des Staates Israel" (AK 330 und AK 331) ist das Fehlen von Quellen-Verweisen kritisiert worden. Diese sollen hier nachgetragen werden.

Dem ersten Teil wurde das Buch "The Balfour Declaration" von Leonard Stein (London 1961) zugrundegelegt, das mit rund 700 Seiten die wohl umfassendste Darstellung zu diesem Thema ist und nicht von einer parteiischen Wertung ausgeht. Die meisten Zitate im Zusammenhang der Entstehung der Declaration wurden dieser Arbeit entnommen.

Benutzt wurden ferner u.a. "The Unromantics - The Great Powers and the Balfour Declaration" von Jon Kimche (London 1986) und "The Triangular Connection: America, Israel, and American Jews" von Edward Bernard Glick (London/Boston 1982). Außerdem das von H. Mejcher und A. Schölch herausgegebene Buch "Die Palästina-Frage 1917- 48" (Paderborn 1981).

Für die zionistische Sicht auf die arabische Bevölkerung Palästinas ist das Buch "Zionism and the Arabs, 1882 - 1948" des israelischen Historikers Yosef Gorny (Oxford 1987) eine wichtige Quelle. Zum gleichen Thema außerdem aus zionismuskritischer Sicht: "Der deutsche Zionismus und die Araber Palästinas" von Judith Klein (Frankfurt 1982).

Als Hintergrund für die beiden ersten Teile, insbesondere aber zur Vor-und Frühgeschichte des Zionismus, wurden u.a. auch zugrundegelegt der Band 3 der "Geschichte des jüdischen Volkes", herausgegeben von Haim Hillel Ben-Sasson (München 1980), und "A History of Zionism" von Walter Laqueur (New York 1972). Eine wichtige und sehr handliche Informationsquelle ist ferner die in Jerusalem erscheinende "Encyclopaedia Judaica". Von dort übernommen wurden Zahlenangaben zur Entwicklung der zionistischen Bewegung weltweit und in einzelnen Ländern. (Zahlen wurden jedoch in der Regel, soweit möglich, immer mit mehreren verschiedenen Quellen verglichen.) - Für Kartenmaterial sei auf den "Jewish History Atlas" von Martin Gilbert verwiesen.

Zum zweiten Teil wurden vor allem folgende Quellen benutzt:

- Simha Flapan: "The Birth of Israel" (New York 1987) zum Krieg von 1948 und seiner Vorgeschichte. Die Haltung Ben Gurions zum ersten Teilungsplan 1937 habe ich zusammengefaßt nach Zitaten aus offiziellen Quellen, die Flapan anführt (S. 21-22); im gleichen Sinn auch Gorny (S. 259-261).

- David Ben Gurion: "Israel, Die Geschichte eines Staates" (Frankfurt 1973). U.a. zur militärischen Stärke der arabischen Staaten 1948 (S. 91-92), zum Konflikt mit der revisionistischen Strömung (S. 90-297), zur Lavon-Affäre (S. 420-425 und S. 530-540), sowie zur Vorgeschichte des Suez-Kriegs von 1956 (S. 442-499).

- Harold Wilson (der ehem. britische Labour-Premier): "The Chariot of Israel" (London 1981) zur Geheimdiplomatie im Dreieck Großbritannien-Frankreich-Israel 1956 (S. 243-328).

- Arthur Goldschmidt Jr.: "A Concise History of the Middle East" (USA 1979/1983).

- Cheryl A. Rubenberg: "Israel and the American National Interest" (Urbana/Chicago 1986) zur Vorgeschichte des Suez-Kriegs 1956 und zu den amerikanisch-israelischen Geheimverhandlungen nach dem Krieg über den israelischen Truppenrückzug. Zu diesem Thema auch der Aufsatz von Benny Morris: "Creeping Withdrawal" in der Jerusalem Post International vom 10.12.88, der neu zugängliches Material auswertete.

- Zum Kriegsverlauf 1948, 1956 und 1967 u.a. auch "Keesing's Archiv der Gegenwart" sowie die entsprechenden Bände der Reihe "War in Peace". Für den dritten Teil wurde ebenfalls das Buch von Ch. Rubenberg benutzt, wo der Entscheidungsprozeß der israelischen Regierung zum Juni-Krieg genauer referiert wird. Über die deutschen Reaktionen zum Krieg 1967 informiert sehr ausführlich Rolf Vogel (Hrg.), "Deutschlands Weg nach Israel", Stuttgart 1967.

Kt.

20. Schützenhilfe der PFLP zur Zerschlagung des kurdischen Aufstands? (aus "Irak-Info")

Rubrik: Kurdistan; PLO · CD-Datei: daten/aksuche/ak332/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:332:18

Waren Einheiten palästinensischer Organisationen, wie von Vertretern des kurdischen Widerstands behauptet, an dem antikurdischen Massaker Saddam Husseins beteiligt? Einen diesbezüglichen Beweis gibt es bisher nicht. Zwar sind im Laufe der kurdischen Frühjahrserhebung auch Palästinenser in kurdische Gefangenschaft geraten. Es ist jedoch nicht sicher bekannt, ob diese der irakischen Armee eingegliedert waren (und damit an deren Befehlsstrukturen ebenso gebunden waren, wie etwa die in Syrien lebenden Palästinenser an die Strukturen der dortigen Armee) oder ob - neben sudanesischen und jemenitischen - auch palästinensische Freiwilligenverbände an der Seite Husseins gekämpft haben. In der Bundesrepublik hat sich inzwischen Mohammed Nazzal, ein Mitarbeiter des PLO-Vertreters Abdalla Frangi aus der Bonner Informationsstelle Palästina von jeder palästinensischen Beteiligung an der Niederschlagung der Aufstände öffentlich distanziert. Er bedauerte ausdrücklich, wenn es stimme, daß Palästinenser an der Seite irakischer Truppen gegen die kurdische Guerilla kämpfen. Er betonte, daß diese Palästinenser als Einzelpersonen und nicht im Namen der PLO handelten. Niemand dürfe, so Nazzal, dem kurdischen Volk einen eigenen Staat verwehren, wenn es diesen wünsche. (nach SOZ vom 20.6.)

Die in der PLO vertretene, in Syrien ansässige PFLP hat sich mit dem antikurdischen Massaker publizistisch demgegenüber auf eine geradezu unerträgliche Art und Weise solidarisiert. In einem Leitartikel von Khalil Abad Raba (erschienen am 28.4.1991 im PFLP-Zentralorgan "Al Hadaf") wird unter der Überschrift "Irak hat die Leiden der Spaltung und der Libanonisierung überstanden" der kurdische Aufstand als "Einmischung von außen" dargestellt, der sich Hunderte von Kurden in den Reihen der irakischen Zentralarmee in den Weg gestellt hätten. Diese "Einschätzung" ist dem Vernehmen nach auch innerhalb der PFLP auf Kritik gestoßen.

Wir dokumentieren Auszüge jenes Beitrages, den die "Irak-Information" (c/o Buchladen, Rote Straße 10, 3400 Göttingen) in ihrer Ausgabe vom 29. Mai mit vollem Wortlaut (nebst kritischer Stellungnahme) publizierte. (max.)

Mit der Zurückeroberung der Stadt Suleimanya durch die Republikanische Garde hat die Zentralmacht in Bagdad den bisher gefährlichsten Plan zur Spaltung des Landes überstanden. Das irakische Militär hat die alleinige Kontrolle über alle größeren Städte, trotz andauernder Kämpfe an der Grenze mit vom Iran und der Türkei besonders unterstützten Kräften, von denen insbesondere die Grenzposten betroffen sind. Al Hadaf war im Nord- und Südirak gewesen und war dort Augenzeuge der Zerstörung der irakischen Städte durch die bewaffnete Rebellion. Der Schaden durch die Rebellen war größer als der durch die Bombardierung der Alliierten. (...)

Der Krieg um die Wiederbeherrschung Kerkuks am 28. Mai (tatsächlich: März, Anm. ak) durch Sondertruppen der Republikanischen Garden wird als Schlüssel für die Fähigkeit der Regierung in Bagdad angesehen, das gesamte Nordgebiet wieder zu beherrschen. Nach dem Kampf um Kerkuk wurden innerhalb von ein paar Tagen alle anderen Städte wie Dohuk, Arbil, Sakho, Suleymania unter die Kontrolle der Regierung gebracht. Die bewaffneten Kurden, die bis dahin die Kontrolle über diese Stadt hatten, wurden nach 1-2 Wochen hinter die Grenzen in Nachbarländer gedrängt.

Die Kurden hatten für eine Woche die Herrschaft über die Stadt. Mohamed Khalaf, Beamter der Nordölkompanie, hat den Angriff auf Kerkuk als Augenzeuge beschrieben: Von 23 Uhr bis 6 Uhr ist die Stadt massiv mit Kanonen bombardiert worden. Hunderte von Kurden sind mit Gewehren, Handgranaten, Panzerabwehrraketen bewaffnet in die Stadt gekommen. Sie kamen auch mit Autos, mit denen die Waffen transportiert wurden. Manche kurdischen Bewohner haben ihnen geholfen. Sie haben Straßensperren errichtet und Häuser von Baathisten angegriffen, es kam auch zu Festnahmen. Zahlreiche Einwohner sind geflohen. Der neue Stadtdirektor, Hashim Al-Magid, erzählte: Wegen der Aggression der Amerikaner - des Zionismus - der Nato sind die Militäreinheiten in Richtung Süden des Landes zurückgezogen worden. Deshalb sei die Stadt von Militäreinheiten leer gewesen und die Bewaffneten sind nicht auf Widerstand gestoßen. Weiter sagte er: Wir haben den Versprechungen mancher unserer Nachbarländer geglaubt, daß sie die Situation im Irak nicht ausnutzen werden, indem sie die Bewaffneten von ihrem Territorium aus in den Irak hineinlassen. Es hat viele

Opfer bei der Wiedereroberung gegeben und der Krieg hat nicht länger als zwei Stunden gedauert ... Die Bewaffneten sind schnell geflohen. (...)

Der Stadtdirektor hat hinzugefügt: Was die amerikanischen Aggressoren nicht zerstört haben, haben die Bewaffneten, die über die Grenze gekommen sind, zerstört. Zahlreiche Bewohner der Stadt haben Angst davor geäußert, daß das Verhältnis zwischen Kurden und Arabern durch diese Ereignisse gestört würde. Einer erzählte, einige bewaffnete Fanatiker hätten nach arabischen Kontrollpunkten gefragt und über die arabische Bevölkerung geschimpft.

Der Krieg um Arbil

Nach einem heftigen Kampf, der den ganzen Tag andauerte, konnte das Sonderkommando der Republikanischen Garden am 31. Mai die ca. 300 Kilometer von Bagdad entfernte Stadt wieder einnehmen. (...)

An der Grenze der Provinz Arbil, etwa 50 Kilometer von der Stadt entfernt, sahen wir die ersten Spuren des Krieges. Das Bild des Präsidenten Saddam Hussein war beschossen und verbrannt worden. Auf dem Weg zur Stadt lagen viele zerstörte und ausgebrannte Militärfahrzeuge. In einer militärischen Stellung sahen wir große Mengen von Waffen, die die Armee von bewaffneten Kurden erbeutet hat. In einer anderen aber waren Hunderte bewaffneter Kurden in ihrer traditionellen Tracht, die loyal zur Regierung in Bagdad waren. Sie hatten an den Kämpfen um die Wiederherstellung der Regierungsmacht in den kurdischen Städten im Norden auf Seiten der Regierung teilgenommen. Die Stadt war voll von Soldaten und deren Kontrollpunkten sowie militärischer Autostreifen. Der größte Teil der Stadtbevölkerung kehrte mit ihren Sachen, die sie mitgenommen hatten, zurück. Die Mauern der Stadt waren voll mit Parolen gegen das irakische Regime ... meistens von der Demokratischen Partei Kurdistans. Aber es gab auch Parolen von der irakischen KP und von der Sozialistischen Partei Kurdistans. (...)

Die Zerstörungen in der Stadt waren geringer als in anderen Städten. Es waren nur die Plätze zerstört worden, auf denen die Kämpfe zwischen der Armee und den bewaffneten Kurden stattgefunden hatten. In der Stadtmitte waren alle Geschäfte geschlossen, einige waren geplündert worden. Das Regierungsviertel, in dem sich alle Gebäude der Autonomieorganisation befanden, ist abgebrannt und zerstört. Die gesamten Akten und Dokumente, wie Führerscheine, Grundbücher, standesamtliche und einwohnermeldeamtliche Akten, wirtschaftliche und Planungsdokumentationen sind durch Feuer vernichtet. Das Gebäude des Provinzdirektors war verschlossen, davor lagen Berge von Asche, die von den verbrannten Papieren stammte. Als wir nach dem Provinzdirektor fragten, sagte uns ein Wächter mit einer Handbewegung: Er ist getötet worden. (...)

Ein Soldat der Republikanischen Garden, der an der Zurückeroberung der Stadt beteiligt war, sagte: Sie (die bewaffneten Kurden, Anm. d. Übers.) wollen das Land spalten, die Schiiten sollen die Sunniten hassen und die Kurden die Araber, dann werden wir ein zweites Libanon. (...)

Es sind ca. 50 irakische Soldaten in diesem Gefecht getötet worden. Andere Soldaten sagten, unter den festgenommenen Bewaffneten befanden sich auch einige Türken und Iraner. Wir haben iranische Lebensmittel, Waffen und Medikamente in ihren Verstecken gefunden. (...)

Der Kampf um Syleimania

Kampflos und menschenleer wurde Syleimania von der Republikanischen Garde zurückerobert. Obwohl die Stadt keinen Kampf erlebt hat, war das Waffenangebot der Armee an die Stadt und Umgebung größer als ich es woanders gesehen haben: Tausende Soldaten, dutzende Tankwagen und große Kanonen. Nach vielen Versuchen konnte ich einen Soldaten finden, der mir die Gründe dafür nennen konnte, alle anderen haben sich geweigert, auf meine Fragen zu antworten, einer sagte: Soldaten sagen nichts! Der einzige Soldat, der geantwortet hat, sagte: Tausende bewaffneter Kurden ins Gebirge geflohen ... es könnte sein, daß sie zurückkehren ... wir müssen die Berge von ihnen säubern ... wir vermuten eine ausländische Einmischung in ihrem Interesse, sie werden bewaffnet und im Kampf unterstützt. (...)

Schlußwort

Die irakischen politischen Quellen in Bagdad behaupten, daß die irakische Regierung versucht und sich bemüht, die Rückkehr der Kurden in ihre Heimat zu ermöglichen, damit sie nicht von den USA, Frankreich und

Großbritannien, besonders von der Türkei und manchen anderen Ländern in deren Interesse benützt werden. Die Befürchtung der irakischen Regierung ist, daß die Asylantenlager eine große Menschenreserve für eine "neue Contra" oder afghanische Mujahidin sind. Die CIA versucht, die Bewohner der Lager zu organisieren, um sie als Mittel zu benutzen, die irakischen Kräfte in einem langjährigen Krieg zu schwächen. Die Saudis und andere Golfstaaten unterstützen diese Bewegung. Die irakische Regierung hat besonders Angst davor, daß die Türkei und der Iran dieses Problem nutzen und das Land in einen Krieg verwickeln, der vielleicht begrenzt sein wird oder lange dauern wird.

21. Neue Beschränkungen für die palästinensische Arbeitskraft in Israel

von Dr. Israel Shahak

Autor: Dr. Israel Shahak · Rubrik: Israel / Palästina · CD-Datei: daten/aksuche/ak332/44.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:332:44

Für die PalästinenserInnen in den besetzten Gebieten ist Beschäftigung in Israel lebensnotwendig, denn während der letzten 23 Jahre zielte die Politik des israelischen Besatzungsregimes darauf ab, die Wirtschaft der Gebiete zu zerstören und jegliche ökonomische Entwicklung zu behindern.

So wurde beispielsweise die Entwicklung der palästinensischen Landwirtschaft durch die Politik der Landnahme und der Wasserzuteilung unmöglich gemacht. In der Westbank wurden 55 bis 60% des Bodens beschlagnahmt, im Gazastreifen, der viel dichter besiedelt ist, 40%. Der beschlagnahmte Boden wird dann ausschließlich an Israelis weiterverteilt. Bestimmungen, die den Wasserverbrauch in der Landwirtschaft regeln, sind nicht weniger rassistisch. Die PalästinenserInnen dürfen nur soviel Wasser verbrauchen, wie dies im September 1967 der Fall war. Entsprechend dieser Regelungen wurde den 70-80.000 israelischen Siedlern in der Westbank bereits 1988 mehr Wasser zugeteilt als den dort lebenden 800.000 PalästinenserInnen.

Die Situation im Industrie- und Dienstleistungsbereich ist nicht anders. Wer als PalästinenserIn in den Gebieten ein Geschäft eröffnen will, braucht dazu eine Erlaubnis von den israelischen Behörden, deren offen ausgesprochene Politik darin besteht, jegliche Konkurrenz gegenüber israelischen Waren oder Dienstleistungen zu unterbinden. So dürfen PalästinenserInnen beispielsweise keine Milchkühe kaufen und sind gezwungen, Milch und andere Waren von Israelis zu beziehen. Man braucht nicht erwähnen, daß die Bevölkerung der Gebiete kontinuierlich anwächst, während derartige Restriktionen in Kraft sind.

Vor 1991

Das Ergebnis (...) liegt auf der Hand. Den BewohnerInnen der besetzten Gebiete bleiben nur drei Möglichkeiten: in Israel (oder in den besetzten Gebieten) einer Beschäftigung nachzugehen; auszuwandern; sich mit der ständigen Verschlechterung der Lebensbedingungen abzufinden und jede Hoffnung auf die Verbesserung der Lage aufzugeben. Als eine Folge der israelischen Bemühungen ergab sich deshalb, daß eine riesige Zahl von PalästinenserInnen aus den besetzten Gebieten Ende 1990 ihren Lebensunterhalt dadurch bestritten, daß sie in Israel arbeiteten. Die genaue Zahl ist selbst den israelischen Behörden unbekannt, da das Gros jener Arbeitskraft aus "unautorisierten ArbeiterInnen" bestand, genauer gesagt aus jenen, die nach Israel gingen und Beschäftigung oder Gelegenheitsjobs auf eigene Faust suchten und fanden.

Formal ist dies für beide Seiten illegal. Entsprechend der Gesetzgebung dürfen die PalästinenserInnen unter Besatzung in Israel nur dann einer Beschäftigung nachgehen, wenn dies über das Arbeitsamt der israelischen Zivilverwaltung geschieht, dessen Arbeit wiederum in jeder Hinsicht vom Shabak, dem auch Shin Bet genannten nationalen Geheimdienst, kontrolliert wird. Tatsächlich waren es nur 50.000, die sich freiwillig oder gezwungenermaßen auf diese Art und Weise Arbeitsgenehmigungen verschafften. In der Regel zogen israelische Unternehmer es vor, keine Steuern oder Sozialleistungen für ihre "unautorisierten Arbeiter" zu entrichten, durch die sie Profite machten, während diese Arbeitskräfte in keiner offiziellen Statistik erschienen (...).

Konservative Schätzungen, z.B. vom Oktober 1990, die die Zahl der innerhalb Israels arbeitenden und in den besetzten Gebieten lebenden PalästinenserInnen angaben, nannten zwischen 120.000 (...) und 150.000 (...). Unter Berücksichtigung der immensen Bedeutung von Kinderarbeit ergibt sich eine viel größere Zahl: zwischen 180.000 und 250.000, je nach Saison. Diese Arbeitskraft war auf alle Bereiche äußerst gering entlohnter Jobs konzentriert und betraf die drei Sektoren Bauindustrie, landwirtschaftliche Hilfsarbeit und knechtische und schlecht bezahlte Gemeindedienste wie Müllabfuhr.

Hintergründe der neuen Politik

Drei Faktoren der letzten Zeit verändern die Politik der israelischen Behörden, was die Beschäftigung der palästinensischen ArbeiterInnen aus den besetzten Gebieten angeht: 1. die massive Einwanderung von JüdInnen aus der SU und die Notwendigkeit, diese unter der Bedingung ökonomischer Rezession zu

beschäftigen (...), 2. die Welle wahlloser Messerangriffe (meist von Hamas (1) initiiert) und anderer Gewalttaten gegen Israelis, die im November 1990 begann. Sie erzeugte starken öffentlichen Druck, den Zugang von PalästinenserInnen aus den besetzten Gebieten zu erschweren, 3. die breite Unterstützung von PalästinenserInnen aus den Gebieten für Saddam Hussein (...).

Die Faktoren 1. und 2., zusammen mit dem Wunsch, die Intifada zu unterdrücken und letztendlich zu paralysieren, standen hinter der Entscheidung der Behörden, am 16.1. eine totale Ausgangssperre zu verhängen. Sie verunmöglichte den Zugang palästinensischer ArbeiterInnen nach Israel. Gegen Ende des Golfkriegs jedoch veränderte sich die Politik.

Das Ende "unautorisierter Arbeit"

Die neue Politik - erstmals formuliert im Herbst 1990 (...) - zielt auf die völlige Aussonderung "illegaler" palästinensischer Arbeit ab. Die endgültige Festlegung der Zahl der ArbeiterInnen mit einer Einreise- und Arbeitserlaubnis für Israel (...) hängt von den Ergebnissen zweier Debatten ab, die zur Zeit im israelischen Establishment im Gange sind.

Erstens machen der Geheimdienst und die anderen Behörden in den Gebieten Druck zugunsten einer höheren Zahl von Arbeitsgenehmigungen, um die Zahl der PalästinenserInnen, die davon abhängig wären, zu erhöhen. Auf der anderen Seite wollen einige Politiker die Genehmigungen auf ein Minimum reduzieren. Die zweite Debatte befaßt sich mit dem Ziel, Arbeitskräfte aus dem Ausland zu importieren. Einige wollen diese statt der palästinensischen Arbeitskräfte, während andere betonen, der Import würde sich negativ auf die israelische Arbeitskraft auswirken. (...) Die Prämissen der neuen Politik werden am besten von Tzvi Gilat in Hadashot umrissen:

Sobald die Einwohner der Gebiete zurückkommen, um in Israel zu arbeiten, werden nur jene mit Arbeitsgenehmigungen herein dürfen. Solche Genehmigungen sind nur dadurch zu erhalten, daß man entweder vom potentiellen israelischen Arbeitgeber ein Versprechen auf einen Arbeitsplatz nachweisen kann oder über die Zustimmung durch den lokalen RAIS (headman), der den Namen des Bewerbers in die Liste des Arbeitsamtes einträgt. (...)

Die Rolle der Rais

Die meisten dieser Rais erhielten weit vor der Intifada Waffen von den israelischen Behörden und behielten sie die ganze Zeit. Es ist die Regel, daß sie die Löhne der unter ihrer Aufsicht stehenden Arbeiter en bloc erhalten, wovon sie wiederum Kommissionsgebühren für sich selbst abzweigen. Im Gazastreifen betragen die Gebühren mehr als 30% pro männlichen Arbeiter und 50% für Frauen und Kinder; in der Westbank, wo es weniger Rais gibt, sind die Gebühren niedriger.

Sie neigen dazu, ihre Arbeiter brutal zu behandeln, manchmal schlagen sie sie öffentlich. Sie erhalten jedoch große Unterstützung durch die Ältesten und andere traditionelle Sippenführer in den weniger entwickelten Segmenten der palästinensischen Gesellschaft. Als Gegenleistung versprechen die Rais ihnen, die Ordnung unter "ihren" ArbeiterInnen aufrechtzuerhalten und "die Ehre der Frauen" zu beschützen.

Sie haben gewöhnlich ein gutes Verhältnis zur PLO-Bürokratie, die sie nicht nur äußerst selten kritisiert, sondern sogar "normale" PalästinenserInnen davon abhält, dies zu tun. Sie unterhalten laufende Beziehungen zur Führung der Intifada und den verschiedenen Untergrundgruppen; das geht so weit, daß von allen von den israelischen Behörden mit Waffen ausgerüsteten PalästinenserInnen nur die Rais niemals unter Druck gesetzt werden. (...) Obwohl sie eines der korruptesten Segmente in der palästinensischen Gesellschaft darstellen, genießen die Rais gerade jetzt wahrscheinlich mehr Respekt und haben größere Machtbefugnisse als jemals zuvor (2).

Das Hauptziel der neuen israelischen Politik besteht darin, die Abhängigkeit der palästinensischen ArbeiterInnen vom Geheimdienst zu verstärken, der wiederum über israelische Arbeitgeber und palästinensische Rais wirkt. (...) Durch die Kontrolle über die Arbeiter hofft die israelische Regierung, die Gebiete dauerhaft zu kontrollieren, ohne sie formal annektieren zu müssen.

Aus: Middle East International vom 19.4.91

Der Autor ist Vorsitzender der Israeli League for Civil and Human Rights

Anmerkungen des Übersetzers:

(1) palästinensische islamische Fundamentalisten

(2) Die herausragende Rolle vom traditionellen Sippenführer wurde im Verlauf der Intifada innerhalb der palästinensischen Gesellschaft zwar bisweilen kritisiert, jedoch nicht grundsätzlich bekämpft, um die Aufrechterhaltung der "nationalen Einheit" gegen die israelische Besatzungsmacht nicht zu gefährden. Die Rais genossen Unterstützung durch die Gemeinschaftsältesten und wurden zwar gelegentlich politisch angeprangert, konnten jedoch die Beschlüsse der Intifadaführung ungestraft ignorieren und sich sogar am Bau von israelischen Siedlungen beteiligen.

Auf die Frage, weshalb die Intifadaführung/PLO nicht in der Lage, möglicherweise nicht einmal willens war, diesen Zustand zu verändern, ist keine eindeutige Antwort zu finden. Ohne an dieser Stelle die Funktion der Rais übertreiben zu wollen, sei darauf verwiesen, daß im Rahmen der Herstellung und der Aufrechterhaltung der "nationalen Einheit" eines unterdrückten Volks, wie des palästinensischen, im Kampf gegen die unterdrückende, in diesem Fall israelische, Nation, eben oftmals die klassenspezifischen Aspekte in den Hintergrund rücken.

22. Südkorea: "Tiger" auf abschüssiger Bahn

Autor: Rainer Werning · Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft; Korea (Süd) · CD-Datei: daten/aksuche/ak332/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:332:06

von Rainer Werning

Im Vorfeld der letzten Olympischen Sommerspiele (1988) an die Macht gelangt, hat das Regime des Ex-Generals Roh Tae Woo lange Zeit die Innenpolitik zu "befrieden" und Seoul zu bemerkenswerten außenpolitischen Erfolgen zu verhelfen vermocht. Die jüngste landesweite Protestbewegung hat das vielgepriesene Wirtschaftsmodell Südkorea in Schwierigkeiten manövriert und den ohnehin schleppenden Annäherungsprozeß an den Norden der geteilten Halbinsel verzögert.

Als Auslöser der Ende April begonnenen Unruhen galt in den in- wie ausländischen Medien der Tod des 20jährigen Studenten Kang Kyung Dae. Dieser war am 26. April bei einer Demonstration in Seoul von Angehörigen einer Sondereinheit der Polizei, der speziell zur Bekämpfung von "AufrührerInnen" ausgebildeten Paegoldan, mit Eisenstangen zu Tode geprügelt worden, als er sich über eine Mauer kletternd in Sicherheit bringen wollte. Hinter den Demonstrationen gegen Präsident Roh stehen weit mehr als Trauer um den Tod Kangs und öffentliche Empörung über das "exzessive Vorgehen der Polizei" (Korea Herald). Roh, ein Zögling und langjähriger Vertrauter seines Vorgängers (und mittlerweile geächteten) Diktators Chun Doo Hwan, ist in eine (Legitimations-)Krise geschlittert, die möglicherweise den Anfang seines Endes markiert. Dabei hatte sein Start so glänzend begonnen.

Gemaßregelte Opposition

Als auf dem Höhepunkt der Massenunruhen im Sommer 1987 Chun kurzzeitig erwog, den Widerstand - wie bereits im Mai 1980 in Kwangju - mit Panzern plattzuwalzen (wobei schätzungsweise 2.000 Menschen ermordet worden waren) und neuerlich das Kriegsrecht zu verhängen, winkten die USA ab. Ihnen, deren Oberkommandierenden der amerikanischen Streitkräfte in Korea - weltweit ein Unikum - durch den sogenannten Combined Forces Command gleichzeitig die Kontrolle über das südkoreanische Militär obliegt, war analog den Ereignissen in den Philippinnen (1986) an einem geordneten politischen Machtwechsel gelegen. Roh galt in Washingtons Sicht fortan als Gewährsmann für Kontinuität und Wandel; er stellte Wahlen und eine Liberalisierung in Aussicht. Die überraschte (parlamentarische) Opposition, gruppiert um die beiden Galionsfiguren Kim Dae Jung und Kim Young Sam, marschierte getrennt und wurde von Rohs mächtigen Seilschaften vereint geschlagen. Den Präsidentschaftswahlen vom Dezember 1987 folgten im April 1988 Wahlen zur Nationalversammlung. Obgleich Rohs damalige demokratische Gerechtigkeitspartei (DGP) nur 125 Vertreter in dieses 299köpfige Gremium entsenden konnte, blieben die Staatsapparate wesentlich mit Repräsentanten/Sympathisanten der DGP besetzt. Kim Dae Jungs Partei für Frieden und Demokratie und Kim Young Sams Demokratische Wiedervereinigungspartei erhielten indes 70 bzw. 59 Parlamentssitze, jeweils für sich genommen zu wenig, um Opposition als programmatische Alternative zu gestalten. Abgesehen von einem auf Klientelismus und Regionalismus reduzierten Politikverständnis setzten beide Kims in Selbstüberschätzung auf die Durchschlagskraft ihrer jeweiligen Wählerpotentiale. Stützte sich Kim Dae Jung als langjährig politisch Verfolgter eher noch auf das außerparlamentarische Spektrum aus Studenten, Arbeiter- und Bauernvereinigungen sowie auf Bürger- und Menschenrechtsorganisationen, empfahl sich Kim Young Sam als Kandidat der arrivierten Mittelschichten und des reformwilligen bürgerlichen Lagers einschließlich Militärs und Wirtschaftsfachleuten.

Aus alledem schlug Roh Dae Woo politisches Kapital; den Zwist zwischen den Kims konnte er mit gewisser Berechtigung als Gefährdung des ökonomisch erfolgreichen Kurses brandmarken. Außerdem profitierte er von beider parlamentarischer Repräsentanz, wirkte sie doch als Puffer gegen eine mächtige und im Sommer 1987 gar als Motor des Machtwechsels in Erscheinung getretene außerparlamentarische Opposition. Last but not least heimste Roh einen olympischen Bonus ein: Nicht nur ignorierten die langjährigen Verbündeten Nordkoreas dessen Boykottaufruf, zum Entsetzen Pjöngjangs eröffnete Anfang 1989 Ungarn den Reigen diplomatischer und Handelsbeziehungen zwischen den vormals real existierenden sozialistischen Ländern und Seoul. Diese für Roh so holde List der Geschichte beflügelte seine Fähigkeit, einen neuerlichen Coup zu landen. Anfang 1990 kooptierte er bis auf Kim Dae Jung die verbliebenen Partei(größ)en und verkündete der verblüfften Öffentlichkeit, die neukonstituierte Demokratisch-Liberale Partei biete nunmehr allen ein

gemeinsames Dach, unter dem die Stabilität und Ordnung des Landes garantiert seien. Diese Politik Korean style bescherte dem Regime über Nacht eine satte Zweidrittelmehrheit mit selbst de jure diktatorischen Vollmachten. Innen- wie außenpolitisch schien Roh fester denn je im Sattel zu sitzen und von keinerlei nennenswerten Herausforderungen bedroht zu sein - wären da nicht die Pfoten des aufgrund seines dynamischen Wirtschaftswachstums neben Singapur, Hongkong und Taiwan so titulierten südkoreanischen "Tigers" erlahmt.

Auf Kommando freie Marktwirtschaft?

Je nachdem, ob Südkorea den EntwicklungstheoretikerInnen unterschiedlicher Couleur als wohlerzogener Darling oder als abschreckender Quasimodo erscheint, es bleibt ein Paradoxon: Vormals realsozialistische Ökonomien hätten hier zünftige Lehrmeister gefunden und Marktwirtschaftler nebst außerökonomischen Zwängen allenfalls den freien Fall ihrer Lehren und Ideologien erlebt.

Tatsächlich hat Südkorea seit der Verkündung seines 1. Fünfjahresplanes zu Beginn der sechziger Jahre eine beispiellose Entwicklung durchlaufen, die den vormals extrem rückständigen Agrarstaat in eines der führenden Industrieländer verwandelte. Dafür waren mehrere nichtökonomische Faktoren ausschlaggebend:

- die Durchführung einer strikt zentralstaatlichen Wirtschaftsplanung durch die Verschmelzung einer kompetenten Staatsbürokratie mit einem während des Koreakrieges (1950-53) kampferprobten Militärs;

- die herausragende Bedeutung des Landes während des Kalten Krieges sowie im militärstrategischen Kalkül der USA (letzter vorgeschobener Brückenkopf gegen den Kommunismus auf dem asiatischen Festland), was umfangreiche - zeitweilig kostenlose - wirtschaftliche wie militärische Hilfe zur Folge hatte;

- die Instrumentalisierung der konfuzianisch geprägten, streng hierarchisch strukturierten sozialen Beziehungen für (wirtschafts-)politische Zwecke und

- der faktisch bis heute in unterschiedlicher Intensität andauernde Ausnahmezustand mit dem sogenannten Nationalen Sicherheitsgesetz und langjähriger "Überausbeutung" der Ware Arbeitskraft als seinen beiden Hauptkomponenten.

Diese geschichtlichen, besonderen Merkmale des "Modells Südkorea" machen jede mitunter in der entwicklungspolitischen Diskussion angedeutete Übertragbarkeit auf andere Länder der Dritten Welt fragwürdig. Überdies entbehrt das "Modell Südkorea" nicht einer Pikanterie: Entgegen dem insbesondere während der Reagan-Ära hoffähigen und mit Erfolg gleichgesetzten neoliberalen Credo (u.a. Entstaatlichung, Deregulierung und Privatisierung) lieferte das Land den nachgerade "klassischen" Gegenbeweis einer kommandierten, teils und über weite Strecken von negativen externen Faktoren abgeschotteten, doch - ausgedrückt in makroökonomischen Kennziffern - imposanten Entwicklung mit jährlich zweistelligen Zuwachsraten des Bruttosozialprodukts. Noch 1986 eines der höchstverschuldeten Länder der Welt, hat Südkorea Kredite vorzeitig zurückgezahlt und ist nicht nur in Südostasien (wohin 1990 mit insgesamt 761 Mio. US-Dollar nahezu die Hälfte seiner Investitionen flossen), sondern auch für die Sowjetunion zum Kreditgeber avanciert, der es um die Jahreswende ein Mischdarlehen von umgerechnet drei Milliarden US-Dollar gewährte. Stolz verkündete jüngst die Bank of Korea, daß das jährliche Pro- Kopf-Einkommen die 5.000-Dollar-Marke überschritten habe und das Land nunmehr in der Weltrangliste auf Platz 30 vorgerückt sei.

Nach zeitweiligen Handels- und Zahlungsbilanzüberschüssen in zweistelliger Milliardenhöhe drängten Washington, der IWF und die Weltbank Seoul seit 1986, endlich Importbeschränkungen abzubauen, Zollschranken zu senken und die Landeswährung (den Won) aufzuwerten. Im einzelnen beinhalten diese Maßnahmen:

- Lockerung der staatlichen Kontrolle über die Niederlassung internationaler Banken, mithin mehr Autonomie für die Geldinstitute;

- Internationalisierung des koreanischen Kapitalmarktes, das heißt erweiterter Spielraum für ausländische Investoren (z.B. auf dem Aktienmarkt);

- Liberalisierung der Einfuhrbestimmungen, also verstärkte Öffnung des Binnenmarktes für ausländische Erzeugnisse,

- Zollsenkungen und Verbesserung der Zahlungsbilanz, d.h. Abbau ihrer hohen Überschüsse sowie

- generelle Erleichterungen für ausländische Direktinvestitionen.

Als Folge dieser Richtlinien mußte Seoul seinen Unterstützungsfond für Reis kappen und die massenhafte Einfuhr nordamerikanischer Agrarprodukte (vor allem Rindfleisch) zulassen. Dies hat zur Konsequenz, daß die Einkommen der ländlichen Erwerbsbevölkerung spürbar schrumpften und die Bauernwirtschaften mit durchschnittlich etwa 5.000 Dollar verschuldet sind.

Im Zuge des (teils von den USA erzwungenen) Privatisierungsprogramms hat gerade unter den oberen Chargen des Establishments "die traditionell vorhandene Bestechlichkeit sehr zugenommen. Viele Politiker und Beamte sehen Bestechung als ihr ‚Recht' an. Die früher unter den Militärs streng kanalisierte und in Schach gehaltene Bestechung schlägt in jüngster Zeit über die Stränge" ("Frankfurter Allgemeine Zeitung", vom 6.4.91). Mit der Korruption häufen sich Umweltskandale. Im April mußten der Umweltminister Huh Nam Hoon und sein Stellvertreter demissionieren: Der Doosan-Konzern hatte binnen weniger Wochen zweimal mehrere Tonnen krebserregende Phenols in den Naktong-Fluß eingeleitet, der etwa zehn Millionen Menschen mit Trinkwasser versorgt. Aufgebrachte Bürger boykottierten daraufhin Produkte der Doosan-Gruppe, darunter Coca-Cola und Elektrogeräte. Der Chef der Doosan-Electric legte wegen des Skandals seinen Vorstandsposten nieder.

Skeptisch beurteilen mittlerweile selbst staatliche Stellen wie das Korea Development Institute die wirtschaftlichen Perspektiven. Die Zeit zweistelligen Realwachstums sei passé, stattdessen prognostiziert das Institut im laufenden Jahr "nur" ein siebenprozentiges Wirtschaftswachstum. Dieses aber werde von einem weiteren Inflationsschub (1990: offiziell 8,6%; 1991: geschätzte 9,7%) und einer drastischen Ausweitung des Handelsbilanzdefizits von 2,4 (1990) auf etwa 4 Mrd. US-Dollar in diesem Jahr begleitet.

Neben der Drosselung des Preisauftriebs dürften sich die Wiedergewinnung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und die Deregulierung der von hohem Konzentrationsgrad gekennzeichneten Wirtschaftsunternehmen und Banken als schwierig erweisen. Überdies operiert Seoul heute in einem ungleich rauheren Klima. Nicht länger mehr kann es seine Wirtschaft generalstabsmäßig aufbauen und gleichzeitig großzügige Abnahmegarantien seiner billigen Exportprodukte auf dem nordamerikanischen und/oder von den USA dominierten Markt beanspruchen. Diese Anpassungsprobleme an externe Faktoren - erzwungene Marktöffnung, schleichende Rezession in den USA, wachsender Protektionismus in Japan und Westeuropa und verteuerte koreanische Arbeitskräfte im In- wie Ausland - sind nur beschränkt durch Seouls Engagement in Osteuropa und in der Sowjetunion zu lösen.

Gewaltsamer "industrieller Friede"

Als Billiglohnland hat Südkorea seinen Flair eingebüßt; längst sind koreanische Firmen dazu übergegangen, arbeitsintensive Produktionsprozesse nach Südostasien auszulagern. An der "Heimatfront" selbst entstanden allein 1987 knapp 1.400 neue (ausschließlich Betriebs-)Gewerkschaften, deren Zahl sich Ende 1989 auf insgesamt über 5.000 erhöhte, von denen ein Fünftel als demokratisch verfaßt gilt. Heute sind ca. 20% der zehn Millionen ArbeiterInnen gewerkschaftlich organisiert, was in etwa dem Stand nach Ende des 2. Weltkrieges entspricht. (Der damalige freie Gewerkschaftsverband wurde bereits 1946 durch das US-gestützte Syngman-Rhee-Regime zerschlagen und ging später in der bis heute bestehenden Federation of Korean Trade Unions auf).

Trotz der in den letzten vier Jahren erkämpften Lohnerhöhungen von jährlich durchschnittlich knapp 15 Prozent betrug das Monatseinkommen (Grundgehalt plus Überstunden plus Boni) der ArbeiterInnen Ende 1990 434.250 Won (ca. 1.000,-DM). Zwischen Groß- und Kleinunternehmen gibt es allerdings ebenso große Schwankungen wie in den unterschiedlichen gewerblichen Sparten. So verdienen ArbeiterInnen in Textil- und Schuhfabriken lediglich 700,- DM, wobei die Lebenshaltungskosten in etwa denen in der Bundesrepublik entsprechen. Mit Beginn dieses Jahres wurde der erst 1988 eingeführte gesetzliche Mindestlohn von umgerechnet 385,- DM auf 450,- DM angehoben.

Da nur durch Überstunden, Feiertags-und Nachtarbeit die hohen Lebenshaltungskosten halbwegs zu decken sind, nimmt es nicht wunder, daß die durchschnittliche Wochenarbeitszeit mit annähernd 52 Stunden (gar über

70 Stunden in der Textil- und Holzbranche) und die Zahl der tödlich verlaufenden Betriebsunfälle (1990: 2.236 Personen) noch immer weltweit Spitze sind.

Im Januar 1990 verabschiedeten die verantwortlichen Minister "Maßnahmen zur Verwirklichung des industriellen Friedens und zur Stabilisierung der Löhne". Neben der Einführung des umstrittenen Prinzips - "Keine Arbeit, kein Lohn" - bestanden diese Maßnahmen darin, die in Industrierevieren zusammengezogenen Geheimpolizisten von 163 auf 337 aufzustocken und 63 Kompanien der sogenannten riot police (Sondereinheiten zur "Aufruhrbekämpfung") dortselbst zu stationieren. Im April 1990 demonstrierten sie ihr Können: 2.000 streikende Arbeiter der Hyundai-Werft in Ulsan wurden von 10.000 Polizisten aus der Luft, von der See her und vom Lande aus angegriffen.

Bereits am 22. Januar 1990 hatte ein massives Polizeiaufgebot vergeblich die Gründung von Chonnohyop (National Council of Trade Unions), des nach eigenen Worten ersten freien und demokratischen Gewerkschaftsdachverbandes seit dem Koreakrieg, zu vereiteln versucht. In Chonnohyop hatten sich etwa 200.000 ArbeiterInnen aus 600 Gewerkschaften zusammengeschlossen. Neben Lohnerhöhungen, Verbesserungen der Arbeitsbedingungen und Reformen der Arbeitsgesetze strebt Chonnohyop die "Stärkung der Allianz zwischen Arbeitern und allen demokratischen Kräften" an. Die Regierung erklärte den Verband kurzerhand als "linksradikal und illegal", ließ führende Funktionäre festnehmen und übte gezielt Druck auf die Mitgliedsgewerkschaften aus. Die Folge: Chonnohyops Mitgliedschaft schrumpfte bis Januar 1991 auf 150.000 ArbeiterInnen in 450 Gewerkschaften. Staatliche Repression und das Gefühl, die Wirtschaft trudele in eine Krise, führten dazu, daß die 1990 registrierten Streiks auf 322 zurückgingen - im Vorjahr waren es immerhin noch 1.616 und 1987 gar 3.749 gewesen.

Seouls martialisches Vorgehen gegen legitimen Dissens unter Arbeitern, Studenten und Teilen der Mittelschichten zeigt, wie weit das herrschende Regime von entfalteten bürgerlichen Verhältnissen entfernt ist. Anstatt außerökonomische Zwänge abzubauen und eine Zivilisierung des Politischen anzustreben, setzt Roh auf die Militarisierung der Politik, was sich für das Land und die Gesellschaft bedrohlicher denn "die auf Recht und Ordnung herumtrampelnden radikalen Gruppen" (Roh) erweisen dürfte.

Der Autor leitet seit Oktober 1990 das Korea Kommunikations- und Forschungszentrum im Forschungsinstitur Dritte Welt/Industrieländer (FDI), Osnabrück

23. Korea: Signale aus Pjöngjang

von Rainer Werning

Autor: Rainer Werning · Rubrik: Korea (Süd) · CD-Datei: daten/aksuche/ak332/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:332:08

Seit viereinhalb Jahrzehnten lenkt der "große Führer" Kim Il Sung die Geschicke der Demokratischen Volksrepublik Korea. Als designierter Nachfolger des 79jährigen Staats- und Parteichefs steht ihm sein Sohn, der "geliebte Führer" Kim Jong Il, zur Seite.

Während seines Staatsbesuchs (November 1983) im südlichen Teil der entlang des 38. Breitengrades geteilten Halbinsel hatte Ex-Präsident Ronald Reagan Nordkorea als zum "Reich des Bösen" zugehörig und "Hort des internationalen Terrorismus" erklärt. Längst ist ein solches Verdikt im Falle der Sowjetunion, nicht aber im Falle Nordkoreas zurückgenommen worden. In dessen Hauptstadt Pjöngjang bemüht man sich um internationale Hoffähigkeit. Einige Tabus wurden bereits gebrochen.

Korea ist ein Kellerkind der jüngeren Geschichte: Langjährig von den angrenzenden Großmächten gebeutelt und von 1910 bis 1945 der brutalen Herrschaft des japanischen Militarismus unterworfen (u.a. wurden die Namen "japanisiert" und das Sprechen der Muttersprache verboten), organisierten die KoreanerInnen mit Kriegsende ihre eigene Befreiung, um kurz darauf von den USA abermals "befreit" zu werden.

Modell oder Monster?

Die Spaltung des Landes in zwei Teilstaaten (August bzw. September 1948) und der für das "Aufheizen" des kalten Krieges, mehr noch für die Bevölkerung katastrophale Koreakrieg (1950-1953), waren wesentlich Ausdruck imperialer Machtpolitik. Dessen Konsequenzen dauern bis heute fort. Was Nordkorea betrifft, so setzte seine Führung nach dem Abzug sämtlicher sowjetischer Truppen Ende der vierziger Jahre eingedenk leidvoller Erfahrungen im Umgang mit dem Ausland außenpolitisch auf Äquidistanz zur VR China und Sowjetunion. Der unter anderem mit seinem Konstrukt Juche oder Dschutsche (Selbstgestaltung) begründete Entwurf einer egalitären Gesellschaft übte in Befreiungsbewegungen und gerade politisch emanzipierten Ländern Faszination aus und galt ihnen lange Zeit als Modell nachkolonialer Gehversuche. Welche innerkoreanischen Prozesse letztlich dafür ausschlaggebend waren, daß dieses vermeintliche Modell mit dem zunehmend etatistischen Sozialismuskonzept Pjöngjanger Prägung kollidierte, bleibt angesichts der relativen Abschottung des Landes, ideologisch aufgeheizter Mutmaßungen im Ausland und intern kaum nachprüfbarer Quellen/Daten weitgehend nebulös. Kein Wunder, daß unter solchen Bedingungen, zumal angesichts des offenkundigen Personenkults um Kim Il Sung, dem Dämonisieren und Fabulieren von Korea"kennern" Schleusentore geöffnet wurden. Ob Kim Il Sung als "letzter stalinistischer Sonnenkönig" oder sein "rotes Reich" als "letzter Archipel Gulag" gescholten wurde - eine um Objektivität bemühte Betrachtung, gar Bewertung der Lebensverhältnisse von Herrschenden und Beherrschten steht noch aus.

Die Nord-Süd-Mauer bleibt

Die Umwälzungen in Osteuropa und der Sowjetunion und die dadurch eröffnete Chance einer raschen Vereinigung von Deutschland Ost und Deutschland West blieben auf der koreanischen Halbinsel - sehr zum Leidwesen der Bevölkerung - bislang konsequenzenlos. Waren in der Vergangenheit ernsthafte Avancen in Richtung Wiedervereinigung wesentlich von Pjöngjang ausgegangen (Konföderationskonzept), so wähnte sich Südkorea seit 1989 im Aufwind und drängte den Norden zu Verhandlungen. Dieser befand sich in der Defensive, wurde von nahezu sämtlichen einst eng mit ihm Verbündeten durch deren Anerkennung Seouls brüskiert und zog kurzerhand seine StudentInnen aus Mittel- und Osteuropa ab. In Pjöngjang vermutete man "ideologische Kontaminierungen" im Zuge von Perestroijka und lehnte sich enger als erwünscht an die VR China an. Japan, das wie keine anderes Land in der Region die geballte Wirtschaftsmacht eines geeinten Koreas als potentiellen Konkurrenten fürchtet und in beiden Koreas mit Haßliebe beäugt wird, willigte im Sommer 1990 trotz seiner engen Bande zum Süden in Gespräche mit Nordkorea ein. Dabei standen die Aufnahme diplomatischer Beziehungen und Möglichkeiten einer wirtschaftlichen Kooperation im Vordergrund, von der sich Pjöngjang auch politische Vorteile verspricht, indem Tokio als Scharnier für Kontakte zu den USA fungiert.

Als der chinesische Ministerpräsident Li Peng anläßlich seines Staatsbesuchs in Nordkorea (im Mai) signalisierte, sein Land werde die diplomatischen Bemühungen Südkoreas um Aufnahme in die Vereinten Nationen nicht länger mehr blockieren, dürfte dies Pjöngjang zum Abschied von einem weiteren Tabu bewogen haben. Ende Mai verkündete es seinerseits den Entschluß, sich um die UN-Mitgliedschaft zu bemühen. Zuvor hatte es die Repräsentanz zweier Koreas in internationalen Körperschaften kategorisch abgelehnt und als Zementierung der Spaltung des Landes gebrandmarkt.

Derweil hatte mit Michail Gorbatschow im April erstmalig ein sowjetisches Staatsoberhaupt Südkorea besucht und gegenüber seinem Gastgeber, Präsident Roh, erklärt, Seoul über den Abschluß eines Freundschafts- und Kooperationsvertrages hinaus u.a. mit fortgeschrittener ziviler Nukleartechnologie zu beliefern. Sehr zum Ärger Nordkoreas, das Moskau laut Meldungen der japanischen Wirtschaftszeitung "Nihon Keizai Shimbun" wiederholt drängte, seine Nuklearanlange in Yongbyon (nördlich von Pjöngjang) für Inspekteure der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEO) zu öffnen. In der Vergangenheit hatte Pjöngjang derartige Inspektionen an Bedingungen geknüpft, mit denen es den Abzug der seit langem in Südkorea lagernden amerikanischen Atomwaffen erwirken wollte. Mitte Juni schließlich bestätigte das Seouler Außenministerium einen Bericht der südkoreanischen Tageszeitung "Dong-A-Ilbo", wonach Nordkorea bereits mit dem Generalsekretär der IAEO, Hans Blix, übereingekommen sei, bis zum Herbst ein Abkommen über Sicherheitsstandards für Atomenergieanlagen auszuhandeln.

Fast gleichzeitig unterbreitete Pjöngjang Seoul das Angebot eines Friedensvertragsabschlusses. Bislang beendete lediglich ein von der VR China, Nordkorea und den Vereinten Nationen bzw. den USA ausgehandelter Waffenstillstand den Koreakrieg. So starr und dogmatisch, wie im westlichen Ausland allgemein angenommen, ist Pjöngjangs Politik offensichtlich nicht. Liegen seine Schwierigkeiten darin begründet, neue Allianzen zu schaffen und eine politische Isolierung zu unterlaufen, sieht sich der Süden mit Umstellungsproblemen in Wirtschaft und Politik konfrontiert, was die beide trennende Mauer, wenn schon nicht zum Einsturz, so doch zum Abbröckeln bringen könnte.

24. Philippinen: Basen-Poker im Tropen-Tremor

Autor: Rainer Werning · Rubrik: Philippinen; USA · CD-Datei: daten/aksuche/ak332/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:332:07

von Rainer Werning

Die Philippinen genießen ein zweifelhaftes Privileg: Dort befinden sich mit der Clark Air Base und der Subic Naval Base die größten US-Militärstützpunkte außerhalb Nordamerikas. Ginge alles mit rechten Dingen zu, müßte Washington diese Basen am 16. September räumen. Es sei denn, zwischenzeitlich kommt mit Manila ein Vertrag zustande, der das noch gültige bila- terale Militärbasenabkommen (MBA) von 1947 ersetzt. Kapriziert sich das Aquino-Regime auf Zahlenspiele, setzt die Bush-Administration derweil auf Zeitgewinn.

Spötter in den Philippinen meinen, daß (der seit Jahrhunderten inaktive Vulkan) Pinatubo buchstäblich über Nacht zum mächtigsten Verbündeten der Anti-Basen-Bewegung Nuclear Free Philippines Coalition (NFPC) aufgestiegen sei. Das Hauptquartier der 13. US-Luftwaffe, die Clark Air Base, mußte bereits geräumt und das etwa 20.000 Männer und Frauen zählende Personal zum weiter südlich gelegenen Marinestützpunkt der 7. US-Flotte nach Subic evakuiert werden. Eine ungewöhnliche, doch keineswegs unsympathische Vorstellung, ließe sich unter Vermeidung ziviler Opfer ein Teil der Basenproblematik unter einen Lava-Teppich kehren. Doch wohin mit den nahebei gelagerten Atomsprengköpfen, deren Existenz in Washington weder bestätigt noch dementiert wurde?

Große Worte - kleinlaute Politik

Anfang 1990 hatte Präsidentin Corazon Aquino die neunziger Jahre zur "Dekade des Nationalismus" erkoren. Gemessen an diesem Anspruch waren bereits deren Voraussetzungen fragwürdig. Bevor Aquino im Februar 1986 an die Macht gelangte, hatte sie - zumindest indirekt - in flammenden Reden das Diktum des in den fünfziger Jahren exponierten Senators Claro M. Recto übernommen, der die US-Basen als "Dolch im Rücken des philippinischen Volkes" bezeichnete.

Wenige Wochen im Amt, paßte sich die Präsidentin den "Rahmenbedingungen" an und erklärte, sich die Optionen für den September 1991 und die Zeit danach offen zu halten. Möglicherweise gar solle in einer Volksabstimmung, welche die Verfassung allerdings nicht vorsieht, über die Zukunft der Stützpunkte entschieden werden. Im April 1988 forderte Manila für die zwei Übergangsjahre (1989 und 1990) eine Pachtzahlung von mindestens 2,4 Mrd. US-Dollar, nachdem diese zwischen 1984 und 1988 pro Jahr 180 Mio. Dollar betragen hatte. Eine jährliche Zahlung von weniger als einer Milliarde Dollar, so Manilas Chefunterhändler, Außenminister Raul S. Manglapus, bedeute den "Ausverkauf des Landes". Der schließlich am 17. Oktober 1988 in Washington unterzeichnete Übergangsdeal kam einer Sonderrabattierung gleich - Manila wurden für 1989 und 1990 jeweils 481 Mio. Dollar in Aussicht gestellt.

Begleitet von massiven öffentlichen Protesten begann am 14. Mai 1990 die erste von mittlerweile sechs Verhandlungsrunden über die Zukunft der Basen. Verhandlungsführer auf amerikanischer Seite wurde Richard Armitage, der sich seine Sporen im State Department (Außenministerium) und Pentagon (Verteidigungsministerium) verdient hatte - als jeweils verantwortlicher Staatssekretär für Ostasien und den Pazifik bzw. für internationale Sicherheitsangelegenheiten. Diplomatisch versiert und sich der eigenen Stärke bewußt nahm Armitage seine "Gegner" direkt ins Visier. "Sollten Sie", so beschied der Amerikaner die Filipinos in Manilas Zentralbank-Komplex, "eine Trennung wünschen, laßt uns dies denn rasch, vertrauensvoll und in gutem Geiste anstreben. Lassen sich unsere gemeinsamen Interessen nicht aufrechterhalten, sollten wir dennoch als Freunde scheiden".

Nach diesem Auftakt wohlgesetzter Worte fanden Mitte September 1990 die nunmehr sogenannten philippinisch-amerikanischen Kooperationsgespräche (PACT) statt, in denen Armitage vom Beginn einer "neuen Form der Beziehungen zu den Philippinen" sprach. Die USA stimmten einem schrittweisen, sich über zehn Jahren erstreckenden Abzug ihrer Militäreinrichtungen auf den Inseln zu. Während der folgenden Gesprächsrunden - von November 1990 bis Februar 1991 - zeichnete sich ab, daß die Basen (vor allem der für logistische Zwecke überaus bedeutsame Marinestützpunkt Subic) den USA bis auf weiteres erhalten bleiben. In fünf bis sieben Jahren könne der Abzug realisiert sein, erklärte Außenminister Manglapus. Indes hielt Armitage einen solchen Zeitplan schon aus Kostengründen für unrealistisch und plädierte statt dessen für eine Verlängerung auf zehn Jahre. Bei alledem machte Frau Aquino eine schlechte Figur: Sei bis Ende Januar

1991 kein Basenvertrag ausgehandelt, müßten die amerikanischen Stützpunkte im September endgültig geräumt werden. Zu früh und zu laut hatte der Hund mit dem Schwanz gebellt.

Bei der vorläufig sechsten und letzten Gesprächsrunde beharrte die philippinische Delegation auf einer jährlichen Mietzahlung für die Basen von 825 Mio. Dollar (400 Mio. in bar und den Rest in Wirtschafts-, Finanz- und Handelskonzessionen) für einen Zeitraum von sieben Jahren. Im Gegenzug bot die amerikanische Seite pro Jahr 320 Mio. Dollar unter der Voraussetzung, den USA blieben die Stützpunkte für weitere zehn bis zwölf Jahre erhalten. Wann dieser Poker weitergespielt wird, bleibt einstweilen offen.

Wie weiter?

Das MBA ist nicht nur ein Relikt des kalten Krieges. Zusammen mit dem noch im selben Jahr (1947) abgeschlossenen Militärischen Beistandspakt und dem 1951 unterzeichneten Gemeinsamen Verteidigungsvertrag schuf es wesentliche Voraussetzungen dafür, daß die Ex-Kolonie auch nach ihrer Unabhängigkeit im Sommer 1946 eng an den transpazifischen Lehrmeister gebunden blieb. Pikanterweise hatte seinerzeit Washington die Gewährung von Wiederaufbauhilfen für das während des japanischen Interregnums (1941- 1944) zerstörte Land von Manilas Zustimmung zum MBA abhängig gemacht. Die aus dem bilateralen Vertragsgeflecht hergeleitete Schutzpflicht Uncle Sams für die Inseln ist bis dato geblieben, was sie stets war - ein Mythos. Unter anderem befand Ende der sechziger Jahre das Symington-Komitee im US-Senat, daß "die Vereinigten Staaten nur dann zur Abwehr eines Angriffes auf die Philippinen verpflichtet sind, wenn sich dieser direkt gegen die dort stationierten amerikanischen Basen richtet".

In einem kürzlich in der Tageszeitung "Philippines Newsday" (Manila) veröffentlichten Beitrag brachte es Joker P. Arroyo, auf amerikanischen Druck hin längst abgesetzter erster Exekutivsekretär Aquinos, auf den Punkt: "Als unsere Nachbarn - die Chinesen, Indochinesen, Indonesier, Inder - ihre westlichen Herren aus dem Lande warfen, gestatteten wir einer westlichen Militärmacht, sich erneut auf unseren Inseln festzusetzen. Während solche Basen amerikanische Interessen in den koreanischen und vietnamesischen Konflikten schützten, haben sie niemals die unsrigen beachtet. (...) Wiederum stehen wir am Schnittpunkt einer gewaltigen, doch unnützen Debatte, welche diese Nation entzweien kann - über ein Problem, das kein genuin philippinisches ist".

Daß die Basenverhandlungen auffällig wenig Konkretes zutage förderten, läßt vermuten, daß ein Deal bereits unter Dach und Fach ist. Der Öffentlichkeit, ob nationalistisch gesinnt oder nicht, soll suggeriert werden, das zähe und harte Ringen um Positionen demonstriere partnerschaftliche Gleichrangigkeit. Davon kann keine Rede sein; nach eigenem Bekunden gedenken die USA eine pazifische Macht zu bleiben, die auf Militärstützpunkte nicht verzichten kann. Wurde deren Existenz in den Philippinen früher mit der "sowjetischen Gefahr" und dem Imperativ regionaler Sicherheitsgestaltung begründet, so zählt nunmehr das Primat "neuer Beziehungen", um alte Ungleichheiten intakt zu lassen. Manila, gegenüber seinen Gläubigern mit annähernd 30 Mrd. Dollar verschuldet, steht wirtschaftspolitisch mit dem Rücken zur Wand. Ihm geht es um Näherliegendes als um eine "Dekade des Nationalismus" (Aquino) - Geld, dessen Zufluß nur um den Preis fortgesetzten Kotaus zu haben ist.

Wie sehr Washington - implizit zumindest - die schleppenden Basenverhandlungen mit wirtschaftlichen Auflagen verknüpft, unterstrichen erst jüngst der amerikanische Botschafter in Manila, Nicholas Platt, sowie Beamte des US-Finanzministeriums. Manglapus' Forderungen nach erhöhten Ausfuhrquoten philippinischer Produkte auf dem amerikanischen Markt stießen, so Platt, augenblicklich auf Ablehnung seitens protektionistisch eingestellter Mitglieder des US-Senats. Als der philippinische Finanzminister Jesus Garrucho in Washington vorstellig wurde, um dort die Forderung seines Kabinettskollegen Manglapus zu bekräftigen und gleichzeitig einen Teilschuldenerlaß zu erwirken, war alles, was er nach Hause trug, ein Angebot neuer Kredite, die Washington überdies als Teil der Unterhaltszahlung für seine Basen in Fernost angerechnet sehen möchte.

Sollte selbst bis zum 16. September kein Vertrag unterzeichnet oder ein solcher im philippinischen Senat verworfen worden sein, werden möglicherweise spitzfindige Advokaten und Diplomaten das ganze zur Sache der Exekutive erklären. Für diesen Fall ist die Schaffung eines ominösen "joint technical committee" (gemeinsames technisches Komitee) vorgesehen, wovon in keinem bislang veröffentlichten Dokument auch

nur die Rede ist. So bleibt es denn dabei: Manilas Innenpolitik endet dort, wo Washingtons Außenpolitik beginnt.

25. Ohne Demokratie kein Sozialismus Woran ist "1917" gescheitert?

Rubrik: Theorie; Geschichte der Kommunisten; Sowjetunion und Nachfolgestaaten · CD-Datei: daten/aksuche/ak332/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:332:10

Im "Wettbewerb der Systeme" hat der Kapitalismus einen strategischen Sieg errungen. Neben der totalen Diskreditierung des Sozialismus wiegt wahrscheinlich noch viel schwerer, daß der Realsozialismus als praktisches Experiment gescheitert ist. Der Sozialismus mag eine schöne Utopie sein, aber er funktioniert eben nicht. Wir erfahren also gewissermaßen einen doppelten Utopieverlust: Der Sozialismus als Utopie, als Theorie muß aus den gemachten praktischen Erfahrungen in Gestalt des "real existierenden Sozialismus", wie es so schön heißt, "aufgearbeitet" und mithin neu begründet werden, was ebenso schwerfällt wie die Verarbeitung des ganz praktischen Scheiterns. Beginnen wir mit der "Aufarbeitung" jenes realsozialistischen Experiments, das ohne große Zuckungen von der geschichtlichen Bühne abtrat. Warum mußte alles so enden, wie es endete?

Aufholen, Einholen, Überholen

Das Projekt von 1917 fußte auf der Marxschen Unterscheidung zwischen den Produktionsverhältnissen, die sich in einer bestimmten historischen Entwicklung als Fesseln der Produktivkraftentfaltung erweisen würden. Eine gesellschaftliche Weiterentwicklung, ein qualitativer Sprung, werde unvermeidlich zur Überwindung der kapitalistischen Vergesellschaftungsform. Das geschieht nicht von selbst, sondern vollzieht sich durch eine Revolution desjenigen "historischen Subjekts", das durch die kapitalistische Vergesellschaftung geknebelt, gefesselt, ausgebeutet, entfremdet, degradiert ist: der Arbeiterklasse und den unterdrückten Bauern.

1917 stellte den ersten Versuch dar, den Systemwettbewerb auf der Ebene der Entwicklung der Produktivkräfte auszutragen. Und das von einem halbfeudalen, wenig industrialisierten, der "halbasiatischen" Produktionsweise anhaftenden, kulturell rückständigen Land aus. Mittels eines konzentrierten, planmäßigen Einsatzes der vorhandenen Ressourcen sollte eine moderne Industriegesellschaft entstehen, die den gleichen Standards einer produktivistischen Rationalität folgte wie jene des entwickelten Kapitalismus.

Die Theoretiker des damaligen Sozialismus wie Lenin oder Eugen Varga blieben einer ökonomischen Rationalität verhaftet, die den Maßstäben der entwickelten imperialistischen Länder entsprachen. Sie konnten für ihre Ansichten auch diverse Zitate und Aussagen im Marxschen "Kapital" oder bei Engels (im "Anti-Dühring") finden, die Ansichten bestärkten, daß erst der erreichte Grad der Entwicklung der Produktivkräfte die reale Basis einer höheren Gesellschaftsform bilden könne, "deren Grundprinzip die volle und freie Entwicklung jedes Individuums ist", so beispielsweise Marx im "Kapital". Noch deutlicher Friedrich Engels im "Anti-Dühring", wo er ausführt, daß die Abschaffung der gesellschaftlichen Klassen einen geschichtlichen Entwicklungsgrad zur Voraussetzung habe, einen "Höhegrad der Entwicklung der Produktion, auf dem Aneignung der Produktionsmittel und Produkte und damit der politischen Herrschaft ... nicht nur überflüssig, sondern auch ökonomisch, politisch und intellektuell ein Hindernis der Entwicklung geworden ist. Dieser Punkt ist jetzt erreicht".

Was lag also näher, als auf die deutsche Revolution zu hoffen und - als diese nicht eintrat - zunächst alle Kräfte darauf zu konzentrieren, den "Höhegrad der Produktion" nachzuholen? Der Kapitalismus sollte - das war das erklärte Ziel - "überholt", seine produktivistische Logik also noch übertroffen werden, wobei freilich die gesellschaftlichen Methoden gänzlich andere waren; Ausschaltung und Eliminierung der kapitalistischen Konkurrenz, der Wert- und Marktgesetze - stattdessen Rechengeld, nicht-marktwirtschaftliche Mittel und Abkoppelung von jenem kapitalistischen Weltmarkt, dessen Produktions- und Konsumtionsmodell in den Grundzügen übernommen werden sollte. Beileibe nicht nur Lenin schwärmte von der deutschen Kriegswirtschaft, der deutschen Post und den tayloristischen Formen der industriellen Produktion und Arbeitsteilung.

Diese damaligen Vorstellungen waren nicht auf die III. Internationale beschränkt, sondern lange Zeit politisch-theoretisches Allgemeingut. Auch Hilferdings Vorstellungen eines "Sozialismus" gründeten sich auf einen organisierten, planbaren Kapitalismus. Zentrale Planung der Produktion und Distribution galt als die Lösung der Defizitbeseitigung kapitalistischer Gesellschaften, wobei dem Staat eine herausragende

Bedeutung zugewiesen wurde. Das galt für die Diktatur des Proletariats ebenso wie für den sozialdemokratisch-bürgerlichen "Volks"- staat (vergl. u.a. Hilferding 1927). Der Realitätsgehalt dieser Auffassungen, vor allem Lenins, Vargas und auch Stalins, war zumindest bis nach dem Zweiten Weltkrieg nicht von der Hand zu weisen. Vergleicht man die industrielle Entwicklung und die Entwicklung von Produktion und Produktivität der Sowjetunion von 1917 bis in die fünfziger Jahre, so lagen die Wachstumsraten auf diesen Gebieten wesentlich höher als in den damaligen führenden imperialistischen Staaten, die zudem beim Ausbruch der Weltwirtschaftskrise Ende der zwanziger/Anfang der dreißiger Jahre tatsächlich den Eindruck der imperialistischen "Fäulnis" hinterließen. Es schien tatsächlich nur noch eine Frage der Zeit zu sein, wann der entwickelte Kapitalismus dank der planmäßigen Entwicklung der Produktivkräfte überholt werden konnte.

Diese tatsächlichen Entwicklungen nährten den Optimismus der sowjetischen Führung, aber auch der nach dem Kriege folgenden osteuropäischen realsozialistischen Regimes, so daß sie allesamt von der "historischen Überlegenheit" des Realsozialismus sprachen und den Massen das Ein- und Überholen versprachen - wohlgemerkt: das Ein- und Überholen westlicher Techno-, Produktions-und Konsumtionsstandards. Aus heutiger Sicht hat der Realsozialismus die Schlacht um die höchste Produktivität klar verloren. Mehr noch: er hat die Defizite der westlichen Industrie- und Technostrukturen, der Form der gesellschaftlichen Arbeitsteilung mehr schlecht als recht abzukupfern versucht, ohne diese westlichen Standards kritisch zu hinterfragen; die Entfremdung, die Trennung von Hand- und Kopfarbeit, die ökologisch zum Teil katastrophalen Folgen wurden gleich mitreproduziert, die "produktivistische" Denkweise war (und ist) bei den dortigen sozialistischen Theoretikern tief verhaftet, andere Entwicklungslogiken durften nicht gedacht, geschweige denn praktiziert werden.

Spätestens nach Chruschtschow blieben den Massen die Versprechen des Ein- und Überholens erspart, weil sie schlichtweg unglaubwürdig waren. Eine Zeitlang kann man die Menschen mit solchen Versprechungen vielleicht noch bei Laune halten, aber die Sache wird dann ungemütlich, wenn es den entwickelten kapitalistischen Metropolen nach dem Kriege gelungen ist, nicht nur hinsichtlich der Produktion und Produktivität davonzuziehen, sondern auch hinsichtlich der Verteilung der Waren den ausgebeuteten Massen in ihrer Mehrheit einen weitaus höheren Lebensstandard zu bescheren. Wenn nun umgekehrt die Wachstumsraten und damit ja auch die gesellschaftlichen Verteilungsspielräume in den realsozialistischen Staaten stagnieren oder gar rückläufig sind, dann ist das Ende dieser Systeme abzusehen.

Über die Funktionsweise real-sozialistischer Planwirtschaften

Es ist bereits ausgeführt worden, daß die realsozialistischen Gesellschaften den Produktions- und Konsumtionsmaßstäben des Westens folgten. Die Stachanov-Kampagne in der Sowjetunion und deren Nachahmer in Form der Hennecke-Kampagne in der DDR Ulbrichts waren Versuche, die tayloristische Arbeitsteilung zu popularisieren. Aber die Mobilisierung aller Ressourcen zur Steigerung von Produktion und Produktivität führte nicht zum westlichen Konsumtionsmodell, sondern zum Schlangestehen. Die Ursache dafür lag zum einen in der realsozialistischen These des absoluten Vorrangs der "Abteilung I" (Produktionsmittel) vor der "Abteilung II" (Konsumtionsmittel). Dem lag die Vorstellung zugrunde, daß erst mit der Produktivitätssteigerung und der Produktion von ausreichenden Gütern der Abteilung I die materielle Basis für die Entwicklung der Abteilung II gelegt werden mußte.

Diese an und für sich rationale und logische Herangehensweise ließ jedoch die soziale, gesellschaftliche Komponente außer acht bzw. vernachlässigte diese. Arbeiter (und Bauern) lassen sich zu höchsten Arbeitsleistungen nicht allein durch Versprechungen auf bessere Zeiten motivieren - Gorbatschows Verlautbarungen zu Beginn der Perestroika sind ein weiterer aktueller Beleg dafür - sondern durch handfeste, verbesserte Güterangebote im Konsumtionsbereich als Gratifikation erhöhter Arbeitsleistungen (Produktivität).

Dies geschieht im Westen durch reinen Konsumterror, durch die Fetischisierung der Waren, durch ein Produktions- und Konsumtionsmodell, das zugleich den gesellschaftlichen Konsens, jedenfalls für die Mehrheit der Menschen in den Metropolen, gewährleistet. Diese Gratifikationen blieben im Realsozialismus weitgehend aus und wurden nur bestimmten privilegierten Schichten, der "Nomenklatura", zuteil und förderten nicht höhere Arbeitsleistungen, sondern Verbitterung, Zynismus, Apathie. Wenn sich Plan und gesellschaftliche Bedürfnisse widersprechen, dann werden nicht nur gebrauchswertlose Güter hergestellt, sondern zugleich Lethargie und Obstruktion in großen Teilen der Bevölkerung geradezu provoziert.

Diesen Widerspruch konnte etwa die DDR-Bevölkerung fast jeden Abend in der "Aktuellen Kamera" wahrnehmen: auf der einen Seite permanente Meldungen über Planübererfüllungen im Kombinat xy - in der alltäglichen Praxis jedoch zeigten sich die dargestellten Wachstumserfolge kaum in einem größeren und besseren Warenangebot. Ein zweiter gravierender Punkt kommt - und damit wären wir bereits beim Demokratieproblem - noch hinzu.

In den realsozialistischen Kommandosystemen gab es keine gesellschaftlichen Instanzen zur Nachfrageregulierung, zur Erkennung und Artikulierung von Massennachfrage. Das verweist auf ein ganz grundlegendes Defizit. Die wirtschaftliche Planung war nie eine vergesellschaftete Planung, sondern begründete ein gesellschaftliches Machtverhältnis. Wenn keine gesellschaftlichen Instanzen vorhanden sind, die sowohl die quantitativen wie qualitativen Nachfragebedürfnisse der Individuen artikulieren, dann kommt es zu krassen Disproportionen zwischen Angebot und Nachfrage, Produktion und Konsumtion, wie sie sich in den zum Teil hohen Lagerbeständen ausdrücken.

Der zweite zentrale Fehler der realsozialistischen Planwirtschaften bestand in der zentralen Mengenplanung für den gesamten Reproduktionsprozeß, der erhebliche Fehlallokationen zur Folge hatte. Es gab einen permanenten Widerspruch zwischen den Vorgaben der zentralen Planbürokratie, den Industrieministerien usw. einerseits und den betriebs- und einzelwirtschaftlichen Interessen andererseits. Jeder Einzelbetrieb hat selbstredend ein Interesse daran, die Planvorgaben herunterzuhandeln und die Ressourcenzuteilungen zu erhöhen. Dies geschieht - das hat das Ende des Kommandosystems deutlich zutage gefördert - durch ein Verschleiern der tatsächlichen Faktenlage im Planerstellungsverfahren.

Auf der gesamtwirtschaftlichen Ebene zeigt sich dieser Widerspruch sehr kraß: zwischen erfülltem oder übererfülltem Plansoll mit Prämienausschüttungen und dem real existierenden Mangelregime. Der permanente Widerspruch zwischen dem einzelwirtschaftlichen Verhalten und den gesamtwirtschaftlichen Planvorgaben hat außerordentliche politische Gründe und Ursachen, die in einem vollständigen Fehlen demokratisch-öffentlicher Strukturen liegen. Hinzu kommt, daß die zentrale Planwirtschaft fast ausschließlich horizontale Strukturen aufwies; selbständige Lieferverträge auf vertikaler Ebene, also zwischen Betrieb x und Betrieb y, waren verboten, alles mußte über die zentrale Administration abgewickelt werden (Kornai 1980).

Während im Kapitalismus Konkurrenz und Markt als Regulierungsinstanzen fungieren, die eine politische Demokratie durchaus ausschließen können - siehe die vielen autoritären Regimes und Militärdiktaturen - fehlt dem Kommandosystem gewissermaßen die gesellschaftliche "Feinabstimmung" der unterschiedlichen Nachfragebedürfnisse mit dem zentralen Plan. Die Aufhebung oder Lösung dieses Widerspruchs ist historisch bisher in keinem Land auch nur versucht worden (vergl. Kornai 1980). Woran liegt das? Die realsozialistische Planung basiert auf der Mengenplanung bei staatlich festgesetzten Preisen. Was im Kapitalismus über Produktions- und Marktpreise, über Geld in seiner Funktion als Kapital (vergl. den dritten Band des Marxschen "Kapital") reguliert wird, besorgt in den realsozialistischen Gesellschaften eine Instanz: der Staat.

Daraus folgt zum einen, daß bei staatlich-administrativen Preisen gar nicht kostendeckend produziert wurde und das bei uns bekannte einzelbetriebliche Rechnungswesen außer Kraft gesetzt wird. Hinzu kommt der gravierende Unterschied zum Kapitalismus, daß dem Staat die Funktion der Ressourcenverteilung, der Herstellung eines ungefähren Gleichgewichts zwischen Angebot und Nachfrage, dem Verhältnis der Güterproduktion zwischen der Abteilung I und der Abteilung II usw. zukommt - die kapitalistischen Ware-Geld-Beziehungen sind aufgehoben, das Geld erhält eine nachgeordnete Funktion als Rechengeld, der Staat und die Planungsbürokratie nehmen somit die Geldfunktionen wahr (1).

Damit wird jede Ware zu einer politischen Größe; der Staat kann über den festgesetzten Preis bestimmte Güterströme verknappen oder aber erhöhen und damit gesellschaftlich regulieren. Das wäre ein großer Vorzug gegenüber dem Kapitalismus, um ein bestimmtes Konsummodell durchzusetzen, bestimmte Entwicklungsrichtungen zu bestimmen. Die relative Unabhängigkeit der Preise von den Produktionskosten ist also nicht negativ, da erst so eine gesellschaftliche anstatt der marktkapitalistischen Regulierung von Bedürfnissen möglich wird. Dies gilt es ausdrücklich als "Errungenschaft" festzuhalten. Daraus folgt wiederum, daß sich Krisen im Kapitalismus in Form der Überakkumulation zeigen, im Realsozialismus in den nur begrenzten Ressourcen, die nach Plan zugewiesen sind. Im Kapitalismus äußert sich der Reichtum der herrschenden Klasse im Profit, im Realsozialismus jedoch in "akkumulierten Gütern". Es ist sattsam bekannt, daß sich die Einzelbetriebe im Widerspruch zu den gesamtwirtschaftlichen Planmaximen größere Vorratslager

anlegten. Dieses Horten von Gütern diente zum einen als Risikovorsorge vor künftigen Planvorgaben und als Tauschobjekt "am Plan vorbei", um im Falle von Versorgungs- und Lieferengpässen Güter und Vorprodukte abrufen zu können.

Dieses Horten von Gütern, was gleichzeitig den in allen realsozialistischen Ländern "informellen Sektor" begründet, ist keinesfalls auf die Sphäre der Produktion und Distribution beschränkt. Auch die Bevölkerung als Konsumenten deckt sich infolge des allseits herrschenden Mangels mit Lebensmitteln ein, um Risikovorsorge im Falle leerer Regale zu treffen und um gegebenenfalls über den Naturaltausch andere Güter zu erhalten, die über Plan nicht zu bekommen sind. Das wiederum führt u.a. zum sogenannten "Schweine-Zyklus"; eine große Menge Zucker wird nach Plan auf den "Markt" geworfen, die Bevölkerung räumt das Zuckerangebot vollständig ab und hortet. Dies signalisiert den staatlichen Behörden einen hohen Zuckerbedarf, was dazu führt, daß die Zuckerproduktion weiter erhöht wird. Dieser bleibt dann jedoch in den Regalen liegen (vergl. Conert 1990).

Heute wissen wir, daß die zentralen Pläne in vielerlei Hinsicht fiktiv waren. Der ehemalige Chef der Staatlichen Plankommission in der DDR, Schürer, hat in einem Interview in der "Wirtschaftswoche" ausgeplaudert, daß zum Jahresende die Wachstumskennziffern rein politisch nach oben "korrigiert" wurden, um der Bevölkerung Erfolge vorgaukeln zu können. Es ist absurd: Der Plan, der eigentlich die gesamte Ökonomie erst gesellschaftlich transparent macht und Voraussetzung für eine Diskussion um gesellschaftlichen Bedarf und Bedürfnisse ist - ein ungeheurer Vorzug gegenüber dem Kapitalismus - verkehrt sich ins genaue Gegenteil, denn niemand kennt den tatsächlichen Umfang der Ressourcen.

Auch dieser Widerspruch tritt nunmehr deutlich zutage; noch immer gibt es enorme Schwierigkeiten, die Werte für Waren, Maschinen, Anlagen, Lagerbestände usw. exakt zu erfassen, da eine Rechnungsführung im westlichen Sinne eben nicht existierte (1). Der zentrale Plan, die Zentralisierung von Wissen über die gesellschaftlichen Ressourcen auf die staatliche Planungsbürokratie, hatte mindestens zwei negative Folgen. Zum einen führte dies zur bekannten Lethargie und Unverantwortlichkeit auf der mikroökonomischen Ebene. Von daher rühren die unzähligen vergeblichen Versuche des Staates, die "materielle Interessiertheit" zu erhöhen. Zweitens konnten die mangelnden Reserven bei der Planung und Güterdefizite nur durch Aktivitäten und Ausweitungen des "informellen Sektors" kompensiert werden: Schwarzarbeit, Korruption, Unterschlagung, Beiseiteschaffen und Horten von bestimmten Materialien usw. Neben dem offiziellen Plan existierte allerorten ein "informeller" Güterkreislauf mit schwarzen Märkten, in die so ziemlich alle Menschen in irgendeiner Weise eingebunden waren, da die Plandefizite dies so erzwangen.

Wenn in der Sowjetunion ständige Kampagnen gegen Schieber und Gauner, Spekulanten und schwarze Märkte ins Leere laufen, so liegt das auch daran, daß die politische Führung für die Herausbildung einer rudimentären Marktwirtschaft voll verantwortlich ist und davon partizipiert. Ohne diese "informellen Sektoren", ohne diese Schattenökonomie wäre die Funktionsweise des Kommandosystems noch sehr viel schwerer gestört. Überspitzt formuliert: die Plandefizite, die Art und Weise der Ressourcensteuerung über eine zentrale Instanz ohne gesellschaftliche Regulierung bringt eben jenen Markt hervor, den man eliminieren wollte. Spricht das für den Markt in der Markt-Plan-Kontroverse? Augenscheinlich ja und auch wiederum nein.

Ja, weil die Herausbildung eines marktwirtschaftlichen informellen Sektors "am Plan vorbei" auf erhebliche Defizite des zentralen Plans verweist und ganz praktisch demonstriert, daß Plan ohne Markt nicht funktioniert. Nein wiederum, weil nicht der Plan an sich für die erheblichen Fehlallokationen verantwortlich ist, sondern die fehlende gesellschaftliche Einflußnahme und Regulierung.

Damit ist bewußt viel mehr gemeint als das Allheilmittel einer "radikalen Demokratisierung" (Gysi), das unter dem Eindruck entdemokratisierter Gesellschaften allüberall auf die Fahnen geschrieben wird. Mit den Vorstellungen der "reinen Demokratie" lassen sich nämlich nicht die immensen Probleme beantworten, die in einer nicht-marktförmigen, die freie Entwicklung der Individuen fördernden Gesellschaft bestehen. Die größte Schwierigkeit besteht darin, eine Lösung jenseits der allseits gepriesenen "sozialistischen Marktwirtschaft", in der ja das Geld als Kapital und Trägerin einer Tauschwertproduktion unangetastet bleibt, ebenso zu finden wie jenseits der großen Gefahren einer despotischen neuen Herrschaft von Menschen über Menschen, die sich daraus ergibt, daß eine kleinere Gruppe von Menschen Produktion und Distribution von Ressourcen verwalten und verteilen sollen - nicht über marktförmige Prozesse, sondern über das gesellschaftliche Quantum an und die Verteilung von Arbeitszeit (2).

Die Krise des Systems ...

Im Verlaufe der fünfziger und sechziger Jahre, als sich die Wachstumskrise und wirtschaftliche Stagnation in einer Reihe realsozialistischer Länder zeigte, startete die "Nomenklatura" Kampagnen, stieß Pläne um - nicht als eine gesellschaftliche Korrektur "von unten", sondern kontrolliert "von oben". Im wesentlichen wurden der Bevölkerung zwei Möglichkeiten angeboten. Die eine bestand in einer geringfügigen Verschiebung der Produktion der Abteilung I zugunsten der Abteilung II, um durch ein zeitweise besseres Konsumangebot die Unzufriedenheit in der Bevölkerung zu dämpfen. Der zentrale Plan kannte jedoch weder bestimmte Reserven und verfügte daher nur über mangelnde und begrenzte Alternativen, noch konnte er verhindern, daß ein Mehr an der einen Stelle ein Weniger an anderen Produktionsstandorten ergab. Zweitens gab es immer wieder Versuche einer gewissen Dezentralisierung; die Liberman-Debatte in der Sowjetunion Ende der fünfziger Jahre, die geplante Einführung des "Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Leitung" (NÖS) durch den VI. SED-Parteitag (1963) zielten darauf ab, durch die Stärkung der "materiellen Interessiertheit" der Betriebe, durch die Einführung weiterer Kennziffern, durch Zugeständnisse an die Betriebe, größere Teile ihrer Gewinne selbständig zu verwenden, die damalige Stagnation zu überwinden - in der DDR war zu jener Zeit der 7-Jahres-Plan offenkundig gescheitert.

Aber all diese autoritären Lösungen - die Krisen durften niemals Anlässe für demokratische Partizipation, für gesellschaftliche Diskussionen über alternative Verwendungsmöglichkeiten usw. sein - wurden nach kurzer Zeit wieder zurückgenommen, weil die Widersprüche zwischen dem zentralen Plan und den nun stärker zutage tretenden einzelbetrieblichen Interessen evident waren. Das letzte Roll-Back in dieser Hinsicht war Prag 1968. Spätestens seit diesem Zeitpunkt ist im nachhinein klar, daß diese Systeme nicht zu reformieren waren, ohne daß das gesamte Regime hätte von der Bühne abtreten müssen. Der zentral geplante Mangel wurde von den "Nomenklaturen" nie zum Anlaß genommen, mehr gesellschaftliche Partizipation zu gewähren, sondern für sie war der Mangel die permanente Bedrohung der Legitimation ihrer "führenden Rolle".

Neben den Lösungsversuchen einer partiellen Dezentralisierung traten Ende der sechziger Jahre Versuche, die wirtschaftliche Stagnation durch eine verstärkte Kreditaufnahme im Westen zu überwinden. Mit äußeren Finanzmitteln wurden Importe von Maschinen und Konsumwaren finanziert. Damit verbunden war eine schrittweise Preisgabe des staatlichen Außenhandelsmonopols und eine Abkehr von einer starken Abschottung vom kapitalistischen Weltmarkt. Mehr als eine Hinauszögerung der stagnativen Krise konnte jedoch nicht bewirkt werden, zumal die negativen Seiten die positiven bei weitem überwogen: Die Außenschulden haben die realsozialistischen Ökonomien überfordert, der Schuldendienst beschleunigte die Krise sogar noch. Erhebliche Ressourcen mußten für devisenbringende Exporte eingeplant werden, zumal der Weltmarkt ganz andere Maßstäbe setzte und die Planökonomien vor neue Probleme stellte. Die exportorientierten Sektoren der Industrie mußten nach westlichen Kosten-, Umsatz- und Ertragskennziffern produzieren, was das bisherige System der staatlich festgesetzten Preise erheblich durcheinander brachte. Ebenso ging die Rechnung nicht auf, mit Hilfe von westlichen Technologieimporten, die zudem über die CoCom-Liste arg begrenzt waren, den Sprung von der extensiven zur intensiven Reproduktion zu schaffen. Dieser Übergang, der immer ein Traum bleiben sollte, scheiterte nicht am Plan oder den Technologien allein, sondern an der damit nicht einhergehenden gesellschaftlichen Veränderung und deren Unflexibilität. Den damaligen Reformern wie Ota Sik, Zdenek Mlynar, Jri Costa oder Michael Brie war dieser Widerspruch durchaus bewußt, und sie hatten ihn klar benannt.

Eines der letzten typischen Beispiele in der DDR war, als Erich Honecker stolz einen Megabit-Chip aus eigener Produktion präsentierte; mehr als bestimmte vereinzelte Spitzenleistungen auf "Weltniveau" bedeutete das jedoch nicht. Die technologische Fähigkeit zur Produktion eines Chips hatte noch längst nichts mit der allseitigen gesellschaftlichen Verwendung und Durchsetzung einer modernen Produktionsweise zu tun. Ähnliches gilt für die Sowjetunion, die imstande war, Spitzenleistungen in der Militärtechnik und der Raumfahrt zu erbringen, ohne daß die im Westen so genannten "Spin-off"-Effekte eintraten; auf der einen Seite von der übrigen Industrie abgeschottete Spitzentechnologien, auf der anderen Seite Werkzeugmaschinen für den zivilen Bereich, die noch aus den zwanziger und dreißiger Jahren stammten.

Die Tage der realsozialistischen Gesellschaften waren gezählt: Die Niederlage im Systemwettbewerb im wirtschaftlichen Bereich ist offenkundig, die Rückständigkeit in fast allen Bereichen, das ökonomische Desaster fielen mit einer weiteren Passivisierung der Menschen zusammen. Die einen erstreikten sich eine

grundlegende gesellschaftliche Veränderung (Polen), die anderen nahmen nur noch Reißaus (DDR) - die "Nomenklaturen" konnten abdanken.

Die Fetischisierung des Staates

Es ist bereits einleitend beschrieben worden, daß die sozialistischen Experimente nach 1917 im Grunde genommen dem westlichen Produktionismus/Konsumismus folgten und daß dem Staat dabei eine zentrale Rolle zugewiesen wurde. Dabei konnte sich beispielsweise auf Friedrich Engels berufen werden, der im "Anti-Dühring" ausführte, daß die Überführung des privaten Eigentums in staatliches Eigentum im Kapitalismus bereits den Weg der revolutionären Umwälzung weise. "Das Proletariat ergreift die Staatsgewalt und verwandelt die Produktionsmittel zunächst (!) in Staatseigentum", schrieb er. Und fügte ausdrücklich hinzu, daß dies sogleich der letzte selbständige Akt des Staates sei - dann "stirbt er ab". Auch im "Kommunistischen Manifest" von Marx und Engels finden sich zahlreiche Hinweise nach Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln.

An diese Aussagen knüpften die Praktiker des Sozialismus an und verbanden diese Forderungen mit Vorstellungen der vollständigen Liquidierung des kapitalistischen Marktes, der Zurückdrängung bis vollständigen Abschaffung des Geldes. Diese Vorstellungen entsprangen in jenem Land, das eine "halbasiatische" Produktionsweise (Bahro 1977) und eine spezifische, von Lenin immer wieder gegeißelte Kultur aufwies und eine voll ausgebildete kapitalistische Ökonomie nie gekannt hatte: die Sowjetunion. Gleichzeitig war den damaligen revolutionären Akteuren das Problem der Vergesellschaftung, die über die bloße Verstaatlichung als Voraussetzung derselben hinausführt, bewußt. Bereits 1918 schrieb Lenin, "daß selbst die allergrößte Entschlossenheit nicht hinreicht, um den Übergang von der Nationalisierung und Konfiskation zur Vergesellschaftung zu vollziehen" (Lenin 1918). An anderer Stelle führt er aus: "Heute sehen nur Blinde nicht, daß wir mehr nationalisiert, konfisziert, zerschlagen und zerbrochen haben, als wir zu erfassen vermochten. Die Vergesellschaftung aber unterscheidet sich gerade dadurch von einfacher Konfiskation, daß zum Konfiszieren bloße ‚Entschlossenheit', ohne die Fähigkeit, richtig zu registrieren und richtig zu verteilen, genügt, während man ohne eine solche Fähigkeit nicht vergesellschaften kann" (Lenin 1918). Die aktuellen Diskussionen über die Vergesellschaftungsproblematik in der Sowjetunion laufen insgesamt auf ein "Zurück zum Markt" hinaus und erklären solche Ansätze für gescheitert (3).

Die rigorosesten Versuche, nicht nur den Markt, sondern auch das Geld zu liquidieren und zum "kommunistischen" Naturaltausch überzugehen, mußten nach kurzer Zeit infolge der Krisenverschärfung abgebrochen werden; das betraf die Sowjetunion in ihrer kriegskommunistischen Periode und später Kuba. Im schlimmsten Fall führten diese Praktiken zur nackten Barbarei (Pol Pot-Regime).

Die bloße Negation des Privateigentums in der Sowjetunion, ohne daß die damalige rückständige Gesellschaft über reale Erfahrungen in diesem Bereich verfügte, erwies sich als verhängnisvoll. Es ist bekannt, daß diese Vorstellungen stark umstritten waren; es sei hier nur auf die Kontroverse zwischen Bucharin und vor allem Preobrashenski verwiesen. Im Ergebnis hatte sich jedoch eine Sichtweise durchsetzen können, die aus der Not eine Tugend machte und den nichtstaatlichen Eigentumsformen einen rigorosen Kampf ansagte. Marx bezeichnete diese mögliche Entwicklungslinie als "rohen Kommunismus, der alles vernichten will, was nicht fähig ist, als Privateigentum von allen besessen zu werden, er will auf gewaltsame Weise von Talent etc. abstrahieren".

Selbstredend war von den Theoretikern und Praktikern des "Marxismus-Leninismus" schon lange nicht mehr vom Absterben des Staates, sondern im Gegenteil von seiner zentralistischen, totalitären Vervollkommnung die Rede, ganz im Sinne von Marx' Ausführungen über die "Oberaufsicht" im Kapitalismus, die "ihr Maximum im Sklavensystem" erreiche und zum Despotismus führt (23. Kapitel im "Kapital"). Der Widerspruch in dieser Ideologie als klassischer Legitimationsideologie ist evident: Da wird von den "objektiven Gesetzmäßigkeiten" hinsichtlich der Entwicklung der Produktivkräfte, der "wissenschaftlich-technischen Revolution" geredet, die "objektiven Kriterien" und angeblichen Gesetzmäßigkeiten folge.

Und das in einer Gesellschaft, die auf ihre Fahnen die Befreiung der Subjekte geschrieben hat, die dem Anspruch nach den Gang der Dinge gesellschaftlich beeinflussen und prägen kann. Das verweist auf einen weiteren gewichtigen Punkt bei der "Aufarbeitung" des realsozialistischen Experiments: auf die völlige Geringschätzung der Rolle des Individuums und seiner Entfaltungsmöglichkeiten. Aber statt Demokratisierung

nach einer Übergangsphase wurde systematische Entdemokratisierung, die Auflösung aller Überbleibsel demokratischer Strukturen betrieben - zugunsten eines etatistischen Sozialismus (vergl. insbesondere Henrich 1989).

Wem dient, wem folgt der Staat?

Wer lenkt den Staat, nach welchen Maßgaben und nach wessen Interessen handelt dieser im Realsozialismus? Im Kapitalismus folgen die staatlichen Akteure in letzter Instanz der privatwirtschaftlichen Kapitalverwertung und haben eine wesentliche Funktion bezüglich der gesellschaftlichen Konsensbeschaffung und damit auch der Vermittlung und Kompromißbildung unterschiedlicher Interessen.

Die bürgerlichen Formen der Herrschaft reichen von mehr oder weniger stark ausgeprägten parlamentarischen Demokratien im Sinne eines "autoritären Staates" (Poulantzas) bis hin zu brutalen Militärdiktaturen und dem Faschismus. Die Trennung von Ökonomie und Politik ist dabei konstitutiv für die bürgerliche Demokratie. Und im Realsozialismus? Dort war der Staat keinesfalls Interessenvertretung jener Klassen, die Kapital akkumulieren und Profit maximieren wollen, denn mit der Beseitigung der Kapitalverwertungslogik geht eben jenes Kriterium staatlicher Herrschaft und Unterdrückung verloren. Vielmehr tritt im Realsozialismus an die Stelle der Kapitalverwertungslogik die Partei - und zwar in einem doppelten Sinne.

Zu einer ursprünglich gesellschaftlichen Funktion einer politischen Partei kommt ihre Funktion als Staatspartei hinzu. Die in allen realsozialistischen Verfassungen festgeschriebene "führende Rolle" der Partei ist ebenso in diesem doppelten Sinne gemeint: Sie übt die politische Macht und Herrschaft über die von ihr kontrollierten und besetzten Staatsapparate aus und fungiert gleichzeitig als eine gesellschaftliche Partei im herkömmlichen Sinne. Die Partei tritt dabei dem Anspruch nach als Vermittlerin "ihres" Staates und der Gesellschaft auf. Es liegt in der Logik dieser Systeme, daß eine einheitlich-zentralistische Leitung und Lenkung der gesellschaftlichen Reproduktion möglichst alle Partikularinteressen ausschalten, eliminieren muß. Damit nimmt sie aber in Kauf, den produktiven Wettbewerb in der Ökonomie, die gesellschaftliche Auseinandersetzung insgesamt zu verbannen - die Doppelfunktion der Partei führt so zwangsläufig in den "vormundschaftlichen Staat" (Henrich 1989).

Die "Staatswerdung" der Partei drückt sich nicht nur in den oftmals als "feudalistisch" beschriebenen Strukturen aus, die in den verschiedenen Personenkulten gipfelten: Staatsratsvorsitzender, Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrates, Vorsitzender des Ministerrates, Generalsekretär der Partei usw. Vielmehr zeigt sich darin die system-immanente Notwendigkeit, möglichst alle Partikularinteressen, bis hinein ins Politbüro der eigenen Partei, auszuschalten (Schabowski 1991). Ohne Zweifel begründete das realsozialistische System ein neues Produktionsverhältnis, das die Gesellschaft in zwei Teile schied; die auch "Staat" gewordene Partei förderte gesellschaftliche Innovationen nur insoweit, wie diese die eigene Herrschaft nicht konterkarierte und förderte so den jetzt offen zutage getretenen Untertanen, der nach seiner "Befreiung" nach einer neuen Unterordnung sucht.

Dieser sozialpsychologische Prozeß ist in allen osteuropäischen Ländern anzutreffen: man haut voll auf das alte System drauf, verlangt in zum Teil aggressiver und auch gewaltsamer Weise die "Abrechnung" mit den Repräsentanten des alten Systems, um sich selbst zu entlasten und den Untertanengeist auf Führer des "neuen" Systems zu projizieren.

Das System in der Legitimationskrise

Das impliziert geradezu, daß das realsozialistische System seine Legitimation aus dem Systemwettbewerb begründen mußte und sich kaum auf die eigenen Errungenschaften stützen konnte. Den Massen wurde der kapitalistische Spiegel der imperialistischen Kriege, der Armut in der Dritten Welt und der Massenarbeitslosigkeit in den Metropolen vorgehalten; die Vorzüge des Sozialismus konnten jedoch in den entscheidenden Punkten des Systemvergleichs in den Augen der Massen nicht mithalten: in der Frage der Demokratie und bezüglich des nie kritisch hinterfragten westlichen Konsummodells. Auch der Fortbestand realsozialistischer Nationalstaaten in Konkurrenz zu anderen "Bruderstaaten" diente - trotz aller Sonntagsreden über das "sozialistische Weltsystem" - der inneren Konsensbeschaffung und nationalistischer Identitätsbildung. Die Rückgriffe auf Nationalismen und nationalistische Ideologien wirken für diese Systeme mit internationalistischem Anspruch geradezu anachronistisch. Auch die Goldmedaillenspiegel nicht nur in der

ehemaligen DDR, sondern im noch wesentlich rückständigeren Rumänien sollten ideologische Kompensationsfunktionen für den allerorten herrschenden Mangel kompensieren.

Die Verdoppelung der Partei war nach 1917 aus der Not geboren und hatte zu einer beträchtlichen Dynamisierung der gesellschaftlichen Entwicklung im Rußland nach 1917 beigetragen. Später zeigte sich jedoch, daß es eben diese Doppelfunktion war, die maßgeblich innere Reformen blockierte, keine anderen gesellschaftlichen Alternativen diesseits des Sozialismus zuließ, selbst Diskussionen darüber aus der Öffentlichkeit verbannte und die sogenannten Dissidenten verfolgte.

Aber auch das realsozialistische Herrschaftssystem mußte sich vor der eigenen Bevölkerung legitimieren und einen größtmöglichen gesellschaftlichen Konsens erzielen - und das schließlich im Namen des Sozialismus. Es ist ja unbestreitbar, daß alle Kommunisten und Parteien, seien es die Bolschewiki oder die KPD, mit dem Anspruch auf Befreiung der Menschen von kapitalistischer Ausbeutung und auf gesellschaftliche Emanzipation angetreten sind.

Diese Ziele, so verballhornt sie auch im Gewande des "Marxismus-Leninismus" als reiner Legitimationsideologie auftraten, gerieten ganz offenkundig in den Widerspruch zu den gesellschaftlichen Realitäten. Keine Emanzipation, sondern bevormundete Bürger, kein Mehr an Demokratie, sondern Entdemokratisierung, kein Absterben des Staates, sondern dessen Vervollkommnung und erst Recht kein Überholen des Kapitalismus. Diese Defizite versuchte die damalige SED mit dem Vorweisen von "Errungenschaften" wie der Friedensrolle, des Internationalismus, der größeren sozialen Gleichheit, der Beseitigung der Arbeitslosigkeit und Armut usw. zu kompensieren. Dabei ist die Herstellung politischer Legitimation im Realsozialismus ungleich schwieriger als im Kapitalismus; Kommandosysteme weisen keine so hohe Komplexität auf wie der entwickelte Kapitalismus, die erst sehr unterschiedliche gesellschaftliche Interessen hervorbringt.

Daher sind realsozialistische Systeme viel "störanfälliger" schon bei den geringsten gesellschaftlichen Erschütterungen. Wenn ein Dutzend Jenaer Pazifisten gegen die Nato-Nachrüstung öffentliche Mahnwachen abhielten und symbolische Friedenskerzen anzündeten, dann hieß das bereits Alarmstufe 1 bei Mielke und dem Politbüro. Das weitgehende Fehlen demokratischer Strukturen, das Verbot oppositioneller politischer Betätigung, das Nichtdulden anderer Auffassungen innerhalb der Partei und der herrschenden "Nomenklatura" hat die Massen nicht nur von jeder Form gesellschaftlicher Partizipation abgeschnitten, sondern - viel schlimmer - das "System" hat die Menschen in einem hohen Grade entpolitisiert, was Günter Gaus und andere mit der "Nischengesellschaft" umschrieben. Bricht diese systematisch betriebene Entmündigung erst einmal auf, dann gerät sogleich das ganze System in eine latente Krise.

Der hohe Grad der Entpolitisierung zeigt sich im ganzen erschreckenden Ausmaß im vorherrschenden konservativen Massenbewußtsein in den osteuropäischen Staaten, in der Nichtverarbeitung und Nichtauseinandersetzung mit allen Formen des Rassismus und Nationalismus, die es im realen Sozialismus eo ipso nicht geben durfte, in autoritären Denkmustern usw. Es ist ebenso frappierend, wie wenig sozialistische Substanz nach dem Zusammenfall des Realsozialismus unter den zig-Millionen Parteimitgliedern als Substrat des Zerfalls der Kommunistischen Parteien übrig geblieben ist, und wie nahtlos zu den Traditionen der II. Internationale übergegangen wird, wo sich zeigt, daß im Staatsverständnis und einer insgesamt schönfärberischen Sicht der Widersprüche in der Welt die realsozialistische Herrschaftsideologie und der Sozialdemokratismus sich "wiedervereinigen" und ihre gemeinsamen Wurzeln entdecken. In bürgerlichen Gesellschaften gibt es permanent politische und wirtschaftliche Krisen, soziale (Klassen-)auseinandersetzungen.

Im Unterschied zu den realsozialistischen Systemen verfügen kapitalistische Gesellschaften jedoch über eine Reihe alternativer Herrschaftsvarianten und unterschiedlicher ideologischer Apparate. Das reicht vom bloßen Austausch von Regierung und Opposition bis zur brutalen Militärdiktatur. Im Unterschied zum Sozialismus kann eine bürgerliche Gesellschaft auch ohne Demokratie auskommen, was von den neokonservativen Ökonomen wie Hayek und Mises oder den "Chicago-Boys" auch theoretisch begründet wurde. Außerdem ist das kapitalistische System durchaus flexibel und offen genug, zunächst oppositionell erscheinende, in Wirklichkeit aber innovative gesellschaftliche Strömungen in sich aufzunehmen und für sich zu nutzen. In der Ökologiefrage hat sich das ebenso vollzogen wie in der Frauenfrage; bis in die jüngsten Tage des Golfkriegs hat sich in der BRD eine Antikriegs-Stimmung verbreitet, wie sie in keinem vergleichbaren imperialistischen

Land, vielleicht mit Ausnahme Japans, anzutreffen war. Diese relative Offenheit der Herrschaftsapparate im bürgerlich-demokratisch verfaßten Kapitalismus bezeugt ein gewisses Maß an Flexibilität, dem sich Zunutzemachen gesellschaftlicher Einzelinteressen - während die realsozialistischen Herrschaftsapparate dies nicht nur nicht konnten, sondern auch gar nicht zulassen durften, ohne ihre Macht zu untergraben.

Das war jedoch mit dem entscheidenden Nachteil einer gesellschaftlichen und auch geistigen Erstarrung verbunden, mit einem stagnierenden Leben, das zunächst noch durch den individuellen Rückzug ins Private bei wachsender Ausbreitung von Passivismus und Apathie die Widersprüche aushalten ließ. Die Folge dieser gesellschaftlichen Erstarrung - aktuell ließ sich das mit der bloßen Ignoranz der herrschenden osteuropäischen Eliten gegenüber der sowjetischen Perestroika verfolgen - mußte irgendwann das berühmte Faß zum Überlaufen bringen. Als weiteres wesentliches Element hat der Kapitalismus den schnöden Markt anzubieten, der die Gesellschaft in Gewinner und Verlierer aussortiert. Er erlaubt die Nährung einer permanenten Illusion, wonach jedes Individuum als "homo oeconomicus" seines Glückes Schmied ist. Wer zu den Verlierern zählt, dem wird sein persönliches Versagen vorgehalten, welches wiederum verinnerlicht wird. Das Kapital, der Staat usw. sind dabei aus dem Schneider.

Über ein so breites Repertoire politischer Herrschaftssicherung hat der Realsozialismus nicht einmal in Ansätzen verfügt. Das Paradoxe bestand ja darin, daß diese Gesellschaften in Form des Kommandosystems durch und durch politisch waren, während die Mehrheit der Bevölkerungen systematisch entpolitisiert, "entmündigt" wurde. Dies gilt übrigens nicht nur für den Bereich der offiziellen Politik; betriebssoziologische Untersuchungen in der DDR haben gezeigt, daß sich das betriebliche Interesse der Arbeiter weitgehend auf das unmittelbare Arbeitskollektiv beschränkte; schon der Gesamtzusammenhang des Kollektivs, der Arbeitsbrigade usw. mit der Kombinatspolitik interessierte die Arbeiter herzlich wenig. Bricht die herrschende Legitimation zusammen, die aus einem ganzen Ensemble staatlicher Einschüchterungs-und Disziplinierungsmaßnahmen ebenso beschafft wird wie durch materielle Vergünstigungen (Prämien, Auszeichnungen) und soziale Leistungen, dann bleibt mangels politischer Alternativen sowie der Reform- und Innovationsunfähigkeit nur noch die nackte Repression wie in Prag 1968.

Die Idee ist an einem Punkt, oder besser gesagt an einem Ende angekommen und hat sich vollends blamiert - das System bricht, mit Ausnahme Rumäniens, ganz einfach zusammen und tritt ab. Alles in allem bestätigt sich eine Schlagzeile aus einer älteren Ausgabe dieser Zeitung anläßlich der gewaltsamen Niederschlagung der Studentenproteste auf dem Tienamin-Platz in Peking: "Ohne Demokratie kein Sozialismus". Das 1917 begonnene sozialistische Experiment ist nicht am Plan gescheitert, sondern an der gesellschaftlichen Stagnation, Unflexibilität und dem völligen Fehlen demokratischer gesellschaftlicher Instanzen außerhalb des "Kommandosystems".

D./Westberlin

Anmerkungen:

1) Erst nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus dürfte endgültig klar sein, daß alle Theorien und Erklärungsmuster vom "modernen Revisionismus" aus der "ML"-Sicht - vergleiche vor allem die wohl wichtigste Schrift Charles Bettelheims über "Die Klassenkämpfe in der UdSSR" (1975) - obsolet geworden sind. Die "staatskapitalistische" These, nach der im realen Sozialismus das kapitalistische Wertgesetz in modifizierter Form weiterwirkt und sich von der revisionistischen "Nomenklatura" angeeignet wurde, ist nicht mehr haltbar.

2) Vergl. hierzu insbesondere Marxens "Kritik des Gothaer Programms". Michael Stamm hat sich sehr skeptisch mit der Problematik auseinandergesetzt (vergl. "ProWo", Berlin, Februar 1991).

3) Einen Einblick in die Debatte gewinnt man aus der Lektüre der Zeitschrift "Initial" 3/1990 (Berlin), in der sowjetische Autoren und Autoren der ehemaligen DDR über die "kardinale marxistische Illusion" (Zak) und den "Mythos der Vergesellschaftung der Produktion" (Lissitschkin) herfallen.

Verwendete Literatur:

Altvater, Elmar: Die Zukunft des Marktes, Münster (1991);

Bahro, Rudolf: Die Alternative, Köln (1977);

Bettelheim, Charles: Die Klassenkämpfe in der UdSSR, Berlin (1975);

Conert, Hansgeorg: Die Ökonomie des unmöglichen Sozialismus, Münster (1990);

Engels, Friedrich: Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft, Berlin (1971);

Henrich, Rolf: Der vormundschaftliche Staat, Reinbek (1989);

Kornai, Janos: The Economics of Shortage, Amsterdam (1980);

Marx, Karl: Kritik des Gothaer Programms, in: MEW Bd. 19, Berlin (1978);

Lenin, Wladimir Iljitsch: Über "linke" Kinderei und über Kleinbürgerlichkeit; Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht (Aprilthesen), beide in: Lenin Werke Bd. 27, Berlin (1972);

Schabowski, Günter: Der Absturz, Berlin (1991)

26. Nationaler Konsens statt Klassenkampf? Auch die URNG setzt auf Verhandlungen. Interview mit Gerardo Gonzales

Auch die guatemaltekische Befreiungsorganisation URNG setzt auf Verhandlungen - Interview mit Gerardo Gonzales -

Rubrik: Uruguay · CD-Datei: daten/aksuche/ak332/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:332:04

Seit dem 17. Juni tagt in Mexiko eine neue Verhandlungsrunde zwischen der Regierung und der Befreiungsorganisation URNG (Unidad Revolucionaria Nacional Guatemalteca). Setzt mit der URNG eine weitere trikontinentale Befreiungsbewegung auf Klassenversöhnung statt auf Klassenkampf? Wir sprachen mit Gerardo Gonzalez, Kadermitglied der URNG und Chef des Befreiungssenders "Voz Popular".

Res Strehle: Während Eurer Europatournee habt Ihr über das Radio "Voz Popular" und die Verhandlungen zwischen der URNG und der guatemaltekischen Regierung informiert. Ihr habt die Verhandlungen als Moment der Stärke dargestellt: Der Druck auf die Regierung sei national und international so stark, daß sie gar keine andere Wahl mehr habe. Ich denke, auch Eure Verhandlungsbereitschaft könnte als Moment der Schwäche gedeutet werden: Die Weltlage hat sich ungünstig verändert. Befreiungsorganisationen sind gegenwärtig in vielen Regionen in der Defensive.

Gerardo Gonzalez: Nein, wir bieten der Regierung schon seit nahezu fünf Jahren Verhandlungen an. Das hat mit der veränderten Weltlage nichts zu tun. Diese Behauptung macht einzig die Gegenseite. Über Schwäche oder Stärke der URNG lassen wir lieber die Fakten sprechen: 1990 haben sich unsere militärischen Aktionen im Vergleich zu 1989 verdoppelt. Auf der politischen Ebene hat die URNG national und international an Glaubwürdigkeit gewonnen.

Die militärische Stärke scheint insbesondere auf dem Land zu bestehen. In den Städten, speziell in der Hauptstadt, scheint Ihr Schwierigkeiten zu haben, richtig Fuß zu fassen."

Ja und nein. Die URNG hat in letzter Zeit auch in der Hauptstadt bedeutende Aktionen durchgeführt. Es ist aber für jede revolutionäre Organisation zweifellos um einiges schwieriger, in den Städten zu operieren. In der Hauptstadt konzentriert die Armee ihre Kräfte, um den Besuchern, den politischen Delegationen und dem Tourismus Ruhe vorzugaukeln. Sie wollen vorgeben, daß es keinen Krieg im Lande gibt. Wir haben trotzdem spektakuläre Aktionen durchführen können, beispielsweise haben wir eben kürzlich die Computeranlage des Armeeausbildungszentrums mit Raketen erfolgreich angegriffen.

Wie ist in der Verhandlungsphase das Verhältnis zwischen militärischen Aktionen und Verhandlungen? Wird militärisch eher zurückgehalten im Sinne einer Vorleistung oder wird intensiviert, um die Verhandlungsposition zu stärken?

Diese Entscheidung steht in direktem Zusammenhang mit den militärischen Operationen des Gegners. Die guatemaltekische Armee hat gegenwärtig Offensiven an allen Fronten eingeleitet. Darauf werden wir natürlich militärisch antworten. Wahrscheinlich zeichnet sich also eher eine Intensivierung der Kämpfe ab. In der ersten Verhandlungsrunde in Mexiko im April ist nicht über einen Waffenstillstand geredet worden, in den weiteren Verhandlungen könnte ein Waffenstillstand aber zum Thema werden.

Welche Zugeständnisse müßten in den bevorstehenden Verhandlungsrunden erreicht werden, damit die URNG einem Waffenstillstand zustimmt?

Das hängt nicht nur von uns ab, da hat auch die breite Volksbewegung etwas zu sagen. Sicher ist, daß Mindestgarantien gegeben werden müßten, die den demokratischen Öffnungsprozeß und die Einhaltung der Menschenrechte garantieren, ebenfalls die Entmilitarisierung der Gesellschaft und eine Verbesserung der Wirtschaftssituation. Einige Schritte sind in ihrer Notwendigkeit offensichtlich: Abschaffung des geheimen Repressionsapparates, Unterstellung der Polizei unter die Justiz statt Armee, Aufhebung der Modelldörfer, Entwicklungspole und Zivilpatrouillen, in die die Bevölkerung hineingezwungen wird.

Dann wäre die URNG auch bereit, die Waffen abzugeben?

Demobilisierung wird erst der letzte Punkt sein, wenn bei den anderen zehn Themen (siehe Kasten, Anm. d. Red.) eine Einigung erreicht worden ist. Die Waffenabgabe ist keine Frage des Willens. In Guatemala herrscht eine jahrhundertealte Situation der Unterdrückung und Diskriminierung. Der Krieg hört nicht auf, wenn wir die Waffen abgeben, sondern erst, wenn seine Ursachen beseitigt sind.

Nehmen wir an, die guatemaltekische Oligarchie wäre bereit, einer "Costa- Rica-Lösung" mit minimaler demokratischer Öffnung und vergleichsweise geringerem Repressionsniveau zuzustimmen, würde die URNG die Waffen niederlegen?

Diese Frage kann ich so nicht beantworten. Modelle können nicht übertragen werden. Costa Rica hat beispielsweise keine indianische Bevölkerung, die bei uns die Mehrheit darstellt. Wir kämpfen gegen unsere Oligarchie mit ihrem stark ausgeprägten Rassismus.

Diese Oligarchie hat bis jetzt sehr wenig Spielraum für soziale Veränderungen zugestanden. Ist die Erwartung, daß sich dies nun plötzlich ändern wird? Oder wird davon ausgegangen, daß sich dies nicht ändert und die starre Haltung der Oligarchie nachher propagandistisch ausgenutzt werden kann?

Wir haben die Verhandlungen nicht in propagandistischer Absicht gesucht. Wir suchen eine Lösung für die Probleme unseres Volkes. Die Oligarchie hat außerdem keine homogene Position, sie ist gespalten: Ein Teil von ihr sucht jetzt eine politische Lösung, der andere nicht. Wir gehen ohne Vorurteile in die Verhandlungen.

Die URNG kennt den Gegner militärisch, sie wird ihn auch politisch kennen. Es wird also eine genauere Einschätzung bestehen, ob Zugeständnisse zu erwarten sind oder nicht.

Es geht nicht um Zugeständnisse, sondern um die Rechte eines kämpfenden Volkes. Natürlich ist der Weg zu einer politischen Lösung schwierig. Wenn es aber keine Aussicht auf eine politische Lösung gäbe, hätten wir den Dialog nicht angeboten.

Gibt es Druck von Seiten der USA auf die guatemaltekische Oligarchie, einer Verhandlungslösung zuzustimmen?

Vermutlich schon, die US-Botschaft in Guatemala hat jedenfalls den Beginn der Verhandlungen ausdrücklich begrüßt.

Die USA suchen in der "Neuen Weltordnung" an verschiedenen "neuralgischen" Punkten nach Befriedungslösungen: In Nahost, im südlichen Afrika, in Zentralamerika usw. Gibt es eine Parallele zwischen der Halsstarrigkeit der israelischen Regierung und jener der guatemaltekischen Oligarchie?

Nein, die sehen wir nicht. Die Interessen und Probleme in diesen Räumen sind andere. Das Verhältnis zwischen Israel und den Palästinensern ist nicht vergleichbar mit dem innerguatemaltekischen Problem.

Wenn die URNG die Chance auf eine Verhandlungslösung in Aussicht stellt, besteht nicht die Gefahr, daß die Bevölkerung nach einem Scheitern der Verhandlungen enttäuscht sein wird?

Wir hoffen nicht, daß die Bevölkerung dem Dialog einfach zuschaut, sondern daß sie an der Analyse und Konkretisierung der Forderungen teilnimmt. Deshalb schlagen wir einen Prozeß hin zum nationalen Konsens unter Teilnahme aller Kräfte im Lande vor. Das Volk muß selber für seine Rechte einstehen.

Verhandlungen dämpfen Kampfbereitschaft und Moral.

Wir sehen das überhaupt nicht so. Unsere Führung hat in der Verhandlungsrunde vom April in Mexiko gleich zu Beginn klargestellt: Wir kommen nicht, um uns zu ergeben. Wir kommen, um zu kämpfen und zu diskutieren.

Wenn es tatsächlich zu einer Verhandlungslösung kommen sollte: Garantie der Menschenrechte, demokratische Öffnung, Entmilitarisierung, sanfte Landreform. Wäre das schon die guatemaltekische Revolution gewesen?

Das hängt vom Ausmaß dieser Veränderungen ab. Wenn es gelingt, die Volksrechte zu verankern, ein Recht auf politische Teilnahme, eine Beteiligung an den nationalen Ressourcen, das Recht auf Leben usw. tatsächlich zu verankern, dann gibt es keine Notwendigkeit für den Krieg mehr. Wenn es gelingt, eine

repräsentative Volksversammlung zu bilden, die die gesellschaftlichen Veränderungen definiert, dann sind wir zur Integration bereit.

Also eine rechtsstaatliche parlamentarische Demokratie und keine sozialistische, in der das Volk auch über die Produktionsmittel verfügt?

Das werden das Volk und die verfassungsgebende Versammlung entscheiden.

Wie in Westeuropa?

Auf diesen Vergleich steige ich nicht ein. Jedes Volk hat seine eigene Geschichte. Unser Volk konnte in der Geschichte bisher nie selber entscheiden. Das soll sich ändern. Wir denken dabei nicht unbedingt an Wahlen. Die indianische Bevölkerung Guatemalas hat eigene Formen, ihre Vertretung zu bestimmen und ihre Forderungen zum Ausdruck zu bringen. In den Maya-Gemeinschaften etwa wird solange zusammengesessen, bis ein Konsens gefunden worden ist.

Sollen die Multis in Guatemala gemäß Programm der URNG enteignet werden?

Ein Thema unserer Verhandlungen ist die Landreform. Heute ist die überwältigende Mehrheit des fruchtbaren Bodens in den Händen der nationalen Oligarchie und der internationalen Agromultis. Es muß eine Formel gefunden werden - ich spreche nicht von Enteignung - wie die Mehrheit der Bevölkerung vom Boden profitieren soll.

Warum sprichst Du nicht von Enteignung?

Weil Enteignung nicht die einzige Möglichkeit ist, und es außerdem verschiedene Formen der Enteignung gibt.

Mit Entschädigung beispielsweise - Ihr denkt im Ernst daran?

Es gibt Formen kollektiven Bodenbesitzes und vieles andere mehr. Auf jeden Fall kann die Konzentration des Bodenbesitzes in wenigen Händen so nicht weitergehen.

Und der private Besitz von Produktionsmitteln in der Industrie und im Bankensektor?

Der industrielle Sektor ist in unserem Land sehr klein und nicht entscheidend. Der Bankensektor ist eng verknüpft mit dem Agrobereich.

"Duralita", eine Tochtergesellschaft unter der Kontrolle eines Schweizer Multis, dürfte so weiterproduzieren?

Ja. Wir können keine von der Welt abgeschottete Gesellschaft aufbauen. Wenn es gerechte Wirtschaftsbeziehungen gibt, werden sie weiterproduzieren können.

Mein Eindruck ist, daß die Position der URNG in den letzten Jahren moderater geworden ist. Könnte dies ein Ausdruck dessen sein, daß die kommunistischen Kräfte in der Welt und in der URNG an Terrain verloren haben?

Unser Kampf hat eigene Wurzeln, eine eigene Führung und eigene Autonomie. Wir sind weder in einer Abhängigkeit entstanden noch in einer Abhängigkeit groß geworden. Die Sowjetunion hat uns beispielsweise, auch wenn dies von der Gegenseite immer behauptet wurde, nie unterstützt. Wenn du die Gründungsplattform der URNG aus dem Jahre 1982 liest und sie mit unseren Forderungen heute vergleichst, wirst du keine Positionsveränderung feststellen können.

Aber die PGT, die bewaffnete kommunistische Partei, als Unterorganisation der URNG hatte in ihrem Programm den Klassenkampf mit dem Ziel, die Bourgeoisie zu zerschlagen und die Produktionsmittel zu verstaatlichen.

Die PGT hat eine lange Geschichte mit vielen Spaltungen und Veränderungen. Heute ist die PGT Teil der URNG und trägt die Position der URNG voll mit.

Und setzt damit auch das Projekt der Versöhnung zwischen den Klassen unter dem Schlagwort des nationalen Konsenses an die Stelle des Klassenkampfes?

Wir wollen uns nicht auf einen Begriffsstreit einlassen. Klasse, Klassenkampf und Sozialismus sind Begriffe, die interpretationsbedürftig sein. Wir haben uns lange um abstrakte Begriffe gestritten. Heute kämpfen wir

gemeinsam und konkret für ein Volk, das an der Ausübung seiner elementarsten Rechte gehindert wird. Revolutionen können nicht exportiert werden, Kämpfe auch nicht. Jedes Volk hat seinen eigenen Kampf, mit der eigenen Geschichte und eigenen Hoffnungen zum eigenen Ziel.

Der Begriff des Volkes ist immerhin auch nicht ganz unproblematisch und mindestens so interpretationsbedürftig wie der Klassenbegriff.

Der Begriff des Volkes ist in Guatemala genau definiert: 80 Prozent der Bevölkerung sind Campesinos und Campesinas, 73 Prozent leben in Armut, ein großer Teil davon in extremer Armut. Diese überwiegend indianische Bevölkerung kann großteils weder schreiben noch lesen, auch nicht die großen Werke des Sozialismus. Aber sie weiß, was ihre Rechte sind. Es geht darum, ihr nicht eine Terminologie überzustülpen, sondern sie ihre Forderungen selber in ihrer eigenen Sprache formulieren zu lassen. Gegen diese Bevölkerung richtet sich ein starker Rassismus, der die Wirtschaftsstrukturen genauso prägt wie das Klassenverhältnis. Die Indigena-Bevölkerung besteht nicht einfach aus ausgebeuteten Menschen, sie gelten gar nicht als Menschen. Weil Rassismus von Marx, Engels und Lenin nicht analysiert wurde, heißt das nicht, daß er für uns keine Realität ist - im Gegenteil, er ist absolut dominant.

Für Rosa Luxemburg war die Frage des Rassismus und Kolonialismus von entscheidender Bedeutung.

Ja, wir arbeiten in unserer internen Weiterbildung deshalb auch mit Texten von Rosa Luxemburg und José Carlos Meriátegui. Wir haben die Texte in eine einfache Sprache umgeschrieben für Menschen, die neu lesen gelernt haben. Natürlich lesen wir auch die Klassiker, aber wir dürfen diese Analysen nicht schematisch auf unser Land überstülpen. Ebenso lesen wir die Erfahrungen aus anderen Befreiungskämpfen. Wir brauchen diese Lektüre, um unseren Kampf und die Etappe, in der wir uns befinden, ständig neu zu bestimmen. Aber letztlich muß der Kampf aus unserem eigenen Volk herauswachsen.

Die Verhandlungsthemen

1. Demokratie, Menschenrechte.

2. Stärkung der zivilen Macht und Funktion der Armee in einer demokratischen Gesellschaft.

3. Identität und Rechte der indianischen Bevölkerung.

4. Verfassungsreform und Wahlreglement.

5. Sozio-ökonomische Veränderungen.

6. Landreform.

7. Wiederansiedlung der Flüchtlinge.

8. Grundlagen der Wiedereingliederung der URNG in das politische Leben des Landes.

9. Modalitäten eines definitiven Waffenstillstandes.

10. Zeitplan für die Verwirklichung und Überprüfung der getroffenen Vereinbarungen.

11. Unterzeichnung des Friedensabkommens und Demobilisierung.

(vereinbart am 26.4.91 in der Hauptstadt Mexikos)

27. Die Linke nach dem Golfkrieg. Überlegungen zur Entwicklung linker Politik nach dem "Tabubruch" Befürwortung des imp. Krieges

Überlegungen zur Entwicklung linker Politik nach dem jüngsten "Tabubruch" Befürwortung des imperialistischen Krieges

Rubrik: Golfkrieg; Westdeutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak332/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:332:36

Der Golfkrieg hat die deutsche Linke noch weiter auseinandergetrieben. Politische Kategorien, die Linken unterschiedlicher Couleur in der Vergangenheit bei allen Differenzen gemeinsam waren - Imperialismus und Ausbeutung der "Dritten Welt" -, werden nicht mehr identisch oder ähnlich benutzt. Man meint nicht mehr das Gleiche, wenn über dasselbe gesprochen wird. Im Kontext der Golfkriegsdiskussion hat sich eine Identifikation vieler Linker mit den kapitalistischen Metropolen und ihren Werten westlicher Zivilisation - offensiv oder auf dem Wege der Annäherung - in einer Breite entwickelt, die über das Maß bekannter Einzelentwicklungen der letzten Jahre hinausgegangen ist.

Die westliche Überlegenheit befördert eine neue (ex-)linke Welt-Sichtweise aus Metropolenperspektive, derzufolge die Welt in gut und schlecht eingeteilt wird: der Osten (gleich Sozialismus) hat versagt und ist historisch überholt, der Süden bringt anstelle von Befreiung Kreaturen à la Saddam und fundamentalistische Barbarei hervor. Die "Zivilgesellschaft" und ihre ökonomische sowie vermeintliche moralische Überlegenheit beginnt, die Kapitalismuskritik von links abzulösen.

Abschied vom Antiimperialismus

Der Imperialismus ist nicht mehr der alte Imperialismus, weil ihm sein Brüderchen Realsozialismus abhanden gekommen ist. Was einstmals abzulehnen war - direkte oder indirekte imperialistische Interventionen in Korea, Guatemala, Vietnam, Chile, Nicaragua, Malvinen, Grenada, Panama usw. -, wurde nicht dadurch besser, daß die Sowjetunion ihren 17. Juni in der DDR, Ungarn '56, Prag '68, Afghanistan '81 auf dem Schuldenkonto hatte. In der historischen Rückschau relativiert sich die Kritik am Imperialismus jedoch deshalb, weil er erfolgreicher ist. Wann vorher hat es den nicht nur von bürgerlicher, sondern auch von linker Seite vorgetragenen Vorwurf des "Antiamerikanismus" in vergleichbarer Form schon einmal gegeben? Man hätte ihn auch bei früheren Konflikten bereits erheben können (Pohrt tut dies im übrigen unter Rückgriff auf Horkheimer zu Vietnam). Das gilt selbst für die Diskussion um die NATO-"Nachrüstung", die mit den Worten Reagans, gegen das damalige "Reich des Bösen", die Sowjetunion unter Breshnew, gerichtet war. Die Unterstellung des Anti-US-Imperialismus in der BRD als sublime Rache für die Schmach, die die USA unseren Eltern und Großeltern mit dem Ausgang des Zweiten Weltkriegs angetan haben, konnte vor wenigen Jahren deshalb nicht in dieser Form erhoben werden, weil den Linken damals noch bewußt war, daß die Sowjetunion ein Hauptopfer des deutschen Krieges und Hauptalliierter der Anti-Hitler-Koalition war. Das Pendant zu unserem "Antiamerikanismus" wäre somit der Antisowjetismus als Rache der Rechten hierzulande gewesen. Man kann es so diskutieren wie die Heerschar linker Psychoanalytiker, die sich in der Golfkriegsdebatte mit ihren Tiefgang vorschützenden Motivationsanalysen zu Wort gemeldet haben.

Aber was soll's? Blendet doch diese Betrachtungsweise völlig die politischen Motive und Veränderungen aus. Der sich vollziehende Abschied vom Antiimperialismus kennt den Systemkonflikt nicht mehr. Da die Ergebnisse sowohl im Hauptkonflikt Ost-West, als auch in seinen "Windschattenkonflikten" Dekolonialisierung und Befreiungskampf, im Hauptfall zugunsten des Westens und in den "Nebenfällen" negativ ausgegangen sind, wird von den Ergebnissen auf seine Ursachen rückgeschlossen: alles Asche, von Anfang an.

Die von Enzensberger bis Gremliza/Reemtsma gezogene historische Analogie der Allianz des Rests der Welt unter Führung der USA gegen den militärisch und ökonomisch zweitklassigen, restlos isolierten Irak, zur Alliierten Anti-Hitler-Koalition gegen das erstklassige Deutschland (Aufklärung und Zivilität kontra Barbarei) blendete die Sowjetunion als Konfliktpartner beim Sieg über Deutschland völlig aus. Was bleibt: Allianz = Westen = gut, oder doch relativ gut oder wenigstens das kleinere Übel.

Dem linken Paradigmenwechsel entsprechend relativiert sich die Imperialismuskritik nicht nur für den historischen Zeitpunkt Zweiter Weltkrieg/ Anti-Hitler-Koalition, sondern im Gefolge des realsozialistischen Zusammenbruchs generell. Befreiung war das Werk nur noch der Amerikaner, nicht mehr der Sowjets. Die Amerikaner hatten gute Ziele. Historische Gleichmacherei und Weißwäsche erklärt nicht mehr die imperialistischen Handlungen, trotz ihrer nicht nur unterstützenswerten Ziele deshalb für richtig, weil sie in einer besonderen historischen Situation gegenüber dem Übel nationalsozialistischer Weltmacht- und Vernichtungspolitik eine für diesen Zeitraum andere Bedeutung erhalten, sondern sie erklärt den "aufgeklärten" Imperialismus für unterstützenswert, das System und die westlichen Werte, die die USA repräsentieren.

Der Antiimperialismus bzw. die Imperialismuskritik muß zum Zweck der politischen Neupositionierung als niederes Motiv denunziert, die Geschichte des antiimperialistischen Kampfes neu geschrieben und ihrer Ursachen, ihrer sozialen und revolutionären Antriebe entkleidet werden, Anti-Antiimperialismus ist angesagt. Keine Zeit ist günstiger, als die von Niederlagen und des Fehlens jeder aktuellen Befreiungsperspektive. Kritisiert man die Golfpolitik der imperialistischen Staaten, ist man für Saddam (Joachim Bruhn führt dies im AK-Streitgespräch gut vor). Auf diese Weise, indem der historische Sonderfall zum Normalfall wird, gehen grundsätzliche Kritik von links und die Akzeptanz westlicher Weltbeherrschung durchaus zusammen, so lange es eben Schlimmeres geben könnte (Bruhn u.a.). Dieses Argumentationsmuster, das zu Zeiten des lebendigen realen Sozialismus von Konservativen immer wieder als Reduktion von Kommunismus auf Stalinismus bemüht wurde, um westliche Abwehr gegen den barbarischen (asiatischen) Kommunismus zum jederzeit legitimen Ziel von Interventionen zugunsten - am westlichen Demokratierstandard gemessen - zweifelhafter Regimes zu rechtfertigen, braucht künftig auf den Sozialismus und seine Verbündeten als Hindernis keine Rücksicht mehr zu nehmen. Auch deswegen fällt es Linken heute leichter, dieses Muster zu übernehmen, nur daß das "Reich des Bösen" heute in der "Dritten Welt" angesiedelt ist.

Nicht zufällig hat, wie ein Rollback zur IWF-Debatte vor einigen Jahren, eine Diskussion zur ökonomischen und politischen Neubewertung des Verhältnisses Erster zu "Dritter Welt" begonnen. Wo ein knappes Viertel der Weltbevölkerung in den kapitalistischen Zentren in den achtziger Jahren den Anteil am Weltsozialprodukt von 77% auf 83% ausweiten konnte, muß eine Erklärung her. Prof. Jörg Goldberg versucht in der "Konkret" (Februar) zu belegen, daß die Erste Welt ihren Reichtum sehr wohl auch auch ohne die "Dritte Welt" erreichen könne, da er überwiegend auf dem in den Metropolen "erreichten hohen Stand der Arbeitsproduktivität" basiere, die "Ausbeutung der Dritten Welt nicht die Quelle des Wohlstands der Ersten Welt" sei. Auch hier wird wiederum von der historischen Entwicklung und der maßgeblichen Verantwortung der Ersten Welt für den Raubbau an und dem Zustand der "Dritten Welt" vorbeiargumentiert. So wird das Ergebnis von Politik und der durchaus nicht unerwünschte Zustand der Nichtentwicklung größere Teile der "Dritten Welt" in einer Weise reingewaschen, die dem Metropolen-Linken den Abschied erleichtern kann. Goldberg liefert den zweifelhaften ökonomischen Zahlenunterbau für eine weitere, sich links nennende Dritte-Welt-Diskussion, die die internationalistischen Eierschalen loswerden will. Mehr ideologisch motiviert, nur deutlich reaktionär, ziehen Michael Walzer und Hans-Christoph Buch (der gleich zweimal) im Mai in der TAZ vom Leder: Äthiopien, Angola, Kuba, Nicaragua, Kambodscha und Vietnam -, all diese so unterschiedlich zu bewertenden Nationen, seien Beleg dafür, daß die Völker der Dritten Welt nicht Opfer von Weltbank, US-Imperialismus oder EG seien, sondern der "Korruption der einheimischen Eliten", "Geiseln ihrer durch fremde und eigene Schuld vermurksten Geschichte", sozusagen der Geschichte an sich, seien. Guerilleros, so der frühere Guevara-Fan Buch, "foltern und morden", "begehen Massaker bis hin zum Völkermord der Roten Khmer in Kambodscha", arbeiten "mit Drogenhändlern und gewöhnlichen Kriminellen" zusammen etc. Was liegt da näher, als die Gendarmen des Kapitalismus und seine Marktwirtschaft mal richtig zum Zuge kommen zu lassen, ganz so, als wenn die dort nicht bereits gewütet hat. Ulrich Menzel hat diese Antwort auf "korrupte und dialogunwürdige Eliten" in der "Dritten Welt" ("Frankfurter Rundschau" 3.6.) bereit: er schlägt den "Aufbau internationaler Eingreiftruppen" vor, die in Krisengebieten unter Einschränkung der Souveränität des jeweiligen Staates die "Treuhandschaft" übernehmen. Die "soziale Komponente" bei Menzels Vorschlag findet sich in der Verantwortung des Nordens für die Versorgung der Bevölkerung des Südens wieder: er müsse zur agrarischen Überschußproduktion verpflichtet werden.

"Zivilgesellschaft" und Marktwirtschaft

Der linke Paradigmenwechsel während des Golfkriegs vollzog sich vordergründig als Pro und Contra Kriegsdebatte. Er hat aber nicht hier seinen Ausgangspunkt, sondern ist vielmehr eine Verlängerung des

Auseinanderdriftens, das der Zusammenbruch des "Realen Sozialismus" bewirkt hat. Was als Debatte um die Reform des Sozialismus mit dem Machtantritt Gorbatschows begann, hat durch die vollzogene Unterwerfung der staatssozialistischen Systeme unter marktwirtschaftliche und Weltmarkt-Bedingungen die marxistische Linke durcheinandergewirbelt: illusionär als vorauseilende Offensive eines deformierten, aber überlegenen, weil im Prinzip besseren Systems gedacht, erwiesen sich Glasnost und Perestroika als nachholende bürgerliche Demokratisierung sowie verzweifelter Versuch kapitalistischer Anschlußmodernisierung.

Der Wegfall marxistischer Kategorien wird durch positive Annäherung an Marktwirtschaft und Zivilgesellschaft als Synonyme für ökonomische und politische Überlegenheit wettgemacht. Diese neuen Kategorien werden derzeit sowohl ökologisch, als auch sozialistisch (aus dem Lager der ehemaligen Anhänger des realen Sozialismus) besetzt.

Die Metropolensicht eines relevanten Teils der Ex-Linken erklärt innergesellschaftlich den "Citoyen" und seine Lebensweise zum dominanten Entwicklungstyp. Der Citoyen hatte mit dem Fall der Mauer und der deutschen Vereinigung seinen Durchbruch und sieht als seine vordringliche Aufgabe, sich und die Ex-Linke mit diesem Staat zu versöhnen: nationale Identitätsfindung ist ihm ein Anliegen, das sich durch den "unzivilisierten" Nationalismus des glatzköpfigen, deutschlandbrüllenden Skin gestört fühlt. Der politisch gemäßigte Citoyen schätzt vielmehr den gepflegten Hauptstadt-Diskurs à la Klaus Hartung in der TAZ.

Die künftige Utopie hat bereits ihren Namen: "Zivilgesellschaft". Ihr wirtschaftliches Pendant ist die ökologische Marktwirtschaft. Die civil society soll den Raum "zwischen Ökonomie und Staat" ausfüllen. Ihr Hebel: die Öffentlichkeit, die "kommunikative Macht" (nach Habermas). In der Weiterentwicklung, wie sie Micha Brumlik kürzlich in der TAZ entwarf, wird die Zivilgesellschaft mit der Theorie des "Kommunitarismus" verknüpft. Anknüpfend "an dem ganzen Ensemble bestehender Lebensformen" wie "Familien, Freundschaften, Glaubensgemeinschaften, Verbänden", verzichtet die "Zivilgesellschaft" auf umfassende Gesellschaftsveränderung und den "unmenschlichen Planbarkeitswahn des Leninismus", baut das Bestehende aus. Der Macht des Geldes und ihrer Administration (dem "System", Habermas) wird eine breitgefächerte Öffentlichkeit für das Ziel einer gebändigten, ökologisierten Marktwirtschaft entgegengesetzt. Ihr parteilicher Träger wären die Grünen, oder vermutlich authentischer, die Grünen als Bürgerbewegung.

Prof. Jürgen Habermas hat kürzlich in einer eher resignierten Rückschau auf die BRD-Geschichte von einer "Arbeitsteilung zwischen Regierenden" und dem "zivilen Bürgersinn" gesprochen, die Reformen bewirke, die die Regierenden alleine nicht zustandebrächten (Die Zeit, 10.5.). Der konkrete, durch die zivile Kritik mitgeformte Weg der bundesdeutschen Westintegration unter Adenauer sei entgegen seiner (Habermas') früheren Einschätzung "eine große Leistung" gewesen. Aber ohne die Bürgersinnigen wäre "aus neokonservativem Mief und Gelsenkirchener Barock niemals eine tiefergehende Identifikation" mit der BRD hervorgegangen. Der stille Abschied - von der Revolution sowieso - von der Systemkritik drückt sich hierin aus. Dies beschreibt exakt den wesentlich über die Grünen erfolgten Verlauf der meisten Linken. Habermas zieht aus seiner Rückschau die Schlußfolgerung, daß ähnliche Mechanismen auch in der Diskussion um die deutsche Einigung wirken könnten, die man zwar nicht ablehne, deren Modus man aber sehr wohl kritisiere. Vielleicht irre man sich und Kohl behalte - wie Adenauer - recht mit seinem Vorgehen bei der Vereinigung, so mache doch Opposition gegen ihren Vollzug den Sinn, das staatsbürgerliche Element zu stärken. Trefflicher kann der Rückzug kaum beschrieben werden: nicht weil die APO-Linke (ungeschriebene) Spielregeln mit den Herrschenden einging, sondern weil sie sich gerade nicht an diese hielt, konnte sie in den sechziger und siebziger Jahren eine gesellschaftliche Öffnung und Demokratisierung erreichen. Dies heute zum Staatsvertrag zwischen den Herrschenden und der Opposition zu erklären, würde dieser die letzten Zähne ziehen, die beißen könnten.

Georg Fülberth hat in der "Konkret" (Mai 91) zum einen auf die Nähe der Zivilgesellschaftsdebatte zur Gramsci-Debatte verwiesen, womit ein weiteres, im PDS-Umfeld befindliches zivilgesellschaftliches Potential umrissen wäre. Zum anderen verweist er darauf, daß "Zivilgesellschaft" eher etwas "für feine Leute in feinen Ländern" sei. Die konsumfreudigen Citoyens bedürften der Zurechtstutzung der Zivilgesellschaft zu einer "Idylle durch Verleugnung der Barbarei, auf welcher sie ganz offensichtlich beruht", betrachtet man sie im Maßstab internationaler "Arbeitsteilung". M.E. hat sich gerade das zivilgesellschaftliche Element in der Golfkriegs-Debatte ausgetobt: Die Identifizierung mit Zielen und Erträgen der Ersten Welt und ihre Gefährdung durch Dämonen der "Dritten Welt".

Ernst Noltes Rache: Von Dämonen und Phänomenen

Den größten Einbruch in der Linken hat die Kriegsdebatte im Lager der Gegner der deutschen Vereinigung gebracht. Antideutsch und antifaschistisch gedacht, geriet diese Gegnerschaft in Widerstreit mit dem Antiimperialismus und der "Dritten Welt". Der antinationalen Orientierung war der gleiche linke Boden unter den Füßen entglitten, der die Zivilgesellschaftler ins proimperialistische Lager geführt hat. Aus antideutsch wurde eine historische Waffe, die auf den Irak projiziert wurde. Enzensbergers Saddam = Hitler fand zahlreiche linke Imitatoren.

Im Golfkrieg hat der "Historikerstreit" die Linke eingeholt. Was bis dato Ernst Nolte vorbehalten blieb, die Relativierung deutscher Geschichte als Voraussetzung für "Normalisierung" und Wiederfindung deutscher "Identität", wurde von Linken durch Agitation für den Krieg und ahistorische Geschichtsvergleiche mitbefördert. Die Saddam/Hitler-Gleichsetzung erfuhr zahlreiche Varianten. Am eingängigsten über den Vergleich der Anti-Saddam- und Anti-Hitler-Allianz (besonders Reemtsma/Gremliza). Die zuerst am Beginn des Golfkriegs von dem Historiker und Kohl-Berater Michael Stürmer aufgestellte Formel, Auschwitz lehre, es gebe Schlimmeres als den Krieg, ist wie selbstverständlich in die linke Golfdebatte eingegangen (siehe auch Joachim Bruhn in der AK-Debatte und in seinem Beitrag im Buch "Hitler von Bagdad", man müsse die USA "gegen eine Kritik in Schutz nehmen, die nicht weiß, daß es noch Schlimmeres gibt als den Imperialismus").

Ausgerechnet Broder war der erste, der mit der Formel von der "zweiten Endlösung" mehr tat, als auf eine Bedrohung der israelischen Bevölkerung durch Chemiegasraketen hinzuweisen. Mehrfach wurden der irakische Raketenterror und die Giftgasdrohungen gegen Israel mit dem Holocaust verglichen (so u.a. von 150 Historikern, deren Prominenteste 1986 überwiegend gegen Noltes Relativierung Position bezogen haben). Wolf Biermann ließ Saddam im Vergleich schlechter als Hitler abschneiden: "Was Hitler seine Leute in jahrelanger blutiger Handarbeit üben ließ: die Ausrottung des jüdischen Volkes, das wird Saddam Hussein jetzt auf einen Streich mit einem Knopfdruck versuchen." Schließlich zeigten Pohrt, Peter Schneider, Broder, Enzensberger und Karl-Heinz Bohrer die gewünschte Frontstellung auf: die Linken sind die Faschisten von heute, so ihre unmißverständliche antilinke Botschaft, die eine weitere Variante der Staatsversöhnung anzeigt.

Mit dem Fall der Mauer begann Noltes "Rehabilitierung". Seine Gleichsetzung vom bolschewistischen "Klassenmord" mit dem nationalsozialistischen "Rassenmord", seine Prioritätenliste - Hitler als Reaktion auf Stalin und sein Versuch, die Singularität anzugreifen, feiern derzeit dreifach Erfolge: die Relativierung der Judenvernichtung wird von links aufgenommen; die Debatte um den 50. Jahrestag des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion wird nicht etwa zur Anklage deutscher Kriegspolitik, sondern zum Wettkampf der "Phänomene" Hitler und Stalin (voran der "Spiegel"; Gorbatschows Ex-Berater Daschitschew: "der Krieg zweier Banditen"); Daschitschew strapaziert kronzeugengleich, die vielberichtete These vom deutschen "Rassenkampf" gegen den sowjetischen "Klassenkampf" auf einer Berliner Historikerkonferenz im Juni, und wiederum der "Spiegel" läßt Alan Bullock in "Die Genies des Bösen" zwei "asiatische Untaten" gleichsetzen: "Was dem einen ‚die Juden`, waren dem anderen ‚die Kulaken'".

Zugegeben: neu ist nicht eine der aufgestellten Thesen, periodisch sind sie in den Nachkriegsdiskussionen immer wieder einmal aufgetaucht (das gilt insbesondere für den populären Hitler-Stalin-Vergleich von Bullock). Neu ist nur ihre Selbstverständlichkeit im - postmodern ausgedrückt - "staatspolitischen Diskurs" der BRD und ihre vermeintliche historische Bestätigung durch den Zusammenbruch des sowjetischen Systems. Ebenso munter, wie solche Positionen aufgestellt werden, darf ihnen, sofern noch jemand mag, widersprochen werden. Gerade das aber erleichtert hiesige Vergangenheitsüberwindung und den Übergang zur deutschen Normalität so sehr. Nicht mehr mühsame Verleugnung deutscher Taten, ihre Relativierung schafft Genugtuung. Wie wohltuend entlastet doch das Gedenken voll Abscheu an die Opfer beider Ungeheuer Taten, wenn sowjetische und deutsche Repräsentanten Seite an Seite Kränze niederlegen und Kohl und Gorbatschow im sowjetischen Fernsehen reden.

Schließlich, auch das eine Veränderung, ist der Nolte des Jahres 1991 geschichtsbuchreif geworden. 1986 war er viel weniger wegen seiner SU-Bewertung ins Kritikkreuzfeuer geraten. Offenkundig aber hatte er bereits damals den Machtantritt Gorbatschows 1985 als Beginn des Niedergangs der sowjetischen "Supermacht" gewertet. 1991 schreibt er - ohne Gegenwehr wie vor fünf Jahren - in der FAZ über den "Irrtum" deutscher Geschichte, als sich Hitler aus Panik über den 1917 von den Bolschewiki entfesselten "Weltbürgerkrieg" zum Zweiten Weltkrieg und der Judenvernichtung hinreißen ließ. "Daher sollte das Jahr 1933 nicht mehr als ein

autonomes Epochenjahr gelten, vielmehr muß es als feindselige Imitation des wichtigeren russischen Jahres 1917 gesehen werden."

Das historische Bewertungsmuster ist in der bundesdeutschen Stalinismusdiskussion durchaus gängig. Da die Sieger die Geschichte schreiben, werden die "Phänomene" Hitler und Stalin immer weniger vor dem Hintergrund nationalen und internationalen Klassenkampfs gewertet, immer mehr vor dem deutschen Irrwegs oder sowjetischer Rückständigkeit. Wobei Deutschland, siehe Nolte, besser abschneiden muß, da die Sowjetunion Verlierer ist und asiatisch. Viel offenkundiger, als der angebliche Antiamerikanismus als angebliches deutsches Problem des Golfkriegs, ist die sublime Form des nachträglichen Sieges über die Sowjetunion in Form von Care-Päckchen nach Leningrad und Reisebussen nach Königsberg (oder noch Kaliningrad?) m.E. das für uns Linke hervorstechende Merkmal aktueller deutscher Entwicklungen.

Innenpolitisch findet gleichermaßen die Geschichtsentsorgung nach dem DDR-Anschluß statt. Die Gleichsetzung Stasi gleich Gestapo, Nazi-Verbrechen gleich DDR-Verbrechen, das genüßliche Bedauern, daß man die Spitzen eines (ehemals souveränen) Staates nur rechtsstaatlich verfolgen könne und nicht nach internationalem Sonderrecht wie in den Nürnberger Kriegsverbrecher-Prozessen, die gleichgewichtige und gleichlautende Kranzniederlegung Kohls in Buchenwald für die Opfer der stalinistischen und der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft, all dies verweist auf das Durchschlagen der "Normalisierung". Dabei geht es ja nicht, wie die besonders eifrigen Entstasifizierer à la Klaus Hartung vorgeben, um das gesellschaftspsychologische Nachholen all dessen an Bewußtsein, was mit der Nicht-Entnazifizierung versäumt wurde. Viel richtiger dürfte dies ein Professor Holtmann in der FAZ werten: die Ähnlichkeit zwischen Stasi und Gestapo, zwischen "den Deutschen unter Hitler und den Deutschen unter Ulbricht und Honecker", "den Mitläufern und Mitwissern" könnte "Eltern und Großeltern unter Hitler nachträglich ... entkriminalisieren und uns mit dem Gedanken vertraut... machen, daß die Deutschen 1933 nicht Bergen-Belsen gewählt haben".

Der bürgerlichen Diskussion steht eine Stalinismus- und Geschichtsbewältigungsdebatte der PDS (gerade auch ihrer Erneuererkreise) gegenüber, die eher den Charakter von Teufelsaustreibung hat: Realer Sozialismus und seine systemasche Entartung ebenso wie MfS/Stasi nicht als Reflex auf System- und Klassenauseinandersetzung, sondern als das abzulegende Böse. Nach dem Irrtum Hitler, jetzt der Irrtum Stalin. Abschied von zwei Phänomenen. So kann in der aktuellen Stasi-Debatte der PDS auch nicht mehr der gegen den Kapitalismus und die BRD gerichtete Charakter einer Reihe von Maßnahmen politisch gewertet und von denjenigen geschieden werden, die Denunziation und Gesinnungsspionage waren. Auf diese Weise gelingt weder die Erkenntnis möglicher grundlegender Fehler oder Unzulänglichkeiten in der marxistischen Theorie (Plan, Ware, Weltmarkt) oder was dafür ausgegeben wird, und der leninistischen Praxis. Noch beantwortet sich so die Frage, warum sich der Kapitalismus als bislang stärker gegenüber der sozialistischen Herausforderung erwiesen hat, bzw. warum letztere zum Zerrbild ihrer eigenen Ziele wurden. Allenthalben linke Loblieder auf westliche Demokratie, Rechtsstaat und Marktwirtschaft sind die logische Folge einer solcherart unhistorischen, der Phänomen-Geschichtsschreibung folgenden Entstalinisierung.

Krise der antinationalen Orientierung

Die antinationale Orientierung, die ein Teil der Linken gegen die Wiedervereinigung vorgenommen hat, hat im Golfkrieg einen Knacks bekommen, obwohl ihre strategische Relevanz für Politikentwicklung bereits vorher in die Krise geraten war. "Nie wieder Deutschland" taugte zur Agitation gegen den Vereinigungsprozeß und zur Schärfung des Bewußtseins gegenüber der deutschen Geschichte. Als Theorieersatz ist die Formel untauglich Konflikte wie den Golfkrieg zu erklären. Daß die "Konkret", in den letzten zwei Jahren als antinationale Zeitschrift geschätzt, heute jemanden wie Wolfgang Pohrt zentral ins Blatt rückt, läßt nichts Gutes erwarten. Pohrt erweist sich zunehmend als einer jener umgestülpten Nationalisten, als die die Deutschlandgegner in den letzten Monaten häufiger apostrophiert wurden. Pohrt hat nicht mehr Deutschland im Visier, sondern entlastet es zunehmend. Sein Agieren gegen die Linke, für den autoritären Staat und die Abschottung der "Nordländer gegen den Süden" könnte ein bedenkliches Entwicklungssymptom sein.

Es kann für die Linken, die sich angesichts allseitiger Haltlosigkeiten nicht verrückt machen lassen wollen, kein Zurück zu den klaren, die Welt erklärenden Zuständen von vordem geben, da die Welt eine andere geworden ist. Deshalb hilft auch kein Rekurs auf die alten Kategorien, auch wenn er die Gegenposition zu den Kriegsbefürwortern diesmal noch maßgeblich mitgetragen hat. Das aber macht seine inhaltliche Schwäche und Defensive aus. Weil es den nichtgeliebten Realsozialismus als politisch wirkungsvolles Gegengewicht zum

Imperialismus nicht mehr gibt; weil vor und mit ihm die Befreiung in der "Dritten Welt" die bekannten Züge von Despotie und Unterentwicklung angenommen hat; weil der Befreiungskampf der Dritten Welt von einer neokolonialen bzw. Rekolonialisierungspolitik abgelöst scheint; weil der Befreiung in den kapitalistischen Zentren das Subjekt abhanden gekommen ist, sehen offenkundig viele Linke aus ihrer Metropolensicht keine Alternative zum Arrangement mit dem Imperialismus und zur Partizipation am Weltungleichgewicht.

Kaum noch etwas von ehedem gilt. Es wird also darauf ankommen, die marxistische Kritik von Kapitalismus, Imperialismus und Ausbeutung der Dritten Welt neu zu fassen.

Heiner

28. Golfkriegsnachlese: Linker Antisemitismus?

Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; Golfkrieg; Westdeutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak332/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:332:37

Mit dem amerikanischen "Truthahnschießen in der Wüste" wurde "das Vietnam-Syndrom in den Dünen der arabischen Halbinsel begraben" (Bush). Die "Neue Weltordnung" ist zwar noch nicht in Sicht, wohl aber ein Hauch von neuer amerikanischer Größe aufgeblitzt und in der New Yorker "Mutter aller Paraden" gefeiert. Der (konventionelle) Krieg ist nach dem Ausfall der Sowjetunion wieder zum Mittel der Politik geworden. Die amerikanische Wirtschaft hat einen Krisenaufschub erreicht. Der nahöstliche Waffendeal läuft besser denn je. Zwischen 150.000 bis 250.000 irakische Menschen, Kurden, Schiiten, Soldaten kamen in Krieg und Bürgerkrieg um; nur etwas über 300, aber dafür um so wertvollere westliche Opfer wurden verzeichnet. Saddam Husseins Flügel sind vorläufig gestutzt. Die Gefahr eines Kurdenstaates scheint gebannt. Ein Weg zu einer demokratischen Entwicklung im Nahen Osten ist nirgendwo sichtbar. Israels Position ist vorläufig gestärkt. Die Palästinenser sind vom eigenen Staat weit entfernt. Die Machtbalance in Nahost scheint für einige Zeit aufrechterhalten zu sein. Siegen macht vergessen: Galt das Massaker von My Lai noch als Vietnam-Makel der USA, ist das Flüchtlings-Zielschießen auf der "Autobahn des Todes" nach Basra keine Schlagzeilen wert gewesen. Dieser Krieg und seine Konstellation war eben nicht dem Zweiten Weltkrieg und der deutschen Vernichtungsmaschinerie analog oder ähnlich. Er hatte seine ganz "normalen" Grausamkeiten: die Verfolgung der Kurden und Schiiten, die Scuds auf Israel, die Bomben auf Bagdad, das "Truthahnschießen" auf der Autobahn. Nur, daß letzteres den Siegern anzulastende zivilisatorisch zu werten ist, "von der gleichen Noblesse wie das Abschlachten der Indianer" (Norman Birnbaum).

Glaubt eigentlich noch irgendjemand ernsthaft die gesammelten ehrenwerten und moralischen Kategorien, die während des Golfkriegs zu seiner Legitimation - auch seiner reduzierten vom "Richtigen im Falschen" - angeführt wurden? Mögen Pohrt, Broder, Eike Geisel, Benny Peiser und weitere angesichts der Lage der Kurden auch noch so sehr das "eigentliche Kriegsziel" von Bush einklagen, mehr als ihre Einbildung und Kriegspropaganda ist es nicht gewesen.

Dabei basierte auf dem angeblich Richtigen eine Serie von Vorwürfen gegen die linken Gegner dieses Krieges, deren zentraler der des Antisemitismus werden sollte. Darf man jetzt Rechenschaft einfordern?

Allen Kriegsbefürwortern - von Enzensberger, Broder bis Gremliza - lag eine dem Vernichtungswerk des deutschen Faschismus ähnliche Bedrohung Israels durch den Irak zugrunde. Henryk M. Broder schrieb in der TAZ (2. Januar 1991) von Saddams "zweiter Endlösung" und vermutete ihre billigende Inkaufnahme durch die Linke. Auf solchem Bedrohungsszenario baute die Agitation gegen die Kriegsgegner auf. Wer es infragestellte, war gegen Israel und damit unweigerlich Antisemit. Diese Argumentation kümmerte sich den Teufel um eine Analyse der Verläufe, die zum Krieg geführt haben, weil ihr ausschließlich die Instrumentalisierung der Vorwürfe für die Kriegsbefürwortung zugrundelag. Sie begann daher zeitlich auch in unmittelbarer Vorbereitung auf den Krieg, obwohl die grundlegenden Fakten, also auch die realen oder potentiellen Bedrohungen, bereits viel früher - seit August 1990 - bekannt waren (siehe dazu zurückliegende AKs und die Flugschrift der "Radikalen Linken") und von den Alliierten und den Verantwortlichen in Israel bei den Kriegsvorbereitungen einkalkuliert wurden. Neu war daher Anfang Januar nur die Nähe zum von den USA gewollten Krieg. In der Friedensbewegung meinungsbildend durchschlagen konnte das Bedrohungsszenario mit der Teilrealisierung von Saddams Drohung, mit der ersten Scud-Rakete.

Mußte sich aber durch das Eintreten des Absehbaren und Einkalkulierten (!) die Haltung zum Krieg verändern? Eine kleine Rückbetrachtung ist angebracht. Die Attitüde der moralisch Guten, mit viel Verständnis für die Kriegsbefürworter aus "sympathischen Gründen" (Schutz Israels), sollte sich angesichts der wenig moralischen Kriegsrealitäten nicht mehr einfach nur auf die Moral zurückziehen. Das Machen des Krieges, seine Ziele und die damit verbundenen Interessen spielen die zentrale Rolle bei seiner Beurteilung.

Die friedensbewegte Reaktion auf den Krieg erfolgte nicht aus einer Analyse und Diskussion der Kräfteverhältnisse und Prozesse im Nahen Osten, sondern überwiegend auf mediengemachte Stimmungen und Ereignisse, die infolge der Kriegsvorbereitung rübergebracht wurden. Wie einfach so eine Manipulation geht, hat das Beispiel des ölverschmierten Geiers oder Kormorans gezeigt, der die Gemüter bewegte. In

Ermangelung eines besseren Bildes hatte CNN denselben kurzerhand aus Archivbildern vom Öltankerunglück vor Alaska entliehen. Gemerkt hat's keiner, bekannt geworden ist der Vorgang durch Zufall.

Eine zweite Manipulation: In den USA hat die Regierung Ende des Jahres aufgrund einer Umfrage die bis dahin vertretene Version, der Irak könnte in zehn Jahren über Atomwaffen verfügen, auf "höchstens zwei Jahre" verkürzt (was hierzulande übernommen wurde), um höhere Kriegsakzeptanz zu erreichen. Mittlerweile ist man wieder bei den früheren Schätzungen angelangt. In dieser Umfrage hatten nämlich 31% das Öl, 35% die Wiedereinsetzung der kuwaitischen Scheichs und 54% die irakische Atombombe als akzeptablen Kriegsgrund angesehen.

Eine dritte Manipulation: Nach anfänglichem Nachgeben der bundesdeutschen Medien gegenüber der Weltuntergangsstimmung, bzw. sogar ihrer Förderung von der Ökokatastrophe bis zum Terrorismus folgte das realpolitische Einschwenken mit Kriegsausbruch. Ab sofort war immer weniger bis gar kein Platz für Kriegsablehnung. Die kriegsbefürwortende Argumentation wurde nachholend und gründlich geliefert.

Eine vierte Manipulation: Entlang der Berichterstattung der Medien und dem Verlauf des Krieges entwickelte sich die Friedensbewegung als Massenbewegung, die nur vierzehn Tage durchhielt und mit der Bonner Demo vom 26.1. bereits im vollen Niedergang war. Als ihr medienmäßig und durch SPD, DGB etc. die Liebe entzogen wurde, verschwand sie.

Woher aber kommen die eklatanten Wahrnehmungsunterschiede über die Haltung zum Krieg in der BRD unter Linken? Wolfgang Schneider beschreibt in der März-"Konkret" eine BRD der antiisraelischen, antisemitischen, die Geister der Eltern und Großeltern herbeisehnenden Antikriegsbewegung, die der Realität hohnspricht. Als hätte die Bewegung die Bevölkerung, und nicht nur eine Minderheit der im weitesten Sinne aktivierbaren Teile repräsentiert. Die Mehrheit der Bevölkerung war von Anfang an für den Krieg: laut Infas/Spiegel-Befragung gleich nach Kriegsbeginn 66%. 57% fanden den Kriegszeitpunkt unabdingbar; nur 4% sahen Bush als kriegsverantwortlich. Für den Krieg waren 81% CDU-, 52% SPD- und 47% Grünen-Anhänger; die Demonstrationen befürworteten 31%. Als größte Sorgen gaben an: daß Israel in den Krieg gezogen werden könnte 61%, die Bedrohung der Umwelt 56%, danach folgen die Angst vor Terror und der Verwicklung der Türkei in den Krieg. Nach dem Krieg hatte die Zustimmung auf 81% zugenommen, Bush lag in der Popularität der BRD-Bevölkerung erstmals vor Superstar Gorbi. Diejenigen, die wie die "Konkret" behaupteten, gegen den Strom zu schwimmen, lagen also gar nicht so schlecht im Fahrwasser. Ihre wütenden Attacken richteten sich daher auch nicht gegen die deutsche Politik und die Bevölkerungsmehrheit, sondern gegen die Linke (besonders ihre antiimperialistischen Teile), denn "naturgemäß" war in ihren Reihen, schon gar nicht unter den CDU- Anhängern, die überwiegende Kriegsgegnerschaft zu finden.

In der BRD haben zuallererst Broder und Benny Peiser Anfang Januar via TAZ auf Kriegsbefürwortung wegen der Bedrohung Israels plädiert, nachdem Saddam Hussein Weihnachten seine Drohungen verschärft hatte. Bis zu diesem Zeitpunkt hatten alle Kriegsbefürworter aus der Linken andere Motive geltend gemacht: Udo Knapp sorgte sich um die "neue Weltfriedensverantwortung Deutschlands". Micha Brumlik, der als erster in der zweiten Januarhälfte die "Patriots"-Diskussion angestoßen hatte, klagte in mehreren Artikeln in "links" und "Kommune" vor dem Krieg die UNO als Weltpolizei angesichts völkerrechtswidriger Besetzung Kuwaits durch den Irak ein und erwähnte Israel jeweils nur unter ferner liefen.

Dem linken Einschwenken auf den Krieg lag daher zentral die "Endlösungs"-Analogie zugrunde. Sie für das ausschließliche Interesse Kriegsbefürwortung aufgrund der Bedrohungsanalyse Israels und der Unterstellung des gerechten Anliegens der Alliierten zu nutzen, ist offenkundig geworden. Vor diesem Hintergrund verkam jede Kriegsablehnung, ob pazifistisch oder antiimperialistisch motiviert, in den Verdacht des Antisemitismus. Umgekehrt mußte m.E. gegenüber den Einbrüchen in der Linken der Versuch gemacht werden, diese Vorgabe der Kriegslage argumentativ zu zerstören (wenn man sie denn für falsch hält!). Dem dadurch ausweichen zu wollen, wie es insbesondere in der damaligen KB-"Minderheit" geschah, daß man in dieser Situation zentral den linken Antisemitismus thematisiert hat, war nicht nur daneben, sondern eine politische Desorientierung. Sie hat auch nicht zur Kenntnis genommen, daß der Versuch, antiimperialistische Positionen zu halten, nicht einfach ein Rückzug auf Liebgewonnenes war, sondern sich im linken Umfeld des Abschieds vom Antiimperialismus vollzog. Konsequent haben daher Fassanbass und Ulli K. im AK den Abschuß Ströbeles durch Broder als größten interventionistischen Erfolg während des Golfkriegs abgefeiert. Mögen euch möglichst wenige solcher zweifelhaften "linken" Siege beschieden sein.

Dabei ist nicht einmal der Versuch gemacht worden, den linken Antisemitismus zu definieren oder zu qualifizieren. Vielmehr ist gegen politische Äußerungen zum Krieg agitiert, unterstellt und - im Zuge der allgemeinen Motivforschung - interpretiert worden. Stattdessen wurde der Antisemitismusvorwurf zum Kampfbegriff innerhalb des innerlinken Stellungskrieges gemacht.

Broder hat m.E. viel zielgerichteter und routinierter all die Elemente an wirklichem und vermeintlichem Antisemitismus herausgekitzelt/-provoziert, die er vorher kannte und publiziert hat. Was er von der Linken erwartete, fand seine Bestätigung. Auch der bislang krasseste Fall beim Radio Dreyecksland bestätigt Gewußtes und befördert nicht Neues, drückt keine neue Qualität aus, die ihre Ursache im Golfkrieg hat. Eine neue Entwicklung nachzuweisen war auch nicht Broders Interesse. Sondern Kriegsgegnerschaft in den Kontext Antisemitismus zu stellen war sein nicht verhülltes Ziel als "Kriegstreiber", als der er sich später selber bezeichnet hat.

Es geht nicht darum, linken Antisemitismus zu leugnen. Über den Punkt, die Linke dieser Gesellschaft per se für etwas Besseres zu halten und frei von gesellschaftlicher Bedingtheit und Fehlern, sollten wir eigentlich hinaus sein. Selbstverständlich gibt es ihn bei uns und wir haben ihn in unserer eigenen Geschichte aufzuarbeiten. Doch in der Kriegsdiskussion war der Antisemitismus-Vorwurf nicht vom Erkenntnis- oder Veränderungsinteresse geleitet, sondern vom politisch bestimmten Motiv, die Haltung zum Krieg zu begründen oder die anderer anzugreifen. Damit aber ist diese in der Linken bislang von uns anerkannt unterentwickelt geführte Diskussion nicht im mindesten weitergekommen, sondern hat Fronten verhärtet und eher Abwehr erzeugt. Nur sollte man sich darüber angesichts der Kriegsdiskussion nicht wundern. Wer den Beleg führen wollte, daß es in der Linken Spielarten des Antisemitismus gibt, hat ihn bekommen. Wer linken Antisemitismus leugnet, muß ihn auch in seiner krassesten Variante wegleugnen.

Aber: Was erklärt das am Golfkrieg und den damit verbundenen gesellschaftlichen und linken Entwicklungen? Was klärt das, wenn beispielsweise meine These stimmt, daß nicht die Sorge um Israel, sondern die Zustimmung zu westlicher Interessens-Absicherung und Verteidigung abendländischer Kultur die Kriegszustimmung dominierten? Einen realen Begriff von wirklichem und aufgrund der politischen Position unterstelltem Antisemitismus zu bekommen, müßte aber unser Ziel sein, wenn wir die Auseinandersetzung mit dem harten und dem nicht-bewußten linken Antisemitismus führen wollen. Sowohl die theoretische als auch politische Definition des Antisemitismus und ihre Scheidung von unmittelbarer politischer Interessenslage steht daher in großen Teilen der Linken, auch bei uns noch an.

hr.

29. "konkret" kurios. the good, the bad, the ugly

Rubrik: Golfkrieg; Westdeutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak332/57.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:332:57

"Wir glauben Hermann L. Gremlitza aufs Wort", hieß es im März dieses Jahres in der Flugschrift der Radikalen Linken. "Nach der Zeit des Burgfriedens mit Bild, Kohl, Generälen, US-Imperialismus, Israel, Löwenthal wird er die beschimpfen wie ein Rohrspatz." Diese Prognose hat sich als falsch erwiesen. Die Parteinahme der "konkret"-Redaktion im Golfkrieg war kein punktueller Verzicht auf Opposition, sondern der Kulminationspunkt für politische Neuorientierung. Im Namen eines linken, sich auf die Traditionen der Frankfurter Schule berufenden Antifaschismus' und Antinationalismus' wird seither in "konkret" der Anti-Antiimperialismus einer taz - auf gehobenem sprachlichen Niveau, versteht sich - glatt überboten. Wenn den beutegierigen Massen der Dritten Welt die US-Administration lobend gegenübergestellt wird, wenn die Linke und ihre Geschichte für tot erklärt und die FDGO verteidigt wird, dann hat dies mit einer antinationalen Position oder einem Antifaschismus, der das Verhältnis zwischen Deutschen und Juden in besonderer Weise zu berücksichtigen sucht, nicht das geringste zu tun. Mit 40.000 gedruckten Exemplaren ist "konkret" die einzige sich radikal links gebende Zeitschrift der BRD mit Massenauflage und insofern zu bedeutsam, als das uns ihre politische Metamorphose kalt lassen könnte.

Der Dresdener Naziaufmarsch, so HLG in seiner Kolumne der soeben erschienene Juli-"Konkret", sei eine unüberhörbare Warnung: endlich die Linke "zurück ins Seminar zu schicken und, solange besseres nicht in Sicht ist, die herrschende Ordnung (= die Ordnung der Herrschenden, danke lieber Leser, danke, liebe Leserin) gegen jeden ihrer protestantisch-populistisch-völkischen Angriffe zu verteidigen." Verteidigen will Gremliza die FDGO gegen jene 500 Recken, die in der Frankfurter Paulskirche zusammengekommen waren, um über die Veränderung der Verfassung durch Einfügen plebizitärer Elemente und sonstiger hehrer Grundsätze zu beraten. Gegen derart Gefahren läßt sich die Grundordnung der BRD aber nur von jenen verteidigen, die ihre Werte auch innerlich angenommen haben. "Wer sich nicht dümmer stellen will, als es die Dresdener Polizei erlaubt", verkündet also der Herausgeber seiner zunehmend erschrockenen Leserschaft, "hat zuzugeben, daß der unmittelbare politische Wille des deutschen Volks in der Politik seiner Parteien, von der CDU über FDP, SPD und Grüne bis zur PDS, eine beträchtliche Humanisierung erfährt und gemessen an seinen Wählern sogar der Nazi Schönhuber noch als Demokrat erscheint."

Was hier so klingt, als sei es aus den gymnasialen Lehrplänen für die Staatsbürgerkunde - Stichwort: Imperatives Mandat - abgeschrieben, bezieht sich bei Gremliza auf die Träger deutscher imperialistischer Macht, den Wörners und Breuels, den Griefahns und Brandts, auf humanisierte 10-Punkte Pläne aus Oggersheim/Ebenhausen ebenso wie auf die Nuklearsondierungen in den Hinterzimmern der Diplomatie. Und wenn sich Gremliza nicht dümmer stellen will, als es seine Leserschaft erlaubt, wird er mit dieser Position allen jenen Beifall bezeigen müssen, die schon seit längerem davon träumen, den Auswüchsen einer "Gefälligkeitsdemokratie" durch Mehrheitswahlrecht oder die Verlängerung der Regierungslaufzeiten beizukommen.

Daß die Paulskirchen-Versammlung ausgerechnet im Zuge der Wiedervereinigung die Verfassung um plebizitäre Elemente glaubt anreichern zu können, mag absurd erscheinen.

Wenn jedoch der Wunsch eines Jürgen Seifert nach "mehr Demokratie und weniger Obrigkeit" von Gremliza mit dem strengen Verweis gekontert wird, daß es an exakt Letzterem in Dresden gefehlt habe, so ist dies entweder bis zur Albernheit naiv (da eine antifaschistische Gesinnung der "Obrigkeit" voraussetzend) oder reaktionär.

Faschistischer Terror wird auch mit den stumpfen Instrumenten einer bürgerlichen Demokratie bekämpft werden müssen. Sich angesichts zunehmender Nazipogrome zum Verteidiger der herrschenden Ordnung zu erklären, verkehrt aber das Diktum des frühen Horkheimer, wonach, wer vom Faschismus spreche, vom Kapitalismus nicht schweigen dürfe, in sein Gegenteil: Zum Kapitalismus zu schweigen hat, wer vom Faschismus spricht.

Bedarf die Bemerkung, daß HLG darüber auch einmal anders dachte, überhaupt des Belegs? Mit dem Aufsatz "Rechts ist die deutsche Mitte" wurde von Gremliza (nebst Ebermann und Fülberth) vor gar nicht langer Zeit ein Artikel vorgelegt, der - so der Vorspann - "die ‚Republikaner' als Steigerungsform der BRD-Staatsparteien

identifiziert - mit dem Fazit: Wer die Reps treffen will, darf nicht am Modell Weizsäcker vorbeiziehen." (konkret 12/89, S.20ff)

Lechts und Rinks

Wie konnte es zu solch einem Positionswechsel kommen. Im Folgenden der Versuch einer ersten Annährerung.

Das von den TheoretikerInnen der Totalitarismus-Theorie entnommene Analogiekonstrukt Faschismus = Stalinismus und links=rechts ist in der Osterstraße seit einigen Monaten zu einem bevorzugten Muster der Realitätswahrnehmung avanciert. Speziell die "konkret"-Polemiken Pohrts kreisen in immer abstruseren Variationen um diesen einen Gedanken. Sei es, daß er seine vorbehaltlose Unterstützung für die USA seit dem 2. August 1990 mit dem "Wort vom Linksfaschismus" in der Bundesrepublik in Verbindung bringt, welches jedoch eine Untertreibung darstelle, "weil man sich die Vorsilbe ‚Links` sparen kann, und die Regel lautet: Je weiter links einer stand, ein desto engagierter Nazi ist er nun, alle politischen Gliederungen sind erhalten geblieben, haben aber das Vorzeichen gewechselt, man braucht keine Phantasie mehr, um sich die Antiimpis oder die Autonomen als Volkssturmabteilungen der Hitlerjugend oder als Verbände der Aktion Werwolf vorzustellen...", usw. usf. (vgl. konkret 3/91). Sei es, daß Pohrt in der Juli-"konkret" - die "sogenannten" Berufsverbote und die Anti-RAF-Hysterie nachträglich ebenso legitimierend wie die real vorhandenen Nazi-Kontinuitäten entschuldigend - jenem Postulat eine rückwirkende Geltung mit der Behauptung zu verschaffen sucht, daß die bundesdeutsche Linke "fast ein halbes Jahrhundert lang der einzige Traditionsverband (war), in dem sich das deutsche Wesen erhalten, entwickeln und entfalten konnte."

Lechts und rinks sind nicht zu velwechsern. Werch ein Illtum! - heißt es in einem Gedicht von Ernst Jandl. "Werch ein Illtum!" ruft auch Hermann L. Gremliza, um in seiner Polemik gegen die Paulskirchen-Plebizitäre den BefürworterInnen des Volksentscheids gegen eine Startbahn West im nachhinein die Leviten zu lehren und die Forderung nach direkter Demokratie (= links) mit dem Ruf nach dem starken Mann (= rechts) zu velwechsern: "In den Krisen, die vor ihm (dem Kapitalismus - Anm. max.) liegen, wird der Ruf nach direkter Demokratie, nach Volkes Stimme - und das heißt immer: nach dem populistischen Führer, dem starken Mann - früh genug laut werden." Sein Fazit ist das der Totalitarismus-Theorie: Da links (wie gut gemeint auch immer) zumindest in der Bundesrepublik gleich rechts bedeutet, ist die bourgeoise Demokratie als die bestmögliche aller Staatsformen zu verteidigen.

Links ist out

Daß Gremliza, der der "Radikalen Linken" in ihren ersten Monaten als Mitgründer und Autor wertvolle Impulse gegeben hatte, nicht voraussetzunglos zu derartigen Schemata wechselt, liegt auf der Hand. Seiner neuen Positionierung war in der letzten Dezemberausgabe der "konkret" die Feststellung eines nahezu kompletten Verlusts von Maßstäben und Kategorien für linke Politik vorausgegangen. In einem durchaus richtungweisenden Beitrag mit dem Titel "... the bad and the ugly" hatte Jan Philipp Reemtsma hier mit Verweis auf das Ende der nominalsozialistischen Systeme gleichfalls das Ende der Linken sowie das Ende ihres Geschichtbilds proklamiert: ",Die Linke' hat nicht nur welthistorisch verloren, sondern es gibt sie nicht mehr." Bezogen auf den Golfkonflikt gab er in Abwägung des "bad" und des "ugly" zu bedenken, daß ihm "persönlich" im Vergleich zu Saddam Hussein die US-Dominanz über den Irak als das kleinere Übel erscheinen würde. Von Israel war hier noch keine Rede. Reemtsma selbst bemüht zur Begründung jener schauerlich-naiven Denkungsart das nicht unzutreffende Beispiel eines Kindes, das bei einem unbekannten Geschehen erst einmal frage, wer denn "die Guten" seien. Andernfalls wisse es nicht, ob es bei so oder so beschaffenem Ende sich freuen oder weinen solle.

In der Tat erforderte die Analyse des Golfkrieges die Reflexion eines widersprüchlichen Sachverhalts, was nicht nur für Kleinkinder eine Überforderung zu sein scheint. Reemtsmas Resümee: "Man möchte schreien, daß sie nur ein Ende mit dem machen sollen, was sie da tun, egal, wer gewinnt'".

In seiner Erwiderung "... and the good?" (konkret 1/91) erweist Gremliza dem Mäzen zunächst eine Reverenz: Nicht den USA, nein: Den "Saddams dieser Welt" seien mit dem Zusammenbruch der Blöcke "ihre Zurechnungsfähigkeit vollends abhanden gekommen". Während sie zuvor im Rahmen der Blocklogik noch halbwegs berechenbar gewesen seien, würden sie nun mit "Wunderwaffen und Terror" ihre ohnehin nur zum Scheitern verurteilten Gefechte schlagen.

Mit jener analytischen Null-Option waren die kommenden Verirrungen des Herausgebers bereits wesentlich vorgezeichnet:

- Das Postulat, wonach es in einem Land wie dem Irak keine inneren Widersprüche oder gar Klassenkämpfe, sondern nur die Großmächte hier und die "Saddams" dort gäbe, gehörte zu den Voraussetzungen, um einige Wochen später mittels bedruckten Papiers die amerikanische Kriegsführung unterstützen und die irakischen Opfer mit größtem Selbstverständnis rechtfertigen zu können.

- Die Idealisierung der zuende gegangenen Phase der Blockkonfrontation als berechenbar machte es leichter, die amerikanische Kriegsführung nach langjähriger US-Gegnerschaft als nunmehr gerechtfertigt zu betrachten. Einige "Kleinigkeiten" fallen hierbei freilich unter Tisch. Etwa Halabja und die übrigen Giftgasmassaker gegen Kurden und andere Völker oder der von Bagdad vom Zaum gebrochene erste Golfkrieg mit ca. einer Millionen Toten und Hundertausenden Verletzten - zwei Ereignisse aus einer Zeit, in der der Irak als Verbündeter eben jener USA agierte, von der dominiert zu werden einem Reemtsma im nachhinein zu gefallen scheint.

- Nicht die Wunderwaffen und der Terror eines nach dem sowjetischen Wegfall enthemmteren Imperialismus wecken die Aufmerksamkeit des Herausgebers. Es sind die "Saddams der Welt", denen im Januar 1991 erst die Zurechnungsfähigkeit abgesprochen und zwei Monate später der Giftgasanschlag auf einen Frankfurter Kinderhort und die Bombe gegen das Atomkraftwerk Stade zugeschrieben werden.

In jenen Vortagen des Krieges waren im Gremliza-Kommentar freilich auch wesentliche richtige Gedanken enthalten: Etwa die Betonung der imperialistischen Verantwortlichkeit für die politischen Widersprüche im Nahen Osten; oder die Weigerung, die Partei der USA zu ergreifen "die eben auch Helmut Kohls Partei und also die großdeutsche ist", wie auch das Postulat, als "die Partei der Aufklärung ... die Ursachen zu benennen und die Interessen zu beschreiben, die Opfer und ihre Rächer, die der Haß verzerrt hat". Dennoch waren in jenem Text - erneut: ohne Israel zu erwähnen - bereits wesentliche Elemente enthalten, die unter dem Eindruck der Scud-Einschläge in Tel Aviv zur offenen politischen Parteinahme für den US-Angriff ("das Schreckliche, das jetzt geschieht, (ist) das jetzt Richtige" - so HLG in der März-"konkret") konvergieren und anschließend zum Aufruf an die USA pervertieren sollten, "den Irak mit allen Konsequenzen zu besieg(en)" und deshalb - über die bisherigen Menschen- und materiellen Opfer hinaus - auch die irakische "Zivilbevölkerung ihre Verantwortung für die Taten der Machthaber" ordentlich spüren zu lassen. (So Wolfgang Pohrt unter der programmatischen Überschrift "Schöne Neue Welt" in "konkret" 6/91) Der Stoßrichtung der Berichterstattung im irakisch-kurdische Konflikt ist ein weiterer, von der Debatte um Israel weitgehend unabhängiger Beleg für die Neupositionierung der Hamburger Zeitschrift.

Die kurdischen Lager als Muster für die Welt

Zwar lassen sich "Gut" und "Schlecht" auch in den Auseinandersetzungen um Südkurdistan nicht kindgerecht voneinander scheiden. Doch hat der kurdische Aufstand und die amerikanische Entscheidung, Saddam Hussein zum antikurdischen Bluthund zu ernennen, die Freund-Feind-Beziehungen offengelegt: Es existierte ein partieller Widerspruch zwischen dem Imperialismus und dem Hussein-Regime, da letzteres mit dem Einmarsch in Kuwait seine Grenze überschritten hatte. Es gab bzw. gibt zugleich einen antagonistischen, übergeordneten Widerspruch zwischen dem Drängen der Kurden auf nationale und soziale Selbstbestimmung und dem irakisch-amerikanischen Interesse, jene Ambitionen zu unterdrücken. Um dieses Ziel zu erreichen, war dem distinguierten Präsidenten der USA auch das Bündnis mit einem "Hitler aus Bagdad" nicht zu schade: Als Saddam losschlug, ging Georgie angeln. Böse angeschmiert waren also mit den KurdInnen zugleich unsere übereifrigen Wendehälse, die für den "antifaschistischen" Ethos der US-Politik (ob 1945 oder 1990 war bekanntlich egal) ihre Hände ins Feuer gelegt hatten. Dabei war deren Selbstbetrug zuvor schon evident: Niemals war von den USA eine bürgerlich-demokratische Lösung für den Irak auch nur erwogen worden.

"Konkret"-Autor Pohrt läßt sich durch derartige Marginalien freilich nicht beirren. Rambos Weltbild bleibt für die "Schöne neue Welt" der "konkret" erhalten: Hier der amerikanische Präsident, der "als frei gewählter und von den parlamentarischen Gremien kontrollierter" Mann "ein vergleichsweise undankbares Haßobjekt auch dann ist, wenn man die US-Politik für objektiv verbrecherisch hält" - dort "ein echter Schurke" in der Gestalt Saddam Husseins, "die Person gewordene Beleidigung jeglichen moralischen Empfindens und eine Provokation aller niederen Instinkte zugleich."

Zwar werden in seinem von HLG und Redakteur Wolfgang Schneider als Aufmacher der Juniausgabe präsentierten Heftbeitrag die USA heftig dafür kritisiert, den Krieg vorzeitig beendet und auf die Entmachtung und Bestrafung der politischen Führung wie auch der Zivilbevölkerung verzichtet zu haben. Die Schuld für dieses Versagen liege freilich weniger bei den USA denn bei jenen "Truppen marokkanischer, syrischer und pakistanischer Halsabschneider-Regimes", deren Bündnisfähigkeit Bush hätte berücksichtigen müssen. Die Forderung nach Kriegswiederaufnahme vehement erhoben zu haben, unterscheide darüberhinaus, so Pohrt, "die Großartigkeit der amerikanischen Presse" von dem "ganze(n) gesellschaftskritische(n) Geseiere jener Linken hier" - ja, jene US-Presse erschien ihm "wie das Lebenszeichen aus einer ganz anderen, besseren Welt." Warum aber während der antikurdischen Gemetzel eine amerikanische Aktion gegen den Irak ebensowenig zustandekam, wie eine antiirakische US-Maßnahme nach dem Massaker von Halabja und welche sozialen Interessen hierbei eine Rolle spielten: Über all dies schweigt des Sängers Höflichkeit. So einseitig und unbegründet bei Pohrt das Lob für die USA ist, so einseitig und unbegründet sind die ressentimentgeladenen Randbemerkungen über die Kurden, deren massenhafter Aufstand bei Pohrt nicht einmal als Fußnote einer Erwähnung für würdig befunden wird.

Daß bei Pohrt die Existenz einer kurdischen Bevölkerung auf einige TV-Szenen aus den Flüchtlingslagern reduziert wird, ist für dessen rassistische Grundthese freilich eine Voraussetzung.

Bisher - so das Credo unseres Autors in Übereinstimmung mit HLG - habe sich, solange der Westen gegen den Ostblock konkurrierte, die Gewalt in Grenzen gehalten. Nun aber seien die aufkommenden Nationalstaaten des Ostens und die Länder der 3. Welt "keiner Kontrolle durch eine ihnen übergeordnete Macht unterworfen", nun breche "das neue Zeitalter wirklich an, welches den Völkern die Befreiung von der Bevormundung durch die Supermächte versprochen hatte." In den Flüchtlingslagern, "wo die Stärksten sich ums Brot schlugen und die Schwächeren wie die Fliegen starben, sieht Pohrt deshalb das abstoßende "Muster für die kommende Ordnung der Welt", sofern sich die USA auch weiterhin der von Pohrt geforderten "Durchsetzung von Rechtsprinzipien per Gewalt" verweigern.

Von schierer Menschenverachtung ...

Mensch ist immer wieder versucht, soviel aufgeblasenen Unsinn ("Befreiung von Bevormundung" etc.) weder hören noch ernstnehmen zu wollen. Als Ausdruck einer Ideologiewende muß der ebenso elitäre wie reaktionäre Konservatismus des deutschen Intellektuellen, den das Flaggschiff aus der Osterstraße neuerdings als Galionsfigur zu transportieren bereit ist, jedoch ernstgenommen werden. Es geht nicht allein um die distinguierte Akzeptanz einer Welteinteilung in Wohlstandsinseln und Armutszonen. Und es geht auch nicht nur um jene neue Realpolitik, die in Abgrenzung vom "ugly" (die Saddams, die deutschen Faschisten) und in Ermangelung eines "good" das "bad" (die USA oder die FDGO) neuerdings glauben verteidigen zu müssen. Sondern es geht ebenfalls um jene schiere Menschenverachtung, die sich im anbre- chenden Zeitalter der Barbarei offenkundig bis in die Linke hinein auszubreiten beginnt, und der es Einhalt zu gebieten gilt. Der furchtbare Satz Gremlizas, wonach "viele Menschen sterben müssen(!), damit andere leben können" (konkret 3/91) war kein Ausrutscher. Einige Wochen später rief Pohrt die "konkret"-Leserschaft dazu auf, gegen Saddam Hussein durch die Straßen zu ziehen - "keineswegs" nur um der Solidarität mit den KurdInnen willen, sondern "sie sollten dabei auch ihren Spaß haben und mit aller Inbrunst Husseins Kopf oder seine Vierteilung fordern dürfen." Selten, so Pohrt, sei es einfacher, "mit dem Willen zur Beseitigung eines Unrechts den Wunsch nach Vergeltung, Vollstreckung, Bestrafung, Hinrichtung zu verbinden." (konkret 6/91) Daß sich die Massen diesmal in diese Stimmung nicht haben bringen lassen wollen, läßt - so Pohrt in "konkret" 5/91 - nur die Schlußfolgerung zu, derzufolge "die Massen selber ... sich auf einen Streich weltweit in Elemente verwandelt (hatten), die zum Aufbau faschistischer Staaten oder für den Krieg und zu nichts anderem taugten." Soviel in aller Realitätswahrnehmung avanciness über die Menschen in unseren Breitengraden. Noch schlimmer freilich würde es stehen, wenn sich auch die "Arrivierten" (= Emporkömmlinge) jener Länder bei der "moralischen Abrüstung beflügeln lassen und die aus der Dritten Welt reimportierte Schreckensherrschaft der Normalfall in den entwickelten Ländern selber wird." Denn bereits zur Gewißheit war dem "konkret"-Autor der Verdacht geworden, "daß die verelendeten Massen in der Dritten Welt die Hoffung auf Gerechtigkeit und ein menschenwürdiges Leben verloren haben und nur noch die Aussicht aufs Beutemachen sie mobilisieren kann."

... zur guten alten Invasionsarmee

"Konkret" jedenfalls scheint sich seit dem Golfkrieg entschlossen zu haben, die moralische wie auch materielle Abrüstung eher zu bekämpfen denn zu unterstützen. Mit seinem Postulat, wonach "also das Schreckliche, das jetzt geschieht, das jetzt Richtige ist", hatte der Herausgeber in der Märzausgabe der "konkret" die Einbindung der Bundeswehr in die Kriegsführung wenn auch nicht gefordert, so doch in Kauf genommen, während vier Seiten weiter bereits die "Feigheit" der Bundeswehr, der "Imageverlust der Deutschen" und die Nation als "politisch führungslose" bejammert werden durfte. Die komplette Weigerung des Herausgebers, den deutschen Anteil an der Golfkriegsführung und die diesbezügliche ideologische Einstimmung auch nur zur Kenntnis zu nehmen ("Es fällt mir schwer, auf diese ganz absurd erscheinende Hypothese, Deutschland könnte Kriegspartei auf Seiten der Alliierten gewesen sein, etwas Vernünftiges zu antworten" - so HLG in "konkret" 5/91) und sein Verweis auf die "beträchtliche Humanisierung" der bundesdeutschen Regierungspolitik in einer Zeit, in der die Vorbereitungen für den ersten unmittelbaren Einsatz der deutschen Militärmaschine seit 1945 auf Hochtouren laufen, lassen befürchten, daß diese Zeitschrift ihren politischen Tiefpunkt erst noch erreichen wird.

Der Non-Konformismus der "konkret"-Autoren bleibt von alledem freilich unberührt. Denn der "Antiimperialimus", ruft Eike Geisel aus dem Hintergrund, "ist gewissermaßen die höchste Stufe des Konformismus." (konkret 7/91) Geisels eigenwilliger Vorschlag, den Golfkrieg statt mit High-Tech "mit vergleichsweise altmodischen Mitteln, nämlich einer guten alten, mit Handfeuerwaffen ausgerüsteten Invasionsarmee" fortzusetzen, avanciert damit zur höchsten Stufe des Abweichlertums. Mann bleibt originell - komme was wolle.

max.

30. Stagnation oder Konsolidierung. Kommentar zur 2. Tagung des 2. Parteitages der PDS

Rubrik: PDS-Debatte, linke · CD-Datei: daten/aksuche/ak332/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:332:35

Eineinhalb Jahre nach dem Ende der DDR und der Wandlung der SED zur PDS sind von den ehemals 2,3 Mio. Mitgliedern noch 240.000 verblieben, also gerade zehn Prozent. Davon sind 1,1% jünger als 21 Jahre, 9,4% zwischen 21 und 30, 15,6% zwischen 31 und 40, 12,3% zwischen 41 und 50, 21,1% zwischen 51 und 60, 26,1% zwischen 61 und 70, 9,8% zwischen 71 und 80 Jahren und 4,4% sind älter als 80. Daraus ergibt sich zunächst, daß zwei Drittel der Mitgliedschaft zur Gründer- und Aufbaugeneration der DDR gehört und etwa ein Drittel sich in dem Alterspektrum bewegt, das in der BRD im weitesten Sinne die Linke bildet.

Die Existenz der PDS ist nach wie vor nicht gesichert. Nach der oben erwähnten Umfrage erwägen derzeit weitere 20.000 Mitglieder auszutreten, wobei Austritte vor allem die mittleren und jüngeren Jahrgänge treffen würde. Umgekehrt ist das Anfang 1990 gemeldete Interesse aus Kreisen der Jugendlichen rapide zurückgegangen.

Vor diesem Hintergrund spielen sich gegenwärtig die Auseinandersetzungen in der PDS ab, denn jede Konfrontation wird gleichzeitig als Existenzbedrohung wahrgenommen.

Der Verlust an Mitgliedern und an gesellschaftlicher Bedeutung ist kein auf die PDS beschränktes Phänomen. Die SPD ist nach anfänglichem Boom im Verlauf des Jahres 1990 auf 15.000 Mitglieder zurückgegangen ist; die Bürgerbewegung existiert organisiert nur noch in Rudimenten; die Vereinigte Linke hat sich praktisch aufgelöst. Die Wende in der DDR, die mit ihrer höheren gesellschaftlichen Mobilisierung auch zu einem höheren Grad der Organisierung geführt hat, hat für die linken Aktivisten nicht die erwünschten Ergebnisse gebracht. Die Vereinigung schließlich hat alle Erwartungen, eine andere, wirklich alternative Gesellschaft zu entwickeln, zunichte gemacht. Insofern ist der Rückgang an Aktivisten und Mitgliedern ein allgemeines Phänomen und hat sogar wenig mit der spezifischen Politik der PDS zu tun.

Diesen Rückgang und Zerfall vor Augen ist es umso erstaunlicher, mit welcher Verbissenheit aus anderen linken Bereichen der ehemaligen DDR die Auflösung gefordert wird. Der Arbeitsausschuß des NEUEN FORUMs, der im wesentlichen den linken Flügel repräsentiert, sowie der Regionalrat der ÖKOLOGISCHEN LINKEN (diese besteht in der ehemaligen DDR aus weniger als 100 Menschen und setzt sich aus linken Grünen und Anhängern der Vereinigten Linken zusammen) argumentieren in die gleiche Richtung: Die PDS habe ihre Chance vertan, habe in der Vergangenheitsbewältigung versagt und verhindere mit ihrer Existenz die Organisierung einer wirklichen linken Opposition (siehe Abdruck).

Macht man die schonungslose Offenlegung und Aufarbeitung der Geschichte zum Maßstab für die Existenzberechtigung der PDS, dann wird man zwangsläufig zu der (vorher gefaßten) Überzeugung gelangen, daß die PDS keine solche hat. Denn es ist zwar richtig, daß die PDS hierfür eine besondere Verantwortung hat (und aufgrund ihres Zugangs auch die besten Möglichkeiten), falsch ist jedoch, daß sie für diese Aufgabe geradezu prädestiniert wäre. Denn gerade die Verquickung mit den Trägern der Macht, die Begegnung bei der Aufarbeitung mit konkreten Personen, die schwierige Entscheidung, die persönlichen, sozialen, beruflichen und politischen Folgen von Offenbarung der Mitarbeit beim MfS gegen die Notwendigkeit der politischen Glaubwürdigkeit abzuschätzen, bedingen, daß diese Aufgabe eben gerade nicht bei der PDS am besten aufgehoben ist. Notwendig wäre deshalb ein konkretes Angebot von Linken außerhalb der PDS, sich an dieser Aufarbeitung zu beteiligen und zwar ohne dies vordergründig als Entlarvung der SED/PDS zu begreifen. Hiervon sind das Neue Forum und die Ökologische Linke weit entfernt.

Innerhalb der PDS spiegelt sich dieses Auseinandersetzung in einer harten Konfrontation wider. Ein Teil der Mitglieder, vor allem jüngere, fordert eine schonungslose Aufarbeitung, worunter auch verstanden wird, die Zusammenarbeit mit dem MfS zu offenbaren. Definitiv gefordert wird dies für alle MandatsträgerInnen, gewünscht wird es darüber hinaus. Die Gegenseite weist vor allem auf die Folgen hin, die dies für die Einzelnen hätte, wobei nicht unberechtigterweise auf die neuentstandenen Rechtsverhältnisse nach der Vereinigung hingewiesen wird. Der moralische Rigorismus droht so an den konkreten politischen Verhältnissen zu zerbrechen.

Dieser moralische Rigorismus ist für die sich wandelnde SED ein wichtiger Motor gewesen. Politische Glaubwürdigkeit innerhalb des fortschrittlichen Teils der ehemaligen DDR-Gesellschaft und der Linken der BRD war gebunden an das Verhältnis zur Herrschaft der SED. Dieser Aspekt scheint heute weniger bedeutend. Innerhalb der ehemaligen DDR haben die Anschlußfolgen eine spezifische Nostalgie hervorgerufen, die selbstverständlich auch in der PDS ihre Folgen hat. Der völlige Zerfall der Bürgerbewegung bzw. die Hinwendung eines großen Teils der organisierten Kerne dieser Bewegung zu SPD und CDU lassen bei vielen PDS-Mitgliedern die Frage aufkommen, weshalb sie sich diesen gegenüber "glaubwürdig" machen sollen.

Wenn die Geschichtsaufarbeitung an die Offenbarung der Einzelnen gebunden wird, wird sie im Keim ersticken, denn immer wieder wird sich in Varianten der Berliner Landesparteitages wiederholen (siehe Artikel in dieser Ausgabe). Insofern ist meine Schlußfolgerung genau die gegenteilige des Neuen Forum: Die Aufarbeitung muß in erster Linie politisch, historisch und wissenschaftlich betrieben werden. Aber diese PDS braucht auch das moralische Element, weil es für sie keine andere Triebfeder gibt. In der linken Politik ist es üblich, eine solche Komponente als Moralismus verächtlich zu machen. Dabei hatte auch die neue westdeutsche Linke im Moralismus gegenüber ihrer Elterngeneration eine wichtige Antriebskraft.

Erschwert wird diese Auseinandersetzung durch eine über Kreuz liegende Konfrontation. Diejenigen innerhalb der PDS, die eine "schonungslose Aufarbeitung" fordern, sind häufig gleichzeitig Anhänger eines Oppositionsverständnisses, das mit der staatstragenden Rolle der SED bricht. Diejenigen, die mehr auf die Folgen für die Mitglieder hinweisen, sind in der Regel Anhänger der "konstruktiven Opposition". Auf eine einfache Formel gebracht: Diejenigen, die am ehesten bereit sind, sich mit den neuen Verhältnissen zu arrangieren, würden die Vergangenheit am liebsten auf sich beruhen lassen, diejenigen, die sich am wenigsten arrangieren wollen, fordern die größtmögliche Offenlegung.

Auch wenn diese Beschreibung den Nagel noch nicht auf den Kopf trifft, macht sie für die linken BetrachterInnen aus der alten BRD doch schon ein großes Dilemma deutlich: Die Vereinnahmung der DDR durch die BRD und die zwangsweise Errichtung des hiesigen Rechtssystems verbietet jegliche Verfolgung wegen der Unterstützung des politischen Systems der DDR und sogar jegliches Ansinnen, daß Menschen sich dafür gegenüber den neuen Herren rechtfertigen müssen. Dies auch dann, wenn man früher zu den Kritikern des realsozialistischen Systems gehörte. Aus der Sicht einer DDR-Linken muß dies zwangsläufig anders aussehen, da man sich mit einer schon untergegangenen Herrschaftsform beschäftigen muß, die in Form von Personen und in Form einer Partei noch existiert.

Diese Widersprüche lassen sich gegenwärtig nicht lösen. Dabei ist nicht sicher, ob die PDS diese Spannung aushält oder an ihr zerbricht. Gezeigt hat sie in der Diskussion beispielsweise um den §218 aber auch, daß sie gedanklich politikfähig und weit mehr zu Änderungen fähig ist als die übrige Linke. Darüber hinaus hat sie als einzige die Fähigkeit entwickelt, organisierte Strukturen aufrecht zu erhalten und neu zu entwickeln. Dies ist kein Fortschritt an sich, aber beim rapiden Zerfall aller anderen linken, organisierten Zusammenhänge ein nicht unwichtiger Faktor.

he., Hamburg

31. "Wer die Zukunft will, muß die Gegenwart verändern." Bericht vom 2. Parteitag der PDS

"Und sich der Vergangenheit stellen" - 2. Parteitag der PDS

Rubrik: Stasi-Debatte; PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak332/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:332:30

Die Vorhaben dieser 2. Tagung des 2. Parteitages der PDS waren laut Aufruf Erarbeitung einer Analyse der wirtschaftlichen, politischen und sozialen Situation, Auseinandersetzung mit den vorgelegten Programmthesen, Erarbeitung eines Statutenentwurfs, Diskussion zur neuen Weltordnung und Beschlußfassung zum §218 und zum wirtschaftspolitischen Sofortprogramm.

Das wurde im großen Ganzen in 46 Sitzungsstunden in den drei Tagen erledigt; darüber hinaus beschlossen die Delegierten über ein Verfahren im Umgang mit ehemaligen Stasi-MitarbeiterInnen in Funktionen der PDS.

Angst im Vorfeld

Zum Knall kam es nicht, zur Spaltung nicht und auch nicht zum angedrohten Rücktritt des kleinen großen Vorsitzenden der Partei.

Gregor Gysi hatte mit seiner Rede auf der Parteivorstandstagung zwei Wochen vor dem Parteitag für Stimmung in der Partei gesorgt:

Nachdem die AG Junge GenossInnen der PDS die Vorstandssitzung mit einer Erklärung (siehe Kasten), in der sie drohten, sich aus der Vorständen zurückzuziehen, wenn ihre Forderungen nicht erfüllt würden, gestürmt hatte, erklärte sich Gysi zum Umgang mit unterschiedlichen Positionen in der Partei. Vorausgegangen waren die Auseinandersetzungen um den Umgang mit der Geschichte und mit ehemaligen Stasi-MitarbeiterInnen im Berliner Landesverband im Falle Adolphi (siehe Artikel in diesem ak), der Streit in der Fraktion um den §218, das vom ehemaligen DKP-Umfeld in die Welt gesetzte Gerücht, das Präsidiumsmitglied Michael Stamm sei Agent des Verfassungsschutzes und zahlreiche Gerüchte, einzelne Präsidiumsmitglieder würden von Westlinken demontiert oder sollten aus der Partei entfernt werden. Gysis Rede war ein Appell für einen anderen Umgang miteinander, "sich in deutlicher Formulierung der Unterschiede gegenseitig anzunehmen. Aber bewußt. Nicht als unbewußter Deckelvorgang." Er sehe seinen eigenen Spielraum, Positionen zu beziehen, ohne sich einer Gruppe zuzuordnen, gegen Null eingeschränkt. Wenn sich daran nichts ändere, stände er als Vorsitzender nicht mehr zur Verfügung. Die Partei befände sich an einem Scheideweg.

Diese Drohung führte erstens zu einer recht konstruktiven Diskussion im Parteivorstand, zweitens zu sensationslüsternem Presseinteresse und drittens in der Partei zu einer Welle von Aufregung und Angst gepaart mit zahllosen Interpretationen, wieso es in den Führungsgremien der Partei denn so schlimm sei, wo man sich doch an der Basis gerade etwas konsolidiert habe. Ein Ergebnis war ein Mißtrauensantrag gegen das gesamte Präsidium mit Ausnahme von Brie, Gysi und Modrow.

Mit Spannung wurde also das Referat von Gysi erwartet, befürchtet wurde die Spaltung der Partei, wahrscheinlich ohne daß jemand hätte sagen können, an welcher Frage sie sich spalten würde.

Das Referat war geprägt von den Thesen André Bries zu einer Transformation des Kapitalismus, der Demokratisierung der wirtschaftlichen und internationalen Beziehungen und der Vision einer solchermaßen "verbesserten" Welt, ohne dies allerdings ins Verhältnis zu den zahlreichen realpolitischen Sofortforderungen zu setzen und über die Realisierung der Vision nähere Aussagen zu treffen. Ein weiterer Schwerpunkt des Eingangsreferates war der Umgang mit der Geschichte. Gysi, wandte sich gegen die Auffassung, daß die Erneuerung der PDS stagniere (der er zwei Wochen zuvor allerdings noch zugestimmt hatte), und betonte dann die Notwendigkeit, im Sinne der Selbstbefreiung und der Verantwortung sich der Geschichte zu stellen und "Schritt für Schritt eigene Maßstäbe zu entwickeln, die uns erst in die Lage versetzen, uns nicht ausschließlich nach äußeren Maßstäben richten zu müssen".

Die sich anschließende Debatte war geprägt von Beiträgen zur inneren Situation und den äußeren Schwierigkeiten. Erst in der Diskussion zur Wirtschaftspolitik prallten dann die unterschiedlichen Auffassungen aufeinander. Das maßgeblich von den Sozialistischen Studiengruppen (SoSt) entwickelte Konzept war zwar in

seinem sofortpolitischen Programmteil unumstritten. Hier handelt es sich um ein auf die aktuelle Situation in den östlichen Bundesländern zugeschnittenes Programm zur Struktur-und Beschäftigungspolitik mit öffentlichen Fördermaßnahmen, Abbau der Arbeitslosigkeit u.a. durch Beschäftigungsgesellschaften, Forderungen zur Entschuldung und Umstrukturierung der Landwirtschaft. In einem daran anschließenden Abschnitt zu Perspektiven einer linken Wirtschafts- und Sozialpolitik heißt es: "Wir setzen uns für solche gesellschaftlichen, demokratischen Veränderungen ein, auf deren Grundlage der Markt sehr unterschiedliche individuelle und soziale Interessen koordiniert und nicht mehr Erscheinungsform antagonistischer Herrschaftsverhältnisse ist." Zu diesem letzten Programmteil lag ein Alternativentwurf vor, der den Vorstellungen von Marktsozialismus die radikale Veränderungsbedürftigkeit gegenwärtiger Machtstrukturen und der ihnen zugrundeliegenden Wirtschaftslogik reklamiert und die Selbstorganisation in den inner- und außerbetrieblichen Kämpfen betont. Die AntragstellerInnen konnten sich mit ihrem Änderungsantrag allerdings nicht durchsetzen, der vorliegende Programmentwurf wurde mit großer Mehrheit verabschiedet. Lediglich in einer Präambel kam ein Kompromiß zustande, in dem betont wird, daß das vorliegende Programm auf eine ganz spezifische Situation hin ausgearbeitet wurde und keinen programmatischen Charakter tragen soll.

Und immer wieder Geschichtsaufarbeitung

Zu einer ersten erregten Debatte kam es, als Präsidiumsmitglied Rainer Börner im Namen der Unterzeichnenden eine Erklärung zur Strömungsgründung (siehe Kasten) vorstellte. Die sehr persönlich vorgetragenen Erklärung versetzte einige Delegierte in helle Empörung: Wer mit der mangelnden Geschichtsaufarbeitung in der Partei eine Strömungsgründung begründe, werfe dem Rest vor, nicht über eigene Schuld und Verstrickung in das SED-Stasi-System nachzudenken. Die Unterzeichnenden würden schon wieder eine aus der SED bekannte Haltung praktizieren, daß sie es besser wüßten und über andere urteilten. Der Vorwurf der Spaltung lag im Raum und wurde am folgenden Tag genährt durch die Briefe des Neuen Forums und der Ökolinken (siehe in diesem ak), die ebenfalls am Vorwurf der mangelnden Geschichtsaufarbeitung ihre Kritik ansetzen.

Solchermaßen eingestimmt strömte am Abend die Mehrheit der Delegierten in eine Fragestunde des 17köpfigen Präsidiums, eines von drei angesetzten öffentlichen Hearings, die außerdem noch mit der Fraktion und der LISA zum §218 durchgeführt wurden. Nun wollten es Mitglieder und SympathisantInnen wissen, was denn los sei in den Führungsgremien, wo die Knackepunkte lägen und wer gegen wen weshalb streite. Sie wurden enttäuscht. Die ganze Veranstaltung bestand zu 90% aus Fragen, die spärlichen Antworten erklärten so gut wie nichts und Gysi nahm zum Schluß die Gelegenheit wahr, etwa eine gute halbe Stunde seine "Befindlichkeiten" darzustellen, ohne daß über tatsächliche oder vermeintliche Widersprüche genaueres zu erfahren war. Dieser von den Präsidiumsmitgliedern selbstkritisch gesehene Verlauf, die Aufregung um das Strömungspapier und den Brief vom Neuen Forum sowie das allgemeine Mißtrauen veranlaßten das Präsidium zu einer Nachtsitzung, deren Ergebnis André Brie am folgenden Tag zusammenfaßte. Niemand aus dem Präsidium würde die Position des Neuen Forums teilen, niemand wolle Gysi oder Modrow demontieren und niemand teile die Verdächtigung gegen Michael Stamm, er würde für den Verfassungsschutz arbeiten. Wesentlichstes Ergebnis dürfte allerdings die reinigende Wirkung einer Aussprache im Sinne einer Klärung nach innen gewesen sein, verbunden mit dem Willen, gemeinsam die Widersprüche anzupacken. Das Publikum war enttäuscht, blieb ihm doch nichts anderes übrig, als dem guten Willen zu applaudieren.

Programm und Statut

In der Diskussion der Grundsatzthesen mochte sich die Versammlung nicht auf einen Entwurf zur weiteren Diskussion einigen. Von der Grundsatzkommission lag ein durchaus in sich widersprüchliches Paket vor, das ausgehend von einer Krise der Zivilisation und damit einer sehr drastischen Beschreibung der krisenhaften Entwicklung des Kapitalismus, den Ausweg einer "konsequente(n) Ausweitung der fortschrittlichen Errungenschaften moderner Gesellschaften" anbietet. Einen Gegenentwurf, der sich im Aufbau an das Eisenacher Programm von 1869 anlehnt und in dem auf einen analytischen Anspruch verzichtet wird zugunsten einer pragmatischen Darstellung, "wofür und wogegen wir sind", stellte Klaus Höpcke vor. Und die Kommunistische Plattform hatte neben Antithesen zum Entwurf der Grundsatzthesen noch eigene Positionen formuliert, mit denen der sozialreformistische Ansatz der Grundsatzkommission, z.B. der Abschied von der Arbeiterklasse als Subjekt des Fortschritts, kritisiert wird.

Da die Verabschiedung eines Programms nicht auf der Tagesordnung stand, sondern lediglich der Einstieg in die Diskussion, fand die Auseinandersetzung vorwiegend in Arbeitsgruppen statt. Alle drei Entwürfe bilden nun die Grundlage für die weitere Diskussion, sie werden in einer Lose-Blatt-Sammlung veröffentlicht, der weitere Stellungnahmen hinzugefügt werden sollen, und die damit den Diskussionsprozeß und auch eine Entwicklung dokumentieren wird. Daraus soll dann der Entwurf für ein Grundsatzprogramm entstehen, das auf dem 3. Parteitag der PDS 1992 zu verabschieden ist.

Beschlossen wurde ein neues Statut, das nach dem Parteiengesetz für alle ehemaligen DDR-Parteien bis zum 3. Oktober zu verabschieden ist. Das nun vorliegende Statut wird allgemein als das modernste Parteienstatut der BRD bezeichnet, weil es weitgehende individuelle Rechte für Mitglieder und SympathisantInnen eine großes Maß an Mitwirkungsmöglichkeiten sichert, der Herausbildung und Entfaltung von Fraktionen und Plattformen eine großen Freiraum gibt und eine Mindestquotierung für Frauen auf allen Ebenen vorsieht. Über das Statut wird auf einer Urabstimmung der PDS bis Ende September endgültig beschlossen.

§218, Stasi und Blauhelme

Die wirklichen Widersprüche in der PDS ballten sich auf den letzten Tag. Da die Mehrheiten in der Bundestagsfraktion bei der Entscheidung für oder gegen eine Fristenregelung bei Abschaffung des §218 schwankten (siehe Artikel in diesem ak), war der Parteitag zu einer Entscheidung gefordert. Ein von den Jungen GenossInnen einberufenes Männerplenum empfahl eine getrennte Abstimmung von Männern und Frauen, wobei das Votum der Frauen entscheiden sollte. Eine satte Zweidrittelmehrheit des gesamten Plenums entschied sich für die einzige Beschlußvorlage (eingebracht von der LISA und vom Frauenplenum) - die BefürworterInnen der Fristenlösung hatten keinen Entwurf vorgelegt. Die Minderheit verfaßte ein Minderheitenvotum, in dem sie erklärt, daß sie ebenfalls gegen die Kriminalisierung des Schwangerschaftsabbruches ist, für die Übernahme aller Kosten durch die Krankenkassen und gegen Zwangsberatung.

Stille herrschte bei der Eröffnung der Diskussion zum Umgang mit ehemaligen Stasi-MitarbeiterInnen in Wahlfunktionen der Partei. Analog dem Beschluß des Berliner Landesverbandes (siehe Artikel in diesem ak) lag ein Papier vor, das folgendes Verfahren vorsieht: MandatsträgerInnen der PDS und BewerberInnen um ein Mandat haben die Pflicht, ihre Mitarbeit beim MfS offenzulegen, tun sie das nicht, wird empfohlen, sie aus der Fraktion auszuschließen. Die gegenwärtigen MandatsträgerInnen müssen ihre Bereitschaft zur individuellen Überprüfung erklären. Denjenigen, die sich aus persönlichen Gründen dazu nicht in der Lage sehen, wird empfohlen, ihr Mandat niederzulegen. Entsprechendes gilt für FunktionärInnen der Partei. Dieses Verfahren ist für die Bundesebene der PDS beschlossen und wird den Landesverbänden empfohlen. Des weiteren wird die gezielte Aufklärung und Auseinandersetzung mit dem Zusammenhang MfS und der SED-Herrschaft in Form von Arbeitsgruppen und öffentlichen Veranstaltungen zur verbindlichen Aufgabe der Partei erklärt. Ein weiterer Beschluß, eingebracht von der AG ChristInnen in der PDS, empfiehlt die Einrichtung von Arbeitsgruppen auf allen Ebenen und die Benennung von Vertrauenspersonen, die den GenossInnen bei der persönlichen Auseinandersetzung mit ihrer Geschichte behilflich sein sollen. Darüber hinaus wurde beschlossen, sich gegen die strafrechtliche Verfolgung ehemaliger Mitarbeiter der Außenaufklärung mit der Initiierung einer Amnestiekampagne einzusetzen, denn nur die Amnestie bietet u.a. die Voraussetzung, die Verstrickung von Innen- und Außentätigkeit des MfS aufzuklären.

Letztendlich sprach sich der Parteitag mit übergroßer Mehrheit gegen eine deutsche Beteiligung an Blauhelmtruppen der UNO und für die Auflösung der NATO aus.

Ein Schritt nach vorn?

Gemessen an der ersten Tagung des 2. Parteitages im vergangenen Januar demonstrierten die Delegierten diesmal ein erheblich höheres Maß an Konfliktfähigkeit und Entscheidungsfreudigkeit. In den konkreten Entscheidungsfragen wie §218, Blauhelme aber auch an der Statutendiskussion war zu spüren, daß die Delegierten aus einer relativ breiten und qualifizierten Vorbereitung heraus argumentieren. Anders steht es bei den Generaldebatten über die Lage der Partei und die allgemeinen politisch-strategischen Fragen, wo immer wieder der Wunsch nach Anerkennung als glaubwürdige, ehrliche und gutwillige Partei durchscheint, wo guter Wille und Befindlichkeiten reklamiert werden. Der Wunsch nach Politikfähigkeit äußert sich zu häufig in dem Ruf nach einem Programm, das alle Fragen beantwortet, als in konkreter Politik selber. So werden sich auch

die Ergebnisse des Parteitages, der zu den Anforderungen realer Veränderung wenig gesagt hat, erst in der politischen Praxis messen lassen.

Cl.

32. Strömungen in der PDS

Rubrik: PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak332/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:332:31

Es galt als eines der fortschrittlichen Elemente der PDS nach den Zeiten der Einheitspartei: die Existenz und Befürwortung von Plattformen und Strömungen. Auch in dem verabschiedeten Statutenentwurf ist in einem Paragraphen "VII. Zusammenschlüsse" der Möglichkeit von bundesweiter oder regionaler Fraktionsbildung auf "Basis von gemeinsamen, spezifischen sozialen Interessen oder bestimmten politischen Themen- und Tätigkeitsfeldern" ein weiter Spielraum eingeräumt. Um so verwunderlicher, daß die Gründungserklärung einer Strömung (siehe Kasten) auf dem Parteitag eine solche Empörung hervorrief bis zu dem Vorwurf, diese Gruppe wolle die Partei spalten.

In der Anfangsphase der PDS gab es vier Plattformen (alle vier Plattformen wurden in den aks 314 und 315 vorgestellt). Die bekannteste ist die "Kommunistische Plattform" (KPF), die über ein eigenes Programm und Strukturen verfügt, eigene Delegierte zum Parteitag stellt und auf allen Ebenen der Partei vertreten ist. Vor einem Jahr bezifferte die KPF ihre AnhängerInnen auf ca. 20.000. (Die KPF wurde bereits mehrfach im ak vorgestellt, u.a. ak 324, ak 325) Die "Sozialdemokratische Plattform" trat Anfang 1990 geschlossen inklusive ihres Protagonisten Berghofer aus der PDS aus. Eine "Plattform des Demokratischen Sozialismus" soll noch existieren, tritt aber nicht mehr in Erscheinung. Die Plattform "Dritter Weg", von der einmal scherzhaft behauptet wurde, sie bestände aus den Gebrüdern André und Michael Brie und einem halben Gysi, ist nach Aussagen von André Brie in der Partei zur Mehrheitsmeinung und insofern überflüssig geworden.

Vor einem Jahr gründete sich eine Plattform "Radikale Linke", die weniger durch ihre Politik (sie formulierte in Anlehnung an die Radikale Linke im Westen eine scharfe Kritik an den sozialdemokratischen Auffassungen in der PDS) als durch die schroffe Kritik aus dem PDS-Vorstand bekannt wurde. Nach einem halben Jahr trat die - nie mehr als 10 bis 20 Mitglieder zählende - Gruppe aus der Partei aus.

TrotzkistInnen in der PDS bilden zusammen mit der "Gruppe Arbeitermacht" aus dem Westen die "Revolutionär-kommunistische Fraktion in der PDS". Sie wenden sich gegen die "Neudenker in der PDS-Führung", die die Interessen der Werktätigen verraten und vor der kapitalistischen Restauration im Osten kapitulieren würden. Ein erster Gründungsaufruf zu einer "Trotzkistischen Plattform" wurde bereits im Oktober 1990 verfaßt, auf dem Parteitag trat die Gruppe nun erstmals mit eigenen Forderungen (Massenkampagnen zu §218, Freiheit für Stoph und Keßler, gegen den Nazi-Aufmarsch in Wunsiedl u.ä. und nach räumlicher und finanzieller Unterstützung durch den Parteivorstand) in Erscheinung.

Gegen die Vergangenheitsverdrängung

Drei weitere "Zusammenschlüsse" begründen sich auf eine von ihnen beklagte stärkere Tendenz hin zur Vergangenheitsverdrängung in der PDS:

Bereits im Herbst 1990 veröffentlichte die "Dresdener Plattform" ihr "Diskussionsangebot". Als ihren Ausgangspunkt formulierten sie: "Noch ist Selbstverständigung nötig, wir müssen zuerst für uns herausfinden, wie sozialistische Politik unter kapitalistischen Verhältnissen sein kann, wie Linke unter kapitalistischen Bedingungen leben und wirken können." Ihre Schwerpunkte sind: Betonung der außerparlamentarischen Tätigkeit, Nutzung der parlamentarischen Arbeit, "um für linke Politikangebote Öffentlichkeit herzustellen und Regierungspolitik durchschaubar zu machen", Förderung aller Ansätze direkter Demokratie und von Projekten, "in denen selbstorganisierte, selbstbestimmte Gemeinschaften alternative Wirtschaftsformen entwickeln und erproben".

Eine Woche vor dem Parteitag lud die "Dresdener Plattform" zu einer Konferenz über "DADA - das Dresdener Alternative Diskussionsangebot" ein, um erstens eine Bestandsaufnahme des "sogenannten Erneuerungsgrades" der PDS vorzunehmen, zweitens ein alternatives Verständnis zur Herausbildung einer neuen PDS in Deutschland zu diskutieren und drittens "durch Kommunikation und Vernetzung der Träger dieser Auffassungen Impulse für die Entwicklung einer `?' Strömung in und bei der PDS zu setzen". Die dort vorgelegten Thesen sowie die Abschlußerklärung (siehe Kasten) der Konferenz reflektieren wesentlich auf den Mangel an Geschichtsaufarbeitung in der Partei. Die Thesen kritisieren die Schulterschlußmentalität, das ausgeprägte Harmoniebedürfnis und die scheinbar monolithische Blockstruktur. Unter anderem heißt es: "In der gegenwärtigen Situation führt die Erneuerung der PDS zur Restauration der SED. Wir befürworten die

radikale Infragestellung alles bisher Dagewesenen und einen darauf fußenden Neuanfang." Und weiter: "Wir akzeptieren den Grundkonflikt in der PDS zwischen orthodox-werterhaltenden und alternativ-selbstbewegten Kräften, der, ohne ein Generationskonflikt zu sein, unserer Auffassung nach (zur Zeit?) nicht lösbar ist. Daher brauchen wir Bewegungsformen für diesen Konflikt, die ungeachtet seiner Existenz die Politikfähigkeit der PDS ermöglichen."

Die PDS-Abgeordneten der Bezirksverordnetenversammlung Berlin-Friedrichshain riefen kurz vor dem Parteitag zur Gründung einer Plattform "Dritter Weg" auf. Die ParlamentarierInnen hatten vorher ihren Austritt aus der PDS erwogen (eine Abgeordnete ist mittlerweile ausgetreten, verbleibt aber in der Fraktion) und befinden sich mit ihrer Position im Konflikt mit ihrem Bezirksvorstand.

Von der Strömung zur Plattform

Die nun auf dem Parteitag veröffentlichte Erklärung "Für eine radikale Aufarbeitung der Geschichte und eine konsequente Opposition - oder - warum wir Strömungen für notwendig halten" (siehe Kasten) ist das Ergebnis mehrwöchiger Diskussionen eines Kreises in Berlin, in dem West- und Ostlinke in und an der PDS zusammenarbeiten. Triebfeder für diesen Schritt an die Öffentlichkeit ist weniger die Formulierung von alternativen politischen Vorstellungen zum Kurs der PDS als vielmehr die Unzufriedenheit mit der Vergangenheitsaufarbeitung und dem Oppositionsverständnis. Dabei handelt es sich tatsächlich um den kleinsten gemeinsamen Nenner dieser Strömung. Viele der aus der PDS-Ost Beteiligten gehörten in der Gründungsphase zu den entschiedensten AktivistInnen für eine erneuertes Parteien- und Politikverständnis und übernahmen in dieser Phase Verantwortung in der Partei. Sie waren diejenigen, die die PDS-Initiativen (Anfang 1990 im Osten) gründeten, neue Strukturen erstritten, maßgeblich Konferenzen und Wahlkämpfe mitorganisierten und sehen sich heute nach anderthalb Jahren permanenten Einsatzes in einer Situation, wo sie nicht mehr der mehrheitlich gewollte Motor der Erneuerung sind, sondern sich als Minderheit in der Partei sehen. Viele von ihnen sind zutiefst enttäuscht und resigniert und spielen mit dem Gedanken an Rücktritt oder Austritt. Die Auseinandersetzungen auf dem Berliner Landesparteitag um den Berliner Landesvorsitzenden Adolphi (siehe Artikel in diesem ak) brachten dann das Faß zum Überlaufen; erstmals waren die Genannten ausdrücklich und zählbar in der Minderheit.

Darüber hinaus gibt es wenig Gemeinsamkeiten, die in einem gemeinsamen "Politikangebot" formuliert werden könnten, wie überhaupt eine Klassifizierung der PDS in zwei Hauptströmungen der geringen Ausdifferenziertheit der Kontorversen nicht gerecht wird. So wurde zwar von einigen Personen aus dem Kreis der Unterzeichnenden der Alternativantrag zum wirtschafts- und sozialpolitischen Programm formuliert, andere aus der Gruppe propagieren dafür, daß die Linken sich insbesondere für die Durchsetzung der Marktwirtschaft einsetzen müssen. Ähnlich steht es um die Haltung zum § 218: Die entschiedensten GegnerInnen der Fristenlösung überschneiden sich mit den GrundgesetzkonformistInnen und denjenigen, die von der Geschichtsaufarbeitung die Nase voll haben. Die Strömungsmitglieder halten die beiden Forderungen "rückhaltlose Vergangenheitsaufarbeitung und radikales Oppositionsverständnis" für konstitutiv, weil nur diejenigen, die mit Blick auf ihre Vergangenheit bereit sind, neu zu denken und sich auseinanderzusetzen, auch in der neuen Gesellschaft in der Lage sind, der Anpassung zu widerstehen und eine eigene Position konträr zum politisch-ideologischen Mainstream zu entwickeln (so sinngemäß Uschi Goldenbaum).

Daß diese Strömung so viel Empörung auf dem Parteitag hervorrief, erklärt sich aus drei Aspekten.

Seit einigen Wochen wurde von einigen prominenten PDS-Mitgliedern, explizit von Hans Modrow erklärt, die PDS sei wohl eine pluralistische Partei, aber keine Strömungspartei, und dabei auf die erosierende Wirkung von Strömungen hingewiesen, ohne daß eine der existierenden Plattformen benannt worden wäre. Der zweite Aspekt ist, daß die Forderung nach Vergangenheitsbewältigung überwiegend als die Frage nach der persönlichen Schuld und moralischen Integrität vorgetragen wird. Da bekennen sich 20jährige zu ihrer Mitarbeit bei der Staatssicherheit und nehmen die Verantwortung für das gesamte repressive Wirken des SED-Staates auf ihre Schultern; ältere GenossInnen, die u.U. ungleich mehr "Schuld" tragen, reagieren darauf abwehrend, denn wieviel mehr müßten sie dann an ihrer Last tragen. Zum dritten trifft der Umstand, daß gerade die Jüngeren und AktivistInnen der PDS-Gründungsphase, die Anfang 1990 die gesamte Partei in ihrem Elan mitrissen, nun aufbegehren, schon ein Stück den Nerv der PDS. Es dürfte für große Teile der Partei spürbar sein, daß es sich hier nicht nur um ExotInnen handelt, sondern um eine aktive Gruppe, die auch in der

praktischen Politikgestaltung eine bedeutende Rolle spielt (z.B. Aktionen gegen den Golfkrieg, Bündnispolitik) und die zu der so häufig geforderten Politikfähigkeit der PDS maßgebliches beigetragen hat.

Wenn diese Gruppe sich jetzt zur Strömung in der PDS erklärt, versteht das der Rest trotz Beteuerung des offenen Angebotscharakters als Abgrenzung, als Vorwurf und Anklage. Der Mangel an Konfliktfähigkeit in der PDS und das unklare Profil der Strömung tun ein übriges. Wie wird diese Strömung in die Partei hinein arbeiten und wie nach außen auftreten? Eine Plattform ist die Strömungserklärung noch lange nicht ...

Cl.

33. Betr.: Michael Stamm und der Vorwurf der Arbeit für den Verfassungsschutz

Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein; PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak332/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:332:39

In manchen westdeutschen Blättern war es schon zu lesen, auf dem Parteitag wurde erstmals offiziell dazu Stellung genommen: Innerhalb der PDS in Berlin war das Gerücht aufgetaucht, Michael Stamm, Mitglied des Vorstandes und des Präsidiums der PDS, arbeite für den Verfassungsschutz. Diese "Information" geht zurück auf einen Anfang der 70er Jahre in Marburg tätigen Professor, Sympathisant der DKP, der, wie dies bei der DKP durchaus üblich war, die MG, für die Michael Stamm damals tätig war, als Produkt des VS ansah. Daß diese Verdächtigungen auch heute noch kursieren, ist nicht nur altes, sondern uraltes Denken.

Michael Stamm schreibt dazu in einem Brief an die Delegierten des PDS-Parteitages: "Es trifft nicht zu, daß ich die auf einem Treffen der Berliner Bezirksvorsitzenden der PDS von einem Teilnehmer weitergegebene "Information, ich sei langjähriger Mitarbeiter des Verfassungsschutzes" entschieden abgestritten hatte. Wenn die Auskunft über den Urheber dieser "Information" zutrifft, dann handelt es sich bei diesem Herrn um einen westdeutschen Philosophieprofessor, der offensichtlich der "gebildete" Stalinist geblieben ist, der er früher auch schon war. Solche "Informationen" bestreite ich auch deshalb nicht, weil sie, wie Marx sagt, unter aller Kritik sind. Es handelt sich dabei, um ein angemessenes Urteil auszusprechen, um menschenfeindlichen, reaktionären Dreck." In einem am 8./9.6. vorliegenden Brief an die Vorstandsmitglieder heißt es zum gleichen Thema: "Die Denunziation politisch Andersdenkender, sowohl innerhalb als auch außerhalb der Partei, als Agenten von Geheimdiensten, dem Staatsschutz oder dem Klassenfeind ist beileibe keine Erfindung der neueren Westlinken, sondern leider eine alte Methode aus der kommunistischen Bewegung, die später unter dem Begriff Stalinismus zusammengefaßt wurde. Der eigentliche Kern dieser Methode liegt darin, daß alles Denken, das quer zum eigenen liegt, als vom Klassenfeind kommend denunziert wird. Das leugnet, daß es innerhalb der sozialistischen und kommunistischen Bewegung unterschiedliches, ja sogar gegensätzliches Denken gibt, geben kann - ja sogar geben muß, soll nicht die absolute Wahrheit auf Personen übertragen werden.

In der Geschichte der Neuen Linken in der BRD ist diese Methode vor allem von der DKP angewandt worden. Alle außerhalb dieser Nachfolgeorganisation der KPD im Zuge der APO entstandenen Linksgruppen und kommunistischen Zirkel wurden bezichtigt, Produkte des Verfassungsschutzes zu sein, zum Zwecke, die Arbeiterklasse und die fortschrittlichen Kräfte zu verwirren und zu spalten. Diese Töne habt Ihr sicherlich noch im Ohr.

In der Geschichte der realsozialistischen Staaten hatte dies ebenfalls Methode. Die Abweichung vom vorgeschriebenen Sozialismusbild wurde eben nicht als ebenso Denkbares begriffen, sondern als Ausgeburt der Ideenwelt des Feindes erklärt.

Das Perfide an dieser Methode ist, daß sich die angegriffene Person gar nicht wehren kann, denn mehr als irgendwo anders gilt hier: Wer sich verteidigt, klagt sich an! (...)

Manch eineR mag sich fragen, warum wir um diesen Vorfall, der vielleicht nur einer von vielen ist, einen solchen "Wind" machen. Zwei Gründe vor allem: Michael Stamm ist ein Genosse, der mit uns gemeinsam den gesamten Weg der Zusammenarbeit zunächst mit und dann in der PDS gegangen ist. Er hat sich mit seiner Arbeit und seinem Auftreten sicherlich nicht nur Freunde gemacht, aber sein Engagement für die PDS und seine Bereitschaft, sie gegen ungerechtfertigte Angriffe zu verteidigen (womit er wiederum Anfeindungen eines Teils der Westlinken ausgesetzt ist), sind nicht zu bestreiten. Es gebietet die Achtung, hier solidarisch zu sein ..." (Unterzeichnet von C. Gohde und H. Eckhoff)

Auf dem Parteitag wendete sich André Brie im Namen des Präsidiums gegen dieses Art der Denunziation: "Wir halten das für völlig absurd und kulturlos und erklären ausdrücklich, daß wir zu Michael Stamm volles Vertrauen haben."

ak

34. Nach den Hamburger Bürgerschaftswahlen

Rubrik: Wahlen; Grüne (und Vorläufer); PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak332/42.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:332:42

Das Ergebnis der Hamburger Bürgerschaftswahlen brachte eine so deutliche Bestätigung der bisherigen Konstellation, daß eigentlich kaum etwas besonderes daraus abzulesen ist. Der Stimmenzuwachs für die SPD verhalf ihr zu einer absoluten Mehrheit, so daß sie jetzt ohne die FDP den Hamburger Senat stellen kann. CDU und FDP verloren entsprechend. Die GAL konnte gegenüber der letzten Bundestagswahl zulegen, bezüglich der letzten Bürgerschaftswahl sich stabilisieren. Die Alternative Liste erreichte 0,5%, die PDS/Linke Liste 0,5%, die DKP 0,1%, Hamburger Liste für Ausländerstop und Republikaner 2,0%. Was diese Betrachtung nicht verrät, alle Parteien inklusive der SPD erlangten in absoluten Zahlen weniger Stimmen als bei den letzten Wahlen. Denn die Wahlbeteiligung lag mit 66% unter allen bisherigen Wahlen seit 1946. Bei den Bundestags- und den letzten Bürgerschaftswahlen gingen immerhin noch 80% zur Wahl.

Die GAL konnte zwar prozentual leichte Zugewinne verbuchen, verlor aber ca. 10.000 Stimmen an die SPD, und - gegenüber den Bürgerschaftswahlen - auch nach links. Stabil blieb sie in ihrer alten Hochburg Eimsbüttel, einem eher durchwachsenen Stadtteil, während sie in bürgerlichen Randbezirken stark hinzugewann und in früheren Hochburgen (z.B. St. Pauli) verlor.

Die Alternative Liste erzielte 3.940 Stimmen, die PDS/Linke Liste 3.713 Stimmen - bei der Bundestagswahl waren es noch 10.338 -, die DKP erreichte 680 Stimmen, das entspricht der Zahl ihrer eingeschriebenen Mitglieder.

Die Hoffnung von Alternativer Liste und PDS/Linker Liste, nach den inneren Kämpfen der GAL in linken Gewässern fischen zu können, die Hoffnung darauf, die von der Wendung der GAL zu einem "stinkenormalen" Grünen Landesverband Enttäuschten binden zu können, wurde kurz und schmerzhaft erledigt. Wenn mensch die Stimmen von Alternativen, PDS/Linker Liste und DKP zusammenzählt, kommen zwar wieder die 1,1%, die die PDS/Linke Liste bei den Bundestagswahlen erreichte, zusammen (Alternative Liste und DKP waren da nicht angetreten), aber der Vergleich hinkt, denn die PDS/Linke Liste verlor auch an die GAL - in stärkerem Maße an die Alternative Liste und ins Lager der NichtwählerInnen -, und die Alternativen konnten auch andere WählerInnen mobilisieren. Das höchste Ergebnis an Stimmen links von der GAL wurde in St. Pauli mit über 10% erreicht, aber weder dort noch in anderen Bezirken gelang diesen Gruppen der Einzug in ein Bezirksparlament. Gleichzeitig sank die Wahlbeteiligung in St. Pauli besonders drastisch auf nunmehr 40%.

PDS/Linke Liste unter DKP-Niveau

Die Wahlbeteiligung der PDS/Linken Liste war in den eigenen Reihen außerordentlich umstritten (siehe ak 331). Sind die GenossInnen nun schlauer geworden?

Das Wahlergebnis liegt selbst unter der Zahl der noch vor zwei Jahren 4.500 eingeschriebenen DKP-Mitglieder, und auch die rund 2.000 schon sehr früh aus der DKP ausgetretenen ErneuererInnen wählten die PDS/Linke Liste nur zu einem kleineren Teil. Der Landesgeschäftsführer der PDS/Linken Liste Andreas Grünwald bezeichnete das Ergebnis klipp und klar als Niederlage und die Entscheidung für die Wahlbeteiligung als Fehler, allerdings als offenbar unvermeidlichen Fehler. Denn: "Wahlverzicht hätte bedeutet: Eine monatelange Debatte um vertane Chancen ... Für mich wär' es ein Zeichen von politischer Borniertheit, wenn jetzt gefordert werden würde, einfach so weiter zu machen wie bisher." Das allerdings steht zu befürchten. Einen nicht unbeträchtlichen Teil der Mitgliedschaft läßt das Wahlergebnis relativ unangefochten: Mit wesentlich mehr Stimmen hätte mensch auch nicht gerechnet, das Ergebnis bestätige einem den vorausgesehenen Zustand, mit den Wahlkampfveranstaltungen wären Interessierte gewonnen und eigene Politikvorstellungen diesen näher gebracht worden. Die Wahlkampfveranstaltungen waren in der Tat relativ qualifizierte Diskussionsangebote, häufig bestritten von der Sachkompetenz von Ost-PDSlerInnen; die TeilnehmerInnenzahl (bis auf die Promi-Veranstaltungen) war allerdings mehr als dünn, wenn auch z.B. GAL-Veranstaltungen genau so schlecht besucht waren.

Das Rezept, das nun von einigen Mitgliedern ausgegeben wird, ist allen Ernstes, die WählerInnen tendenziell als Mitglieder zu gewinnen. Nachdem aus Parteilogik die Entscheidung für die Wahlbeteiligung zustande kam, wird aus eben derselben Logik der Parteiaufbau propagiert. Die DKP war seinerzeit an einem ähnlichen Punkt angelangt, nur daß sie Mühe hatte, ihre Mitglieder zu ihren WählerInnen zu machen. Nix gelernt?

In den anderen westlichen Bundesländern, die mehrheitlich der Hamburger Entscheidung sehr kritisch gegenüberstanden, ist die Wahlbeteiligung der PDS/Linken Liste an Landtagswahlen vorerst vom Tisch. Auch in der Berliner Parteizentrale ist mensch sich einig, daß es so nicht gehen kann. Der stellvertretende Parteivorsitzende André Brie brachte in einem Interview mit der Jungen Welt wieder das Modell eines Personenbündnisses für die Bundestagswahlen 1994 ins Spiel, ohne allerdings zu benennen, wer diese Personen sein könnten. Er betonte allerdings, daß vorerst nur aus außerparteilichen Diskussionszusammenhängen die für die Linken notwendigen Analyse und neuen Ideen entstehen könnten.

Immer wieder neue Projekte?

Die Alternative Liste bleibt vorläufig als Diskussionszirkel bestehen, der an Diskussion und Kooperation mit anderen linken Gruppierungen sehr interessiert ist. Überlegungen hinsichtlich eines "Apo- Pools" oder ähnlicher neuer Vernetzungen der verbliebenen Linken kranken allerdings daran, daß sie immer wieder nur der Versuch sind, aus der Niederlage den Anspruch zu entwickeln, nun aber müsse sich der Rest zusammenraufen. Eben diesen Ansatz hatten sowohl die Radikale Linke als auch das Projekt Linke Liste vor einem Jahr. Allen diesen Versuchen mangelt es an konkreten politischen Projekten. Die Radikale Linke hangelte sich noch an ihren beiden Demos lang; die Linke Liste war unmittelbar nach ihrer Gründung nur noch mit Parteigründungen und Wahlkampf beschäftigt. Leider scheint es so zu sein, daß bei abnehmender Eingriffsfähigkeit der Linken die ideologischen Debatten bei mangelndem Bezug auf die politische Realität zunehmen. Und die Experimentierfreudigkeit aus Angst vor neuen Niederlagen abnimmt.

Cl.

35. Dokumente zum PDS-Parteitag: Aufruf zu einer Plattform "Dritter Weg"; Erklärung des BuKo der AG junge GenossInnen, Dresdner DADA-Konf.

Rubrik: PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak332/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:332:25

Dokumentation

Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben!

Aufruf zu einer Plattform "Dritter Weg"

Uns, die Bezirksverordneten der PDS Friedrichshain, erfüllt ein Gefühl tiefer Unzufriedenheit mit der gegenwärtigen Situation in unserer Partei.

Die immer stärkere Tendenz hin zur Vergangenheitsverdrängung innerhalb der PDS und die wachsende um sich greifende Ausgrenzung von Minderheitsmeinungen macht uns bewußt, daß der angestrebte Erneuerungsprozeß in unserer Partei zwar verkündet aber nicht mit der nötigen Konsequenz durchgesetzt wird. Durch diese Inkonsequenz verliert unsere Partei in der Öffentlichkeit mehr und mehr an Glaubwürdigkeit.

Getragen von dem Wunsch, einen Beitrag zur Politikfähigkeit durch einen entscheidenden politischen Neubeginn unserer Partei zu leisten, wenden wir uns an die Öffentlichkeit.

Als wir im Frühjahr 1990 als Friedrichshainer Bezirksverordnete gewählt wurden, gingen wir von folgenden Aussagen des letzten Parteitages der SED und dem 1. Parteitag der PDS aus:

1. Die SED entwickelte sich in ihrer mehr als 40jährigen Geschichte zu einer reaktionär wirkenden Partei!

2. Das MfS war insbesondere in den letzten Jahren in der Hauptsache ein repressiver Machtapparat zum Erhalt des gesellschaftlichen Führungsanspruches der SED.

3. Unsere Partei erklärt den demokratischen Sozialismus zu ihrer strategischen politischen Zielsetzung, widmet sich auf der Grundlage einer gleichermaßen konsequenten Kapitalismuskritik wie einer Kritik des "real existierenden Sozialismus" seiner theoretischen Begründung.

So wie wir, basierend auf dieser Aussage in der Fraktion der PDS Friedrichshain im Mai 1990, begonnen haben, unsere eigenen Lebensgeschichten offen auszutauschen und rückhaltlos aufzuarbeiten, erwarten wir das von allen Mitgliedern der PDS und im besonderen Maße von Genossinnen und Genossen, die - gleich auf welcher Ebene - sich zur Wahl stellen.

Wir sind besorgt darüber, daß diese Aussagen in zunehmend geringerem Maße mehrheitsfähig sind. In vielen Diskussionen müssen wir feststellen, daß das Einbringen solcher politischen Grundaussagen dazu führt, daß diejenigen, welche sie vertreten, als Schreier, Parteispalter oder auch Verräter beschimpft werden. Bestärkt in dieser Lage hat uns der Landesparteitag der Berliner PDS und die Reaktion auf diesen Parteitag im Bezirksvorstand Friedrichshain.

Wir meinen damit unter anderem und vor allem folgendes:

- Angesichts des von uns mitgetragenen Anspruchs, zugleich Partei von "Tätern" und "Opfern" zu sein, halten wir die Personalentscheidungen des letzten Landesparteitages der Berliner PDS für politisch unsensibel und undifferenziert;

- Die drei Berliner Spitzenfunktionen sind nun durch ehemalige inoffizielle Mitarbeiter des MfS besetzt. Diese Entscheidung wird entsprechend unserem Verständnis von Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte der Partei weder nach innen geschweige denn nach außen gerecht.

Wir wenden uns gegen jede pauschale Kriminalisierung von ehemaligen OM oder IM des MfS oder Funktionären der SED, uns geht es nicht um Schuld, sondern um Verantwortung als politische Dimension.

Dieses Problembewußtsein kann nicht juristisch und schon gar nicht durch den Staat Bundesrepublik geleistet werden. Deshalb gehen für uns Forderungen aus den eigenen Reihen nach rechtsstaatlicher Aufarbeitung in demagogischer Weise am Problem vorbei!

Unsere Auseinandersetzung in der Fraktion vor diesem Parteitag hat uns bewogen, diese Erklärung öffentlich zu machen und ihren Inhalt in den Basisorganisationen zu diskutieren, um dort konkretere Geschichtsaufarbeitung herauszufordern.

In Berlin wird im nächsten Jahr gewählt. Müßten wir heute den Wahlkampf beginnen mit der Losung aus dem Frühjahr 1990 "Wählen sie Ehrlichkeit, Wählen sie PDS", würden wir uns lächerlich machen! Diese Entwicklung ist vor allem durch das politische Versagen der PDS zu verantworten. Wir sehen dringenden Handlungsbedarf für unsere Arbeit in der PDS. Wir wollen nicht in die Kuschelecke der anderen Parteien, aber wir können auch keinen Karren ziehen, dessen Last uns wiederum unbekannt ist.

Es reicht nicht aus, eigene politische Entscheidungen der Vergangenheit mit Motiven zu erklären, die sicherlich jeder nachvollziehen kann. Notwendig ist, die damaligen Entscheidungen aus heutiger Sicht neu zu bewerten und in den Zusammenhang zu stellen mit der Entwicklung der DDR. Nur dann ist wirkliche Differenzierung möglich. Nur dann sind wir im Bezirksparlament in der Lage, zum Beispiel folgende Probleme der Bürger auf die Tagesordnung zu bringen:

- Die Degradierung der Mehrheit der Bewohner von Alten- und Pflegeheimen nach 40 Jahren und mehr ehrlicher Arbeit zu Sozialhilfeempfängern!

- die Perspektivlosigkeit von Schulabgängern ohne Lehrstelle!

- die andauernde und sich zum 1. Juli ruckartig verschärfende Massenarbeitslosigkeit!

- die fortgesetzte Untätigkeit des Senats in Bezug auf den kommunalen Wohnungsbau!

- die Diskriminierung ausländischer Bürger!

Wir halten es für notwendig, daß sich die Mitglieder in der PDS, die den gegenwärtigen Zustand nicht akzeptieren, deutlich artikulieren und ihren Beitrag leisten für die Schaffung einer Sammlungsbewegung in der PDS. Wir rufen auf zur Gründung einer Plattform "

Dritter Weg". Wir wollen damit keine neue Struktur, sondern neues Denken und Handeln! Kontaktadresse: PDS-Fraktion in der BVV Friedrichshain, Bersarinstr. 86-90 O-1034 Berlin, Tel. 5800811 / App. 520

36. Offener Brief an die Linken in der PDS von der Ökologischen Linken/Alternative Liste

Rubrik: DDR-Linke; PDS-Debatte, linke · CD-Datei: daten/aksuche/ak332/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:332:29

Dokumentation

Offener Brief an die Linken in der PDS

Anläßlich der Fortsetzung des 2. Parteitags der PDS scheint es uns notwendig, Euch einige - aus unserer Sicht wichtige - Gedanken mit auf den Weg zu geben.

Gegen die sozialen, ökologischen und kulturellen Auswirkungen der kapitalistischen Anschlußpolitik gegenüber der DDR hilft nur Widerstand der Betroffenen, Widerstand von unten. In diesem Kampf muß sich die Linke bewähren, Vertrauen neu gewinnen und Perspektiven entwickeln, die über Ausbeutung und Zerstörung von Mensch und Natur hinausweisen. Die radikale Kritik an der Unterdrückung des Volkes in der DDR wie an den - z.T. "zivilisierteren" - Formen kapitalistischer Unterdrückung gehören ebenso dazu wie die Kritik der Zerstörung der Natur durch stalinistische Kommandowirtschaft oder kapitalistische Marktwirtschaft.

Doch die Linke steht, vor allem in der Ex- DDR, theoretisch und praktisch an einem Neubeginn, haben doch Unterdrückung und Ineffizienz eines sich sozialistisch nennenden Systems das Volk in den Kapitalismus getrieben. Radikale Selbstkritik und entschlossener Einsatz vor Ort für die Probleme des Menschen sind das A und O dieses Neuanfangs.

Für den Prozeß des Neubeginns einer linken, sozialistischen Bewegung in Deutschland spielt die PDS insofern eine Schlüsselrolle, als sie als Nachfolgerin der SED den Platz einer großen linken Partei beansprucht. Deshalb beeinflußt die Fähigkeit der PDS zu Selbstkritik und wirklicher Erneuerung die Glaubwürdigkeit der gesamten deutschen Linken.

Zeit und Bewährungssituationen für einen glaubwürdigen selbstkritischen Neuanfang der PDS gab es in den letzten eineinhalb Jahren genug. Doch gerade die letzten Wochen und Monate haben immer mehr verdeutlicht, daß die PDS nicht nur zu einem wirklichen Bruch mit der Vergangenheit unfähig ist, sondern daß DDR-Nostalgie und stalinistisch-reaktionärer Mief geradezu hochschäumen. Die Adolphi-Debatte, das Stasi-Hearing, die gesamte Diskussion der letzten Wochen über die Stasi einerseits - und über heutige Ausgrenzung ehemaliger HerrschaftsträgerInnen andererseits haben gezeigt, daß die PDS vor allem den Schulterschluß der einst Herrschenden übt.

Für uns ist diese Entwicklung nicht zufällig so, denn die PDS ist die Partei der ehemals herrschenden Schicht der DDR, die Partei der gewendeten Nomenklatura, der stalinistischen Politbürokratie. Deshalb ist ihr ein radikaler Bruch unmöglich, und werden auch alle künftigen Aufarbeitungen auf die Rechtfertigung der eigenen Vergangenheit hinauslaufen.

Doch hier und heute und immer wieder muß darauf bestanden werden, daß nicht nur individuelle Aufarbeitung der Vergangenheit und individuelle Schuldzuweisungen erfolgen, die in der PDS bisher stets Schuldabweisungen waren. Vor allem muß es eine politische Auseinandersetzung mit dem Herrschaftssystem als Ganzem geben, in dem die Stasi als Schild und Schwert fungierte und von der Schule bis ins Altersheim für Angst sorgte. Es muß darauf bestanden werden, daß das Machtsystem als Ganzes, besonders jedoch der Repressionsapparat aus Stasi, Polizei, Armee, Justiz, Parteiapparat samt Hofideologen ein antisozialistisches Regime verkörperte, welches mit der Unterdrückung jedes Einzelnen nicht nur Kapitalisten fernhielt, sondern besonders Arbeiter und Bauern von der Machtausübung und der sozialistischen Aneignung des Staatseigentums ausschloß.

Durch die Unterdrückung jedes eigenständigen öffentlichen Denkens wurde vor allem der Marxismus und jede Art sozialistischen Denkens unterdrückt. Daß diese Unterdrückung durch eine Selbstdeklaration als sozialistisch verbrämt war, hat an den Tatbeständen nichts geändert, sondern nur zur Diskreditierung jeglicher sozialistischen Ideologie als Ideologie der Unfreiheit geführt.

Nur eine solche prinzipielle Kritik der DDR und ihrer Machtstrukturen eröffnet der Linken Entwicklungsperspektiven. Der PDS gelingt dies ebensowenig wie der SED die Reform der DDR, denn die Hauptsäule beider Parteien ist die gleiche konservative und feige staatstragende soziale Schicht von gestern, deren lernfähiger Teil 10 Sekunden vor dem Ende ihrer Macht zum Volk auf die Straße ging, während der andere Teil gleich ganz in der Deckung der alten Institutionen blieb.

So stand auch der Konservatismus am Anfang der PDS: Rettung des Parteivermögens und Wahrung der Identität durch Aufarbeitung der Geschichte waren die Begründungen gegen die Auflösung der SED. Das Ergebnis dieses Apparatschikgeistes ist bekannt! Statt Rettung des Parteivermögens oder - welch undenkbare revolutionäre Tat - seiner Übergabe an die demokratische Volksbewegung bzw. linke Projekte, wurde es an den bürgerlichen Staat verspielt! Statt Aufarbeitung der Vergangenheit und Erneuerung der Partei schlitterte die PDS von Skandal zu Skandal. Mal wegen der Finanzen, mal wegen der Stasi. Doch immer erst unter dem Druck der Öffentlichkeit erfolgte das Eingeständnis solcher Skandale. Und das ist der eigentliche Skandal: Die Unwilligkeit zu eigener Aufdeckung und zu einer Entblößung vor den Massen! Nur eine Entblößung vor den Massen, die Herausforderung ihrer Kritik hätte der Partei die Chance zu einer glaubwürdigen Selbsterneuerung gegeben. Sie wurde nicht gesucht.

Die Chance der glaubwürdigen Selbsterneuerung der PDS ist ein für allemal verspielt. Mit der Glaubwürdigkeit des Erneuerungswillens ist auch die Hoffnung auf eine solche Erneuerung bei den übrigen linken und oppositionellen Kräften dahin.

Der Diskussionsprozeß in den letzten Wochen hat gezeigt, daß auch die Übernahme vieler linker Forderungen im Wahlprogramm der PDS nur dem äußeren Druck zum Bündnis mit anderen Linken geschuldet war. Das, was in der letzten Zeit aus den Tiefen der PDS an programmatischen Äußerungen kam, entspricht wohl viel eher der wirklichen Befindlichkeit der Mitgliedschaft. Doch was da neu war, war nur für diese Mitgliedschaft neu. Ansonsten gab es nur alte Hüte einer älteren Sozialdemokratie. Was als programmatische Erneuerung geboten wird, ist nur der konzeptionelle Reflex der Wende einer staatstragenden Schicht aus den Institutionen des abhanden gekommenen Staates in die Institutionen des gegenwärtigen Staates. Noch bevor die Verbrechen der alten Institutionen aufgearbeitet sind, liegt man den Institutionen des neuen Staates schon wieder zu Füßen und träumt von ihrer Mitgestaltung, weil man in diesen Institutionen die eigene Natur entfalten kann.

Mit der PDS wird es keinen Sozialismus geben, weil sie als stalino-sozialdemokratisches Schutz- und Trutzbündnis nicht nur zu radikaler Selbstkritik, sondern auch zu einer wirklich sozialistischen, einer Politik von unten, unfähig ist. Doch inzwischen muß man der PDS sogar jegliche Politikfähigkeit absprechen: Nicht nur hat sie durch ihr höriges Verhalten gegenüber der Modrow-Regierung zum Untergang der DDR beigetragen, sondern vor allem gezeigt, daß sie trotz ihrer Mitgliederstärke bis heute zu keiner einzigen politischen Initiative fähig war.

Die PDS ist der Klotz am Bein der deutschen Linken. Als lebender Leichnam nimmt ihr Verwesungsgeruch allen Linken den freien Atem und bindet die Aktivitäten jeder oppositionellen Bewegung durch die immer wieder notwendig werdenden Auseinandersetzungen mit den Schulterschlüssen der PDS mit einstigen Unterdrückern des Volkes. Gerade jetzt, wo entschiedener Widerstand gegen die Politik der heute Herrschenden notwendig ist, blockiert die PDS den Platz der Opposition. Nur die Auflösung der PDS befreit die Linke von dieser Fessel.

Heute ist die Neuformierung der entschieden linken, basisdemokratischen Strömungen quer zu und jenseits von den bisherigen oppositionellen Organisationen notwendig, weil sie in allen diesen Organisationen von den opportunistischen AnpasserInnen, den MinisterInnen in spe und sonstigen parlamentarischen Kretins neutralisiert werden, die sich am liebsten an den runden Tischen der Herrschenden niederlassen würden. Dies gilt für PDS, Grüne und das Bündnis 90 ebenso.

Eine Neuformierung kann nur gesamtdeutsch und vor allem jenseits von der Erblast des Stalinismus erfolgen. Sie muß sich auf den untrennbaren Zusammenhang des Kampfes für eine radikale Demokratisierung der Gesellschaft mit dem gegen Kapitalismus, Patriarchat und Zerstörung der Natur gründen.

Die Ökologische Linke/Alternative Liste hat sich gebildet, um alle antikapitalistischen Kräfte, die konsequent basisdemokratische, feministische und ökologische Grundsätze vertreten, in West- und Ostdeutschland zu sammeln und mit ihnen eine gemeinsame Perspektive zu entwickeln.

Die PDS ist Gegnerin bei einer solchen Neuformierung, weil sie eine Gegnerin jeder wirklich linken, emanzipatorischen Politik ist. Wir hoffen, daß die PDS sich auflöst oder spaltet, doch zweifeln wird daran, daß dieses geschieht. Alle wirklich linken, emanzipatorischen, feministisch und ökologisch orientierten Mitglieder und Gruppierungen in der PDS, denen an einer radikalen Aufarbeitung des DDR-Stalinismus liegt, weil sie für die Emanzipation von Kapital und vom Staat, vom Patriarchat und von der Zerstörung der Natur eintreten, fordern wir auf, ihre Kräfte nicht mehr unnütz in einer für linke Politik nicht erneuerungsfähigen PDS zu vergeuden, sondern mit uns einen Weg zur Neuformierung der Linken zu suchen.

Berlin, den 22. Juni 1991

Ökologische Linke/Alternative Liste

- Regionalrat Ostdeutschland -

c/o UFV-Büro, z.Hd. Anke Lehmann,

Lindenhotel, Otto-Nuschke-Str. 54,

O-1560 Potsdam, Tel. Potsdam 22383

37. Für eine Handvoll Ostmark. Schlaglichter vom Berliner Landesparteitag der PDS

Rubrik: Stasi-Debatte; PDS-Debatte, linke · CD-Datei: daten/aksuche/ak332/48.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:332:48

Am 8./9. Juni fand in Kreuzberg die, wie es offiziell hieß, 3. Tagung des 1. Berliner Landesparteitages der PDS statt. 200 gewählte Delegierte wollten - so die Planung - über soziale Probleme des Anschlusses, über die allerorten bescheidene Rolle der PDS in der parlamentarischen Opposition und über "Politikangebote an die Bürger" diskutieren. Insgesamt betrachtet wenig, was außerhalb Berlins über die reine Chronistenpflicht hinaus in diesen Wochen besondere Be- achtung gefunden hätte. Daß die Parteitagung doch in die Schlagzeilen geriet, hatte sie dem PDS-Landesvorsitzenden Wolfram Adolphi zu verdanken. Dieser hatte kurz zuvor, nachdem er es wochenlang bestritten hatte, einräumen müssen, daß er inoffizieller Mitarbeiter des MfS gewesen sei. Lügen, Machtintrigen, Moral, Widerstand, Verfolgung und ähnlich romanhafte Begriffe bestimmten fortan die Diskussion der Delegierten des Landesparteitags. Die Berliner PDS reagierte in ihrer übergroßen Mehrheit wie alle anderen Parteien, wenn für einen der Lüge überführten Vorsitzenden keine Badewanne bereitsteht. Donnernder Applaus und 70% Zustimmung bei der von Adolphi gestellten Vertrauensfrage, bevor mensch sich dem Thema zuwandte, wie die PDS als "saubere, anständige und ehrliche Partei" in der Öffentlichkeit wirken könne.

Der Fall Adolphi

Die insgesamt 15jährige MfS-Tätigkeit des heutigen Berliner PDS-Vorsitzenden in den 70er und 80er Jahren ist in vielen Aspekten exemplarisch für viele andere inoffizielle MitarbeiterInnen. Mit dem eigenen und vom MfS geförderten Verständnis, seinem Land und dem Sozialismus zu dienen, hatte Adolphi den Auftrag übernommen, neben seiner wissenschaftlichen Tätigkeit, die ihn nach Japan und in die VR China führte, sogenannte Lageberichte und politische Einschätzungen aus diesen Ländern und dem übrigen Fernen Osten zu liefern. Adolphi erhielt für seine Tätigkeit monatlich 200,- Mark. Arbeit und Besoldung unterschieden sich in nichts von den nebenamtlichen Aufgaben, die mittlere Konzernangestellte im Ausland oder Botschaftsangehörige an ihren jeweiligen Standorten für ihre Zentralen mit Lagebeurteilungen und Auswertungen erfüllen. Der einzige tatsächliche Unterschied mag darin gelegen haben, daß Adolphi dem MfS und damit einem Geheimdienst zuarbeitete. Aber wer weiß, wie das staatliche DDR-Außenhandelsmonopol ausgestaltet war, und nach welchen langwierigen Überprüfungen verläßliche KaderInnen überhaupt erst in das nicht-sozialistische Ausland reisen durften, kann sich vorstellen, daß das MfS für diese Bereiche als allumfassende Institution mit zuständig war. Andernorts fällt dies in die Verantwortung von Stabsabteilungen in Konzernspitzen, aber in der DDR regierte eben das Politbüro und nicht Siemens oder Daimler Benz, und so schickte Adolphi seine Berichte über den Fernen Osten dem MfS. Er war - um ein Beispiel zu nennen - 1981 in die Vorbereitungen des Staatsbesuches von Erich Honecker in Japan eingebunden und lieferte hierfür Lagebeurteilungen. Der Honecker-Besuch endete damals damit, daß dem Staatsratsvorsitzenden im Handumdrehen 10.000 Mazdas einer auslaufenden Serie angedreht werden konnten und die DDR noch Jahre später mangels Händlernetzes und Werkstätten mühsam erwirtschaftete Devisen für Ersatzteile aufbringen mußte. In diesem Sinne dürfte Wolfram Adolphi für das MfS nicht einmal besonders erfolgreich gearbeitet haben. Der von manchen Delegierten empfundene Skandal im Verhalten Adolphis gründete sich auch weniger auf dessen tatsächliche Nebenbeschäftigung, als vielmehr auf sein Umgehen damit. Auf eine mögliche Mitarbeit für das MfS angesprochen, stritt Adolphi sowohl parteiintern als auch öffentlich ab, jemals für das MfS tätig gewesen zu sein. Was ihn dazu bewogen haben mag, blieb auch nach seiner einführenden Erklärung auf dem Landesparteitag unerklärlich. Die PDS-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, der Adolphi angehört, hatte Wochen zuvor geschlossen Überprüfungsanträge hinsichtlich einer MfS-Tätigkeit bei der Gauck-Behörde gestellt. Adolphi mußte demnach täglich damit rechnen, in der Zeitung lesen zu können, was er selber wußte, aber nicht offenbaren zu können glaubte. Er habe keine passende Gelegenheit gefunden, über seine langjährige Verbindung mit dem MfS zu berichten und gegenüber seinen LandesvorstandskollegInnen habe er sich verschiedentlich erklären wollen aber nicht können, obwohl ihn diese mehrfach intern um Aufklärung gebeten hatten.

Moral gegen Widerstand

Adolphi bescherte mit seinem Verhalten dem Landesparteitag eine zwölfstündige Diskussion um die unbewältigte Vergangenheit vieler ehemaliger MfS-MitarbeiterInnen. Durch die gleichzeitig gestellte Vertrauensfrage über den Verbleib in seiner Fraktion beförderte Adolphi den Hang vieler Delegierter, die abschließende Abstimmung zu einer Kraftprobe zwischen Linken und ReformerInnen auf der einen und PragmatikerInnen und alten SEDlerInnen auf der anderen Seite zu machen. Diese Einteilung in Strömungen spielte allerdings im Bewußtsein der Delegierten eine viel größere Rolle, als daß sie in politischen und praktischen Fragen tatsächlich ausgewiesen und belegt ist. Am Schluß stimmten 70% für und der Rest gegen eine Ehrenerklärung zugunsten Adolphis. Interessanter als das Ergebnis waren jedoch die zwei Ansätze, die Vergangenheit des MfS, die inzwischen durch vielfache persönliche Kontinuitäten unter anderem auch eine Vergangenheit der PDS ist, bewältigen zu wollen. Die nach eigenem Anspruch einer linken Strömung Verpflichteten in der Berliner PDS boten als Richtschnur der Beurteilung und Vergangenheitsbewältigung in erster Linie ihre eigene Moral an. Wer seine MfS-Mitarbeit nicht offenbare, könne nicht Wahlfunktionen inner- und außerhalb der Partei wahrnehmen. Dies sei zwar nie beschlossen worden, aber doch immer so etwas wie eine Geschäftsgrundlage innerhalb der PDS gewesen. Das MfS habe als Gesamtinstitution die Sicherheitsdoktrin der SED vertreten und sich hierbei zu verurteilender Herrschaftsmechanismen bedient. Hierfür sei die SED, ihr Staats-und Politikverständnis, ursächlich gewesen und das Arrangieren mit den Unterdrückungsmethoden des MfS sei innerhalb der Partei, der gesellschaftlichen Organisationen, des eigenen Betriebes usw. alltäglich gewesen. MfSlerInnen verdienten kritische Solidarität, soweit ihnen nicht Menschenrechtsverletzungen oder Schlimmeres vorzuwerfen seien. Es sei eine Frage der Glaubwürdigkeit der Partei nach innen und außen, diese Vergangenheit der SED und der DDR anzunehmen. Ohne diese Annahme und kritische Bewältigung könne die Partei nicht ernsthaft erwarten, außerhalb der Partei ernstgenommen oder als Bündnispartner akzeptiert zu werden. Ohne diese Annahme der Geschichte könne auch nicht glaubwürdig von immerhin auch vorhandenen Errungenschaften und Fortschritten der 40 Jahre alt gewordenen DDR-Gesellschaft gesprochen werden. Es müsse insgesamt an diesem Komplex noch weiter und intensiver diskutiert werden.

Demgegenüber stand die Argumentation derjenigen, für die die jetzigen öffentlichen Diskussionen zum Thema MfS untrennbar mit Verfolgung, Ausgrenzung, Berufsverboten und Arbeitslosigkeit verbunden sind und denen mensch sich, gerade in Verantwortung und Solidarität mit Ex-MfSlerInnen, entgegenzustellen habe. Die Zeit der ausufernden Diskussion in der Partei sei jetzt vorbei, es müsse ein kompetentes Politikangebot an sozial benachteiligte BürgerInnen im Osten gemacht werden und diese erwarteten keine Debatten und Streitereien, sondern Ergebnisse praktischer und parlamentarischer Oppositionspolitik. Das Thema MfS sei demgegenüber nicht bedeutsam. Im übrigen könne heute nicht zwischen den Taten und Arbeitsweisen des MfS getrennt werden. Es seien in der übergroßen Mehrzahl gerade die engagierten und überzeugten GenossInnen gewesen, denen der Dienst im MfS Stolz und zum Teil, wie eingeräumt wurde, Abenteuertum bedeutet habe. Ohne deren Engagement wäre die DDR nie geworden, was sie gewesen sei, eben eine, wenn auch beschwerliche, Alternative zum Kapitalismus. Es sei zudem widersinnig, jetzt Offenbarung zu verlangen, wo jedeR wisse, daß dies sofort zum Arbeitsplatzverlust und zur sozialen und persönlichen Ausgrenzung führe. Welche praktische Solidarität und Hilfe könne denn einE Ex-MfSlerIn von politisch und praktisch auch nicht gerade erfolgreichen Linken und ReformerInnen in der Partei erwarten, wenn sein/ihr Bekenntnis zum MfS mit der Vernichtung seiner/ihrer materiellen Lebensgrundlage verbunden sei und er/sie erwarten müsse, daß seine/ihre Familie bedroht und die Kinder geschnitten würden. Außerdem habe nicht nur jedes Parteimitglied mitgemacht, sondern die übergroße Mehrzahl der DDR-BürgerInnen, die jetzt ihre Hände in Unschuld wüschen. Adolphi sei nur ein Beispiel, für seine Lüge sei er zusammenzustauchen und anschließend gehöre ihm Solidarität und Hilfe. Vorbei sein sollten die Zeiten der alten SED, wo GenossInnen, die sich nicht gänzlich korrekt verhielten, einfach in die Wüste geschickt wurden. Außerdem sei es häufig eine Art Zufall gewesen, daß mensch mit dem MfS verbunden gewesen sei und von diesem zur Mitarbeit aufgefordert worden sei. Und letztlich habe sich bei den Hauptamtlichen im MfS niemand seinen Arbeitsplatz und die Abteilung aussuchen können, insofern könne keine Trennung in mehr oder weniger Verantwortliche, mehr oder weniger Belastete gemacht werden. Annähernd zehn Delegierte erklärten im Verlauf der Diskussion ihre Verbindung mit dem MfS, wobei einige mit keinem Wort mitteilten, was jeweils ihr Aufgabenfeld war. Ein Hauch von SED wehte durch den Saal und rief auf Seiten der Strömungen Schaudern hervor, als Mitglieder der alten SED-Bezirksleitung das Wort ergriffen. In Sinn und Inhalt wurden Erklärungen abgegeben, die für überwunden gehalten wurden. Die DDR sei doch die beste aller Welten gewesen und die sei nun geraubt worden. Einzig Geschlossenheit und mutiges Voranschreiten helfe unter heutigen Verhältnissen. Wie nahe neben dem

beschriebenen Schaudern die Gefühle der Mehrheit der Delegierten angesiedelt waren, wurde immer daran deutlich, wenn gegenüber den heutigen Problemen das Bild der kleinen, von Schwierigkeiten aber umso größerer Liebe des Einzelnen zu Partei, Heimat und Staat bestimmten Existenz beschrieben und verklärt wurde. Mit dem Appell des Erinnerns an das kleine graue Land, das inklusive der Linken alle noch in ihrem Herzen tragen, ließ sich leicht eine Mehrheit für Wolfram Adolphi gewinnen, schließlich sei er einer von uns, von uns echten DDR'lern. Sobald, nebenbei bemerkt, jemand in der PDS in Zukunft diesen Teil des vorhandenen Vergangenheitsbewußtseins und -zustands der Parteimitglieder wachruft und mit einem beliebigen Thema verknüpft, bestehen gute Chancen, für dieses Thema eine Mehrheit zu organisieren. Ungeklärt blieben in der Diskussion die Aspekte zu den Auswirkungen der Arbeit und Methoden des MfS und der beauftragenden SED. Über Opfer und Betroffene der alltäglichen Repression und Überwachung in der DDR war wenig zu hören. Unangepaßte, Linksradikale, Kleingewerbetreibende, unzuverlässige Elemente, ehedem dort so bezeichnete Asoziale, Republikflüchtlinge und dergleichen kamen als Objekte des umfassenden Sicherheitsapparates nicht vor. Die Institution MfS hatte, so die damals verwendete, interne und alltägliche Formulierung, "Menschen in Bearbeitung".

Ebensowenig war davon die Rede, auch nicht von Seiten der Linken, welche verherenden Auswirkungen im Bewußtsein der Massen ein vom MfS repräsentiertes und durchgesetztes Staats- und Gesellschaftsverständnis in den letzten Jahrzehnten hatte, daß auf (fast) bedingungsloser Anpassung, organisierten Bedürfnissen, vorgegebenen Lebensäußerungen und Tugenden wie Fleiß, Sauberkeit, Anstand und elender Gesittetheit aufbaute, von Prüderie und Haß auf rebellische Persönlichkeiten gar nicht zu reden. Einen Staat des reglementierten Kleinbürgertums, das nach behüteter Existenz sowie Recht und Ordnung strebte, gab es (doch) schon auf deutschem Boden. Die alten Männer im Politbüro und ihre zahlreiche Gefolgschaft in Partei und Gesellschaft hatten, bei allen individuellen und in der Regel seinerzeit heimlich vorgebrachten Entschuldigungen, nichts anderes zu tun, als ausgerechnet jenem Bild von Wohlstand, Behaglichkeit und Restauration für ihr Land nachzujagen, das die BRD Tag für Tag in ihren Augen darstellte. Es fiel ihnen nichts anderes ein, als das MfS dafür in Gang zu setzen. Diesem Teil der Verantwortung aus und vor der Geschichte wird sich die PDS zu stellen haben, wenn sie über gesellschaftliche Alternativen nachdenkt. Es war doch kein Zufall, daß - beispielsweise - nach verläßlichen Umfragen noch 1975 mehr als 2/3 der Jugendlichen in der DDR, geprägt von Eindrücken wie Chile und Vietnam und weniger von der Partei im eigenen Land, erklärten, sie wollten für sich und gemeinsam nach sozialistischen Perspektiven suchen und sähen im Kapitalismus keine persönliche Lebensalternative. Was für ein Potential. Auch jene Jugendlichen von 1975 verließen 14 Jahre später über Ungarn als gut ausgebildete FacharbeiterInnen mit ihren Familien ihr Land, die DDR. Diese Leute sind im Laufe der Jahre nie vom MfS verfolgt oder bedroht worden. Aber mit der Aussicht auf lediglich bescheidenen Luxus oder überwachter und bedrohter Existenz am Rande der Gesellschaft entschieden sie sich (wohl) lieber für die ganze Torte und suchten ihr Glück in der BRD. Welche Bankrotterklärung für die vom MfS abgestützte Gesellschaftspolitik der SED. Das Mittelmaß hatte, aus linker Sicht zumindest, einen Namen und der lautete MfS, da beißt die Maus keinen Faden ab. Dieses Kapitel zu erfassen und zu begreifen steht der PDS noch bevor, will sie eine "sozialistische und emanzipatorische Partei" werden.

mar., Hamburg

38. Wie weiter mit der feministischen Antifa?

Rubrik: Antifaschistischer Kampf; Frauen · CD-Datei: daten/aksuche/ak332/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:332:09

Als am 26.11.1983 in München die "Republikaner" gegründet wurden, konnten sie sich, weder öffentlich noch geheimdienstlich in ihren Aktivitäten beobachtet oder gestört, rasch als neofaschistische Sammlungsbewegung organisieren.

Schon 1984/85 publizierte Informationen von Antifa-Gruppen über diese Partei kreisten mangels weiteren Interesses lediglich in kleinen Zirkeln. Außerhalb der Antifa-Bewegung schaute man später erschrocken bis peinlich berührt auf die steigenden Wahlerfolge der Rep wie auf einen braunen Haufen in der Gartenzwerg-Idylle. Und bevor die vor Staunen offenen Münder gar einen antifaschistischen Protest artikulieren konnten, wurden sie gestopft - mit flott zusammengestoppelten Veröffentlichungen von Leggewie u.a., die die Rep gerade neu zur Vermarktung entdeckt hatten. Statt Analysen über die Ursachen eines wieder einmal neu formierten Neofaschismus zu erstellen, bot man gegen Antifaschisten gerichtete Phrasen an: "Der versteinerte ‚Antifaschismus` hat ein neues, adäquates Feindbild, der autonome Wanderzirkus ein neues Objekt des Lustschmerzes". Heute beschwört Leggewie die Politiker, angesichts rassistischer Überfälle und Totschläge doch nicht "mit Kanonen auf Spatzen" zu schießen - mit den kleinen "Spatzen" meint er die Fascho-Banden.

Das Frauenbild der Rep schien besonders geeignet für den schnellen Verbal-Antifaschismus, konnte man doch angewidert auf die üblen Passagen im Rep-Programm zeigen, wo vom Dienstjahr für Mädchen die Rede war und von einer den Frauen "naturgegebenen Fähigkeit als Mutter und Mittelpunkt der Familie" und dabei so tun, als wäre die "Familie" nicht ebenso das Hätschelkind in den eigenen Parteiprogrammen.

Alles in allem nahmen die Peinlichkeiten zu: So vertrieb die SPD/NRW ein Flugblatt, in dem den Rep "Eiskaltes Spiel mit heißen Problemen" vorgeworfen wird, denn: "Sie nehmen in Kauf, daß Aussiedler, Asylanten und Ausländer in einen Topf geworfen werden." - Will die SPD, daß in je verschiedene "Töpfen" ausgegrenzt wird, oder soll "nur" diese oder jene der drei Gruppen nationalistischen Aggressionen ausgesetzt sein? - Im gleichen Flugblatt behauptete die SPD, ganz so als hätte es keine Frauenstimmen für die Rep gegeben: "Frauen haben erkannt, daß die Rep sie wieder an den Herd fesseln wollen. (...) Es wundert also niemand, daß die Rep auf Frauen abstoßend wirken". Das Flugblatt endete mit dem Slogan: "Wir haben ein gutes Ansehen in der Welt. Das macht unser Land und unsere Wirtschaft stark. (...) Wer seine Heimat liebt, braucht zukunftsorientierte Politik. (...) Kämpfen sie mit der SPD für klare Verhältnisse in unserem Land." (Flugblatt "Am Anfang bedenke das Ende" (sic!), NRW-SPD, 1990). Mit wirtschaftlichen Weltmacht- und deutschen Heimatgefühlen der "Volks"partei war der Abgang von Jusos und SPD aus dem aktiven Antifaschismus programmiert. Eine "Volks"bewegung der großen SPD gegen Rassismus und Linkenhatz, die heute nötig ist, bleibt aus. Rassismus in der BRD war kein Thema auf dem letzten SPD-Parteitag.

Im überarbeiteten Programm der Rep liest sich übrigens das, was zu "Frau und Familie" gesagt wird, so normal wie sonstwas. Normal ist, daß das Thema "Frauen" zunächst vergessen und nachträglich ins Programm eingeschoben wurde. Ein Großteil der Rep-Forderungen unter dem Stichwort "Familie, Jugend, Gesundheit und Sport", wie "Die Förderung der Familie, einschließlich der alleinerziehenden Mütter und Väter. Schutz des ungeborenen Lebens ... Zinsgünstige Familiengründungsdarlehen und finanzielle Geburtshilfen (="Gebärprämien", d. V.). Steuerliche Entlastung für ... kinderreiche Familien. Stärkere Berücksichtigung der Bedürfnisse der Familien in Städtebau und Wohnungswesen" (Rep-Programm), wird auch ohne diese Partei aktuell im Bundestag und seinen Ausschüssen behandelt, um die deutsche Familie und den deutschen Nachwuchs zu sichern.

Kennzeichnende Unterschiede gibt es allerdings auf der ideologischen Ebene. Während den Rep "Familie" immer noch Grundlage einer biologistischen Bestimmung von Volk und Nation ist, tritt diese Sicht auf die Familie bei den Konservativen zugunsten einer eher sozialdienstlichen zurück. Es wird für die Familie als eine passende Lebensform, um Kinder in die Welt zu setzen und aufzuziehen, um Kranke und Alte zu pflegen, geworben. Sie tritt zurück, wie gesagt, aber sie ist präsent. Nachweisbar z.B. an der Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung "Sterben wir aus?" (Hg. Bruno Heck, Vorwort: Theodor Schmidt-Kahler, AutorInnen: Pierre Chanu, Charlotte Höhn, Gertrud Höhler usw.; Herder Verlag 1988).

Warum aber ist es erschreckend, wenn sich, abgesehen von der ideologischen Ebene, die konkreten familienpolitischen Forderungen von Rep und Konservativen (in allemöglichen Parteien) so gleichen?

Den auf dem Rep-Parteitag 1990 in Rosenheim ausgelegten Vorschlägen von verschiedenen Kreis- und Landesvereinigungen zum Thema "Frau und Familie" läßt sich ablesen, wohin der Weg führt: Der Landesverband Hessen fordert: "Mütter mit deutscher Staatsangehörigkeit, die auf eine Berufstätigkeit verzichten, erhalten ein monatliches Erziehungsgeld" - In einem anderen Antrag wird gefordert: "Arbeitsvermittlung zuerst an Familienväter" - "Für die Eltern bei Wahlen Zusatzstimmen, je eine halbe für jedes Kind" - "Während einer Schwangerschaft wird von der ärztlichen Feststellung und Meldung an ein monatliches Schwangerschaftsgeld von 1000 DM an die Mutter gezahlt. Das Ungeborene hat von da an staatlichen Schutz." - "Dem sog. Selbstbestimmungsrecht der Frau soll dadurch Rechnung getragen werden, daß sie nach der Geburt des Kindes bestimmen kann, ob sie das Kind behalten oder zur Adoption freigeben will. Der Staat übernimmt eine Adoptionsgarantie" (Gertrud Börger).

Es ist auffallend still geworden um das "Frauenthema" als Angriffspunkt gegen die Rep. Das großartige Prominentinnenbündnis "Frauen überschreiten Grenzen - Frauen gegen Rechtsradikalismus und Fremdenfeindlichkeit", u.a. von Rita Süssmuth, Lieselotte Funcke, Hildegard Hamm-Brücher, Eva Rühmkorf, Waltraud Schoppe, Carola Stern am 1.3.90 aus der Taufe gehoben, verliert kein Wort zu diesem Thema. Stattdessen ist hier die Rede von der "Freiheit, die wir ("wir Frauen"!) hier im Westen haben und die die Menschen im Osten mit großem Einsatz erkämpften". Es ist die Rede von einer "Gesellschaft mit kultureller Vielfalt" und immerhin von einem Willen zur "Bereitschaft zur sozialen Gerechtigkeit". Die Palette der Forderungen schließt mit dem unsäglichen Satz: "Wir wollen Kindern, älteren Menschen, Behinderten, sozial Schwachen und unterdrückten Völkern nicht erst dann helfen, wenn wir ihnen unsere Vorstellungen aufgenötigt haben." - Vage Gefühlsangebote zersetzten hier linke Positionen. Das Ergebnis: "Multikulti": man/frau grenzt bei der Rassismusdebatte den Antifaschismus aus, begibt sich "grenzüberschreitend" in den Diskurs um kulturelle und ethnische Identitäten und findet sich schließlich im Projekt "Multikultopia" wieder. Das hat der ehemalige Funktionär der "Wiking-Jugend" und Organisator des "Thule-Seminars" Stefan Ulbrich mit so berühmt-berüchtigten Köpfen des Neofaschismus wie Alain de Benoist, Marcus Bauer, Rolf Kosiek und Robert Steuckers sowie Jürgen Rieger, der als Vertreter der "Nationalistischen Front" vorgestellt wird, angekurbelt. Beate Winkler vom Prominentinnenbündnis "Frauen überschreiten Grenzen" und Mitarbeiterin der resigniert zurückgetretenen Ausländerbeauftragten Lieselotte Funcke ist hier als Autorin zu finden. Für das Buch werben sowohl die "Junge Freiheit", mit der es gelungen zu sein scheint, Neofaschismus massenwirksam und politikfähig darzubieten, als auch die aus Bundesmitteln finanzierte Wochenschrift "Das Parlament" - grenzüberschreitend. Die vom Antifaschismus "bereinigte" Programmatik "multikulturelle Gesellschaft" macht den "neurechten" Ethnopluralismus diskutabel. Der Arun-Verlag wirbt für sein Buch "Multikultopia" sowohl mit Geißlers "multikultureller Gesellschaft" als auch mit Riegers offenem Rassismus: "Wir werden hier Rassenkriege bekommen, die ungeahnt sind. Da täusche man sich nicht. Noch lecken die Deutschen den Ausländern die Füße ab, irgendwann aber sitzen sie ihnen an der Kehle. Ich möchte das nicht, aber es wird kommen, weil die Ausländerzahl hier laufend zunimmt. Dann passiert mit den Ausländern, was mit Juden und Zigeunern passiert ist."

Die Frauenpolitik hat sich insgesamt nach rechts verschoben. Damit korrespondierend hat der Antifaschismus inzwischen mehr Gegner, als er selber Aktive zählt. Was früher hauptsächlich veröffentlichte "Welt"anschauung war, nämlich die eigentlichen Ursachen für Rassismus und Neofaschismus bei den "gewalttätigen Antifaschisten" oder den (ehem.) sozialistischen Staaten zu suchen, das scheint sich zum "linken" Konsens auszuweiten.

Die feministische antifa Bonn, die sich im Oktober 1988 aus antifaschistischen Kreisen und aus Frauenprojekten heraus gebildet hatte, ist bisher noch relativ unbeschadet von diesem Politpoker geblieben. Das liegt besonders daran, daß es eben "nur" Frauen, auch noch parteipolitisch unabhängige, sind, und die werden für so unbedeutend gehalten, daß mann sie zwar hie und da als Referentinnen für eine Arbeitsgruppe einplant, aber ansonsten links liegen läßt. Ohne eine breitere antifaschistische Bewegung aber, mit der sie gemeinsam Politik machen könnte, wird sie nur punktuell wirksam werden.

Inez Karem, fantifa Bonn

39. ÖKOLI/AL: Organisation als Mittel

Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak332/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:332:38

Es gibt eine neue bundesweite Organisation: die Ökologische Linke/Alternative Liste (ÖKOLI/AL). Mehrere hundert Mitglieder hat sie, mehrere tausend erhofft sich eine ihrer Initiatorinnen, Jutta Ditfurth. Der Hergang, Austritt aus den Grünen nach deren Neumünsteraner Parteitag Ende April, ist bekannt. Der Gründungskader der ÖKOLI basiert auf dem Zusammenhang der Frankfurter RadikalökologInnen.

ÖKOLI - der Name ist Programm: Schwerpunkt Ökologiepolitik, aber mit deutlichem Bezug auf die Linke hierzulande. Die neue Organisation will in erster Linie die von den Grünen verratenen Zielsetzungen fortsetzen: radikalökologische Politik und basisdemokratische Organisierung. Letzteres mag, wer die Frankfurter GründerInnen kennt, getrost bezweifeln. Interessant ist der Ansatz, den ÖKOLI versucht. Anders als alle linken Grünen vor ihnen haben sie ihren Schritt aus den Grünen inhaltlich (eine Grundsatzerklärung, die vor Neumünster in den Grünen zirkulierte) und organisatorisch vorbereitet. So war das Frankfurter Gründungstreffen im Mai längerfristig als Grünen-Nachbereitungstreffen angesetzt worden. ÖKOLI verfolgt das Ziel, möglichst viele grüne Mitglieder aus der Partei mitzunehmen. Gleichzeitig hofft die Gruppierung auf die zahlreichen versprengten linken und grünen Grüppchen sowie Individuen, die heute ihr isoliertes Schattendasein fristen. "Organisation als Mittel" ist ein Interview in der SOZ mit den InitiatorInnen sehr treffend überschrieben. Jan Kunert zur ÖKOLI-Konzeption: "Wir verstehen uns als ein bestimmtes Organisationsangebot an ein Potential, das an unseren Themen interessiert ist und ein gemeinsames Organisationsbedürfnis aufgrund einer langen Zusammenarbeit kennt." (SOZ, 23.5.91). Entsprechend bietet sie sich laut Grundsatzerklärung als Organisation für "die Vernetzung von Widerstandsinseln" an und verspricht mehr Schlagkraft und größere gesellschaftliche Wirkung als andere linke Zusammenhänge.

ÖKOLI will "radikale Politik popularisieren und bündnisfähig" (Jutta Ditfurth) machen. Dagegen ist nichts einzuwenden. Man kann sich die Gründungserklärung der ÖkologInnen vorknöpfen und wird als marxistischer Linker auf zahlreiche Defizite bei der Gesellschafts- und Politikbeschreibung stoßen. Ich halte das für den uninteressanteren Aspekt, da ÖKOLI so mit einer Elle gemessen wird, die ihr gar nicht paßt. Das programmatische und organisatorische Sammelsurium diversester Öko-Ismen und Öko-Innen steht durchaus im Kontext zum formulierten Anspruch, die wirkliche grüne Tradition zu repräsentieren und einsammeln zu wollen. Und auch der Satz, man wolle "ganz im Sinne Ernst Blochs aus der Vermittlung der kleinen (Reform) Schritte mit unserer konkreten Utopie einer herrschaftsfreien, solidarischen, ökologischen Gesellschaft, in der die Natur so befreit ist wie der Mensch", agieren, geht mir runter wie Benzin zum Frühstück. Ansonsten ist die programmatische Ausrichtung öko-antikapitalistisch und öko-antistaatlich. Man darf also mit einiger Gespanntheit verfolgen, wieweit den RadikalökologInnen als ersten einerseits ein organisiertes Raus aus den Grünen gelingt, und andererseits - gegen den linken Trend - der Neuaufbau einer Organisation mit Masseneinfluß, so ihr Anspruch.

Der ÖKOLI-Gründungskader mischte auch in der "Radikalen Linken" mit. Das allerdings mehr in "Warteschleife", wie kürzlich spöttisch angemerkt wurde. Mit dem eigenen Projekt ÖKOLI ist allerdings auch das Interesse an der RL rapide gesunken, nachdem noch vor wenigen Monaten mit der Unterstellung, andere (speziell die KB-"Minderheit", wie sollte es angesichts mehr als ein Jahrzehnt alter KB-Paranoia auch anders sein) wollten sich die RL unter den Nagel reißen, ein heftiger interner Clinch veranstaltet wurde. Aus kritischer Perspektive der RL-Entwicklung daher noch einige "linke" Anmerkungen zu ihrem politischen Ansatz:

ÖKOLI geht von einer Sichtweise der grünen Entwicklung aus, die den Verrat politischer Grundlagen als Ursache des grünen Anpassungskurses bewertet. Zweifelsohne hat es diesen "Verrat" zahlreich gegeben. Aber: im innerparteilichen Kräfteverhältnis und programmatisch war die Partei immer von der Ambivalenz zwischen linker Opposition und kapitalistischer Mitgestaltung geprägt. Der politische Anpassungsprozeß der Grünen hat bereits seit einigen Jahren die Gewichte deutlich nach rechts verschoben, und es gab allemal vor der Bundestagswahl 1990, zu der Jutta Ditfurth noch kandidiert hat, viele Gründe und ähnliche Beschlüsse, um diese Partei zu verlassen. Insofern ist die Feststellung in ihrer Abschiedsrede, daß mit einigen Strukturbeschlüssen in Neumünster "eine äußerst dramatische Rechtsverschiebung der Grünen Partei" stattgefunden habe, ebenso subjektiv und willkürlich, wie die Aussage, daß die Partei "seit diesem Wochenende (in Neumünster, Anm.) für wirkliche gesellschaftliche Veränderungen verloren" sei. Neben einer

gehörigen Portion Taktik, die Deadline wegen der organisatorischen Neugründung zu ziehen, darf vermutet werden, daß dies auch geglaubt wird. Denn die Umkehrung heißt ja, daß noch bis Neumünster die Grünen eine solche Kraft hätten werden können, was als Rechtfertigung für den Verbleib dienen kann.

Nur in einem Nebensatz erwähnt die Gründungserklärung gesellschaftliche Prozesse als Grund für die geschwächte Position sozialistischer und ökologischer Linker. Es gehört zu einem Höchstmaß an politischer Verdrängung vieler Linker, die Veränderungen im gesellschaftlichen Bewußtsein nicht anzuerkennen. Wären die die grüne Basis tragenden Kräfte in der Gesellschaft so stark wie immer behauptet, könnte auch der Verrat einiger nur sehr begrenzt den Kurs dieser Partei bestimmen. Ob Henne oder Ei zuerst da war, soll nicht ausgestritten werden (da wissen die Ökos sowieso besser Bescheid). Ob also die Partei ihre WählerInnen deformiert oder - wahrscheinlicher - die Klientel ihre Partei formiert hat, unbestritten scheint mir zu sein, daß die Leute vom Aufbruch und den Realos dichter am Wollen grüner WählerInnen dran sind. Das haben nicht zuletzt die grünen Wahlerfolge ohne Linke gezeigt. Es war ein solcher Selbstbetrug, der die linken Hamburger GalierInnen zum einen so lange in dieser Partei gehalten hat, zum anderen den Weg heraus gleich wieder in die nächste Wahlbeteiligung als AL wählen ließ. Sie wähnten sich erklärtermaßen als die in der eigentlichen GAL-Tradition Stehenden, wohingegen die Realos die Verräter und Mandatsklauer seien. Zu mehr als 0,5% hat's nicht gereicht, während die "Verräter" gewählt wurden.

Da ist einfach nicht registriert worden, daß die Grünen als gesellschaftlich getragenes Projekt für Veränderungen schon seit Mitte der achtziger Jahre auf dem absteigenden Ast sind. Auch die ÖKOLIS können so wenig wie die AL-Leute aus Hamburg die soziale Basis jenseits ihrer Sammel-Summe so definieren, daß der Anspruch Jutta Ditfurths, nicht im linken Trend "des aktuellen Zeitgeists herumzuweinen wie alle anderen", zu mehr als einer auf Optimismus getrimmten Organisationspsychologie werden könnte. Daran haben sich im letzten Jahre zahlreiche Linke, nicht zuletzt linke Grüne, verschluckt, als sie mit viel Hoffnung und nichts unter den Füßen in die PDS hineingerutscht sind. Bei nicht wenigen von ihnen ist die unrealistische Erwartung in krasse PDS-Ablehnung umgeschlagen. Vermutlich speist sich aus solcher Enttäuschung, verbunden mit neuer Organisationshoffnung, auch die verdächtig nach Leichenfledderei aussehende Aufforderung der ÖKOLI-Ost an den PDS-Parteitag, den Laden aufzulösen. Der Vorwurf, die PDS-Ost schade der Glaubwürdigkeit der "deutschen Linken", ist absurd. Die Weigerung der Linken, politische Ratlosigkeit und fehlende soziale Basis anzuerkennen, ist derzeit das größerer Hemmnis für die Entwicklung gemeinsamer Positionen. U.a. an dieser Differenz ist die "Radikale Linke" in die Paralyse geraten. Allzuviele hatten ihr einen PDS- oder ÖKOLI-Effekt anhängen wollen.

Daher eine abschließende Prognose: so wie die PDS politisches Auslaufmodell einer gesellschaftlich unwiderbringlichen DDR-Entwicklung ist, prognostiziere ich der ÖKOLI Auslaufmodell eines grünen Parteijahrzehnts zu sein, dessen Zeit schon vor einigen Jahren abgelaufen ist. Schade daran wäre nur, daß weitere zwei Jahre aneinander vorbeigeredet werden würde, weil die gesellschaftliche Wahrnehmung so unterschiedlich ist. Nützlich dabei könnte allerdings sein, gelänge es der ÖKOLI, ihre projizierten außerparlamentarischen Vorhaben - Weltwirtschaftsgipfel, BuKo-Kampagnen-Un- terstützung - relevant organisatorisch zu unterstützen. Oder bin ich der einzige, der den Verdacht hat, ÖKOLI könnte doch in erster Linie Wahlverein sein?

hr.

Kontakt und Information: Ökologische Linke/Alternative Liste, c/o Manfred Zieran, Neuhofstr. 42, 6000 Frankfurt am Main 1, Tel. 069/599270

40. Bericht vom Treffen der "Radikalen Linken" am 22./23.6.91

Rubrik: Radikale Linke · CD-Datei: daten/aksuche/ak332/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:332:40

Am 22.6. fand in Frankfurt ein Beratungstreffen der "Radikalen Linken" (RL) statt. 80 Leute aus dem RL-Spektrum hatten sich eingefunden, um über die Zukunft des Projektes zu diskutieren.

Am Anfang wurde ein kurzer Überblick gegeben, woraus die RL noch besteht. Demnach gibt es in ca. 15 Städten und Orten RL-Gruppen oder Zusammenhänge, die sich im Kontext von der RL begreifen, sowie den Rundbrief, der ca. 400 Adressen erreicht. Finanziell sieht es mager aus, das Projekt muß sich seit einiger Zeit aus Beiträgen und Spenden selber finanzieren, eine Reihe von Projekten der Vergangenheit haben erhebliche Verluste eingebracht.

Danach begann eine politische Bestandsaufnahme. Diese anfangs zähflüssige Debatte will ich hier nicht im einzelnen wiedergeben, da sie sehr verästelt verlief, sondern einige Aspekte herausgreifen, die mir wichtig erscheinen. Die meisten Anwesenden waren der Meinung, daß die RL sich in der Vergangenheit zu wenig inhaltlich mit den verschiedenen anstehenden Problemen (wie die Wiedervereinigung, die Reichstagswahlen, der Golfkrieg) auseinandergesetzt hat, daß aber gerade in der Erarbeitung und Auseinandersetzung von inhaltlichen Positionen die Stärke eines solchen Projektes liegen könnte. Das es erheblichen Diskussionsbedarf unter den Beteiligten gibt, wurde bei einer Reihe von Beiträgen zu inhaltlichen Fragen auf dem Treffen deutlich.

Desweiteren fand ich erfreulich, daß es endlich gelungen ist, öffentlich das Scheitern des Koordinierungsrates zu erklären. Dies war von einigen eingeklagt worden. Der tiefgehende Streit um das Verhalten der RL bezüglich der Reichstagswahlen, die nicht geführte Diskussion um die dahinter stehenden strategischen Widersprüche hat die "menschlichen Unzulänglichkeiten" (O-Ton T. Ebermann) zum Tragen kommen lassen. Unterstellungen und Verdächtigungen im persönlichen Bereich statt inhaltlicher Auseinandersetzung führten zum Scheitern des Koordinierungsrates. Diese Erklärung fanden die meisten Anwesenden plausibel.

Angesichts der eher bescheidenen Lage gab es gegen Ende dieser Debatte bei einigen wenigen die Stimmung, die RL ganz aufzulösen. Begründet wurde dies damit, daß sich die RL doch nur weiter zerstreite, und daß es nur immer weniger würden. Die RL habe zudem einen schlechten Ruf, sie sollte neuen Initiativen von "vor Ort" nicht weiter im Wege stehen. Dem wurde entgegengehalten, daß inhaltliche Auseinandersetzung nicht automatisch immer zur Trennung führen muß, sondern erstmal die gemeinsame Erarbeitung von Positionen bedeutet. Und wenn dann das Trennende im Vordergrund stehen sollte, weiß mensch wenigstens, warum die Leute nicht mehr mitmachen. Die Alternative zur inhaltlichen Auseinandersetzung ist das langsame Entschlafen dieses Projektes, wie seit längerem zu beobachten. Und das es sinnvoll ist, einen bundesweiten Zusammenhang zu haben, der versucht, die Diskussionen, die regional stattfinden, zusammenzuführen, steht außer Frage. Dies war die Meinung der meisten Anwesenden.

Das Treffen beschloß, daß der Rundbrief als Bindeglied zwischen den diversen Gruppen, Menschen und Arbeitszusammenhängen und zur Entwicklung der Diskussion untereinander weitererscheinen soll. Die bestehenden Redaktionsgruppen in Hamburg und Köln wurden bestätigt, sind für weitere Mitarbeit aber offen. Weitere Strukturen gibt es vorläufig nicht. Die Berliner Gruppe schlug als nächstes Projekt eine Konferenz der RL Ende Oktober/Anfang November vor, die eine Bilanz von "1 Jahr Großdeutschland" ziehen soll. Nach einigem Hin und Her wurde dies von der Versammlung so beschlossen. Die Berliner Gruppe, die sich mit diesem Thema schon beschäftigt, übernimmt die Vorbereitung, wobei selbstverständlich auch andere sich (vor allem inhaltlich) beteiligen können. Eine HHer Arbeitsgruppe sitzt an einem Projekt zu dem Bereich Imperialismus/Neue Weltordnung. Dies wird aber erst gegen Jahresende realisiert werden können. Es wird eine Flugschrift und eine Konferenz anvisiert. Zunächst soll von der "HHer Connection" (Selbstbezeichnung) ein Vorschlag vorgelegt werden.

Die RL gibts also noch. Wenn auch formulierte Ansprüche und die Wirklichkeit oft zwei Paar Schuhe sind, habe ich durch den Verlauf des Treffens und die anvisierten Projekte den Eindruck, daß sich dieses RL-Projekt jetzt doch (wieder?) zu einem Zusammenhang entwickeln kann, der einen Beitrag zur Zusammenführung und Weiterentwicklung der allerorten aufgebrochenen Debatte um linke Perspektiven leistet.

Bernd Schulz

41. Kronzeugen. - Betr.: Was haben Kronzeugen von uns zu erwarten? (AK 331)

Rubrik: Leserbriefe · CD-Datei: daten/aksuche/ak332/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:332:19

Betr.: "Was haben Kronzeugen ...", ak 331

Die Art und Weise, wie ga. unseren "Debattenbeitrag" im ak 331 einleitet, disqualifiziert den ak in unnötiger Weise.

Da wird uns vorgeworfen, uns in unseren Handlungen von "politischen Moralvorstellungen" leiten zu lassen. Zudem behauptet ga., SchreiberIn des Artikelvorspanns, daß wir uns um eine Auseinandersetzung über die "Entlastungszeugen" im Startbahnprozeß drücken würden. Das bietet Gelegenheit, Werbung in eigener Sache zu machen. JedeR kann sich davon überzeugen, daß dieser Vorspann dem Inhalt unserer Auseinandersetzung in keiner Weise gerecht wird, Heft 4 des "Rote Hilfe Infos" ist noch erhältlich und unter der Berliner Kontaktadresse beziehbar.

Im folgenden wollen wir zu den Vorwürfen ga.'s Stellung beziehen.

1. "Der Versuch, (...) ein allgemeingültiges Raster herauszudiskutieren, wann fällt welcher Gefangene in welche Kategorie (...) und was bekommt er dann noch von uns, erscheint mir doch sehr stark durch eigene politische Moralvorstellungen belastet. Das führt dazu, daß die Bandbreite des Verräters eben vom Kronzeugen, (...) bis zum ideologischen Verräter, der seine eigene politische Geschichte (...) kritisiert oder auch nur kritisch betrachtet (reicht)." (Hervorhebungen im Original)

Das ist billig. Da wird unterstellt, wir diskutierten moralisch und unterließen es, eine Analyse anzufertigen. Moralisiererei zu unterstellen, ohne diese näher zu charakterisieren, ist eine gängige Diffamierungsmethode in der Linken. Es wäre immerhin möglich, zu unterscheiden zwischen einer bürgerlichen und einer sozialistischen Moral. Und wir bemühen uns sehr letzterer zu folgen. Solidarität ist eine moralische Kategorie und soll Kraft und Überleben linker Organisationen sichern. Die Rote Hilfe ist eine Solidaritätsorganisation und als solche in diesem Sinne selbstverständlich moralisch. Wir verstehen unsere Arbeit als Beitrag zur Sicherung linker Infrastrukturen. Dies tun wir, indem wir versuchen, durch finanzielle Unterstützung und Öffentlichkeitsarbeit Repression zu mildern oder unwirksam zu machen.

Das erspart uns die analytische Arbeit nicht. Im Gegenteil, wir sind eine Solidaritäts- und keine Wohltätigkeitsorganisation (das wäre eine andere Moral), und aus diesem Grunde üben wir selbstverständlich keine Solidarität mit Leuten, die dieses Prinzip vorsätzlich verletzen. Um sich hierbei differenziert verhalten zu können, ist es notwendig, Kategorien zu bilden, die das Verhältnis von "Aussagenden" zu Staat/Gesellschaft und linken Organisationen wiedergeben. Das ist, wie wir zugeben, schwierig und bedarf ausgiebiger Diskussion. Wir behaupten nicht, daß das letzte Wort hierzu in unserem "Debattenbeitrag" gesprochen wurde. Es ist eher so, daß wir die Diskussion damit eröffnen.

Es wird ja wohl niemand verlangen, daß wir Leute unterstützen, die mit antikapitalistischer Politik nichts (mehr) am Hut haben. Der Begriff des Verräters ist hier unseres Erachtens trotzdem keineswegs allgemein anwendbar und wird von uns auch nicht, wie der Vorspann unterstellt, als Überbegriff benutzt, unter den eine wie immer geartete "Bandbreite" subsumierbar ist.

Eine weitergehende Differenzierung in Kronzeugen, Reuige und Aussteiger halten wir für nötig, um die Funktion der Aussagenden für den Staat untersuchen zu können. In keinem Fall wenden wir den Begriff Verräter auf Leute an, die nur ihre eigene politische Vergangenheit kritisieren (dazu hat wahrscheinlich jedeR von uns allen Grund), aber keine Aussagen tätigen.

2. ga. wirft uns vor, daß wir uns im konkreten Fall "Startbahnprozeß" um eine konsequente Anwendung unserer eigenen Richtlinien drücken. Wir bezeichneten die Tatsache, daß Entlastungsaussagen gemacht wurden, lediglich als "interessant", führten ansonsten jedoch keine Auseinandersetzung um dieses Problem.

Keiner dieser Vorwürfe trifft zu. Weil einem Großteil der ak-LeserInnen unser "Info" nicht zugänglich ist, hätten wir erwartet, daß die Vorhalte mit Zitaten belegt werden.

Zunächst zu dem Wörtchen "interessant". Das exakte Zitat aus unserem Info lautet: "Der zweite, aus Sicht der Aussageverweigerungskampagne interessante Fall, sind die Aussagen, die zur Entlastung und zu dem vergleichsweise "milden" Urteil Frank Hoffmanns führten." (S. 13)

Interessant meint in diesem Fall also keine abschließende Wertung, wie es ga.'s Vorspann nahelegt, sondern, daß wir den Fall als Sonderfall, eben als interessanten Fall, im Rahmen der (auch unserer eigenen) Diskussionen um die Aussageverweigerung ansehen.

Ansonsten werten wir diese Entlastungsaussagen in unserem "Info" ausdrücklich als problematisch. Zumindest insofern nämlich, als nicht gleichzeitig Bullenaussagen vorlagen, die diese Entlastung widerlegt hätten und weil es vermie- den werden konnte, die Aussagen der Zeugen auf Szenestrukturen und eigene Straftaten auszudehnen.

3. ga. spricht im Zusammenhang mit den Entlastungszeugen für Frank Hoffmann im Startbahnprozeß fälschlicherweise von "Kronzeugen". Kronzeugen sind Beschuldigte, die sich mit ihrer Aussagebereitschaft eine Strafminderung in ihren eigenen Verfahren erhoffen. In diesem Fall handelte es sich tatsächlich um Entlastungszeugen. Ein Hinweis darauf, wie wichtig es ist, für das Aussageverhalten vor Gericht differenzierte Kategorien zu entwickeln.

Rote Hilfe, Westberlin

Tatsachen

Betr.: Neues sozialistisches Vaterland, ak 331

Wenn es der Verfasser des Artikels schon für nötig hält, im Zusammenhang mit dem DKP-Parteitag die MLPD zu erwähnen, dann sollte er wenigstens bei den Tatsachen bleiben.

Über die Auffassung, daß die DKP heute eher als "Pendant der MLPD" wirkt, könnte man sich noch streiten - wenn nicht versucht würde, diese gewagte These mit unwahren Behauptungen zu untermauern.

Die Behauptung, daß die DKP "jetzt auch ihr sozialistisches Vaterland" mit der MLPD gemein habe, ist schlicht unwahr. Die MLPD hat die nach Maos Tod einsetzende Entwicklung in China von Anfang an aufmerksam verfolgt und in einer siebenteiligen Broschürenreihe "China aktuell" analysiert. Es wurde dort konkret nachgewiesen, daß unter Führung Deng Xiaopings der Kapitalismus in China restauriert wurde. Die MLPD protestierte in Wort und Tat gegen das Massaker der bürokratisch-kapitalistischen Machthaber in Peking. Die DKP-Führer konnten dagegen (ähnlich wie Honecker und Krenz) kaum ihre "klammheimliche Freude" über das Massaker verbergen. Wir können die DKP nur zu ihrer neuen "Bruderpartei" beglückwünschen, denn das klärt die Fronten. Das klärt aber noch nicht, wie es zu dieser offensichtlich unwahren Behauptung im Artikel kommt.

Sollte der penetrante Versuch des AK, die MLPD in die Ecke eines wirklichkeitsfernen, ewiggestrigen Sektierertums zu stellen, schon so sehr zur fixen Idee geworden sein, daß er die eigene Wahrnehmungsfähigkeit drastisch eingeschränkt hat?

Bodo, Essen

Ende gut - nix gut?

Betr.: Leserbrief zur KB-Auflösung

Der lapidare Satz: "Der KB ist aufgelöst"; ein AK, der nur noch ak heißt; Heini noch die PDS-Wählerstimme hinterher geschmissen - das soll nach 20 Jahren nun doch alles gewesen sein! Das "linke Trüffelschwein" hat sein schnödes Ende gefunden, sich selbst durchs Auge ins Herz geschossen!

Da bleiben gemischte Gefühle - auch wenn der KB winzig geworden ist, die Idee des Sozialismus z.Zt. nur als Ladenhüter herumliegt.

Und doch - 20 Jahre sind 20 Jahre. Da ist irre viel gelaufen, auf individueller und auf organisatorischer Ebene!

Wie war das damals in Brokdorf '77? Welchen Anteil hatte der KB an der Grohnde-Demo? Warum wurde das Russell-Tribunal letztlich ein Flop? Wie wurde im KB und dem geheimnisvollen "LG" diskutiert, entschieden? Das alles und noch viel mehr sollte nicht einfach auf dem Misthaufen der Geschichte landen!

Wer schreibt die Geschichte des KB, des "linken Trüffelschweins"? Sie muß geschrieben werden. Einige Genossen aus dem Inneren des Tieres haben jetzt evtl. sehr viel Zeit. Schreibt doch dieses Buch!

Der konkret-Verlag könnte es doch evtl. herausbringen.

Ein AK-Leser aus HH, 15.6.91

42. Aufgeblättert - Broschürenvorstellungen

Rubrik: Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak332/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:332:03

Die Geschichte eines Sammellagers

Das "Astoria" ist weg. Das ehemalige Stundenhotel im Göttinger Industriegebiet, in den letzten zehn Jahren zum "Zentralwohnheim" für AsylbewerberInnen umfunktioniert, ist der Abrißbirne zum Opfer gefallen. Weil immer wieder die unhaltbaren Zustände in dem mit 150 BewohnerInnen völlig überbelegten Sammellager ans Licht der Öffentlichkeit gelangten, ist es in Göttingen zum Wahrzeichen der menschenverachtenden Asylpolitik geworden.

Wie diese in der BRD unter dem Schlagwort "Abschreckung" praktizierte Asylpolitik in ihrer konkreten Ausformung aussieht und was sie für die betroffenen Flüchtlinge bedeutet, beschreibt die von der Arbeitsgruppe Asylpolitik des Arbeitskreises Dritte Welt herausgegebene Broschüre.

Exemplarisch beleuchtet die Dokumentation Methoden der Disziplinierung und Entmündigung der Flüchtlinge: Sachleistungssystem und Arbeitsverbot, Residenzpflicht und Behördenterror, Bespitzelungen und Einpferchung. Anhand von Briefwechseln, Hausordnungen, Zeitungsartikeln und Interviews werden nicht nur die unmenschlichen Lebensbedingungen der AsylbewerberInnen deutlich. Auf der anderen Seite tauchen skrupellose Geschäftemacher und arrogante Bürokraten auf: Verdorbene Lebensmittel werden zu überhöhten Preisen angeboten, Spülmittelrationen mit Wasser verdünnt ausgegeben und mittellose Rosenverkäufer ohne Gewerbeschein im Namen des Volkes zu Geldstrafen in Höhe des halben Sozialhilfesatzes verurteilt.

Mit Unterstützung durch Sozialarbeiter und Initiativgruppen gelang es den BewohnerInnen des "Hotel" Astoria aber immer wieder auf ihre Lage aufmerksam zu machen. Aufgelöst wurde das Lager in Göttingen vielleicht auch deswegen, weil es einen ständigen Unruheherd darstellte, von dem aus sich der Virus des Widerstandes in ganz Niedersachsen ausbreitete.

Daß der Abriß des "Hotel Astoria" angesichts der unter rot/grüner Regierung neu entstandenen "Landesflüchtlingswohnheime", eines neuen Ausländergesetzes und zunehmender institutioneller und individueller Ausländerfeindlichkeit allenfalls ein Pyrrhussieg ist, wissen auch die Betroffenen. "Wir haben das Gefühl, daß wir uns jetzt, nach unseren jahrelangen mühsamen und mit Erfolg geführten Kämpfen, was die Lebensbedingungen der Flüchtlinge angeht, wieder auf den Anfang zubewegen." (Anwar, Sozialarbeiter im ehemaligen "Astoria").

Arbeitsgruppe Asylpolitik des Arbeitskreises Dritte Welt e.V. (Hrsg.): Hotel Astoria. Geschichte eines Sammellagers, 1982-1991, Dokumentation, 48 S., 5,- DM.

Bestellungen: Arbeitsgruppe Asylpolitik des Arbeitskreises Dritte Welt e.V., Lange Geismarstr. 22, 3400 Göttingen, Tel.: 0551/43808.

Leben, Liebe, Leiden im Büro

Was geht eigentlich im Büro vor? Dieser Frage geht ein Buch nach, das im rotpunktverlag Zürich erschienen ist. Ellbogenschoner, Aktenstapel, flinke Frauenfinger beim Diktat, stickige Luft, miefige Atmosphäre - das Bild, das viele immer noch mit dem Wort "Büro" assoziieren, ist etwas angestaubt. Im Büro arbeiten heute in den Städten der Schweiz, der BRD und vieler anderer Industrieländer über die Hälfte aller Beschäftigten. Im Büro haben in den letzten Jahren tiefgreifende technologische Neuerungen Einzug gehalten, es wurde rationalisiert, modernisiert, neu strukturiert. Geistlose Büroarbeiten früherer Zeiten würden dank der neuen Technologie vom Computer erledigt, heißt es; neue Führungskonzepte suggerieren: Im Büro komme es vor allem auf fachliche Kompetenz und individuelle Motivierung an.

Doch was sagt dazu zum Beispiel die Bibliotheksangestellte, die den ganzen Tag am Bildschirm sitzt, schwierige Katalogisierungsarbeiten ausführt, unter Kopfschmerzen leidet und den "Durchsatz" erhöhen soll? Oder die Sekretärin, die de facto Kaderarbeiten ausführt, aber als Vorzimmerdame des Chefs noch dessen Status repräsentiert und seine Rotary- Einladungen verschickt?

Wie sehen die Leute, die im Büro arbeiten, das Büro? Mit Beiträgen von 25 AutorInnen will das Buch in einer Anthologie von Reportagen, Essays, Psychogrammen und Glossen aus einer scheinbar immer sauberer werdenden Arbeitswelt Licht und Schatten der white collar section ausloten.

Leben, Liebe, Leiden im Büro; Reportagen, Essays, Analysen, Geschichten und Glossen aus der sauberen Arbeitswelt; Hrsg.: Marianne Fehr, Stefan Keller u. Jan Morgenthaler; rotpunktverlag Zürich 1991; 256 S., DM 28.80

Metropolen(gedanken) & Revolution? Texte zur Patriarchats-, Rassismus- und Internationalismusdiskussion.

Allerorten wird zur Zeit von der Krise der Linken geredet. Ohne Zweifel sieht es so aus, daß sich die weitverbreitete Sprach- und Hilflosigkeit der Linken und Linksradikalen in der BRD zum Dauerzustand entwickelt und die Rolle des Polit-Zuschauers zur Normalität wird. Eine Projektgruppe der Edition ID-Archiv/Amsterdam will der um sich greifenden Resignation die Reflexion der eigenen Politik entgegensetzen. Mit dem Sammelband "Metropolen(gedanken) & Revolution?" wollen sie Gelegenheit zu Kritik und Selbstkritik bieten. Mit Beiträgen zu den Themen Patriarchat, Rassismus und Internationalismus werden hierzu einige Ansatzpunkte geboten. Ingrid Strobl, Klaus Viehmann, die Gruppe L.U.P.U.S., die RZ und andere äußern sich zu obigen Themen und fordern zur Debatte auf.

Metropolen(gedanken) & Revoltion?; Edition ID-Archiv, 170 S., 14,- DM; erhältlich im Buchhandel oder über: Edition ID-Archiv, c/o AurorA Verlagsauslieferung, Knobelsdorffstr. 8, 1000 Berlin 19.

43. Daedalus. Eine Dokufiktion zur Gen- und Reprotechnik

Rubrik: Gentechnologie; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak332/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:332:26

Das Jahr 2018. Der im Bereich der Gentechnik tätige Konzern HeliX Corporation ist vermittels dieser Technik auf dem Weg zur absoluten Kontrolle. Professor Daedalus arbeitete für den Konzern und trug maßgebliche Verantwortung für die Entwicklung der biologischen Einheit Achthundert. Jetzt wird sie in Serie produziert: künstlich gezeugte, genetisch optimierte und in Lernmodulen geschulte Wesen. Sie nehmen die Führungspositionen ein und Daedalus arbeitet als Putzmann. Er lebt am Rande der Legalität mit seinem jugendlichen Freund und Computerfreak Mino, der als Gehbehinderter aus der Gesellschaft ausgestoßen ist.

Daedalus fragt sich, mit den Folgen seiner Forschung konfrontiert, was falsch gelaufen ist. Noch immer glaubt er als Gelehrter an die Veränderbarkeit von Wissenschaft durch Wissenschaft. Mittels seines Computers holt er sich historische Bilddokumente der wissenschaftlichen Genetik aus den gesperrten Archiven von HeliX. In nächtelanger Arbeit sichtet, archiviert, ordnet und kommentiert er sie.

Khira aus der Achthunderter Serie ist in leitender Funktion in der Werbeabteilung tätig. Als sie Daedalus auf die Schliche kommt, verrät sie ihn nicht. Sie hofft über ihn Zugang zu einer auch für sie gesperrten Studie über das Gen-Wash-Verfahren zu bekommen, für das sie werben soll. Der Verdacht, die von HeliX genetisch manipulierten Kinder würden steril, erschüttert ihren Glauben an die erklärten humanitären Absichten des Konzerns.

Daedalus seinerseits hat den Plan, sie mit ihrer eigenen, ihr vorenthaltenen Geschichte, zu konfrontieren. Er hofft sie dadurch grundlegend zu erschüttern und zu seiner Komplizin zu machen, um die Wissenschaft zu ändern. Khira aber reagiert anders. Sie schließt sich den "Spielverderbern" an, einer Gruppe, die mit Bombenanschlägen und Überfällen auf HeliX-Transporter den Konzern zu stoppen versucht.

Doch diese Spielhandlung ist nicht alles. Obgleich rund zweidrittel des Films bestreitend bildet sie nur den Rahmen für den inhaltlichen Kern des Films, die "historischen Dokumente" - Interviews mit im Gen- und Reproduktionstechnologiebereich tätigen Wissenschaftlern, gedreht 1989.

Dem im Dokumentarbereich erfahrenen Regisseur Pepe Danquart ist es gelungen, den Gen-Forschern deutliche Worte zu entlocken, und mit der Kamera weit in ihre Labors vorzudringen. Dort erzählen sie freimütig von ihren Visionen, Wünschen und Träumen und dem was jetzt schon passiert. Eugenisches Denken, Männerphantasien.

Ein Wissenschaftler ist davon fasziniert, "daß wir einen Embryo einfrieren und fünf Jahre aufbewahren können, ohne daß er Schaden nimmt; oder ihn in zwei Teile schneiden und identische Zwillinge bekommen." Ein anderer denkt daran künstliche Gebärmütter herzustellen, "so daß wir alles so groß züchten können, wie wir wollen."

Der Leiter einer Samenbank denkt nicht nur ans Geschäft: "... je intelligenter die empfangende Frau, desto besser. Immerhin bieten wir hochintelligente genetische Väter, und wollen sie nicht mit unintelligenten Frauen paaren." Ein anderer versucht zu erklären, warum ein behindertes Kind ein paar Tage nach der Geburt noch getötet werden können müßte, sichtlich bemüht, daß Wort töten zu vermeiden.

Versuch mehr als ein Fernsehfeature zu machen

Die Mischung von Dokumentation und Fiktion war für Pepe Danquard ein Experiment. Er begründet es damit, trotz des klassischen "Feature Themas" seinen Film ins Kino zu bringen, auch junge Leute für den Film zu begeistern. Ob ihm dies gelingt bleibt fraglich. Dafür ist die Spielhandlung zu fade, versucht mit technischen Spielereien die Aufmerksamkeit des Publikums zu erheischen, spult dabei aber nur Klischees ab. Ein entspannendes Schwarzbild zwischen den Interviewblöcken hätte so gesehen den selben Auflockerungseffekt erzielt.

Aber die Spielhandlung ist mehr als ein Verdauungsmittel, das in Überdosis verabreicht, Gefahr läuft zum vorzeitigen Rausrennen zu bewegen. Pepe Danquardt nutzt die Spielszenen als Kommentarebene mit

verschiedensten Anspielungen von Platon bis W. Benjamin. Er konfrontiert das wissenschaftliche Denken "alter Schule" in der Person des Daedalus verkörpert mit dem Denken der Gen-Forscher Elite und entwickelt daraus einen wissenschaftstheoretischen Diskurs. Was kann, darf Wissenschaft? Wie hat sie sich verändert?

Im Gespräch erklärte Pepe Danquardt, daß eines seiner Leitmotive gewesen sei, einem Umbruch in der Wissenschaft nachzuspüren. Früher sei die Wissenschaft eine gesellschaftliche Produktivkraft gewesen, die geleitet von Neugier, die Welt hätte verstehen wollen.

Heute hingegen sei sie zu einer Destruktivkraft geworden, der Macht, des Geldes und Ruhmes wegen würde versucht, die Welt zu verändern. Dieser Umbruch habe in diesem Jahrhundert stattgefunden und sich zum ersten mal in der Atomtechnologie manifestiert.

Es gebe "eine Wissenschaft, welche die ‚Grenzen des Erlaubten` als abhängig von jeweiligen Machtverhältnissen weiß. Wir sahen uns gefangen in der Erkenntnis, daß es im Wesen einer deterministischen Wissenschaft liegt, die Welt so zu verändern, daß es unumgänglich scheint, ohne Anwendung wissenschaftlicher Methoden darin zu überleben. Das ist der Grundzug eines totalitären Systems."

Folgerichtig ist für Pepe Danquardt für den Film "die persönliche Geschichte, die Biographie der Wissenschaftler uninteressant. Sie sind auswechselbar, wie in der Politik. (...) Viele von ihnen werden sich falsch zitiert oder mißverstanden fühlen, und dennoch: die Situation wird ihnen seltsam vertraut vorkommen. Sie wurden benützt, so wie sie sich benützen, um innerhalb des Systems zu funktionieren."

Daedalus ist in der Fiktion ein Mann von gestern und damit einer von heute, der im realen Diskurs mit den dokumentierten Wissenschaftlern steht. Dennoch ist der Blick zurück aus der Zukunft nicht überflüssig. Er unterstreicht, die Gen- und Reproduktionstechnologie nicht nur losgelöst als gefährliche Technologie zu betrachten, sondern die Technologie und das damit verbundene eugenische Denken im Zusammenhang mit den gesellschaftlichen Folgen und Triebkräften zu begreifen. Wie die genau aussehen werden ist noch nicht abzuschätzen. Auch der Film liefert nur bruchstückhaft eine Vision der gesellschaftlichen Verhältnisse, die Leerstellen fordern auf, sich selbst darum Gedanken zu machen.

Schließlich entläßt uns der Film in ein verhältnismäßig hoffnungsloses Ende, das wie ein Kommentar zum Stand der Bewegung wirkt:

Der die Wissenschaft mit den Mitteln der Wissenschaft ändern wollende Daedalus wird, sich kurz vor seinem Ziel wähnend, in einen Anschlag der "Spielverderber" verwickelt. Dort trifft er auf Khira. Zu groß ist die Kluft zwischen ihnen, als daß sie sich verstehen könnten. Während die "Spielverderber" wegrennen, bleibt Daedalus stehen und wird festgenommen.

Beide Ansätze für sich allein können den Konzern nicht stoppen. Wissenschaftliche Arbeit und praktisches Eingreifen zusammenzuführen gelingt im Film nicht, vielleicht liegt für uns in diesem Zusammenführen eine Chance von den Entwicklungen nicht einflußlos überrollt zu werden.

olaf, gruppe k Hamburg

Anmerkungen:

Quellen sind ein Gespräch nach der Hamburger Premiere und die Produktionsmitteilung, aus der auch zitiert wurde.

Daedalus, 95 Minuten s/w und Farbe, 35mm Lichtton deutsch/englisch, gedreht April/Mai 1990, dokumentarische Interviews Ende 1989, c1991 Medienwerkstatt Freiburg.

Verleih: Unidoc, Westen-Hellweg 19,

4600 Dortmund 1, Postfach 10 40 07, Telefon: 0231/527853/54, Fax: 0231/578978. Ab Ende des Jahres ist eine Auswertung in 16 mm und Video geplant.

44. Quelldatei 24.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak332/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:332:24

KALENDER

"Antirassismus ohne Antifas?"

20.7. um 17 Uhr: Einladung zu einem unverbindlichen Gespräch ohne Kaufzwang zwischen Individuen und Gruppen mit antifaschistischer und antirassistischer Weltsicht. Einerseits: Als die BRD noch BRD war, reagierte die linke politische Szene auch in Hamburg auf die Wahl- und Organisierungserfolge der faschistischen Rechten duch antifaschistische Selbstorganisierung: kein Stadtteil Hamburgs ohne Antifa, antifaschistische Demos hatten die größten Mobilisierungserfolge. Die Aufnäher sind noch auf den Jacken, doch viele dieser Gruppen sind inzwischen schon wieder in Auflösung begriffen oder diskutieren zäh ihr Selbstverständnis auf der Suche nach neuen Aufgaben, denn kaum eine/n treibt's noch zur Störung einer Wahlveranstaltung einer der faschistischen (in Hamburg!) 0,5%- Parteien. Andererseits ist die Welt noch immer nicht besser geworden. Woher also diese Lethargie? Unsere These: Wir erleben seit der Zusammenlegung zweier dafür fatal ungeeigneter Staaten eine Rechtsentwicklung, die hiergeborene Linke / Antifas / Autonome zwar nicht leiden können ("Halt's Maul, D...!), die aber keine faschistische Organisationen nötig hat und deren erstes Ziel alle Menschen sind, die keinen grünen Paß besitzen: Verschärfung des "Ausländergesetzes", Innenministerbeschlüsse, die Abschiebung in Tod und Folter bedeuten, Straßenterror bis zum Mord an ImmigrantINNen v.a. in der Ex-DDR. Für noch wenige Antifagruppen ist z.B. die Teilnahme an Aktionen gegen Abschiebungen von Flüchtlingen ebenso selbstverständlich wie die Verhinderung eines Nazi-Aufmarsches, weil die eigene Bedrohung der Maßstab allen Übels ist, Informationen oder Kontakte fehlen. Deshalb wollen wir den Versuch starten, mit Antifas, die schon antirassistische Arbeit machen, mit denen, die es wollen und mit Menschen aus antirassistischen Zusammenhängen gemeinsame Perspektiven anzudiskutieren.

Eine Veranstaltung der antifa-ag ex-kb-minderheit

Ort: Café de Underduikers, Vereinscafé, Thadenstr. 94, 2000 Hamburg 50, Tel.: 040/437716

45. Wo sich die Geister scheiden!

CD-Datei: daten/aksuche/ak332/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:332:32

Dokumentation

Erklärung des Bundeskongresses der AG junge GenossInnen

Wo sich die Geister scheiden!

Wenn wir als AG zurückblicken, müssen wir anerkennen, in unserem Erneuerungsanspruch für die gesamte PDS gescheitert zu sein. Eklatantes Beispiel dafür war unser Verhalten zum Finanzskandal. Vor lauter Angst vor einem Fiasko kurz vor der anstehenden Bundestagswahl wurde der Vorstand, der es nicht vermocht hatte, Transparenz zu schaffen und den Apparat zu beherrschen, nicht gekippt.

Mit unserer integratorischen Politik haben wir Polarisierung verhindert und ein Ausbluten der Reformkräfte bewirkt. Unsere wichtigste Erkenntnis ist, daß wir in Diskussionen die Auseinandersetzung zuspitzen müssen.

Bedingung für unsere weitere Zusammenarbeit in und mit der PDS ist:

1. Die Durchbrechung der Schulterschlußmentalität und der Blockade, die eine offene, sicherlich schmerzhafte Aufarbeitung verhindert.

Der Landesparteitag Berlin zeigt uns, daß es dafür insgesamt vielleicht schon zu spät ist ...

2. die Erreichung einer Akzeptanz für selbstbestimmte und emanzipatorische Ansätze, für eine Auseinandersetzung mit sexistischer, patriarchialischer und rassistischer Repression und Herrschaft. Beispielsweise zeugen die Reaktionen auf Anträge zur Durchführung von Frauenplenen von einem nicht begreifbaren Unverständnis, Intoleranz und mangelnder Kultur.

3. Die Durchbrechung autoritärer Denk- und Verhaltensmuster des aberwitzigen Glaubens an Programme und die Weisheit von oben.

Ehrlich, wir sehen ziemlich schwarz!

Sind diese drei Punkte auf dem Parteitag nicht durchzusetzen, werden wir uns aus Vorständen zurückziehen und uns auf das Eigentliche beschränken, nämlich selbst Alternativen zu praktizieren und etwas Neues zu beginnen ...

Dafür:: 47

Dagegen:: 18

Enthaltungen:: 12

46. Angriff auf engagierte Verteidigung

CD-Datei: daten/aksuche/ak332/49.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:332:49

Dokumentation

Angriff auf engagierte Verteidigung

Zu den jüngsten Meldungen in "Der Spiegel" und "Die Welt" geben wir, die dort namentlich genannten Rechtsanwälte, auch im Namen aller anderen Anwälte der politischen Gefangenen, folgende Erklärung ab:

1. Den Vorwurf, "Anwälte dienen RAF als Kuriere" und Aktionen draußen würden von den Gefangenen gesteuert, weisen wir schärfstens zurück. Er entbehrt jeder Grundlage.

2. Wir protestieren gegen die Art und Weise der öffentlichen Vorverurteilung. Obwohl laut Meldung der Medien "Erkenntnisse" schon teilweise seit über einem Jahr vorliegen sollen, werden wir durch Verweigerung von Akteneinsicht daran gehindert, die "Beweismittel" einer Prüfung zu unterziehen und inhaltlich Stellung nehmen zu können. Stattdessen wird von der Bundesanwaltschaft eine persönlichkeitsverletzende Rufmordkampagne in den Medien lanciert.

3. Die Kriminalisierung zielt auf die engagierte Verteidigung der Gefangenen, weil u.a. die Unterzeichner, auch öffentlich, sich seit Jahren gegen die Isolationshaft und für die Zusammenlegung einsetzen. Sie dient ausschließlich dem Zweck, die Forderung nach Zusammenlegung, die im letzten Hungerstreik eine breite gesellschaftliche Akzeptanz gefunden hatte, zu diskreditieren und die Haftsituation wieder und weiter zu verschärfen.

17.6.1991

RA Dieter Adler, Hannover

RA Gerd Klusmeyer, Hannover

RA Johannes Pausch, Düsseldorf

RAin Renate Trobitzsch, Hannover

47. Kein Mißverständnis möglich

CD-Datei: daten/aksuche/ak332/50.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:332:50

Dokumentation

Kein Mißverständnis möglich

Als Anwältinnen von Christian Klar und Brigitte Mohnhaupt stellen wir gegenüber den Falschmeldungen der letzten Tage fest:

Christian Klar und Brigitte Mohnhaupt haben im Prozeß gegen Susanne Albrecht vor dem Oberlandesgericht Stuttgart am 16.5.91 keine neuen Aktionen angekündigt. Vielmehr haben sie erklärt, daß die Gefangenen zu den "Kronzeugen"-Aussagen noch konkret etwas sagen werden, außerhalb dieser Prozesse.

Über den Inhalt der Erklärungen der beiden Gefangenen war kein Mißverständnis möglich. Sie haben langsam und deutlich gesprochen und die Aussagen waren eindeutig. Die Erklärungen der Gefangenen liegen schriftlich vor und wurden außerdem vom OLG Stuttgart auf Tonband aufgenommen.

Wir werden gerichtliche Schritte gegen alle einleiten, die die Falschmeldung verbreitet haben oder weiter verbreiten, weil der Pressehetze ein Punkt gesetzt werden muß.

18.5.1991

RAin Anke Brenneke-Eggers, Hamburg

RAin Renate Trobitzsch, Hannover

48. Ofensive des Staatsschutzes

CD-Datei: daten/aksuche/ak332/51.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:332:51

Dokumentation

Ofensive des Staatsschutzes

Die Gefangenen aus der RAF und aus dem Widerstand sind seit Wochen einer großangelegten Offensive der Staatsschutzbehörden unter tätiger Mithilfe der Medien ausgesetzt. Insbesondere einige Gefangene werden namentlich immer wieder herausgestellt.

Die Bundesanwaltschaft und gleichlautend die politische Ebene behauptet ein "illegales Informationssystem" unter den Gefangenen und aus den Haftanstalten nach draußen, behauptet die Steuerung der Aktionen der RAF durch die Gefangenen und die konkrete Vorbereitung neuer Aktionen.

Für diese Behauptungen inszeniert die BAW als Höhepunkt die "Panorama"Sendung am 14.5.91 und präsentiert schriftliche Unterlagen, die aus den Zellen der Gefangenen bei Razzien mitgenommen wurden. "7.000 Blatt Papier" (u.a. Rheinische Post vom 15.5.91).

Tatsache ist, daß es zu den Razzien vom März '91 bis heute keine richterlichen Beschlagnahmebeschlüsse gibt; daß der Verteidigung bis heute Akteneinsicht verwehrt wird.

Wir wissen, es sind bei den "7.000 Blatt Papier":

- ganze Aktenordner mit zensiertem Briefwechsel; allein 108 Blatt Briefe an Brigitte Mohnhaupt von ihrer Mutter seit 1989;

- aktuelle Korrespondenz mit Journalisten;

- Bücherlisten, Taschenkalender;

- Verteidigerpost; z.B. Aufzeichnungen zur Prüfung des Aussageverweigerungsrechts als Beschuldigte durch die "Kronzeugen"-Aussagen - dieses Recht wird dadurch außer Kraft gesetzt, daß die BAW Zugriff auf diese Unterlagen hat.

Wir haben mit Presseerklärungen vom 12.4. und 7.5.91 öffentlich gemacht, daß bei den Gefangenen nichts gefunden wurde, was mit den Aktionen der RAF zu tun hat - von der Presse hier bewußt ignoriert.

Was die BAW-Linie angreifen und widerlegen könnte, soll nicht öffentlich werden.

- Zeitungen, die die Gefangenen zu Wort kommen lassen, wie "Clock-Work 129a" und "Angehörigen-Info", werden kriminalisiert. Der Durchsuchungsbeschluß für die Zellenrazzien vom März '91 stützt sich auf eine "in Untergrundkreisen verbreitete Erklärung" von Adelheid Schulz, wobei die normal käufliche Clock-Work 129a gemeint ist, die einen Text von Adelheid Schulz, im wesentlichen zur DDR, abgedruckt hatte.

- Die Gefangenen haben öffentlich gemacht, daß sie "offen das zur DDR sagen wollen, was zu sagen ist". Seit Anfang April laufen die konkreten Bemühungen für ein Presse-Interview. Bis heute werden die Interviews von den Justizministerien boykottiert.

- Akteneinsicht für Anwälte wird verwehrt, gleichzeitig werden "Ergebnisse" aus dem Ermittlungsverfahren gegen die Gefangenen veröffentlicht. Wegen der widerrechtlichen Veröffentlichung ist am 18.5.91 Strafanzeige gegen den Generalbundesanwalt, gegen den sachbearbeitenden Staatsanwalt, gegen die Verantwortlichen der "Panorama"-Sendung vom 14.5.91 erstattet worden.

Das Ziel der BAW und in ihrem Gefolge der Politiker ist deutlich:

- Auflösung der Kleingruppen in Lübeck, Celle und insbesondere Ossendorf; und weiter, wie ein Konzept der Staatsschutzbehörden lt. "Spiegel" vom 13.5.91 vorsieht,

- Überwachung der Gefangenen sowie ihrer Post und auch der Verteidigerpost durch Verfassungsschutz und Polizei;

- Einschleusen von Spitzeln in die Haftanstalten.

Um die Gefangenen völlig mundtot machen zu können, bringt die BAW derzeit ihre verstärkte Propaganda - mit bewußten Lügen, widerrechtlichen Verwertungen von Unterlagen aus Ermittlungsverfahren, haltlosen Behauptungen. Die Zeugenaussagen von Brigitte Mohnhaupt und Christian Klar am 16.5.91 vor dem OLG Stuttgart in dem Verfahren gegen Susanne Albrecht werden verdreht und verfälscht, um behaupten zu können, die Gefangenen kündigten Aktionen an. Tatsächlich haben die Gefangenen dort gesagt, daß sie im Prozeß nichts sagen werden und haben für später Erklärungen angekündigt.

18.5.1991

RAin Anke Brenneke-Eggers, Hamburg

RA Andreas Groß, Wiesbaden

RA Gerd Klusmeyer, Hannover

RAin Heike Krause, Köln

RAin Renate Trobitzsch, Hannover